# Niedersächsischer Landtag

### Stenografischer Bericht

### 107. Sitzung

Hannover, den 7. Dezember 2006

#### Inhalt:

Tagesordnungspunkt 10 bis 15:
Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2007 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Inneres und Sport - Justiz - Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit)
Inneres und Sport
Dr. Otto Stumpf (CDU)       12500         Georgia Langhans (GRÜNE)       12501         Hans-Werner Schwarz (FDP)       12502         Uwe Schünemann, Minister für Inneres und       Sport       12503 bis 12509         Dieter Möhrmann (SPD)       12506         Ralf Briese (GRÜNE)       12509
Justiz       12509         Heike Bockmann (SPD)       12510         Dr. Uwe Biester (CDU)       12512         Ralf Briese (GRÜNE)       12514         Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP)       12517         Elke Müller (SPD)       12518         Jens Nacke (CDU)       12519         Ursula Peters (FDP)       12521         Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin       12522
Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit12526 Uwe Schwarz (SPD)

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE).       12534, 12542, 12544         Ursula Helmhold (GRÜNE).       12534         Norbert Böhlke (CDU)       12537 bis 12539         Gesine Meißner (FDP)       12539, 12544         Ursula Peters (FDP)       12544, 12546         Uwe Harden (SPD)       12546         Mechthild Ross-Luttmann, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit       12547
Tagesordnungspunkt 16:
a) Wahl eines Mitglieds und eines stellvertreten- den Mitglieds des Staatsgerichtshofs - Wahlvor- schlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs - Drs. 15/3381
b) Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs - Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs - Drs. 15/3382
Vereidigung eines neu gewählten stellvertretenden Mitglieds des Staatsgerichtshofs
noch: Tagesordnungspunkt 10 bis 15:
Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2007 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Kultus - Wissenschaft und Kultur - Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Umwelt - Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien)

Kultus	12553
Ingrid Eckel (SPD)	
Karl-Heinz Klare (CDU)	
Walter Meinhold (SPD)	
Ursula Körtner (CDU)	
Ina Korter (GRÜNE) 12565,	
Joachim Albrecht (CDU)	12568
Hans-Werner Schwarz (FDP)	12568, 12571
Uwe Harden (SPD)	
Bernhard Busemann, Kultusminister	
12	573 bic 12575
12	3/3 015 123/3
	40555
Wissenschaft und Kultur	
Dr. Gabriele Andretta (SPD)	
Karl-Heinz Klare (CDU) 12580,	
Heidrun Merk (SPD)	
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE).	12585
Roland Riese (FDP)	12588
Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP)	
Lutz Stratmann, Minister für Wissens	
Kultur	
Kultui	12591
MC a state of A to State of Market	40505
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	
Günter Lenz (SPD)	
Ernst-August Hoppenbrock (CDU)	12599
Enno Hagenah (GRÜNE) 12603,	12611, 12613
Gabriela König (FDP)	12605
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)	
Björn Thümler (CDU)	
Werner Buß (SPD)	
Erhard Wolfkühler (SPD)	
Walter Hirche, Minister für Wirtschaft,	
Verkehr	
verkerii	12013
18 addish an Danna - Fan Shannan - Landariata	-lft
ländlicher Raum, Ernährung, Landwirts	
Verbraucherschutz	
Karin Stief-Kreihe (SPD)	
Clemens Große Macke (CDU)	
Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)	
Jan-Christoph Oetjen (FDP)	
Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den	ländlichen
Raum, Ernährung, Landwirtschaft	und Ver-
braucherschutz	12624
Umwelt	12627
Hans-Dieter Haase (SPD)	
Anneliese Zachow (CDU) 12632,	
Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)	
Dorothea Steiner (GRÜNE)	
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)	12640, 12645
Christian Dürr (FDP)	
Hans-Heinrich Sander, Umweltministe	r
	12643, 12645
Zur Geschäftsordnung:	
Wolfgang Jüttner (SPD)	12637
Jörg Bode (FDP)	

Ursula Helmhold (GRÜNE)	12638
Bernd Althusmann (CDU)	12639
Dieter Möhrmann (SPD)	12640
Bundes- und Europaangelegenheiter	und
Medien	12645
Rosemarie Tinius (SPD)	12646, 12647
Wilhelm Hogrefe (CDU)	12648
Georgia Langhans (GRÜNE)	12650
Ulrike Kuhlo (FDP)	12651
Christian Wulff, Ministerpräsident	12652
Nächste Sitzung:	12655

#### Vom Präsidium:

Präsident Jürgen Gansäuer (CDU)

VizepräsidentUlrich Biel (SPD)VizepräsidentinUlrike Kuhlo (FDP)VizepräsidentinSilva Seeler (SPD)VizepräsidentinAstrid Vockert (CDU)SchriftführerLothar Koch (CDU)

Schriftführerin Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin Christina Philipps (CDU)
Schriftführer Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin Isolde Saalmann (SPD)

Schriftführerin Bernadette Schuster-Barkau (SPD)

Schriftführerin Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin Anneliese Zachow (CDU)

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU)

Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann (CDU)

Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Kultusminister

Bernhard Busemann (CDU)

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Walter Hirche (FDP)

Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

Justizministerin

Elisabeth Heister-Neumann

Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann (CDU)

Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport Staatssekretärin Cora Hermenau,

Niedersächsisches Finanzministerium

Staatssekretärin Dr. Gabriele Wurzel,

Staatssekretär Wolfgang Meyerding,

Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking, Niedersächsisches Justizministerium

Staatssekretär Dr. Christian E b e r I , Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn der Sitzung: 9 Uhr.

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 107. Sitzung im 37. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode.

Geburtstag hat heute der Abgeordnete Hermann Eppers.

(Beifall)

Herr Eppers, das Präsidium gratuliert Ihnen ganz herzlich zu Ihrem Geburtstag. Bleiben Sie gesund und munter! Dann werden Sie noch viel Freude in Ihrem Leben haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem zweiten Block der Haushaltsberatungen. Vor der Mittagspause, die durch ein Versehen in der Tagesordnung nicht mit der aktualisierten Redezeit ausgewiesen war, aber - wie Sie der Korrektur entnehmen konnten - für die Zeit von ca. 13.20 Uhr bis 15 Uhr vorgesehen ist, werden die Wahlen zum Staatsgerichtshof durchgeführt. Die Vereidigung soll, wie gewohnt, nach der Mittagspause stattfinden. Anschließend wird die Sitzung mit dem dritten Block der Haushaltsberatungen fortgesetzt. Die heutige Sitzung soll gegen 21.20 Uhr enden.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, das ist das Soll. Über das Kann müssen Sie selbst entscheiden.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das ist Muss!)

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

#### Schriftführerin Isolde Saalmann:

Es haben sich für heute entschuldigt: von der Fraktion der CDU Frau Hansen und Herr Höttcher und von der Fraktion der FDP Herr Hermann.

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, ich rufe nun auf

noch:

Tagesordnungspunkt 10 bis 15:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2007 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Inneres und Sport - Justiz - Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit)

Vorgesehen ist eine Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte. Für den jetzt anstehenden Teil der Haushaltsberatungen verfügen die Fraktionen über die aus der Ihnen vorliegenden Redezeittabelle ersichtlichen Beratungszeiten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von 35 Minuten nicht überschreitet. Um die Debatte zu strukturieren, bitte ich Sie, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Gebiet Sie sprechen möchten.

Nach den Festlegungen im Ältestenrat beginnen wir mit dem Bereich

#### Inneres und Sport

Dazu hat sich von der SPD-Fraktion der Abgeordnete Bartling zu Wort gemeldet.

Bevor ich dem Abgeordneten Bartling das Wort erteile, stelle ich die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

(Unruhe)

- Ich bitte Sie nun, etwas ruhiger zu werden, damit Sie dem Abgeordneten Bartling lauschen können.

Herr Abgeordneter Bartling, Sie haben das Wort!

#### Heiner Bartling (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Guten Morgen! Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie mir das Wort erteilen. Ich werde mich bemühen, die Zeiten einzuhalten. Meine Damen und Herren, vor fünf Monaten hat der Innenminister eine Regierungserklärung zum Thema "Integration" abgegeben. Das, was uns von der Regierung und den Koalitionsfraktionen an Haushaltsanträgen zum Thema Integration vorgelegt worden ist, ist demgegenüber allerdings nichts anderes als eine Bankrotterklärung.

(Zustimmung bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: Bitte?)

Wir vermuten schon seit Langem, dass die Landesregierung dieses gesellschaftspolitisch so bedeutende Thema eher als Profilierungs- denn als Handlungsfeld wahrnimmt. Die SPD-Landtagsfraktion hält es nach wie vor für falsch, dass sich die Landesregierung aus der Integrationsverantwortung finanziell verabschiedet und diesem Bereich im Haushalt seit 2005 in jedem Jahr 1 Million Euro vorenthält. Wir halten diese Kürzung nach wie vor für falsch. Unser Haushaltsantrag sieht deshalb die Wiedereinsetzung der Mittel vor. Wer Integration fordert, der muss sie auch fördern.

Wir brauchen dabei auch - das zeigen, glaube ich, die Debatten der letzten Tage - einen integrationspolitischen Klimawandel. Dabei geht es nicht um Geld, sondern um Geisteshaltungen, nämlich auch um die Bereitschaft, sich mit der Situation von Menschen intellektuell, vielleicht auch einmal emotional auseinanderzusetzen, die bei uns - aus welchen Gründen auch immer - Zuflucht suchen.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter Bartling, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bode?

#### Heiner Bartling (SPD):

Gerne.

#### Jörg Bode (FDP):

Herr Kollege Bartling, da Sie gerade über die Förderung von Integration gesprochen haben: Ist es richtig, dass im Haushaltsantrag der SPD der Wunsch der Regierungsfraktionen, das Projekt "Integrationslotsen" mit einer halben Million Euro zu fördern, gestrichen worden ist?

#### Heiner Bartling (SPD):

Herr Kollege, ich habe Ihnen bereits gesagt, wir haben die Integrationsmittel dauerhaft gefordert

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

und setzen sie auch in diesem Jahr wieder ein, wie Sie in unserem Haushaltsantrag nachlesen können

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das, was ich eben über den Wandel auch der Einstellung gesagt habe, ist etwas, worüber ich mich - das muss ich gestehen - manchmal ziemlich ärgere. Ich ärgere mich über die arrogante Selbstsicherheit, mit der einige Akteure der Landesregierung über ihre Ahnungslosigkeit hinwegtäuschen wollen. Viel zu häufig wird eine sachorientierte Problemlösung durch schnöden Populismus verhindert.

(Beifall bei der SPD)

Kein Thema ist zu abseitig, um nicht vom niedersächsischen Innenminister aufgegriffen zu werden. Nehmen wir das Beispiel Killerspiele.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Erste, der wieder laut nach Verbot rief, war natürlich der niedersächsische Innenminister.

(Zustimmung bei der CDU)

Wären Sie einmal bereit, über die Biografien anderer Gewalttäter auch nur im Ansatz nachzudenken, dann könnten Sie vielleicht zu dem Ergebnis kommen, dass solche Zusammenhänge, wie Sie sie herstellen, ziemlich absurd sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn man erfährt, dass im Fall der entführten und missbrauchten Stephanie in Dresden der Entführer mit Vorliebe Kindersendungen gesehen und Liebesgedichte gelesen oder sogar geschrieben hat, dann wird die Absurdität dieser reflexartigen Reaktion, die von Ihnen regelmäßig kommt, deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schünemann, Sie sind - das habe ich nicht von Herrn Wenzel abgeguckt, sondern das Wort hatte ich schon immer drauf; ich habe es hier nur nicht gebraucht - ein Anscheinserwecker. (Beifall bei der SPD - Ursula Körtner [CDU]: Was ist denn das für ein Wort?)

Der Anschein, den Sie erwecken wollen, hält aber immer nur stundenweise an, wie wir gestern wieder bei den falschen Behauptungen zur Stellungnahme des Braunschweiger Bischofs erfahren konnten.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass Sie die Aussagen der CDU, die wahrscheinlich gleich im Anschluss zum Polizeibereich noch kommen werden, nicht ernst nehmen, auch nicht wörtlich nehmen; denn die Bejubelung der Zustände in unserer Polizei, die Stimmungslage, die Motivation der Beamtinnen und Beamten, die aus der Sicht dieses Ministers und der Jubeltruppe von CDU und FDP dieser Regierung eigentlich nur Begeisterungsstürme einbringen müsste, stellt sich, realistisch betrachtet, völlig anders dar.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie die Haushaltslage. Bei der letzten Haushaltsdebatte ist unter dem frenetischen Beifall der Koalitionsfraktionen verkündet worden, was man alles Positives zur sächlichen Ausstattung der Polizei tue. Ergebnis: Im Oktober 2006 mussten 17 Millionen Euro nachbewilligt werden, damit die Polizei funktionsfähig bleibt.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Das haben wir aber gemacht!)

Angesichts dieser Realitäten wäre ich in diesem Jahr bei den Versprechungen etwas zurückhaltender. Die glaubt Ihnen innerhalb der Polizei sowieso niemand mehr.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen draußen, die das Polizeigeschäft nicht aus der Innenschau kennen, ebenfalls in den Genuss der ganzen Wahrheit kommen. Wir haben uns eine Aufstellung darüber geben lassen, an welchen Stellen die einzelnen Ministerien im laufenden Haushaltsjahr eigentlich die globale Minderausgabe erwirtschaftet haben. 8,9 Millionen Euro wurden im Innenministerium jedes Jahr eingespart, indem Mittel nicht ausgegeben werden, die der Haushaltsgesetzgeber - also wir - zur Verfügung gestellt hat. Es ist interessant, in welchen Bereichen der Innenminister diese Minderausgabe erwirtschaftet hat. Ich lese Ihnen einmal die Liste auszugsweise

vor: kriminaltechnisches Gerät, z. B. Dienst-Kfz für Spezialeinheiten, Aus- und Fortbildung, Waffen, Munition, technisches Gerät, Fernmeldewesen, Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

(Heidrun Merk [SPD]: So ein Skandal!)

Überall hier hat der Innenminister gespart. Für mich passt das nicht zusammen, meine Damen und Herren. Im letzten Jahr haben Sie sich dafür auf die Schulter geklopft, wie viel Geld Sie angeblich für die innere Sicherheit zur Verfügung stellen. Jetzt erfahren wir, dass Sie das Geld gar nicht ausgegeben, sondern still und heimlich an den Finanzminister abgeliefert haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, während an Dingen, die ich durchaus für wichtig halte - ich habe eben Beispiele genannt -, gespart wird, wird das Geld an anderen Stellen mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen, weil dies politisch so gewollt ist. Etwa 1 Million Euro ist im Haushalt des Innenministeriums für den Umzug infolge der Herabstufung der Fachhochschule Hildesheim zu einer Polizeiakademie versteckt worden. Meine Damen und Herren, Sie sollten sich mit dem Umzug nach Nienburg nicht allzu sehr beeilen. Wenn wir ab 2008 wieder etwas zu sagen haben,

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

wird mit dieser systematischen Abwertung der Polizeiausbildung umgehend Schluss gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich verspreche ja nicht, alles rückgängig zu machen. Aber ein solches Ding würde ich sofort rückgängig machen. Das sage ich Ihnen.

Während in den anderen Ländern der genau gegenläufige Trend zu beobachten ist - sogar der Bund hat kürzlich seine Polizeiführungsakademie zur Deutschen Hochschule der Polizei ausgebaut -, wird in Niedersachsen die qualitativ hochwertige Ausbildung zerschlagen und auf eine polizeiinterne Kaderschmiede in Berufsakademien gesetzt. Das ist pure Geldverschwendung, die auch noch zu einer qualitativen Verschlechterung der Polizeiausbildung führen wird. Meine Damen und Herren, wir stehen nach wie vor für eine gute Ausbildung und für eine gute Bezahlung der niedersächsischen Polizei!

#### (Beifall bei der SPD)

Zu dieser guten Bezahlung gehört auch eine amtsangemessene Besoldung. Wir schlagen in unserem Änderungsantrag zum Haushalt deshalb ein Stellenhebungsmodell vor, das im Gegensatz zum Modell der Regierungsfraktionen weitestgehend nicht von der Polizei selbst erwirtschaftet werden muss. Bei uns heißt es nicht "Kaltes Wasser und feuchter Händedruck", sondern wir statten die Polizei so aus, dass es sowohl für warmes Wasser als auch für ein realistisches, solides Stellenhebungsprogramm, das auf mehrere Jahre angelegt ist, ausreicht.

Meine Damen und Herren, wir stellen uns einer weiteren Notwendigkeit: Wir stellen 4,8 Millionen Euro zusätzlich für den Angestelltenbereich in der Landespolizei zur Verfügung. Hintergrund dafür ist, dass die angeblich zusätzlich eingestellten Polizeibeamtinnen und -beamten gar nicht zusätzlich sind. In nahezu jeder Polizeiinspektion mussten für jeden zusätzlichen Beamten zwei bis drei Angestellte nach Hause gehen. Nehmen wir z. B. die Polizeiinspektion Stade. Herr Möhrmann hat die Landesregierung gefragt; das ist auch so beantwortet worden. Dort waren am 1. Oktober 2004 249 Vollzugsbeamte beschäftigt. Zwei Jahre später, am 1. Oktober 2006, waren es 254, also fünf Stellen mehr. Doch gleichzeitig wurde das Verwaltungspersonal von 77,5 auf 54 Stellen reduziert. Das ist ein Rückgang um 23,5 Stellen. Die fünf Vollzugsbeamten können die Arbeit, die die 23 Angestellten bislang erledigt haben, aber nicht annähernd auffangen. Die zwangsläufige Folge ist, dass immer mehr Vollzugspolizei mit Verwaltungstätigkeit belastet wird und nicht auf der Straße zur Verfügung steht, wie es der Innenminister uns immer wieder weismachen will.

#### (Beifall bei der SPD)

De facto hat diese Landesregierung keineswegs für Personalvermehrung, sondern für einen empfindlichen Stellenabbau bei der Polizei gesorgt. Meine Damen und Herren, das kann aus unserer Sicht nicht weitergehen. Wir stellen daher 120 zusätzliche Stellen - das sind 4,8 Millionen Eurozur Verfügung, damit der Polizeivollzugsdienst wieder genügend Zeit hat, um auf den Straßen Niedersachsens für Sicherheit zu sorgen. Wir sorgen mit den 120 zusätzlichen Stellen dafür, dass das Vollzugspersonal von Verwaltungstätigkeiten frei wird.

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung will im kommenden Jahr 425 000 Euro für Gutachten zum Thema Verwaltungsreform ausgeben. Das sind 408 000 Euro mehr als im laufenden Jahr. Ich kann mir gut vorstellen, dass es viel Geld kostet, bis sich ein Sachverständiger dazu bereit erklärt, den Murks, den Sie "Verwaltungsmodernisierung" nennen, für gelungen zu erklären.

#### (Beifall bei der SPD)

Ich habe das Gefühl, hier wird auf kollektiven Gedächtnisverlust gesetzt. Es ist noch nicht lange her, da gefiel sich Herr Wulff in der Rolle, seinem Amtsvorgänger in dem einen oder anderen Fall zweifelhafte Gutachtenvergabe zu unterstellen. Wenn ich mir diesen Haushalt anschaue, dann habe ich den Eindruck, dass Herr Wulff die Regierung mit den teuersten Gutachten stellen wird.

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle stellt sich eine zentrale Frage: Wozu sollen weitere Gutachten in Auftrag gegeben werden, wenn die Landesregierung die vorhandenen Gutachten nicht einmal zur Kenntnis nimmt? Wie viel Papier soll noch ungelesen in irgendwelchen Regierungsschubladen verschwinden, bis bei Ihnen die Einsicht angekommen ist, dass Sie mit Ihrer Verwaltungsmodernisierung in eine Sackgasse gefahren sind?

#### (Sigrid Leuschner [SPD]: Genau!)

Es ist doch kein Zufall, dass sich die Europäische Union bei der Fördermittelvergabe noch immer an den Grenzen der Regierungsbezirke orientiert. In Niedersachsen wurden die regionalen Strukturen zerschlagen, und jetzt sollen teuere Sachverständige im Nachhinein einen Persilschein dafür ausstellen. Das halte ich für abenteuerlich, meine Damen und Herren!

#### (Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Stück aus dem Tollhaus ist der Umgang der Landesregierung mit der kommunalen Ebene. Ich rede insbesondere von der 2004 beschlossenen Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs, durch die den Kommunen bis 2008 Finanzausgleichsmittel in Höhe von 642 Millionen Euro vorenthalten werden. Der Staatsgerichtshof in Bückeburg wird demnächst über die kommunale Klage entscheiden. Ich verspreche mir interes-

sante Aussagen zu der Frage, inwieweit die Herren Wulff und Möllring die kommunale Ebene als Reservekasse missbrauchen dürfen.

Die Rechnung ist doch ganz einfach, meine Damen und Herren: Da eine große Zahl von kommunalen Gebietskörperschaften bereits heute keine ausgeglichenen Haushalte vorlegen kann, führt dieser Eingriff des Landes zu einer weiteren Inanspruchnahme von Überziehungskrediten durch die Städte, Gemeinden und Landkreise. Der Finanzminister behauptet, er würde die Kreditaufnahme absenken, doch die Kommunen müssen die Schulden für ihn aufnehmen. Fakt ist, dass die kommunale Ebene in keinem anderen Bundesland derart in die Verschuldung getrieben wird wie in Niedersachsen.

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Kommunen kritisieren völlig zu Recht, dass sich die Herren Wulff und Möllring keinen Überblick darüber verschafft haben, ob die Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften mit Blick auf den verfassungsrechtlichen Schutz des Kernbereichs kommunaler Selbstverwaltung die Weiterführung des Eingriffs zulässt. Die Landesregierung hat sich bei ihrer Beurteilung für den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2005 und bei der jetzigen Fortschreibung im Jahr 2007 allein an ihrer Sicht einer Verteilungssymmetrie orientiert.

Am 30. Juni 2006, meine Damen und Herren, betrugen die Kassenkredite der Kommunen fast 4,7 Milliarden Euro. Wertet man die Kassenkredite als einen Indikator für die fehlende finanzielle Mindestausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften, dann sprechen diese Zahlen eine sehr deutliche Sprache. Die Kassenkredite bedeuten nichts anderes, als dass die kommunalen Gebietskörperschaften vermehrt ihre Ausgaben für Soziales, Schule und Personal über unzulässige Kreditaufnahme finanzieren.

Meine Damen und Herren, da der Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich eine solche Katastrophe für die Kommunen ist, komme ich jetzt zu dem Bereich Katastrophenschutz. Den Haushaltstitel "Katastrophenschutz" hat die Landesregierung trotz Hochwasser planmäßig ausgetrocknet. Wir meinen, dass es an der Zeit ist, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Wir beantragen deshalb ein deutliches Bekenntnis des Landes zur Funktionsfähigkeit des Katastrophenschutzes in Niedersach-

sen. Mit unserem Änderungsantrag wollen wir zusätzliche Mittel z. B. für die DLRG bereitstellen. Wir wollen darüber hinaus den Ansatz für den Erwerb von Geräten im Bereich des Katastrophenschutzes auf eine drei viertel Million hochsetzen, sodass insgesamt 1,5 Millionen Euro Landesmittel für den Katastrophenschutz zur Verfügung stehen. Wir halten eine solche Reaktion des Landes u. a. deshalb für erforderlich, weil sich die Hochwasserkatastrophen, die wir vor Kurzem noch für Jahrhundertereignisse hielten, offenbar in immer kürzerer Abfolge zu ereignen scheinen.

Das Land muss auch auf die veränderte Bevölkerungsschutzstrategie des Bundes reagieren, weil sich der Bund völlig aus dem Erwerb von Katastrophenschutzfahrzeugen herausziehen will. Da Katastrophenschutz Ländersache ist, steht das Land hier gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern und auch gegenüber den Hilfsorganisationen in der Pflicht. Wir stellen uns dieser Herausforderung. Ich stelle fest, dass der vom amtierenden Innenminister vorgelegte Haushalt dies nicht tut.

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist noch nicht lange her, da haben die Regierungsfraktionen - dies hat schon gestern bei der Generalaussprache eine Rolle gespielt - den Teufel an die Wand gemalt. Es hieß, ein Sportstättensanierungsprogramm sei nicht zu finanzieren, es sei viel zu teuer; da solle bloß niemand denjenigen auf den Leim gehen, die etwas anderes behaupteten. Heute stelle ich fest, dass sich in den Regierungsfraktionen zwischenzeitlich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben scheint, dass unser Sportstättensanierungsprogramm von damals gar nicht so schlecht war.

#### (Beifall bei der SPD)

Warum sonst wollen Sie jetzt ein Sanierungsprogramm light auflegen? Ich nenne Ihren Vorschlag ein "Sanierungsprogramm light", weil die Finanzierung um die Hälfte hinter dem zurückbleibt, was wir beantragen, und weil auch die Laufzeit nur halb so lang ist, wie wir es für erforderlich halten. Offenbar hat man jedoch in den Regierungsfraktionen beschlossen, dass es nach drei Jahren extremer Sportkürzungen jetzt Zeit für eine Wiederannäherung ist. Ein Schelm, der die bevorstehende Landtagswahl als wahren Grund dieser Wandlung von den Sportförderungskürzern zu den Sportstättensanierern vermutet! Ich bin mir sicher, dass der Sport sehr genau erkennen wird, wer über die

gesamte Dauer einer Legislaturperiode verlässlicher Partner ist und wer erst dann die Sportförderung für sich entdeckt, wenn die VIP-Tribünen sanierungsbedürftig werden. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und der FDP)

Ich habe mir erlaubt, einiges von dem zu kritisieren, was Sie vorgelegt haben, und habe auch ein paar Alternativen aufgezeigt. Dennoch möchte ich meinen vorweihnachtlichen Beitrag hier nicht unversöhnlich ausklingen lassen. Deshalb mache ich mir gerne die Worte zu eigen, mit denen Herr Schünemann seine bislang letzte Haushaltsrede als Oppositionsinnenpolitiker beendet hatte. Hören Sie gut zu - ich zitiere Herrn Schünemann -:

"Herr Innenminister, Sie sind weder im Bereich der inneren Sicherheit jemand, der sich für die Polizeibeamten einsetzt, noch sind Sie ein vernünftiger Kommunalminister; denn sonst würden Sie die Kommunen nicht so im Regen stehen lassen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es wirklich an der Zeit, dass wir spätestens in 14 Monaten eine andere Regierung bekommen. Es ist überfällig, dass wir auch einen anderen Innenminister bekommen."

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Herr Schünemann, wo Sie recht haben, haben Sie recht. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Biallas das Wort.

(David McAllister [CDU]: Zieht euch warm an!)

#### Hans-Christian Biallas (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter Beachtung der notwendigen Sparvorgaben ist es den Regierungsfraktionen von CDU und FDP gelungen, im Haushalt 2007 eigene Akzente und Schwerpunkte zu setzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Uns ist damit etwas gelungen, was nicht sehr leicht gelingen kann. Wir realisieren nämlich eine ganze Reihe von Maßnahmen dadurch, dass wir Umschichtungen vornehmen.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Quadratur des Kreises!)

Aber ich gebe durchaus zu: Einiges wird auch dadurch finanziert, dass wir unseren Finanzminister in einem sehr konstruktiven Dialog davon überzeugen konnten, dass das eine oder andere schlicht notwendig ist. Ich bedanke mich beim Finanzminister ausdrücklich für seine kooperative Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU - Oh! bei der SPD)

Herr Bartling, damit es in diesem Punkt keine Zweifel gibt, weise ich zunächst einmal darauf hin, dass wir die Zusage einhalten, die Einsatzkosten der Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg zu erstatten, die bei der Bekämpfung des Elbe-Hochwassers entstanden sind. Die Abrechnungen liegen jetzt vor. Daher erhöhen wir den ursprünglich vorgesehen Ansatz um 2,1 Millionen Euro, wodurch unsere Zusage den Kommunen gegenüber auch tatsächlich eingehalten wird.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang erwähne ich gerne, dass die SPD-Fraktion - Sie haben es eben selbst gesagt, Herr Bartling - die Mittel für den Katastrophenschutz verstärken will. Ich nehme jedoch an, dass die Deckung des vorgeschlagenen Ansatzes dadurch erfolgen soll, dass Sie die von Ihnen laut angekündigte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der dann von Herrn Jüttner leise abgesagt wurde, nicht weiterverfolgen. Insofern wäre das ein seriöser Akt des Handelns; herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CDU - Heiner Bartling [SPD]: Danke! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Im Übrigen, Herr Bartling: Nach allem, was Sie heute wieder an sympathischen Äußerungen gegenüber unserem Innenminister ausgegossen haben, steht eines fest: Sie bleiben immer der Vorgänger Ihres Nachfolgers. Aber so, wie Sie hier agieren, werden Sie niemals der Nachfolger Ihres Vorgängers. Das ist gut so.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Bartling, Sie haben sich lange über das Thema Integration ausgelassen. Für das Projekt "Integrationslotsen" stellen wir als Fraktionen weitere 500 000 Euro zur Verfügung. Wir setzen auf konkrete und zielführende Maßnahmen unter Einbindung der ehrenamtlich tätigen Mitbürger, die selbst einen Migrationshintergrund haben und Beispiel für eine gelungene Integration sind. Dies belegt im Übrigen, wie wichtig wir das Thema Integration in Niedersachsen nehmen.

Dabei darf auch das Handlungsprogramm "Integration" nicht vergessen werden, das ein Projekt dieser Landesregierung ist. Dies wird ja häufig gar nicht mehr dargestellt. Das Handlungsprogramm "Integration" ist ein erfolgreiches Projekt dieser Landesregierung, das wir weiterhin unterstützen. Haltlos hingegen sind Ihre Vorwürfe, wir würden nicht genug für Integration unternehmen. Ich rate Ihnen, das Programm genau durchzulesen, bevor Sie unrichtige Behauptungen verbreiten.

Ihr Ansatz zur Erhöhung der Mittel für Koordinierungsmaßnahmen zur Integration ist aus unserer Sicht jedenfalls der falsche Weg. Sie wollen das Geld in Initiativen pumpen, die keine eigenen Geldmittel aufbringen können und ausschließlich durch Landesmittel am Leben erhalten werden müssen. Das wollen wir nicht.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nun zum Thema Gebietsreform, Herr Bartling. Vorgestern noch schrieb die Hannoversche Allgemeine Zeitung, Niedersachsen sei von Gebietsreformen eingekreist. Im Tagesverlauf wurde im Radio mitgeteilt, dass Schleswig-Holstein die Gebietsreform vorerst auf Eis gelegt habe. Die Auseinandersetzungen im Nachbarland auf Kreis- und Landesebene müssen uns eine Warnung vor dem sein, was auch in Niedersachsen passieren würde, wenn die Forderungen von Rot und Grün nach einer Gebietsreform umgesetzt werden sollten. Ich sage es hier für die CDU-Fraktion ganz klar: Wir stehen zu unseren Landkreisen, wir stehen zu unseren kommunalen Gebietskörperschaften, zu den Städten und Gemeinden, ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, gegen eine das Land zerstreitende Gebietsreform setzen wir den Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit. Hierfür stellen wir 2007 300 000 Euro und über Verpflichtungsermächtigungen für die beiden Folgejahre jeweils den gleichen Betrag in den Haushalt ein. Noch einmal: Die Sandkastenspiele von Rot und Grün machen wir nicht mit. Eine Zerschlagung der bewährten Strukturen lehnen wir strikt ab. Wir setzen weiterhin auf die Bereitschaft der Kommunen, dort effektiv zusammenzuarbeiten und freiwillig vernünftige Synergieeffekte zu verabreden und zu organisieren. Das ist unser Weg.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die DLRG leistet eine ebenso anerkennenswerte Arbeit wie vergleichbare Hilfsorganisationen. Zuletzt hat sie dies übrigens bei der Bekämpfung des Elbe-Hochwassers unter Beweis gestellt. Daher erhöhen wir den Ansatz der Mittel für die im Katastrophenschutz tätige Organisation um 25 000 Euro. Damit soll die Fördersumme der DLRG denen anderer Organisationen angepasst werden. Damit holen wir jetzt das nach, was in der Vergangenheit in Ihrer Regierungszeit versäumt worden ist.

Nun komme ich zum größten Posten des Innenhaushalts, nämlich dem Haushalt der Landespolizei. Zusammenfassend schicke ich voraus, dass CDU und FDP der inneren Sicherheit weiterhin höchste Priorität einräumen. Deshalb haben wir den Polizeihaushalt im Gegensatz zu fast allen anderen Ressorthaushalten nicht abgesenkt, sondern aufgestockt. Wir statten den Haushalt so aus, dass im Jahre 2007 eine Budgetierung vorgenommen werden kann. Die Landespolizei soll das vorhandene Geld selbst einplanen und verantwortungsvoll ausgeben können. Dafür - das gebe ich gerne zu - benötigt die Polizei einen auskömmlichen Finanzrahmen, den wir allerdings mit dem Haushalt 2007 unter realistischer Annahme sicherstellen. Ein sparsamer und verantwortungsvoller Umgang mit den verfügbaren Mitteln wird damit belohnt. Nicht verbrauchte Mittel können in die Folgejahre übertragen werden. Das ist ein guter und richtiger Weg, der sich nach all dem, was Sie, Herr Bartling, zu Ihrer Amtszeit im Hinblick auf Budgetierung ausprobiert haben, durchaus bewährt hat. Ich muss eines zugeben: Die Möglichkeit, im Polizeihaushalt wesentlich umzusteuern, ist in Anbetracht der hohen Personalkostenquote

von immerhin 81 % nur in einem sehr geringen Umfang gegeben. Wenn ich von 81 % Personal-kostenquote rede, dann entspricht das einer Summe von gut 800 Millionen Euro bei einem Gesamtvolumen des Polizeihaushaltes von etwa 1 Milliarde Euro.

(Unruhe)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter, einen Augenblick bitte! - Meine Damen und Herren, wenn die Nachbargespräche in den Bänken eingestellt werden, können wir dem Redner wieder besser zuhören. - Danke.

#### Hans-Christian Biallas (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident! - Herr Bartling, Sie haben nicht aufgezählt, welche Maßnahmen wir ergreifen, um der Polizei die in der Tat notwendige Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. Ich möchte das hier kurz darlegen. Wir stellen zusätzlich 4,5 Millionen Euro ein, um vorrangig den gestiegenen Energiekosten Rechnung zu tragen. Wir wollen nicht, dass das passiert, was zu Ihrer Regierungszeit geschehen ist, als nach Ablauf einer gewissen Anzahl von Monaten ein Erlass herausgegeben wurde, in dem darauf hingewiesen wurde, die Polizeidienstfahrzeuge wegen steigender Energiekosten nur noch eingeschränkt zu nutzen. Wir wollen, dass ein Polizeiwagen fahrbereit ist, wenn er gebraucht wird. Das stellen wir dadurch sicher.

(Beifall bei der CDU - Dieter Möhrmann [SPD]: Und warum wollte die Regierung das nicht?)

Immer wieder wird behauptet, es gebe zu wenige Schutzwesten. Wir stellen im Jahre 2007 1 Million Euro für die Beschaffung zusätzlicher 2 000 Schutzwesten zur Verfügung. Zudem stellen wir 500 000 Euro für die Anschaffung zusätzlicher DNA-Analyse-Kits bereit. Das von Ihnen eingeführte Datenverarbeitungssystem NIVADIS - mit seinen Anfangsschwierigkeiten - stärken wir mit immerhin zusätzlich fast 3,7 Millionen Euro.

Also: Wer vor diesem Hintergrund davon spricht, wir würden die Motivation der Polizei nicht fördern, der könnte anhand dieser Zahlen und Fakten sehen, dass wir dafür sorgen, dass die Polizei ordentlich ausgestattet und ausgerüstet ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zum Stichwort "Personal" weise ich noch einmal auf das von dieser Landesregierung gestartete 1 000er-Verstärkungsprogramm hin. Die erste Rate an Polizeikräften ist nun seit wenigen Monaten in den Dienststellen angekommen, auch wenn Sie, Herr Bartling, immer wieder das Gegenteil behaupten.

Die SPD behauptet fälschlicherweise immer wieder, es gebe zu wenige Polizeivollzugskräfte. Die gleiche SPD hat sich damals jedoch gegen das 1 000er-Programm ausgesprochen. Sie haben seinerzeit nicht zugestimmt. Eines geht aber nur: Entweder man sagt, wir brauchen nicht mehr Polizeivollzugskräfte - dann dürfen Sie sich aber nicht darüber auslassen, dass nach Ihrer Ansicht Personal fehlt -, oder aber Sie sind für das 1 000er-Programm - dann können Sie hier redlich mitdiskutieren. So wie Sie das machen, geht es aber nicht. Dieser Eiertanz verwundert schon sehr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe noch niemanden getroffen, der das verstanden hätte.

Meine Damen und Herren, wir lehnen die von der SPD-Fraktion geforderten zusätzlichen 120 Stellen für die Polizeiverwaltung, also für Angestellte, ab. Für die CDU-Fraktion will ich hier eines sehr deutlich sagen: Es ist richtig, dass Polizeivollzugskräfte im Vollzugsdienst und nicht fachfremd für Verwaltungstätigkeit eingesetzt werden sollen. Das war immer und bleibt auch unsere Linie. Dem benötigten Bedarf an Verwaltungskräften können wir in dieser riesigen Landesverwaltung besser durch Umsetzungen oder durch Angebote aus der Jobbörse entsprechen, als 120 neue Stellen zu schaffen und zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter Biallas, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möhrmann?

#### Hans-Christian Biallas (CDU):

Nein, meine Zeit ist leider begrenzt.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Das wird doch nicht angerechnet, mein Lieber! - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wir haben doch dafür die Geschäftsordnung geändert!)

Herr Möhrmann, eines kann ich Ihnen auf die Frage, die Sie stellen wollten, aber nicht stellen konnten, sagen. Was hier passiert, ist klassisch für die SPD: Immer neue Ausgaben fordern und dabei die Auswirkungen verheimlichen. - Das wollten Sie mich wahrscheinlich fragen. Das können Sie sich jetzt sparen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie mehr fordern, müssen Sie uns immer sagen, wie Sie das finanzieren wollen. Bei dem, was Sie hier gefordert haben, ist ein ehrlicher Sparwille nicht erkennbar.

Meine Damen und Herren, im kommenden Jahr - jetzt gehe ich auf einen unserer Schwerpunkte ein - werden wir ein Stellenhebungsprogramm durchführen. Mit 1 Million Euro zusätzlich heben wir zum 1. Oktober 2007 sage und schreibe 1 000 Stellen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wählen die Sie dann auch? 1 000 Stimmen!)

Wir erreichen das durch Einsparungen, die sich aus der Zusammenlegung des Einstellungstermins bei der Polizei ergeben. Im Jahr 2008 erwirtschaften wir mit dieser sinnvollen Maßnahme gut 2,7 Millionen Euro, die dann für die weitere Finanzierung der 2007 vorgenommenen Hebungen verwendet werden können.

Ich sage nun, was die SPD-Fraktion will. Sie will dagegen zusätzlich 127 Stellen anheben, insgesamt aber nur 434. Der Finanzbedarf dafür beträgt 2 Millionen Euro. Ich stelle fest, wir heben mehr als doppelt so viele Stellen bei einem Finanzbedarf von nur 1 Million Euro.

(Zustimmung bei der CDU)

Nun kann man sich natürlich fragen, wie es zu dieser Berechnung kommt.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Die SPD-Fraktion hat sich offensichtlich die Berechnung der GdP zu eigen gemacht. Für das Gewerkschaftsprogramm müssen - das ist immer gesagt worden - in fünf Jahren angeblich nur 10 Millionen Euro aufgebracht werden. Richtig ist aber, dass das Stellenhebungsprogramm der GdP nach genauer Berechnung 30 Millionen Euro kosten würde. Ich vermute, Adam Riese hätte es wohl abgelehnt, Ehrenmitglied der GdP oder der SPD

zu werden, weil er sich bei Ihnen überhaupt nicht wohl fühlen könnte.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme mit einer Bemerkung zum Schluss, die mir sehr wichtig ist. Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich ganz besonders bei allen Bediensteten der Landespolizei bedanken, sowohl bei den Vollzugsbeamtinnen und -beamten als auch bei den Angestellten und Arbeitern. Wir wissen durchaus, dass wir allen öffentlich Bediensteten viel zugemutet haben. Das ist richtig. Aber das eine ist die Enttäuschung darüber, dass kein Weihnachtsgeld gezahlt wird. Etwas anderes ist das, was Sie, Herr Bartling, und Ihre Freunde machen, nämlich die Stimmung, die persönlich angespannt sind, schlechtzureden und damit der Polizei zu schaden. Das weise ich hier ganz deutlich zurück.

In diesem Zusammenhang will ich noch eines sagen. Für die CDU-Fraktion erkläre ich: Wir danken den gestern hier im Hause eingesetzten Beamtinnen und Beamten für ihren umsichtigen, zielorientierten und konsequenten Einsatz. Dieser Einsatz war nicht, wie es Herr Dehde gleich nach einer Minute überall erzählte, unangemessen, sondern das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Allen eingesetzten Kräften gilt unser herzlicher Dank und unsere Anerkennung. - Vielen herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Professor Dr. Lennartz das Wort.

## **Professor Dr. Hans-Albert Lennartz** (GRÜ-NE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einigen Positionen beginnen, in denen es Übereinstimmung zwischen den Mehrheitsfraktionen und uns gibt:

Erstens: Erhöhung der Katastrophenschutzmittel wegen des Frühjahrhochwassers an der Elbe 2006. Das sehen wir genauso.

Zweitens: Förderung des Projektes "Integrationslotsen". Auch dazu vertreten wir die gleiche Position, wobei meine Kollegin, Frau Langhans, zum Komplex "Integration" gleich noch reden wird.

Drittens: Sportstättensanierung. Dazu teilen wir Ihre Auffassung, auch in der Größenordnung. Insofern gibt es da eine Differenz zu dem Ansatz der SPD-Fraktion. Ich denke, das ist schon während der ersten Beratung des SPD-Antrags deutlich geworden. Wir haben Zweifel, dass aus dem Landeshaushalt - derzeit jedenfalls - diese Größenordnung von zehnmal 10 Millionen Euro bereitgestellt werden kann.

Viertens: Anschaffung von weiteren Schutzwesten für die Polizei. Das ist notwendig und richtig.

Fünftens: Stellenhebungen bei der Polizei. Das ist ein Ansatz, den die GdP vorgestellt hat, der von uns zumindest insoweit geteilt wird, als wir für das nächste Jahr mit 1 Million Euro in dieses Vorhaben einsteigen wollen.

Der letzte Punkt, den ich nennen möchte: Wir begrüßen es, dass eine kleine finanzielle Mehraufwendung im Haushalt für eine notwendige Korrektur der Zuständigkeiten des Landesbeauftragten für den Datenschutz vorgesehen ist; denn das kommt sozusagen still und leise daher. Herr Innenminister, ich kann es durchaus verstehen, dass es Ihnen nicht so angenehm ist, wenn das an die große Glocke gehängt würde. Aber ich gehe davon aus, dass die Zuständigkeiten des Landesbeauftragten im Januar wieder auf die Kontrolle des privaten Bereichs ausgedehnt werden.

Nun komme ich zu einigen kritischen Punkten.

Erstens: Ausbildung der Polizei. Herr Bartling hat das schon angesprochen, nämlich die Polizeiakademie statt einer Verwaltungsfachhochschulausbildung. Wir halten diesen Weg für falsch. Man hätte, wenn man meint, im Bereich der Verwaltungsfachhochschule Hildesheim Kosteneinsparungen erzielen zu sollen, eine Fusion mit der dort existierenden Hochschule prüfen und gegebenenfalls realisieren können.

#### (Zustimmung bei den GRÜNEN)

Aber man hätte auch - das ist unsere Präferenzprüfen können, ob die Polizeiausbildung in Zukunft an einer normalen Fachhochschule, die öffentlichen Charakter hat, stattfinden soll. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP: Warum soll das, was Sie für die kommunalen Bediensteten planen, nämlich in Zukunft eine Ausbildung im Bereich der Fachhochschule Osnabrück statt in der Verwaltungsfachhochschule des Landes, im Bereich der Polizei eigentlich nicht gehen?

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens: Polizeireform. Dieses Thema will ich nur kurz streifen. Die Antwort auf unsere Große Anfrage dazu steht noch aus. Wahrscheinlich wird sie im Januar hier besprochen werden. Dann werden wir alle etwas schlauer sein, hoffe ich. Aber eines ist doch schon klar: Ihr Antrag "Polizeireform gelungen - Aufklärungsquote gestiegen - Niedersächsische Polizei gut aufgestellt!", den wir hier im Oktober-Plenum genießen durften, war doch nicht nur in der Landtagsdebatte ein Rohrkrepierer, weil er durch nichts unterlegt war - außer durch fragwürdige Zahlen zur Aufklärungsquote -, sondern er war auch in den Dienststellen der Polizei im ganzen Lande ein Rohrkrepierer. Ich glaube, dass viele Beschäftigte, die diesen Antrag und gegebenenfalls die Rede der CDU zur Kenntnis genommen haben, nur noch mit Kopfschütteln darauf reagiert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Damit komme ich zum Thema Mitarbeiterzufriedenheit. Nach unserem Eindruck ist die Stimmung innerhalb der Polizei im Keller, nicht nur im Emden, nicht nur in Leer, nicht nur in Wittmund. Das sind ja besonders auffällige Inspektionen, die in der jüngsten Zeit ausweislich der Presseberichterstattungen in den Vordergrund getreten sind. Das sind Fehler, die u. a. etwas mit dem Neuzuschnitt der Polizeidirektionen und der Zuordnung der verbliebenen Inspektionen zu tun haben. Die Zerteilung von Inspektionen im Bereich Osnabrück einerseits und im Bereich Oldenburg andererseits ist doch einfach ein Unfug. Das wissen auch Sie. Ihre Kollegen Herr Ontijd und Herr Dinkla waren offensichtlich ein bisschen zu schnell, als sie erklärt hatten, das würde zum Januar geändert werden. Danach gab es das Dementi aus dem Innenministerium, in dieser Frage sei noch gar nichts entschieden, man werde das alles sehr sorgfältig prüfen. Das sagen Sie ja immer, wenn Sie ein Problem haben und nicht zu Potte kommen.

(Jörg Bode [FDP]: Sorgfalt vor Eile!)

- Ja, ja, das ist Ihr Leitspruch, den Sie häufig nicht beherzigt haben. - Aber das Thema Mitarbeiterzufriedenheit betrifft nicht nur die Inspektionen bzw. Kommissariate, die ich eben genannt habe, sondern dazu gehört auch die Befindlichkeit der Beschäftigten nach der Streichung des Weihnachtsgeldes. Dazu gehört auch die verstärkte Zahl von Sondereinsätzen der Polizei und die dadurch auflaufende Zahl von Überstunden, die viele vor sich herschieben, ohne sie abfeiern zu können und ohne sie als Geldleistung erstattet zu bekommen. Dazu gehören folglich hohe Überstundenpakete, die Frust auslösen.

Jetzt möchte ich einen kleinen Exkurs machen. Warum wurden im Oktober anlässlich einer NPD-Kundgebung in Göttingen so enorm viele Polizeikräfte eingesetzt? War die Gefährdungslage wirklich so, dass Sie diese hohe Zahl von Bediensteten brauchten? - Eine erneute Einsatzpanne in Göttingen im Oktober, wie es sie im Frühjahr letzten Jahres gegeben hatte, hätte den Polizeipräsidenten - ein politischer Beamter - den Kopf gekostet; das ist meine These. Es war - das verallgemeinere ich jetzt, Herr Innenminister - ein Fehler, alle Polizeipräsidenten, nachdem Sie im Land Polizeidirektionen geschaffen hatten - über die früher existierenden zwei hinaus -, zu politischen Beamten zu machen. Das war ein Fehler.

(Zuruf von Minister Uwe Schünemann)

- Ja, aber es waren zwei. Jetzt haben Sie das ausgedehnt. - In meinen Augen ist es Zweck der Aktion, einen Puffer zu bilden: Wenn im Bereich einer Polizeidirektion etwas schiefgeht, dann hat man ein Opfer, das man "aus dem Verkehr ziehen" kann, und man hat das Problem nicht selbst an der Hacke. Das ist also das Motiv für die Berufung politischer Beamter an die Spitze der Polizeidirektionen.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zur Mitarbeiterzufriedenheit und zur Personalsituation. Ich greife die Aussage eines Hauptpersonalratsmitgliedes auf: Wir haben Arbeitsverdichtungen. Nominell haben wir mehr Beschäftigte, aber zumindest in der Fläche haben wir weniger Leute im Einsatz. - Es wird kein Weg daran vorbeigehen, dass Sie das Freisetzungsprogramm fortsetzen. Herr Biallas hat vorhin gesagt: Das haben wir gemacht. - 200 war die Zielmarge. Das ist viel zu wenig. Wir haben damals in der Landtagsdebatte eine Position eingenommen, dass das der erste Schritt sein soll. Jetzt ist nichts mehr gekommen. Sie müssen dieses Thema der Freisetzung wieder angehen.

Zum Schluss. Herr Innenminister, Sie haben es immer noch nicht geschafft, eine Änderung des Polizeigesetzes vorzulegen. Der späteste Termin dafür sollte der April 2006 sein. Das war die Aussage Ihres Hauses. Sie haben einen internen Konflikt mit der Staatskanzlei, weil die meint, der interne Entwurf des Innenministers würde - wenn er Gesetz würde - erneut vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern. Dann haben Sie in Ihrer Not Herrn Professor Starck aus Göttingen den Auftrag erteilt, ein Gutachten zu schreiben und gleich einen Gesetzentwurf zu formulieren. Das zeigt ein bemerkenswertes Vertrauen in die Mitarbeiter Ihres Hauses, die doch sonst immer die Gesetzentwürfe formulieren. Das heißt, Sie bleiben hierbei - dazu zitiere ich abschließend aus dem Rheinischen Merkur vom 30. November 2006 dem Satz treu, den Sie dort gesagt haben sollen: Im Kampf gegen den Terrorismus muss man bis an die Grenzen des Rechtsstaates gehen. - Sie pfeifen auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Bode das Wort.

#### Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich dem Dank des Abgeordneten Biallas an den Herrn Finanzminister anschließen. Auch wir sind für die konstruktive Zusammenarbeit und die Mitarbeit bei der Beratung der Ergänzungsliste der Regierungsfraktionen dankbar.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich möchte es aber nicht versäumen - denn, lieber Kollege Biallas, es ist selbstverständlich das vornehmliche Recht der Legislative, den Haushaltsplan aufzustellen, und nicht das der Exekutive -, mich auch für die konstruktive Zusammenarbeit mit den Haushalts- und Finanzpolitikern der Fraktionen der CDU und FDP und deren Unterstützung zu bedanken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben es heute Morgen schon gehört: In der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* wurde getitelt: Niedersachsen ist bedroht, Niedersachsen ist "eingekreist von Kreisreformern". - Es war, wie es immer kommen muss: Die Grünen stimmten natürlich mit ein. Sie nahmen auch den Abgeordneten Bartling - so hatte man den Eindruck - ins Schlepptau, damit er die Diskussion über diese Frage auch in der SPD mit führen soll. Jetzt müssen wir uns - wenn es darum geht, wie wir mit unseren Kommunen und Landkreisen umgehen - selbstverständlich die Frage stellen, was eigentlich die Aufgabe der Politik ist. Die Aufgabe von Politik ist es, eine Gesellschaft mitzugestalten, eine Gesellschaft zu führen.

#### (Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Führen heißt aus meiner Sicht: Entscheiden, die Menschen motivieren und getroffene Entscheidungen umsetzen. - In Zeiten, in denen Flexibilität, Mobilität und weltweiter Waren- und Kapitalverkehr viele verunsichern, brauchen die Menschen auch in Niedersachsen einen festen Standpunkt, von dem aus sie die Herausforderungen, aber auch die Chancen der Globalisierung annehmen können.

Dieser feste Standpunkt ist ein Zuhause, eine Heimat oder ein Heimatgefühl. Je stärker dieses Gefühl ausgeprägt ist, desto größer wird die Bereitschaft sein, die Globalisierung als Chance und nicht als Bedrohung zu begreifen. Daher ist es nach Auffassung der FDP die Aufgabe von Politik in der heutigen Zeit, die Bedeutung der Heimat zu erkennen, nach ihren Möglichkeiten zu suchen und die Chancen zu nutzen, bei den Menschen das Bedürfnis nach Heimat zu befriedigen. Deshalb ist es nicht der richtige Weg, in eine Diskussion über die Auflösung unserer Heimat, also unserer Kommunen und unserer Landkreise, einzutreten. Wir müssen vielmehr die vorhandenen Chancen der Globalisierung und der neuen Techniken durch eine weitere Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit sowie durch neue Strukturen bei den Kommunen und bei den Landkreisen nutzen. Wir haben daher zur Förderung dieser interkommunalen Zusammenarbeit bewusst Haushaltsmittel von fast 1 Million Euro bereitgestellt. Mit diesen Mitteln wollen wir über Modelle, Projekte und Best-Practice-Beispiele den angesprochenen Prozess fördern und verstärken. Die SPD hat diesen Ansatz gestrichen. Auch das ist ein Zeichen dafür, wie das Verhältnis der SPD zu unseren Kommunen ist.

#### (Beifall bei der FDP)

Das Verhältnis der SPD zu den Kommunen zeigt sich auch bei einem anderen sehr bedeutsamen

Punkt, nämlich bei der Frage, wie das Land mit den Kommunen beim Katastrophenschutz umgeht. Der Haushaltsantrag der SPD - ich habe ihn gelesen - beinhaltet die Streichung von 2 Millionen Euro für die Betroffenen des Elbe-Hochwassers des Jahres. Angesichts dessen muss ich mir schon die Frage stellen, wie die SPD mit den betroffenen Kommunen, mit den betroffenen Menschen eigentlich umgeht. Ich kann mich noch genau daran erinnern, dass die SPD es hier im Saal durchaus für billig hielt, mit den Betroffenen einen politischen Klamauk mit der Forderung nach einem Untersuchungsausschuss und ähnlichen Forderungen zu veranstalten, die Betroffenen also zu einem derartigen Klamauk zu zwingen. Die Region und das Leid vor Ort waren der SPD dafür gut genug. Nachdem Sie mit diesem Vorhaben an dieser Stelle aber baden gegangen sind, wollen Sie nichts mehr von den Betroffenen wissen. Sie wollen sie im Regen stehen lassen. Das werden CDU und FDP nicht zulassen. Wir werden mit 2 Millionen Euro helfen.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir werden auch weitere Hilfe leisten. Wir werden für die weitere Ausrichtung der DLRG die institutionelle Förderung erhöhen. Wir werden das Ehrenamt stärken, indem wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass bei Leistungen künftig die Entschädigungsgelder schneller gezahlt werden können. Zu diesem Zweck werden wir entsprechende Titel vorsehen.

Ich möchte jetzt auf das Schwerpunktthema der SPD zu sprechen kommen, das Herr Bartling gleich am Anfang angesprochen hat, nämlich das Thema der Integration. Die Integration - Herr Bartling, da haben Sie völlig recht - ist eine der künftigen Herausforderungen dieses Landes. Man muss dann auch die richtigen Antworten finden. Das Modellprojekt "Integrationslotsen" aus Osnabrück, das sich sehr bewährt hat, ist die richtige Antwort, sodass wir es flächendeckend einführen wollen. Wir stellen dafür 500 000 Euro zur Verfügung. Sie wollen diesen Ansatz streichen. Dafür sollten Sie sich schämen.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir werden uns auch einer weiteren Zukunftsaufgabe des Landes und auch der Bundesrepublik Deutschland stellen. Wir werden weiter darüber nachdenken, wie man das Zuwanderungsrecht modernisieren kann und wie wir diejenigen, die gut

für unser Land sind, die uns weiterbringen, sozusagen besser nach Deutschland holen können. Es ist, wie ich glaube, wirklich der richtige Weg - wir haben darüber gestern schon etwas gehört -, bundesweit ein Punktesystem einzuführen und Zuwanderung entsprechend diesem System weiter zuzulassen.

#### (Beifall bei der FDP)

Nun zur Verwaltungsreform. Darüber wird der Streit zwischen Herrn Bartling und Herrn Jüttner in der SPD offen ausgetragen. Die SPD scheint sich nun aber hinter Ihnen, Herr Bartling, aufgestellt zu haben - dafür Respekt -, nicht hinter Herrn Jüttner. Gestern durfte er hier nicht reden, heute war er bei diesem Punkt nicht anwesend,

#### (Lachen bei der SPD)

und Sie behaupten auch noch exakt das Gegenteil. Sie kritisieren die Verwaltungsreform. Ich will Ihnen hier die Position des leider abwesenden Kollegen Jüttner nicht vorenthalten. Herr Jüttner sagt zu der Verwaltungsreform, die Sie hier gerade lauthals kritisiert haben, in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 14. September 2006 - Zitat -:

"Die meisten Dinge, die Sie dort getan haben, sind ohne Alternative gewesen."

Vielen Dank, Herr Jüttner, genauso sehen wir es auch. Sie haben recht, Herr Bartling nicht. Setzen Sie sich durch!

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Verwaltungsreform ist einer der größten Konsolidierungsbeiträge zum Haushalt. Sie ist ein großer Beitrag zum Bürokratieabbau, also dazu, dass es für die Menschen einfacher und besser wird. beispielsweise bei der Gewerbeaufsicht und auch in anderen Bereichen. Bei der Vorlage der Gutachten ist Ihnen im Ausschuss auch erklärt worden, dass einer der großen Bereiche die Auswertung des Standardkostenmodells ist, woran Sie Kritik geübt haben. Wir wollen mit diesem Modell die Bürokratiekosten messen, um dann mit Ihnen gemeinsam - wenn Sie sich weiterhin verweigern, aber gern auch ohne Sie - Bürokratie gewichtet abzuschaffen, damit die Wirtschaft wieder mehr Luft zum Atmen bekommt und damit es in Niedersachsen weiter aufwärts geht. Das ist gut angelegtes Geld.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zum größten Bereich, der Polizei, ist schon viel gesagt worden. Herr Bartling, ich bedaure sehr, dass Sie die Chance nicht genutzt haben, sich für Ihre letzten Auftritte zu diesem Thema hier im Plenum zu entschuldigen. Als wir hier über die Polizeireform gesprochen haben, haben Sie mit Behauptungen agiert, die schlicht und ergreifend nicht wahr sind. Sie haben gesagt, es wäre eine falsche Statistik vorgelegt worden, es wären doppelte Zahlen eingestellt worden. Wir haben es Ihnen hier schon angedeutet und haben es im Innenausschuss nochmals gesagt, sodass Sie es wissen konnten: Die Zahlen waren richtig; die Dubletten waren vor der Veröffentlichung gelöscht worden, wie es sich für ordentliche Arbeit gehört.

Sie haben weiter gesagt, die Aufklärungsquote wäre durch Verschiebung bei den Delikten entstanden, wobei Sie beispielsweise Diebstahl und anderes genannt haben. Was ist im Innenausschuss passiert, als wir dies analysiert haben? - Genau das Gegenteil war zu registrieren: Exakt die von Ihnen formulierten Verschiebungen in der Statistik haben zu einer Verschlechterung geführt, die durch die Entwicklung in anderen Bereichen kompensiert werden musste.

Der nächste Punkt sind die Kontrolldelikte. Ich haben Ihnen die Tabellen einmal mitgebracht.

(Der Redner zeigt eine Grafik)

Im Schulkontext haben wir durch Kontrollen einiges kompensieren können.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist aber nicht zu erkennen, Herr Kollege!)

Für die Kontrolldelikte ist bei der Aufklärung eine eindeutige Steigerungsrate ausgewiesen. Wie die Polizei für die Menschen aufgestellt ist, wird besonders bei der Stellenanzahl deutlich. Auch diese Tabelle habe ich Ihnen mitgebracht.

(Der Redner zeigt eine weitere Grafik)

Nach dem Konzept von Herrn Bartling und der SPD führt die Kurve steil bergab. Nach dem Konzept von CDU und FDP führt sie hingegen steil bergauf. Wir erreichen damit wieder alte Höchststände aus dem Jahr 1997. Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Innenpolitik ist bei CDU und FDP in den besten Händen. Herr Bartling, niemand in Niedersachsen braucht Angst angesichts der Drohung, die Sie heute ausgesprochen haben, zu

haben, dass Sie im Jahre 2008 wieder ein Wort mitzureden hätten. Das wird nicht passieren. Auch dann werden CDU und FDP weiter in der Verantwortung sein. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Dr. Stumpf das Wort.

#### Dr. Otto Stumpf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Möhrmann und Herr Bartling, Sie haben heute und gestern in Ihren Haushaltsreden etwas zu Ihrem 100-Millionen-Programm für den Sport gesagt. Dabei haben Sie auf mich Bezug genommen. Das, was Sie mir unterstellt haben, ist rundweg falsch. Ich werde das richtigstellen. Ich habe an keiner Stelle erklärt, dass jegliches Sportstättensanierungsprogramm von uns abgelehnt wird. Ich habe vielmehr eindeutig klargemacht, dass *Ihr* Sportstättensanierungsprogramm abgelehnt wird. Ihr Programm ist auch nicht seriös.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Aussagen gestern von Herrn Möhrmann und heute von Herrn Bartling waren falsch. Im Sport nennt man so etwas vorsätzliches Foul. Normalerweise gibt es dafür die Rote Karte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte dafür auch den Beweis antreten. Ich habe in der Sitzung im November erklärt - Zitat -:

"Obwohl ich persönlich wohl kaum im Verdacht stehe, gegen die Interessen des Sports zu votieren, möchte ich hier und heute klipp und klar sagen, dass wir diesen Antrag"

- es ging um Ihren 100-Millionen-Antrag -

"bei seriöser Betrachtung nur ablehnen können."

Darüber hinaus kann ich Ihnen hier und heute versichern: Wir werden in den nächsten Tagen in unserer Haushaltsklausur die Problematik der Sportstättensanierung aufarbeiten und auch zu einem konstruktiven Ergebnis bringen. - Das habe ich gesagt, nicht aber das, was Sie in den Raum

gestellt haben. Was ich gesagt habe, können Sie in der Niederschrift über die letzte Sitzung nachlesen

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Viereck hat diese Unseriosität noch getoppt,

(David McAllister [CDU]: Dafür ist er bekannt!)

indem er im November erklärt hat, dass Sie einen überzeugenden Deckungsvorschlag für Ihr 100-Millionen-Programm vorlegen wollten. Sie haben weder einen Deckungsvorschlag vorgelegt, noch war er überzeugend. Sie haben nichts dazu beigetragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, ein Deckungsvorschlag, der einzig und allein auf neuen Schulden beruht, ist nicht seriös, und so etwas lehnen wir ab. Das ist doch völlig klar.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bartling, ich kann eigentlich nur Ihr Zitat von heute früh wiederholen, als Sie sagten: Eine sachorientierte Lösung wird durch schnöden Populismus verhindert. - Genau das haben Sie bisher in der Sportförderung versucht. Insofern war Ihr Zitat goldrichtig - aber auf Sie bezogen und nicht auf unser Handeln.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben immer deutlich gemacht, dass der Sport für uns eine sehr hohe Priorität und einen hohen gesellschaftspolitischen Wert hat, was nach wie vor gilt. Das achten wir und fördern wir auch. Deshalb haben wir ein seriöses Programm über fünf mal 5 Millionen Euro auferlegt

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Auferlegt! Sehr gut!)

- aufgelegt -, haben den Anlass begründet und können das Programm auch klar finanzieren. Es ist der richtige Weg, wenn wir das Programm in 2,5 Millionen Euro pro Jahr direkt für den Sport und in 2,5 Millionen Euro für kommunale Sportanlagen einteilen; denn die kommunalen Sportanlagen werden weitgehend von Sportvereinen genutzt, sodass wir damit beiden Seiten eine echte Hilfestellung leisten.

(Beifall bei der CDU)

Der Förderweg über die Finanzhilfe, die der Landessportbund von uns bezieht, ist auch goldrichtig; denn der Landessportbund ist eine Organisation, die mit derartigen Verfahren umgehen kann. Das hat er in der Vergangenheit immer gezeigt, und dafür bin ich ihm auch sehr dankbar. Der Landessportbund untersteht den Prüfungen durch Wirtschaftsprüfer und durch den Landesrechnungshof. Insofern sind das absolut saubere und korrekte Verfahren, die wir so beibehalten werden.

(Professor Dr. Albert Lennartz [GRÜ-NE]: Das hat auch niemand angezweifelt!)

- Nein, das haben Sie auch nicht. Aber ich sage es hier.

Es gibt keinen Dissens mit dem Landessportbund Niedersachsen, was den Rahmen des Sportstättensanierungsprogramms angeht. Herr Bartling, Sie haben dazu heute wieder Hiobsbotschaften an die Wand gemalt. Das ist total verfehlt und total überzogen. Ich kann dazu aus der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift *Sport und Mehr* des Landessportbundes Folgendes zitieren:

"Die aktuelle Initiative von CDU und FDP bietet aus Sicht des Landessportbundes die Möglichkeit, zukunftsweisende Weichen für die Sportstättenentwicklung in Niedersachsen zu stellen."

Ein größeres Lob können wir für unsere Aktivitäten eigentlich nicht erwarten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -David McAllister [CDU]: Herr Bartling, was sagt denn Ihre Organisation dazu?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch einmal das Materielle in den Vordergrund stellen: Mit diesem Programm toppen wir die Investionsfördermittel von 2002 und 2003 um ungefähr 1 Million Euro. Das ist auch gut so. Der Sport kann dieses Geld hervorragend gebrauchen. Wir werden damit im Jahre 2007 eine erhebliche Investitionssumme in Gang setzen, was natürlich auch Wirtschaftsförderung bedeutet.

Wir haben in allen Fragen der Sportförderung den Landessportbund beteiligt. Auch über diese Fragen haben wir frühzeitig Gespräche mit dem Landessportbund geführt. Wir sehen das als eine sehr notwendige Aufgabe an; denn wir fördern hier nicht nur auf materiellem Gebiet, sondern wir fördern auch das Ehrenamt und die hauptamtliche Einbindung innerhalb der Sportorganisation, was wir in dem Zusammenhang für sehr wichtig halten.

Es ist auch wichtig, dass der Sport in Niedersachsen eine auskömmliche und verlässliche Perspektive hat. Diese Perspektive hat er mit unserem Programm und nicht mit Ihren Luftschlössern, meine Damen und Herren. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Abgeordnete Langhans das Wort.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, nicht Sie haben das Wort, weil ich es Ihnen nicht erteilt habe. - Frau Langhans, Sie haben das Wort.

#### Georgia Langhans (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Biallas, eine Legende müssen wir hier einmal ausräumen. Das Handlungsprogramm Integration ist sicherlich kein Handlungsprogramm dieser Landesregierung, sondern dieses Programm haben Sie von der Vorgängerregierung übernommen. Aber jene Regierung hatte schon damals zum größten Teil wortwörtlich aus einem Konzept der Grünen abgeschrieben.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Ach so!)

Von daher ist das mit Sicherheit kein Handlungsprogramm Ihrer Landesregierung.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Dann machen wir jetzt also das, was Sie machen wollten!)

Sie haben aber ganz wesentliche innovative Teile herausgestrichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr McAllister, hat in einer Pressemitteilung vom 5. Dezember mitgeteilt,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dass Integration in Niedersachsen eine der zentralen Herausforderungen ist.

(David McAllister [CDU]: Das ist richtig!)

Diese Erkenntnis kommt spät. Viel zu lange hat dieses Thema in Niedersachsen so gut wie keinen Stellenwert gehabt und ist die Notwendigkeit von Integration geleugnet worden. Meine Damen und Herren, Ihre Integrationsmaßnamen beschränken sich überwiegend auf Sprachförderung. 90 % Ihrer Mittel werden für Sprachförderung bereitgestellt und fließen damit in die Integration. Darüber hinaus haben Sie sich nicht bewegt. Menschen mit Migrationshintergrund bleiben in Niedersachsen weiterhin in allen gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert. Diese Landesregierung hat zwar das Jahr 2006 zum Jahr der Integration ausgerufen. Aber wo ist Ihre Integrationsoffensive geblieben? - Das, was Sie vorzuweisen haben, ist armselig und wird den Herausforderungen der heutigen Zeit nicht gerecht. Der Innenminister hat den Sport für die Integrationsarbeit entdeckt. Keine Frage: Der Sport leistet auf diesem Gebiet Hervorragendes. Das ist aber wieder einmal ein schönes Beispiel dafür, wie einfach Sie es sich machen, indem Sie die Integrationsaufgabe auf Verbände und auf die Zivilgesellschaft abwälzen.

Aber das, was wirklich notwendig wäre, nämlich ein umfassendes Angebot aufeinander abgestimmter Integrationsmaßnahmen, um die Teilhabechancen für Zugewanderte zu verbessern und ihnen den beruflichen und sozialen Aufstieg zu ermöglichen und sie darin zu fördern, sucht man vergeblich.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Auf den interreligiösen Dialog, den diese Landesregierung anstoßen wollte, warte ich bis heute, meine Damen und Herren. Allerdings gibt es einen Lichtblick: Nach langer Verzögerung setzt diese Landesregierung endlich die Forderungen aus einem alten Antrag der Grünen um: Sie stellt Geld für die Ausbildung von Integrationslotsen zur Verfügung.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Das freut uns sehr, meine Damen und Herren. Das zeigt, dass auch Sie lernfähig sind. Allerdings kann es bei der Ausbildung allein nicht bleiben, sondern wir brauchen Konzepte dafür, an welchen Stellen und wie die Menschen eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, in einem Bereich haben wir allerdings noch immer große Probleme. Ihre unselige Vorreiterrolle im inhumanen Umgang mit Flüchtlingen lassen Sie sich noch immer einiges kosten. Die Bestrebungen, möglichst viele Flüchtlinge in zentralen Aufnahmelagern unterzubringen, ist noch immer doppelt so teuer, als wenn Sie sie auf die Kommunen verteilen würden. Mit dieser Politik geraten Sie aber zunehmend in die Kritik. Der Rat der Stadt Oldenburg hat nach den Protesten und Demonstrationen in Blankenburg und denen in Bramsche eine Resolution verabschiedet, in der diese Politik der zentralen Unterbringung in den Lagern und der Ausgrenzung eindeutig kritisiert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe - David McAllister [CDU]: Es ist sehr laut!)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, jetzt meine ich auch die Abgeordneten an der Regierungsbank. Es muss wirklich ruhiger werden; sonst kann man den Redner oder die Rednerin hier vorne nicht verstehen.

Ich rufe nun die Wortmeldung des Abgeordneten Schwarz von der FDP-Fraktion auf.

#### Hans-Werner Schwarz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt heißt "Inneres und Sport". Ich möchte mich zum Sportbereich äußern.

Wir haben ein Jahr des Sports hinter uns. Das meine ich nicht nur, weil wir eine Großveranstaltung beim Fußball gehabt haben, die uns allen unglaublich viel Freude bereitet hat. Ich meine auch die vielen mittelgroßen und kleinen Veranstaltungen und die Turniere auf Kreis- und Ortsebene, die Niedersachsen zu einem Sportland machen. Ich möchte an der Stelle - das ist nicht Fishing for Compliments - sagen, dass unsere Medien durch ihre Sportberichterstattung sehr viel dazu beitragen, dass Niedersachsen ein Sportland ist. Ich erinnere nur an die wirklich hervorragende Sendung von NDR 1 "Sportland Niedersachsen". Ich meine, dass das für uns alle außergewöhnlich wichtig ist.

(Beifall bei der FDP)

Gut 2,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger sind in den über 9 600 Vereinen des Landessportbundes Niedersachsen organisiert, und damit steht Niedersachsen im innerdeutschen Vergleich an erster Stelle. Das zeigt uns, dass Sport heute ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur ist. Doch nicht nur das - Sport trägt zur Steigerung von Lebensfreude und Lebensqualität bei, und Sport ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gewinnt vor allem in gesundheitlicher und auch sozialer Hinsicht immer größere Bedeutung.

Die Sportvereine und die Verbände gehören zu den wichtigsten stabilisierenden und Werte vermittelnden Institutionen in unserer demokratischen Gesellschaft. Ihre Arbeit ist zukunftsgerichtet und für unseren Staat unverzichtbar.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wie kaum ein anderer Lebensbereich steht Sport für Lebensfreude, Leistung und Fairness. Das sind zugleich auch liberale Werte und Ziele. Deshalb unterstützt liberale Sportpolitik sowohl den Spitzenals auch den Breiten-, den Behinderten- und den Schulsport.

Wir begrüßen insbesondere das freiwillige und ehrenamtliche Engagement im Sportwesen, ohne das viele Sportvereine ihre Angebote nicht durchführen könnten. Das Ehrenamt ist ein Bereich, den der Staat weder ausfüllen kann noch ausfüllen soll. Deshalb unterstützt die FDP die vielen Menschen in Niedersachsen, die sich in ihrer Freizeit für den Sport engagieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir Liberalen möchten darüber hinaus den Wert des Sports auch für andere Gesellschaftsbereiche wie Erziehung, Integration und Jugendarbeit nutzen. Sport vereint Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen. Er gibt Orientierung und fördert das Miteinander, auch im multikulturellen Sinne. Das Motto "Sport verbindet" hat auch heute nichts von seiner Gültigkeit verloren. Toleranz und Akzeptanz sind in den Sportvereinen schon sein Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit, und die Sportvereine sind in unserer Gesellschaft deshalb wichtige und unverzichtbare Integrationsfaktoren. Sehr verehrte Frau Langhans, das ist kein Abwälzen von Aufgaben, sondern das ist Eigeninitiative, und die unterstützen wir.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aus diesen Gründen wollen wir den Sport weiterhin unterstützen und haben ein Sportstättensanierungsprogramm aufgelegt, mit dem wir 25 Millionen Euro für die Errichtung und Sanierung von Sportanlagen bereitstellen. Bereits im nächsten Jahr werden die niedersächsischen Gemeinden und der Landessportbund 5 Millionen Euro erhalten, um den Vereinssport und den Schulsport zu unterstützen. Über dieselbe Summe soll eine Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2008 bis 2011 in den Haushalt eingestellt werden, um das Programm abzusichern. Ich bin dem Kollegen Otto Stumpf sehr dankbar, weil er noch einmal darauf hingewiesen hat, dass der Landessportbund genau dieses Programm positiv begleitet. Das war ein wichtiger Hinweis. Hier stehen wir im Einvernehmen. Darum werden wir auch das nächste Jahr als das Jahr des Sports bezeichnen können. -Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Schünemann das Wort.

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verwaltungsmodernisierung hat einen großen Anteil daran, dass wir in der Zukunft noch mehr Handlungsfähigkeit haben werden und auch politische Schwerpunkte setzen können. Herr Bartling, es tut mir leid, feststellen zu müssen, dass Sie auch die letzten zwölf Monate nicht genutzt haben, um Ihr Trauma Bezirksregierung irgendwie zu überwinden;

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

denn Sie sind wohl der Einzige in diesem Parlament, der den Bezirksregierungen noch in irgendeiner Weise nachweint.

(Zuruf von Sigrid Leuschner [SPD])

- Frau Leuschner, haben auch Sie sich dazu bekannt? - Dann gibt es zwei.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber sonst kenne ich wirklich kaum noch jemanden, der behauptet, das habe sich in Niedersachsen wirklich bewährt. Auch Herr Jüttner hat gesagt, dass das, was diese Landesregierung im Bereich der Verwaltungsmodernisierung gemacht hat, eigentlich alternativlos gewesen ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie können ja nicht einmal lesen, Herr Schünemann!)

Wenn Sie hier das Wort ergreifen und so etwas sagen, dann haben Sie recht. Diese Aussage sollten Sie jetzt nicht wieder zurücknehmen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen die Zahlen der Zielvereinbarung 2 noch einmal in Erinnerung rufen. Gleich in dem Jahr, in dem die Verwaltungsmodernisierung umgesetzt wurde, haben wir 68,9 Millionen Euro eingespart, im Jahr 2006 waren es 116,1 Millionen Euro, und für das Jahr 2007 sind im Haushalt 155,5 Millionen Euro veranschlagt für Einsparungen, die auch umgesetzt werden. Auf diese Leistung bin ich stolz, und ich bin der Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung dankbar für die dort geleistete Arbeit.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Diese Verwaltungsmodernisierung geht weiter. Facility Management mit einer Einsparung von 20 Millionen Euro werden wir noch in diesem Jahr beschließen. Und weil Sie, Herr Bartling, das Thema angesprochen haben: Auch im Bereich der Aus- und Fortbildung werden wir etwa 7 bis 8 Millionen Euro einsparen können.

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister Schünemann, einen Augenblick, bitte!

(Karl-Heinz Klare [CDU] sitzt auf der Regierungsbank und unterhält sich mit Minister Lutz Stratmann)

Meine Damen und Herren, ich wüsste nicht, dass wir einen neuen Minister vereidigt hätten. Herr Klare, ich bitte Sie, sich auf den Abgeordnetenplatz zu setzen.

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Gestern habe ich Herrn Klare gesagt, dass er sogar - - -

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, das war die Fürsorgepflicht des Präsidiums.

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass Herr Bartling in seiner Rede auf die Polizeiakademie hingewiesen hat. Die Polizeiakademie wird in keiner Weise eine Qualitätsminderung erfahren. Das Gegenteil ist der Fall. Sie wird den Bachelor-Abschluss umsetzen. Die Polizei wartet darauf, dass endlich auch Aus- und Fortbildung miteinander verknüpft werden. Wir haben für die Polizei eine wirklich vernünftige Akademie geschaffen, die praxisnah ausbildet. Es ist richtig, dass wir die Polizeiakademie in Nienburg ansiedeln

(Heiner Bartling [SPD]: Fragen Sie mal die Lehrkräfte! Was die Ihnen sagen, da fallen Sie vom Glauben!)

- Die frage ich sehr gerne. - Sie sagen, das koste viel Geld, 1 Million Euro. - Ich gebe zu, dass dort tatsächlich noch ein Betonblock beseitigt werden sollte. Aber nach Ihrer Rede möchte ich fast vorschlagen, dass wir diesen Block als Mahnmal für die Unbeweglichkeit der SPD in Sachen Verwaltungsreform beibehalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Heiner Bartling [SPD]: Gute Idee! Ich empfehle Ihnen, sich die Butze mal anzugucken! Viel Freude!)

Meine Damen und Herren, wir haben bei der Polizei gleich nach dem Regierungsantritt einen Schwerpunkt gesetzt. Vor allen Dingen haben wir die Streichung von 300 Stellen, die Sie leider Gottes umgesetzt haben, sofort beendet. Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir insgesamt 960 zusätzliche Stellen für Vollzugsbeamte geschaffen haben. Dieses war und ist aufgrund der derzeitigen Sicherheitslage notwendig. Ich bin froh, dass wir auch mit dem Haushalt 2007 diese Akzente setzen.

(Zustimmung bei der CDU - Heiner Bartling [SPD]: Auch mit Reden brechen Sie die Realität nicht!)

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zu der Anschuldigung, wir hätten im Bereich der Tarifangestellten Stellen gestrichen. Das ist nicht wahr. Wir haben nur bei den Kraftfahrern und bei den Servicediensten Reduzierungen vorgenommen, und das ist auch richtig. Aber wir haben auch gesagt, dass wir bei den Servicediensten privatisieren wollen, und wir haben jeweils nach dem Grad der Wirtschaftlichkeit im Haushalt 2007 Geld zur Verfügung gestellt, um entsprechende Aufträge an die private Wirtschaft zu vergeben. Das ist die Wahrheit und nichts anderes. Sie sollten deshalb nicht behaupten, wir hätten hier in großem Maße Stellen gestrichen.

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bartling?

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Sehr gern.

#### **Heiner Bartling (SPD)**:

Herr Schünemann wie erklären Sie sich dann, dass Ihr Ministerium die Anfrage des Abgeordneten Möhrmann dahin gehend beantwortet hat - wie ich es vorhin vorgetragen habe -, dass über 23 Angestelltenstellen allein in der Inspektion Stade weniger vorhanden sind und 5 Vollzugsbeamte mehr da sind? Das war unser Vorwurf, und den halte ich auch aufrecht.

## **Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Wir konnten das, was Sie auf den Weg gebracht hatten, insgesamt nicht stoppen. Als Sie nämlich gemerkt haben, dass durch die zweigeteilte Laufbahn Stellen gestrichen wurden und dies der falsche Weg ist, haben Sie zusätzliche Stellen für Vollzugsbeamte zur Verfügung gestellt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Jetzt wird es Ihnen aber selber peinlich!)

- Nein. - Aber weil neue Vollzugsbeamte erst einmal drei Jahre ausgebildet werden müssen, haben Sie zugelassen, direkt vor Ort Angestellte befristet

für drei Jahre einzustellen. Genau diese befristeten Verträge sind ausgelaufen, und wir haben sie nicht wieder verlängert. Aber diese befristeten Stellen haben Sie geschaffen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Und wie ist die Gesamtbilanz?)

Da bei diesen Zeitverträgen von vornherein klar war, dass sie nach drei Jahren auslaufen, weil dann die Vollzugsbeamten ausgebildet sind, wird das Konzept jetzt so umgesetzt, und das ist auch richtig.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ne, ne, ne! -Heiner Bartling [SPD]: Herr Schünemann, reden Sie ruhig weiter! Das wird munter!)

Ich will Ihnen noch etwas zu dem sagen, was Herr Möhrmann gestern zur Polizeidirektion Lüneburg dargestellt hat. Sie wissen, dass wir vorher vier Bezirksregierungen hatten und dass es jetzt im gleichen Behördenbereich sechs Polizeibehörden gibt. Das heißt, die Polizeidirektion Lüneburg ist für weniger Polizeiinspektionen und einen kleineren Bereich als in der Vergangenheit zuständig. Entsprechend sind natürlich auch die Angestelltenstellen verteilt worden.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das stimmt nicht!)

Zusätzlich haben wir 200 Stellen aus den Bezirksregierungen in die Polizei überführt. 170 Angestellte sind sogar schon umgesetzt. Deshalb ist es einfach nicht richtig, wenn Sie sagen, dass wir bei den Angestelltenstellen drastisch gekürzt hätten. Wir haben am Ende der Legislaturperiode 960 zusätzliche Vollzugsbeamtenstellen und 170 Tarifangestellte in den Verwaltungsbereich der Polizei überführt. Das ist die Wahrheit, und Sie sollten nichts anderes behaupten.

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möhrmann?

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Sehr gerne.

#### Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Minister, ich hatte in meiner Anfrage darauf hingewiesen, dass sie sich auf die neu formierte Polizeidirektion Lüneburg bezieht. Sie haben mir geantwortet, es seien 60 Angestelltenstellen weniger als 2004. Warum geben Sie nicht zu, dass Sie sich an dieser Stelle gegenüber dem Finanzminister nicht durchsetzen konnten? - Die Polizei weiß schon, dass diese Angestelltenarbeit jetzt von Vollzugsbeamten wahrgenommen werden muss.

## **Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Es ist nicht so, dass wir bei den Angestelltenstellen gestrichen hätten. Wir haben eben nur die auslaufenden Zeitverträge, die unter meinem Vorgänger geschlossen wurden, nicht verlängert; das ist wahr. Es ist doch richtig, dass wir, so lange wir noch Mitarbeiter haben, die im Zuge der Verwaltungsreform eigentlich ihre Stellen verloren haben, versuchen, sie über die Job-Börse auf die Angestelltenstellen zu vermitteln. Das ist doch sehr viel sinnvoller, als wenn wir hier, wo wir doch eigentlich abbauen müssen, jetzt wieder 140 zusätzliche Stellen zur Verfügung stellten.

Genau so ist es bei den Sozialdemokraten: Wenn sie den Eindruck haben, dass sie ein bisschen mehr Geld bekommen, dann meinen sie, das Geld sofort sinnlos ausgeben zu müssen. Das ist ihr Markenzeichen. Wir werden auch in der nächsten Legislaturperiode seriöse Politik umsetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zum Stellenhebungsprogramm ist schon einiges gesagt worden. Ich will es hier noch einmal erläutern, weil es schon ganz interessant ist. In der gesamten Regierungszeit meines Vorgängers, Herrn Bartling, sind etwa 1 000 Stellenhebungen von A 9 nach A 10 umgesetzt worden. Mit dem Haushalt 2007 ist es möglich, dass wir insgesamt 1 000 Beförderungen allein in einem Jahr umsetzen. Das ist richtig und notwendig, weil die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine hervorragende Arbeit machen.

(David McAllister [CDU] - zur SPD -: Nehmt das doch einmal zur Kenntnis!)

Wir haben Kürzungen vornehmen müssen. Aber eine Perspektive ist notwendig. Mit diesen 1 000 Beförderungen ist auf jeden Fall eine Anerkennung

verbunden. Das ist richtig und notwendig. Ich bin froh, dass wir das morgen beschließen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben noch nie so viel Geld für Verwaltungsausgaben und Investitionen im Haushalt gehabt
wie für das Jahr 2007. Das ist aufgrund der Sicherheitslage notwendig. Auch hier sind wir innovativ. Es macht Sinn, dass wir die Budgetierung,
die seit sechs, sieben Jahren modellhaft erprobt
wird, jetzt im gesamten Land umsetzen. Ich bin
dem Finanzminister wirklich dankbar dafür, dass
wir hier den ersten Schritt gehen können und jetzt
eine Budgetierung in der Größenordnung von
116 Millionen Euro umsetzen können. Das bringt
mehr Flexibilität. Dann kann das Geld dort ausgegeben werden, wo es absolut richtig und sinnvoll
ist.

Die Sicherheitslage ist gerade im Bereich des internationalen Terrorismus angespannt. Deshalb müssen wir in der Lage sein, kurzfristig zu reagieren. Weil wir schon zusätzliche Polizeibeamte eingestellt haben, waren wir sofort in der Lage, auch beim Staatsschutz eine Verbesserung vorzunehmen. Wir haben 30 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Staatsschutz. Wir haben eine Gruppe Internetrecherche beim LKA eingesetzt, die sich um dieses wichtige Feld kümmert. Sie können sich daran erinnern, dass wir vor wenigen Wochen hier durch die Generalbundesanwältin Ibrahim R. festnehmen lassen konnten. Das wird Justizgeschichte schreiben. Da im Internet Aufrufe von El Kaida zu Anschlägen verbreitet werden, ist es richtig und wichtig, dass das Land Niedersachsen eines der ersten Länder ist, die sich in diesem Bereich tummeln. Wir haben sofort reagiert und haben nicht nur Geld in die Hand genommen, sondern setzen dort auch qualifizierte Mitarbeiter ein. Das ist richtig. Insofern sind wir hier hervorragend aufgestellt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ein weiterer ganz wichtiger Bereich ist für mich die DNA-Analyse. Dort haben wir zusätzliche wissenschaftliche Mitarbeiter eingestellt, Analysegruppen eingerichtet und Sequenzer eingesetzt. Ganz besonders froh bin ich, dass wir endlich eine bessere Unterbringung des Kriminaltechnischen Institutes ermöglichen können. 27 Millionen Euro stehen zur Verfügung. Wir werden dafür Räumlichkeiten der Universität Hannover umbauen und mitnutzen

können. Insofern haben wir hier eine gute Möglichkeit.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch auf den Bereich der Integration eingehen. Es ist hier so dargestellt worden, als wenn wir uns hier nicht sehr bewegt, sondern sogar noch Kürzungen vorgenommen hätten. Dazu kann ich nur sagen, dass wir uns im Vergleich mit allen anderen Bundesländern nicht nur sehen lassen können, sondern wirklich in vielen Bereichen führend sind. Das hat die Zusammenkunft im Kanzleramt vor wenigen Wochen ergeben. Dabei ging es um den Nationalen Integrationsplan. In einigen Bundesländern wird jetzt darüber diskutiert, in der Vorschule oder in den Kindergärten Sprachstandstests durchzuführen. Dank des Kultusministers ist das in Niedersachsen seit 2003 umgesetzt. Es wird darüber nachgedacht, Islamunterricht in den Schulen anzubieten. In Niedersachsen ist das längst umgesetzt. Der Modellversuch wird weiter ausgebaut. Auch hier sind wir führend.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: 2001!)

An der Universität Osnabrück gibt es schon jetzt einen Lehrstuhl für islamische Religion. Auch auf diesem Gebiet sind wir sehr viel weiter als andere Länder.

Meine Damen und Herren, wir haben noch nie so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und so viele Stellen in der Integrationsberatung gehabt. Hier wurde ein Netzwerk aufgebaut, das wir übernommen haben. Wir haben Reduzierungen vorgenommen; das ist klar. Aber Sie haben völlig ausgeblendet, dass wir in einem anderen Bereich draufgesattelt haben: 15 Integrationsleitstellen haben wir eingeführt. Sie sind sofort ein Erfolgsmodell gewesen. Jetzt haben wir in Osnabrück mit Integrationslotsen Erfahrungen gesammelt. Dabei geht es darum, dass diejenigen, die zu uns gekommen sind und sich schon integriert haben, jetzt ehrenamtlich tätig sind und diejenigen, die zu uns kommen, an die Hand nehmen. Sie begleiten sie zu den Behörden und bemühen sich für sie um Ausbildungsplätze und berufliche Möglichkeiten. 500 000 Euro stehen zur Verfügung, damit dieses ehrenamtliche Engagement flächendeckend gefördert und Ausbildung tatsächlich angeboten werden kann. Meine Damen und Herren, in keinem anderen Bundesland gibt es so viele Initiativen und praktische Hilfe für diejenigen, die zu uns kommen, wie in Niedersachsen. Darüber können wir froh sein. Das ist auch richtig so.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Es ist überhaupt nicht wegzureden, dass sich die Kommunen in einer finanziell dramatischen Situation befinden. Ich bin froh, dass wir im nächsten Jahr aufgrund der Konjunktur und des Anstiegs der Gewerbesteuer im nächsten Jahr insgesamt 470 Millionen Euro mehr im kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung haben werden. Das wird noch nicht alle Probleme beseitigen. Aber es wird auf jeden Fall zu einer Entspannung der finanziellen Situation der Kommunen beitragen.

Aber wir müssen natürlich auch an die Strukturen herangehen. Deshalb haben wir uns gerade die interkommunale Zusammenarbeit besonders vorgenommen. Wir haben bei der Verwaltungsmodernisierung eine Erhebung durchgeführt. Dabei haben wir gesehen, dass es gerade in den Kommunen, die besondere Schwierigkeiten haben, fast keine Aktivitäten gibt. Im Emsland und anderen Gegenden ist interkommunale Zusammenarbeit längst Praxis und erfolgreich. Wir haben Gelder in den Haushalt eingestellt, sodass wir weitere Modellprojekte fördern können. Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass direkt vor Ort, also in den Landkreisen und in den Kommunen, eine erhebliche Bereitschaft besteht, umzudenken und mit Nachbargemeinden und mit benachbarten Landkreisen gemeinsame Verwaltungsstrukturen aufzubauen, um schlanker zu werden und anschließend mehr Geld für sogenannte freiwillige Ausgaben zur Verfügung zu haben. Das ist die richtige Alternative. Mit Großkreisen und Regionen sparen wir nicht. Im Gegenteil geben wir damit noch mehr aus. Interkommunale Zusammenarbeit ist genau die richtige Antwort auf die finanziellen Probleme der Kommunen in unserem Lande.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Zum Sport: Über das Sportstättensanierungsprogramm ist schon gesprochen worden. Ich bin froh, dass der Landessportbund sofort reagiert hat. Er hat darauf gesetzt, dass das, was sich im Sommer angedeutet hat, heute umgesetzt wird, und hat im Lande herumgefragt, welche Anträge für das Jahr 2007 gestellt werden. Es kann schon in dieser Woche vom Präsidium beschlossen werden, dass alle Anträge, die für das Jahr 2007 gestellt worden sind, mit dem Geld, das zur Verfügung gestellt wird, in voller Höhe bedient werden. Meine Damen

und Herren, mehr können wir eigentlich nicht erwarten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dank des Landessportbundes kann schon im Januar mit dem Bau begonnen werden. Das ist ein Konjunkturprogramm und für den Sport eine ganz entscheidende Hilfe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich freue mich, dass wir mit der SportEhrenamts-Card Akzente setzen konnten und dass wir im nächsten Jahr erstmalig auch für Spitzensportler eine Polizeiausbildung anbieten können: Fünf Spitzensportler können bei der Polizei eine Ausbildung erfahren. Das ist wichtig und wird den Spitzensport in Niedersachsen weiter beflügeln; das ist auch bundesweit gesehen ein guter Erfolg.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich wundere mich schon ein bisschen, dass Sie mir vorwerfen, ich sei jemand, der immer nur ankündigt, aber nichts umsetzt. Meine Damen und Herren, ich habe vor zwei Jahren die Antiterrordatei gefordert. Sie haben dazu immer erklärt, Sie wollten sie nicht. Jetzt ist die Antiterrordatei - gerade auch dank meines Freundes Bundesinnenminister Schäuble - umgesetzt worden. Es ist gut, dass Niedersachsen hier vorangegangen ist. Jetzt ist es entschieden. Das ist für die Sicherheitslage wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, wir brauchen ein Bleiberecht für diejenigen, die sich hier integriert haben und die auch ihren Lebensunterhalt selber bestreiten können, vor allen Dingen aber für Familien mit Kindern. - Wir haben das insofern umgesetzt, dass es eben keine Zuwanderung in die Sozialversicherungssysteme gibt, sondern dass weiterhin das Prinzip "erst Arbeit, dann Aufenthaltsrecht" - aber besonders ein Aufenthaltsrecht für Familien mit Kindern - gilt. Ich bin froh, dass wir das gemeinsam hinbekommen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein letzter Punkt. Herr Bartling, Sie sind einer der wenigen, die sich jetzt noch gegen ein Verbot von Killerspielen aussprechen. Schauen Sie sich bitte einmal diese Spiele an! Als ich dazu eine Pressekonferenz gegeben habe, hat Herr Professor Pfeiffer den Journalisten einige Szenen aus sol-

chen Spielen vorgeführt. In diesen Spielen werden Kinder - im Alter von 14, 15 oder 16 Jahren - angehalten, Brutalitäten selbst zu verüben. Das ist ja nicht so wie im Videofilm, dass man sich das Gemetzel, das da passiert, nur anguckt - was allein schon schlimm genug ist -, sondern hier muss man selber auf eine Taste drücken und dadurch veranlassen, dass z. B. Arme mit einer Kettensäge abgetrennt werden, dass eine Blutlache entsteht. Es geht sogar so weit: Wer zuerst die Arme abtrennt, bekommt mehr Punkte, wer den Kopf abtrennt, bekommt die meisten Punkte.

Das ist schon pervers. Und dieses Spiel hat eine Freigabe ab 16 Jahren! Wer das einmal selbst gesehen hat, der kann nur zu dem Schluss kommen, dass man eine Rechtsgrundlage schaffen muss, um die Herstellung solcher Killerspiele zu verbieten, auch wenn das sicherlich nur ein Baustein im Kampf gegen Killerspiele ist. Wir treten ganz ausdrücklich für ein Verbot von Killerspielen ein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie von Wolfgang Jüttner [SPD])

Bitte lassen Sie uns bei diesem Thema nicht auseinanderdividieren. Sicherlich müssen wir in Sachen Medienkompetenz viel tun - das tut die Landesmedienanstalt auch -, aber wir müssen eben auch rechtliche Möglichkeiten schaffen, dagegen vorzugehen. Wir haben über die Internetrecherchegruppe beim Landeskriminalamt bereits die Vollzugsmöglichkeiten geschaffen, genauso wie im Bereich der Kinderpornografie.

Meine Damen und Herren, zusammengefasst: Der Haushalt 2007 bildet eine hervorragende Grundlage für die Bereiche Inneres und Sport. Wir werden die politischen Akzente, die wir schon in der Vergangenheit gesetzt haben, auch im Jahr 2007 setzen.

Vielen Dank für Ihre Zustimmung zu diesem Haushalt. Ich bin sicher, der Innenminister kann damit viel für die innere Sicherheit erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Sehr gut!)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich der Abgeordnete Briese gemeldet.

#### Ralf Briese (GRÜNE):

Herr Präsident! Ich möchte noch zwei Gedanken äußern.

Erstens. Ich finde es befremdlich, dass der Innenminister in der Debatte über die innenpolitische Bilanz des Jahres 2006 nicht das Problem des Rechtsextremismus, sondern immer nur das Problem des Islamismus angesprochen hat.

#### (Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dabei will ich das Problem des Islamismus nicht kleinreden. Aber wir haben innenpolitisch mindestens ein genauso großes Problem mit dem Rechtsextremismus, und zwar auch in Niedersachsen.

(David McAllister [CDU]: Mit dem Linksextremismus nicht?)

- Mit dem Rechtsextremismus! Über den Linksextremismus können wir gerne reden. Aber derzeit ist nicht festzustellen, dass linksextremistische Parteien in die Parlamente der Bundesrepublik einziehen, Herr McAllister; das sollten Sie einmal konstatieren.

#### (Zurufe von der CDU)

Ich finde, man wird einer innenpolitischen Debatte nicht gerecht, wenn man das Thema Rechtsextremismus nicht anspricht.

Zweitens. Wir werden ja morgen ausführlich darüber diskutieren, ob ein Verbot von Killerspielen sinnvoll ist. Aber ich darf Ihnen schon jetzt sagen, Herr Schünemann: Reden Sie einmal mit den Gewaltforschern, reden Sie einmal mit den Psychologen und den Kriminologen jenseits von Herrn Pfeiffer! Hören Sie einmal, wo sie die wirklichen Ursachen z. B. für die Amokläufe sehen. Die werden Ihnen sagen, dass die Debatte um die Killerspiele nur eine Scheindebatte ist. Die sehen ganz andere Probleme, insbesondere das Problem des realen Waffenbestandes. Amokläufe werden nämlich nicht mit Killerspielen gemacht, Amokläufe werden mit realen Waffen gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Schünemann das Wort.

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben natürlich recht, dass zum Problem des Rechtsextremismus etwas gesagt werden muss. Aber nachdem meine Vorredner das ausgeklammert haben, habe auch ich nichts dazu gesagt.

Die Landesregierung ist hier besonders aktiv gewesen, und wir haben auch im nächsten Jahr die entsprechenden Möglichkeiten. Insbesondere das Landesamt für Verfassungsschutz hat im Bereich der Aufklärung sehr viel getan. Ich erinnere an die Ausstellung oder an die Fachtagung, ich erinnere daran, dass wir dem Landesamt für Verfassungsschutz einen zusätzlichen Mitarbeiter zugewiesen habe, der die Mediatorenausbildung für Lehrkräfte forciert.

Niedersachsen ist gerade in Sachen Verhinderung rechtsextremer Rockkonzerte führend. Während in anderen Bundesländern die Zahl solcher Konzerte durchaus zunimmt, geht in Niedersachsen die Polizei sehr konsequent dagegen vor. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass die Musik instrumentalisiert wird, um gerade Jugendliche mit rechtsextremem Gedankengut in Verbindung zu bringen.

Insgesamt glaube ich, dass wir bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus gut aufgestellt sind. Das ist aber auch notwendig; denn der Rechtsextremismus ist eine Bedrohung für das gesamte Land.

Ich bin froh, dass die rechtsextremen Parteien bei den letzten Kommunalwahlen weniger Zulauf, nämlich 10 000 Stimmen weniger bekommen haben. Das ist zwar ein positives Signal, aber das darf uns keinesfalls veranlassen, bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nachzulassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu dem Bereich

#### Justiz

Dazu hat sich die Abgeordnete Bockmann von der SPD-Fraktion gemeldet.

#### Heike Bockmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Große Enttäuschung machte sich im Land Niedersachsen breit, als sich die Justizministerin im September dieses Jahres endgültig aus der Verantwortung für die Justiz in diesem Land verabschieden wollte. In einem Gespräch mit der Hildesheimer Zeitung hat sie zugegeben, nicht vorrangig die Interessen der Justiz zu vertreten. Sie sehe sich nicht in erster Linie als Interessenvertreterin der Justiz, sondern als Interessenvertreterin der Bürger, wird Frau Heister-Neumann zitiert. Das ist doch absurd, meine sehr verehrten Damen und Herren.

#### (Präsident Jürgen Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Als Nächstes leistet der Finanzminister den Offenbarungseid, dass er sich nicht als Hüter der Finanzen sieht, und dann kommt womöglich auch noch der Niedersächsische Ministerpräsident und räumt ein, dass er sich in Wahrheit gar nicht für Niedersachsen interessiert.

(David McAllister [CDU]: Wie bitte? - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich frage Sie, Frau Ministerin: Wer, wenn nicht Sie, soll eigentlich die Interessen der Justiz am Kabinettstisch vertreten? Wollen Sie das wirklich dem Finanzminister überlassen?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Der Niedersächsische Richterbund ist jedenfalls schwer enttäuscht. "Wenn die Justizministerin die Interessen der Justiz nicht vertrete, wer denn dann?", fragt der Vorsitzende des Richterbundes völlig desillusioniert in einer Pressemitteilung vom 4. September:

"Eine Justiz, die auch wegen unzureichender personeller Ausstattung an die Wand fahre, könne ein funktionierendes, effizientes Rechtswesen nicht mehr gewährleisten. Dass Reformen gegen massive Einwände von Verbänden und Fachleuten umgesetzt würden, sei schlimm genug. ... Aber wenn die Ministerin zwischen Vertretung von Justiz und Bürgerinteressen unterscheidet, unterstellt sie, dass die Forderungen der Richter und Staatsanwälte nur im eigenen Sinne gewe-

sen seien. Eine solche Einstellung passt ganz und gar nicht zu dem enormen Einsatz, den die Kollegen leisten, um den Bürgern eine gut funktionierende Justiz zu erhalten."

(Zustimmung bei der SPD)

Frau Heister-Neumann, wie enttäuscht muss die Justiz eigentlich von Ihnen sein, wenn sie solche Pressemitteilungen veröffentlicht?

Mit unserem Änderungsantrag zum Einzelplan 11 haben wir unsere Alternativen auf den Tisch gelegt. Wir setzen eindeutige Schwerpunkte: Wir stärken die Arbeitsfähigkeit der Justiz. Wir schaffen zusätzliche Stellen, z. B. in der Arbeitsgerichtsbarkeit und in der Strafjustiz. Wir setzen uns für Stellenhebungen ein. Wir haben ein klares Gegenkonzept zur bürgerfeindlichen Abschaffung des bürgerfreundlichen Widerspruchsverfahrens.

Wir setzen auf Prävention und Opferhilfe und nicht zuletzt auch auf diejenigen, die von der amtierenden Landesregierung gänzlich aufgegeben worden sind. Wir sind für eine personelle Verstärkung der Bewährungshilfe, um die Resozialisierung derjenigen zu verbessern, die bereits Kontakt mit der niedersächsischen Strafjustiz hatten.

Kurz gesagt: Unsere Alternativen berücksichtigen die Interessen der Menschen in Niedersachsen weit mehr, als dies CDU und FDP zu tun bereit sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Gestatten Sie mir, dies an drei Beispielen deutlich zu machen.

Anders als die Landesregierung sind wir der Auffassung, dass nicht nur die Finanzgerichtsbarkeit, sondern auch die Arbeitsgerichtsbarkeit stellenmäßig verstärkt werden muss.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Arbeitsgerichte muss im Interesse der Wirtschaft und ebenso der Beschäftigten erhalten bleiben. Wir haben immerhin nach wie vor bundesweit die höchste Pro-Kopf-Belastung in der ersten und zweiten Instanz. So sind z. B. in Osnabrück immer noch mehr als 800 Verfahren pro Richter bzw. Richterin pro Jahr zu bewältigen. Hinzukommen 400 angekündigte Klageeingänge bei der Firma Karmann und 200 weitere bei der Firma Artland.

Vergleichbare Arbeitsgerichte in anderen Ländern erhalten eine Stellenverstärkung und erleben nicht - wie hier in den letzten Jahren geschehen - einen Stellenabbau.

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag vertritt die Auffassung, dass die Arbeitnehmer in Osnabrück und im ganzen Land ein schnelles Recht auf Klarheit haben. Damit unterscheiden wir uns ganz wesentlich von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen die notwendigen Mittel zur Verfügung, um einen der gravierendsten Missstände in der niedersächsischen Justiz endlich zu beseitigen. Es fehlt Personal in der Strafjustiz. Die Wirkung der vom Innenminister propagierten Polizeiverstärkung, die ja durch den Stellenabbau innerhalb der Polizeiverwaltung kompensiert wird, verpufft natürlich endgültig, wenn die Justiz nicht das nötige Personal hat, um die Fälle weiter zu verfolgen.

Die Bekämpfung von Terrorismus und der wachsenden Gewaltbereitschaft der Rechtsextremen bedarf eines Zusammenwirkens aller an der Strafverfolgung beteiligten Kräfte. Damit die Aufstockung der Polizei nicht zum Eigentor wird, brauchen wir zusätzliche Staatsanwälte und Richter. Mehr Polizisten tragen geradezu zwangsläufig zu einer erhöhten Aufklärungsquote bei. Wäre es anders, wären sie überflüssig.

"Ohne ausreichendes Personal bei den Staatsanwaltschaften können die Fälle nicht mit der gebotenen Beschleunigung und Effektivität bearbeitet werden. 'Die Kollegen und Kolleginnen bei Staatsanwaltschaft und Gericht haben mit der gegenwärtigen Personalausstattung keine Chance, der dann auflaufenden Verfahren Herr zu werden",

erklärte der Niedersächsische Richterbund im Oktober 2006.

"Schon jetzt müssen immer mehr Verfahren mit sogenannten Verfahrensabsprachen beendet werden. Dies führt dazu, dass der Hühnerdieb die volle Härte des Gesetzes spürt, während gut verteidigte Straftäter aus der organisierten Schwerkriminalität erheblichen Strafnachlass erhalten.

"Solche Folgen können vor den Bürgern nicht verantwortet werden".

Sie schaden dem Rechtsstaat.

(Zustimmung bei der SPD)

Doch was tut die Justizministerin? Sie fordert eine gesetzliche Regelung per Bundesratsinitiative, per JUMIKO-Initiative, um damit im Klartext eine Ausweitung von Prozessabsprachen zu ermöglichen, anstatt sich dafür stark zu machen, dass genügend Personal vorhanden ist, um alle Strafverfahren mit gleicher Intensität zu betreiben.

Ich sage ganz deutlich: Mit der SPD ist eine solche Zweiklassenjustiz nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Oder etwa nicht, Frau Ministerin?

Schließlich muss ich auf die Abschaffung der Widerspruchsverfahren eingehen. Ich stelle fest, dass die Landesregierung mit dem Haushaltsbegleitgesetz den ersten Schritt zur Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens gemacht hat, den wir schon seit fast zwei Jahren vehement gefordert haben. Es ist schade, dass jetzt nur der Bereich der Rundfunkgebühren mit einem Widerspruchsverfahren ausgestattet wird. Weitere Rechtsgebiete müssen schleunigst folgen.

Ich begrüße allerdings ausdrücklich, dass es bei der Landesregierung im Vergleich zum Vorjahr einen gewissen Erkenntnisfortschritt gegeben hat. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass letztes Jahr vonseiten der CDU der explosionsartige Anstieg der Verfahren in der Verwaltungsgerichtsbarkeit vehement geleugnet wurde.

Jetzt scheint sich zumindest im Kreise der Rechtspolitiker ein Sinneswandel abzuzeichnen, den wir selbstverständlich konstruktiv begleiten werden. Deshalb haben wir in unserem Änderungsantrag Stellen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Verfügung gestellt. Aber eines ist klar: Das wäre nicht notwendig gewesen, wenn CDU und FDP das Widerspruchsverfahren nicht abgeschafft hätten. Hier wird also quasi Geld zum Fenster hinausgeschmissen.

So viel zu unseren Alternativen. Alles andere können Sie in unserem Änderungsantrag nachlesen.

Bevor meine Kollegin Frau Müller auf den Bereich des Justizvollzuges übergeht, möchte ich noch einen Punkt ansprechen, den ich für bezeichnend halte. Ich habe zur Vorbereitung auf meine Rede die Pressemitteilungen des Justizministeriums des laufenden Jahres durchgesehen. Man sollte annehmen, dass die Pressestelle der Ministerin Wert darauf legt, ihre Ressortleitung in besonders gutem Licht zu zeichnen und die politischen Erfolge besonders hervorzuheben. Ich stelle fest: Das Einzige, was die amtierende Justizministerin im laufenden Haushaltsjahr für sich als Erfolg verbucht hat, ist die Ergreifung eines entflohenen Gefangenen.

Frau Ministerin, ich will Ihnen Ihre Leistungen wahrlich nicht madig machen. Aber aus meiner Sicht wäre es eine noch größere Leistung gewesen, wenn Sie den Gefangenen gar nicht erst hätten entkommen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir für unseren Teil haben eine andere Vorstellung von erfolgreicher Justizpolitik. Unsere diesbezüglichen Alternativen liegen Ihnen vor. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Dr. Biester hat das Wort.

#### Dr. Uwe Biester (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist stets eine Freude, den Einzelplan 11 - Justizministerium - dem Landtag vorstellen zu dürfen, Angriffe der Opposition zurückzuweisen - wenn es denn berechtigte Angriffe gäbe; es gibt sie jedoch nicht - und unsere Vorschläge zu begründen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Jahr, bei den Beratungen des Haushaltsplans 2007 ist es sogar eine ganz besondere Freude, weil wir es trotz Beachtung der Sparnotwendigkeiten in den Haushalten aller Ministerien geschafft haben, deutliche Schwerpunkte im Bereich der Justiz zu setzen. Diese Schwerpunkte will ich kurz ansprechen.

Das Erste, was uns ganz wichtig war, nämlich die Stellenhebungen, erreichen natürlich auch den Bereich der Justiz. Wir werden 228 Stellenhebungen haben, davon 26 im Strafvollzug. Das betrifft den Bereich von A 6 bis maximal A 13; der ganz überwiegende Teil betrifft Stellen im mittleren und

einfachen Dienst. Ich sage aus Sicht der Fraktionen von CDU und FDP auch ganz deutlich: Unsere Bediensteten haben es verdient, dass sie auf diese Art und Weise Beförderungschancen bekommen und motiviert werden.

(Beifall bei der CDU)

Den zweiten Schwerpunkt setzen wir im Bereich der Strafgerichtsbarkeit. Wir werden dort fünf Vorsitzende Richter und zehn "normale" Richter einstellen. Damit tragen wir dem Umstand Rechnung, dass aufgrund einer Verschärfung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Überprüfung von Haftdauern immer weiter kritisch begleitet wird mit der Folge, dass die Gerichte gezwungen sind, sich primär mit Haftsachen zu befassen. Das führt dann wiederum dazu, dass andere Sachen entweder liegen bleiben oder dass - dies ist teilweise geschehen - aus dem Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit bei den Landgerichten Richter in die Strafgerichtsbarkeit abgeordnet werden, sodass dort dann Lücken auftreten können. Das wollen wir verhindern bzw. beheben. Daher werden diese zusätzlichen Richterstellen geschaffen.

In dem Zusammenhang haben wir in der Tat festzustellen, Frau Bockmann - das ist einfach Realität -, dass die Möglichkeit, verfahrensbeendende
Absprachen zu treffen, immer mehr genutzt wird.
Sie sagen, dadurch wird eine Zweiklassenjustiz
geschaffen. Das sehe ich anders. Schon immer
sind Dinge, die die Verfahrensbeendigung ansprechen, durchaus Gegenstand von Zweckmäßigkeitserörterungen zwischen Staatsanwaltschaft
und Gerichten gewesen. Ich nenne beispielsweise
die Einstellung von Verfahren. Insofern ist es nicht
richtig, dass der Eierdieb sofort mit voller Härte
bestraft wird, während die Großen davonkommen.
Das ist ein verzerrtes Bild.

(Heike Bockmann [SPD]: Gucken Sie sich doch einmal das jüngste Beispiel an!)

Wenn es jedoch Absprachen gibt - das Verfassungsgericht sagt: wir haben nichts dagegen, aber es muss vernünftige Regeln dafür geben -, dann ist es folgerichtig und geradezu zwingend, dass die Justizministerin sich des Themas annimmt, wie der Deal, der in der Praxis stattfindet, rechtlich verbindlich und eindeutig für alle geregelt und damit den Vorgaben des Verfassungsgerichts gefolgt werden kann.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Nächster Schwerpunkt. Wir stärken die Staatsanwaltschaft, indem wir zwei weitere Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Korruptionsbekämpfung einrichten werden. Das ist ein Thema - darüber müssen wir gar nicht lange diskutieren -, das für uns von besonderer Bedeutung ist.

Ein weiterer Punkt, den ich einmal ansprechen will - Frau Bockmann hat ihn gar nicht erwähnt -, ist folgender: Wir haben im Bereich der Justiz in der Vergangenheit in der Tat recht viel in Justizvollzugsanstalten investiert, was bauliche Maßnahmen angeht. Wir konnten aber nicht in Gerichtsgebäude im eigentlichen Sinne investieren. Im Jahre 2007 schaffen wir den Einstieg dafür, dass auch dort etwas getan wird. Ich freue mich für den Kollegen André Wiese, dass das Amtsgericht Winsen/Luhe betroffen ist. Wir werden dort das Grundbuchamt neu bauen. Wir werden den Altbau umbauen und dafür immerhin 6 Millionen Euro investieren können.

#### (Beifall bei der CDU)

Dann komme ich zu den Verwaltungsgerichten. Wir waren in der letzten Landtagssitzung darüber einig: Ja, es gibt einen Anstieg bei den Verfahren an den Verwaltungsgerichten; das ist in der Tat der Fall. Sie haben vorgeschlagen, Widerspruchsverfahren sofort wieder einzuführen. Wir haben einen Mittelweg gewählt. Wir haben gesagt - dies war ja schon immer beschlossen -, dass wir die Situation in fünf Jahren evaluieren und dann unsere Entscheidung treffen werden. Wir haben aber auch gesagt, wir haben nun einmal den Zustand, dass vermehrt Klagen da sind. Damit lassen wir die Verwaltungsgerichte nicht alleine, sondern wir werden die Verwaltungsgerichte mit zusätzlichen Richtern ausstatten. Wir werden insgesamt acht Verwaltungsrichter bei den Verwaltungsgerichten neu einstellen. Damit wird auch kein Geld hinausgeworfen, Frau Bockmann; denn wir verbinden die Einstellung mit der Zusage der einzustellenden Richter, dass sie dann, wenn ein Abbau dieser Verfahren bei den Verwaltungsgerichten zu verzeichnen sein wird, bereit sind, in andere Gerichtsbarkeiten zu wechseln. Auf diese Weise produzieren wir keinen künstlichen Überhang, sondern reagieren situationsgerecht auf die Situation bei den Verwaltungsgerichten.

Nun sagen Sie, Sie wollen etwas bei den Arbeitsgerichten tun. Das haben Sie anhand des Arbeits-

gerichts Osnabrück zu begründen versucht. Wenn Sie eine solche Forderung erheben, dann müssen Sie sich natürlich auch überlegen, wie die Belastungssituation bei den Arbeitsgerichten aussieht. Ich will Ihnen nur einmal die Zahlen sagen. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2005 sind die Klageverfahren bei den Arbeitsgerichten im ersten Halbjahr 2006 um 9,7 % zurückgegangen. Um fast 10 % sind die Klagen bei der Arbeitsgerichtsbarkeit zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Berufungen um fast 15 % zurückgegangen. Nun erklären Sie mir bitte einmal, warum Sie angesichts dieser Entwicklung dort das Richterpersonal aufstocken. Dort ist es unserer Ansicht nach am allerwenigsten erforderlich. Wir meinen deshalb, dass es der Vorbereitung eines Besuches, möglicherweise Ihres Arbeitskreises, beim Landesarbeitsgericht dient, aber nicht der Sache selber bei den Arbeitsgerichten.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Uns ärgert etwas, dass Sie das Gegenteil dessen tun, was Herr Möhrmann hier für die gesamte Fraktion angekündigt hat. Herr Möhrmann hat letzten Endes gesagt: Wir wollen keine Kleinstbeträge schaffen. Wir wollen nicht jedes Klientel mit Kleinstbeträgen bedienen. - Ich will nur einmal darauf hinweisen, dass Sie den Ansatz für den Täter-Opfer-Ausgleich um 79 000 Euro erhöhen wollen. Das ist nun wirklich kein Riesenbetrag. Das ist einfach das Bedienen einer Klientel. Sie wollen, wenn Sie mit denen sprechen, sagen können, dass Sie etwas getan haben. Gleiches gilt für die Opferhilfe, für die Sie die Mittel um 100 000 Euro erhöhen wollen. In beiden Fällen ist eine Erhöhung schlicht und ergreifend nicht erforderlich; denn die Opferhilfe und der Täter-Opfer-Ausgleich funktionieren mit den vorhandenen Mitteln.

Des Weiteren ärgert mich, wie Sie versuchen, die Deckung Ihrer weiteren Vorschläge hinzubekommen. Da wollen Sie die sächlichen Mittel reduzieren. In der Vergangenheit haben Sie immer wieder gesagt: Bei den sächlichen Mitteln sind wir an die Grenze dessen, was vertretbar ist, herangegangen. Da geht es überhaupt nicht mehr. Nun geht es an das Personal und dann ist alles darnieder. Nach einer solchen Äußerung im Vorjahr wollen Sie jetzt die Mittel, die für andere Dinge gebraucht werden, ausgerechnet bei den sächlichen Mitteln holen. Das halte ich für politisch überhaupt nicht verantwortbar und für überhaupt nicht vertretbar.

Wenn Ihnen dann noch etwas fehlt, machen Sie von der Möglichkeit einer Scheinbuchung Gebrauch, indem Sie sagen: Bei den Einnahmen im Zusammenhang mit Gerichtskosten und Geldbußen legen wir einfach einmal 560 000 Euro drauf; Begründung: realistische Einnahmeerwartungen. - Das ist durch nichts belegbar. Das ist schlicht und ergreifend der Versuch, eine Deckung hinzubekommen, ohne dass es klappt.

Sie haben, Frau Bockmann, Ihren Redebeitrag damit begonnen, dass Sie vermeintliche Zitate der Ministerin - Interessenvertretung der Justiz, Interessenvertretung der Bürger - in einen vermeintlichen Gegensatz gesetzt haben. Das ist kein Gegensatz. Einen solchen haben Sie lediglich konstruiert. Die Justiz ist natürlich die dritte Säule der Gewalt; sie hat damit auch einen gewissen Selbstzweck. Die Justiz ist aber auch dazu da, die Interessen der Bürger zu vertreten, dafür zu sorgen, dass die Bürger in angemessener Zeit einen guten Rechtsschutz bekommen.

(Heike Bockmann [SPD]: Das habe ich gesagt!)

Wenn die Ministerin also sagt, dass sie die Interessen der Bürger im Ressort Justiz vertritt, dann ist das kein Widerspruch zu der Aussage, dass sie die Interessen der Justiz vertritt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind sicher, dass wir mit dem vorgelegten Entwurf dazu beitragen, dass die Justiz in Niedersachsen ihre Arbeit auch weiterhin gut und schnell im Interesse der Bürger verrichten wird. Wir danken allen Mitarbeitern in der Justiz dafür, dass das der Fall ist.

Meine Damen und Herren, wir bitten um Ihre Zustimmung. Eigentlich, Frau Bockmann, weichen Sie mit Ihren Voten gar nicht so stark ab. Diesem Haushalt müssten Sie eigentlich sogar zustimmen können.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Kollege Briese hat das Wort.

#### Ralf Briese (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Eckdaten des Justizhaushalts dürften zumindest den Fachpolitikern in diesem Hause bekannt sein. Rund 1 Milliarde Euro kostet die dritte Gewalt die Bürger dieses Landes. Der Kostendeckungsgrad der Justiz ist wegen der Geldstrafen mit rund 60 % relativ hoch, wenn man den kostenintensiven Strafvollzug herausnimmt; darauf werde ich in meiner Rede noch zu sprechen kommen. Größter Kostenblock im Einzelplan des Justizministeriums ist das Personal. Richter, Staatsanwälte, Vollzugsbedienstete, Rechtspfleger, Justizsekretäre, Justizwachtmeister etc. schlagen mit 600 Millionen Euro zu Buche.

Eingangs, denke ich, muss man sagen, dass die Justiz in Niedersachsen oder auch deutschlandweit trotz der Konsolidierungsmaßnahmen oder Haushaltsnöte immer noch sehr gut arbeitet. Sie hat ein sehr hohes Ansehen in der Bevölkerung. Richter gelten - im Gegensatz zu Politikern - als eine der glaubwürdigsten Berufsgruppen in unserem Staat.

Die Justiz wird auch von der Wirtschaft sehr wertgeschätzt. Die Wirtschaft hat das in den letzten Jahren erkannt. Justiz bzw. Rechtsprechung in Deutschland wird mittlerweile als Standortvorteil Recht gesehen. In der Globalisierung geht es also gar nicht immer nur um Löhne oder Steuern. Wir sollten das, was in Deutschland und in Niedersachsen sehr gut funktioniert, etwas besser pflegen und Wert darauf legen.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin mir, ehrlich gesagt, bei dieser Landesregierung nicht immer ganz sicher. Zumindest am Anfang hat es sehr missverständliche Äußerungen in Bezug auf die Justiz gegeben. Zudem hat es in Niedersachsen sehr unglückliche Besetzungsverfahren gegeben. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Ich möchte in meiner Haushaltsrede sieben Punkte ansprechen, die mir in Bezug auf die Rechtspolitik im letzten Jahr wichtig erscheinen. Zunächst ist die Frage zu stellen: Was macht eigentlich das rechtspolitisch und fiskalpolitisch motivierte Titanenwerk der großen Justizreform? Wir haben von diesem Reformprojekt lange nichts mehr gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es Justizminister, die diese Reform mittlerweile als mausetot betrachten - ein Justizminister übrigens, der momentan in einer argen Bedrängnis steckt. Es ist die Frage zu

stellen: Wo stehen wir nach vier Jahren in der Justizreform, ausgehend von Niedersachsen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss klar und deutlich sagen: Wir stehen noch immer auf Start. Es gibt keine Zusammenlegung von Gerichten. Es gibt keine Zweistufigkeit. Es gibt keine Privatisierung von Handelsregistern. Es gibt keine beliehenen Gerichtsvollzieher. Es gibt keine große Justizreform. Das Projekt ist in der Fachdebatte schon längst beerdigt. Haben Sie wenigstens die Größe, das zuzugeben!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Als Nächstes ist die Frage zu stellen: Was haben wir in dieser Legislaturperiode in Niedersachsen an konkret gestaltender Rechtspolitik erleben können? - Ich kann mich an eine sehr aufgeregte Debatte über Sterbehilfe erinnern. Das war fast so, als ob der Leibhaftige unter uns geraten sei. Damals hieß es ganz schrill: Kein Geschäft mit dem Tod! Das wollen wir alles nicht! - Ich habe mich gefragt: Was machen Sie in der Rechtspolitik oder auch in der Sozialpolitik ganz konkret, um gegen Suizide in Niedersachsen vorzugehen? Wo sind die Programme, mit denen wir suizidwilligen, depressiven und vereinsamten Menschen helfen? -Wir werden morgen im Landtag über einen sehr tragischen Fall sprechen, der in Uelzen passiert ist. Ich vermisse, ehrlich gesagt, die konkreten handfesten Programme für Menschen, die solche großen Probleme haben.

Ich sehe nur eines: Diese Landesregierung verhökert die Landespsychiatrie. Sie gibt damit die gesamte Psychiatriepolitik auf und geht im Maßregelvollzug den sehr schwierigen Weg der sogenannten Beleihung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat in der Rechtspolitik überhaupt nichts damit zu tun, dass man sich auf Kernaufgaben besinnt. Nein, das ist wirklich das Gegenteil: Sie entkernen den Staat von seinen hoheitlichen Aufgaben, jedenfalls zum Teil. Diesen Weg können wir nicht mit Ihnen mitgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über den Maßregelvollzug reden, können wir gleich das nächste Thema anschneiden, nämlich die allgemeine Vollzugspolitik. Gestern haben wir den Gesetzentwurf bekommen. Ich finde den Gesetzentwurf, der uns präsentiert wird, nicht gut. Er

stellt für eine aufgeklärte Vollzugspolitik vielmehr einen eklatanten Rückschritt dar. Wir haben in diesem Landtag mehrfach darüber geredet. Gegen den geballten Fachverstand von Rechtspolitikern und Verfassungsrechtlern ist diese Materie an die Länder übergegangen. Einige haben gesagt: Vielleicht machen es die Länder dennoch besser. Vielleicht wird es ein einigermaßen humanes, aufgeklärtes und mutiges Gesetz werden. - Ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe mir den Gesetzentwurf gestern kursorisch durchgelesen und konnte nichts davon finden, dass das einen großen vollzugspolitischen Aufbruch darstellt.

Sie wissen ganz genau, dass es in der Fachdiskussion äußerst kritisch gesehen wird, wenn man die Zielbestimmung auf zwei Punkte erweitert. Das wird in den Anstalten einen großen Konflikt hinsichtlich der Frage geben: Machen wir mehr Sicherheitspolitik, oder setzen wir auf Resozialisierung? - Einer der besten Strafrechtskommentatoren hat lange Jahre an der Uni Hannover gelehrt. Sie sollten mit ihm einmal die Diskussion führen und ihn fragen, was er davon hält, dass man eine doppelte Zielbestimmung in Bezug auf Vollzugspolitik in ein solches Gesetz aufnimmt.

Das zweite große Problem ist die Mehrfachbelegung von Zellen. Sie haben immer gesagt: Das wollen wir nur in Notfällen. - In dem Gesetzentwurf ist die Mehrfachbelegung von Zellen eindeutig erleichtert worden. Die Bestimmung, die Sie eingeführt haben, um Subkultur zu vermeiden, ist windelweich und praxisuntauglich. Das wird uns noch vor sehr große Probleme stellen. Ich will eines ganz deutlich sagen: Siegburger Fälle, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir in Niedersachsen nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In diesem Gesetzentwurf findet sich eine sehr sonderbare Formulierung, nämlich das Phänomen, dass renitente Verweigerer bei Resozialisierungsangeboten überhaupt nicht mehr in irgendwelche Hilfsprogramme eingeführt werden bzw. dass sie ihnen nicht mehr zugute kommen sollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle wissen: In den Gefängnissen gibt es sehr schwierige Menschen, mit denen sehr schwierig zu arbeiten ist. Das ist ganz klar. Ich stelle mir trotzdem die Frage: Kann der Staat sein Ziel aufgeben, mit Straftätern überhaupt nicht mehr zu arbeiten? Kann er alle Verantwortung auf diese Leute abwälzen? Was

passiert mit diesen Leuten, wenn sie Totalverweigerer sind? Denn irgendwann kommen sie ja wieder heraus. Irgendwann sind sie wieder unsere Nachbarn. Dann ist die Rückfallquote höher. Ich finde es äußerst fragwürdig, wenn Sie sagen, die Verantwortung der Strafgefangenen solle stärker akzentuiert werden. Was ist aber, wenn diese Leute ihrer Verantwortung gar nicht gerecht werden können? - Die Vollzugspolitik, die Sie hier betreiben, ist sehr problematisch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es spricht auch nicht unbedingt für rechtspolitische Vernunft, wenn Sie den sensiblen Jugendstrafvollzug in einem einheitlichen Gesetz mit verkleistern. Sie wissen ganz genau, dass das Jugendstrafrecht eine eigenständige Gesetzesmaterie ist. Es gibt kein gemeinsames Strafgesetzbuch für Jugendund Erwachsenenstrafrecht. Deswegen verstehe ich nicht, warum das in einem gemeinsamen Gesetz verkleistert wird. Das ist insbesondere für die Betroffenen und die Rechtsanwender äußerst ungünstig - das will ich Ihnen ganz deutlich sagen -; denn es führt zu einer Verkomplizierung und ist schwieriger zu verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich muss es so sagen: Das ist klassisches juristisches Herrschaftswissen. Die Behörden können sehr gut damit umgehen. Aber die Betroffenen selbst, die jugendlichen Straftäter, werden große Probleme damit haben, mit diesem Gesetz vernünftig umzugehen.

(Zuruf von Dr. Harald Noack [CDU])

- Herr Kollege Noack, ich habe mir den Gesetzentwurf schon gestern durchgelesen. Glauben Sie mir das. Ich bin niemand, der vom Katheder herunterredet und nicht weiß, wovon er spricht. Ich habe den Gesetzentwurf schon längst gelesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Satz zur Vollzugspolitik. Ich gebe gerne zu, dass das in diesen Zeiten keine einfache Sache ist. Wir haben einen großen öffentlichen Druck; wir haben auch einen Mediendruck. Trotzdem würde ich mir wünschen, dass sich die Justizministerin ein bisschen stärker an die Fachwelt und die Expertisen und vielleicht ein bisschen weniger an die öffentliche Meinung halten würde.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist nicht immer ganz einfach; das weiß ich. Aber das wäre mutig, meine sehr verehrten Damen und Herren, und es wäre fachgerecht.

Ich möchte noch ein paar andere Punkte ansprechen. Es ist sinnvoll, dass Sie die Gerichte insgesamt etwas besser ausstatten wollen. Die Weltkonjunktur und die Mehrwertsteuererhöhung kommen Ihnen in diesem Zusammenhang zugute. Dagegen ist nichts einzuwenden. Vorher wurden die Gerichte ausgemergelt, jetzt werden sie wieder etwas besser ausgestattet. Das ist eine sinnvolle Maßnahme.

Die Einführung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in der Korruption wird von uns begrüßt. Das haben wir schon vor einem Jahr gefordert. Das ist nichts Neues. Es ist aber gut, dass Sie Vorschläge von den Grünen aufnehmen. Das reicht allerdings noch nicht für eine sinnvolle Korruptionsbekämpfung. Wir brauchen auch ein vernünftiges Korruptionsregister. Wir brauchen auch ein Informationsfreiheitsgesetz. Ich verstehe überhaupt nicht, warum diese Landesregierung und die Mehrheitsfraktionen so viel Angst vor mündigen und kritischen Bürgern haben. Das will sich mir, ehrlich gesagt, überhaupt nicht erschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was ganz enttäuschend ist - das muss ich noch einmal deutlich sagen -, ist die außergerichtliche Streitschlichtung. Sie liegt in Niedersachsen quasi brach. Auf diesem Feld ist in den letzten vier Jahren überhaupt nichts passiert. Die Mediation wird nicht vorangetrieben. Vielmehr ist völlig unklar, was in diesem Bereich weiter gemacht werden soll.

Lieber Kollege Biester, der Täter-Opfer-Ausgleich, wie wir ihn momentan haben, funktioniert. Aber er wird nicht ausgebaut. Das ist doch eines der innovativsten Momente in der Rechtspolitik, die wir haben. Sie treiben das nicht voran, sondern da herrscht Stagnation, und es passiert nichts Neues. Wir warten bis heute darauf, ob es ein Schiedsgesetz nach Eingangsgesetz ZPO gibt. Auch da wabern Sie immer herum: Wir müssen noch einmal prüfen, wir wissen noch nicht ganz genau, was wir machen wollen. - Auch da herrscht Stillstand. Im Bereich der außergerichtlichen Konfliktschlichtung passiert in Niedersachsen seit vier Jahren praktisch nichts.

Bei den Betreuungskosten fällt Ihnen nichts Neues ein. Sie müssen die Quote der Ehrenamtlichen deutlich erhöhen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann nur sagen: Vier Jahre Rechtspolitik in Niedersachsen - eine gescheiterte Justizreform, keine gestaltende Rechtspolitik. Unsere Zustimmung können Sie dafür nicht bekommen. - Besten Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat Herr Professor Zielke.

#### Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie nur wenige andere Bereiche symbolisiert und repräsentiert die Justiz die Werte, die das Zusammenleben in unserer Gesellschaft prägen. Es liegt in der Natur dieser Werte wie Gerechtigkeit für jedermann, Gleichheit vor dem Gesetz, Unbestechlichkeit und Verlässlichkeit - um nur einige zu nennen -, dass sie sich der Alltagshektik und dem Tagesgeschäft entziehen. Es ist ein gutes Zeichen, wenn die Justiz selbst selten zum Gegenstand öffentlicher Debatten wird. Die Justiz ist umso besser, je weniger über sie geredet wird und je unauffälliger sie der Gesellschaft dient.

Es geziemt sich, dass ein Landeshaushalt solide ist. Dieser ist es. Speziell für einen Justizhaushalt geziemt es sich, dass er - jedenfalls in halbwegs normalen Zeiten wie unserer - solide und unauffällig veränderte Bedingungen in der Gesellschaft nachzeichnet. Genau dies leistet der vorliegende Haushaltsentwurf.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir richten in Braunschweig und Oldenburg neue Staatsanwaltschaften ein speziell zur Bekämpfung der Korruption zusätzlich zu den bestehenden in Verden und Hannover. Wir schaffen durch neue Richterstellen Entlastung für die Finanzgerichte, für die Strafjustiz und für die Verwaltungsgerichtsbarkeit; insgesamt sind es 23 Richterstellen plus dem dazugehörigen Folgepersonal.

Im Zusammenhang mit den Verwaltungsgerichten ein Wort zu den Widerspruchsverfahren bzw. ihrer Abschaffung. Als wir im Zuge der Verwaltungsreform die Widerspruchs- bzw. Vorverfahren abgeschafft haben, war klar, dass für eine Übergangszeit Verwerfungen nicht ausgeschlossen werden können. Natürlich kann es bei derart gravierenden Neuregelungen zu unvorhergesehenen Nebenwirkungen kommen. Deshalb haben wir vorausschauend festgelegt, dass die Abschaffung der Widerspruchsverfahren wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden soll.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Grundsätzlich wollen wir die Ergebnisse dieser Evaluation abwarten und dann auf gesicherter Basis gegebenenfalls neu entscheiden. Nur in einem Bereich, bei den GEZ-Verfahren, legt die Zahl oder eher Unzahl von untereinander ähnlich gelagerten Einsprüchen schon jetzt nahe, wieder ein Vorverfahren einzurichten. Dies tun wir jetzt. Zusätzlich schaffen wir einige neue Richterstellen an den Verwaltungsgerichten, um die Berge unerledigter Akten allmählich abzutragen. Das ist im Sinne der Justiz, vor allem aber im Sinne der rechtsuchenden Bürger, die Anspruch auf eine zeitnahe Entscheidung ihrer Anliegen haben.

Ich richte Ihre Aufmerksamkeit nun auf einen Teil der Justiz, der eher selten unter finanziellen Gesichtspunkten thematisiert wird. Dem Land entstehen im Justizbereich Ausgaben, die durch Bundesrecht geregelt sind. Deshalb hat das Land ein legitimes Interesse daran, auf solche Regelungen einzuwirken. Ich meine hier konkret die Prozesskostenhilfe und die Kosten der Verbraucherinsolvenzverfahren. Zusammen schlagen diese Posten im nicht personalgebundenen Anteil des Justizhaushalts erheblich zu Buche.

Es ist gut, dass Niedersachsen hier Bundesratsinitiativen ergriffen hat. Es muss erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob es gerecht ist, dass mittellose Klagende den Rechtsweg ohne jedes Risiko bis an die Willkürgrenze ausreizen können, während allen übrigen Rechtsuchenden ein materielles Prozessrisiko zugemutet wird. Schon aus Gleichbehandlungsgründen sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um die Rückzahlung der Prozesskostenhilfe bei unechter Mittellosigkeit sicherzustellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wie sich die von der Bundesregierung intendierten Änderungen beim Insolvenzrecht auswirken würden, ist völlig unklar. Die Tätigkeit des Treuhänders ist in vielen Fällen der Privatinsolvenz offensichtlich von Anfang an und in vorhersehbarer Weise fruchtlos und daher überflüssig. Für solche Fälle ist das neue vereinfachte Verfahren gedacht und sinnvoll. Ob sich aber die wegfallenden Kosten nicht an anderer Stelle, nämlich bei den Gerichten, bei den vielleicht wenigen Fällen wieder einfinden würden, die bisher geräuschlos von den Treuhändern abgewickelt wurden und jetzt vor Gericht landen würden, ist, glaube ich, noch nicht wirklich ausdiskutiert. Finanzielle Risiken für das Land bleiben.

Zum Schluss zu Ihnen, Frau Bockmann, zu den Deals: Deals wurden und werden nicht wegen angeblichen Personalmangels, sondern dann und nur dann gemacht, wenn sie juristisch angemessen sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Frau Kollegin Müller hat das Wort.

#### Elke Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt für den Justizvollzug weist auf den ersten Blick keine großen Veränderungen zum Vorjahr auf. Bei genauerem Hinsehen stellt man aber fest, dass trotz 97-prozentiger Auslastung aller Haftplätze zwölf Planstellen für Beamte in 2007 gestrichen werden und dass es außerdem 45 Stellen mit kw-Vermerk gibt. Offensichtlich haben Sie, die Kollegen von der CDU und von der FDP, immer noch nicht begriffen, dass Sicherheit im Justizvollzug durch gut ausgebildete und ausreichend vorhandene Mitarbeiter und nicht durch zusätzlichen Stacheldraht und Ähnliches hergestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, des Weiteren fällt auf, dass Sie die Berufsvorbereitungs- und Umschulungsmaßnahmen nicht ausbauen. Sie frieren die Gelder auf einem niedrigen Sockel von 1,5 Millionen Euro ein. Zugleich wollen Sie, Frau Ministerin, die Beschäftigungsquote für die Inhaftierten auf 70 % anheben. Das ist ja grundsätzlich positiv. Aber Beschäftigung im Sinne von Schraubenzählen und Schraubenverpacken reicht nicht aus. Deshalb wollen wir diesen Haushaltsansatz wieder auf 5,7 Millionen Euro steigern; denn wirkliche Sicherheit für die Gesellschaft schafft der Vollzug nur, wenn die Inhaftierten nach ihrer Entlassung eine Perspektive für die Freiheit haben. Dazu ge-

hören auch Berufsvorbereitungs- und Umschulungsmaßnahmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, einen weiteren wesentlichen Punkt für den Justizvollzug wird man im Einzelplan 20 bei den Hochbauten finden. Allerdings wird dieser Punkt eine negative Langzeitwirkung für das Land Niedersachsen haben. Die Koalitionsfraktionen haben beschlossen, dort 1 Million Euro für ein teilprivatisiertes Gefängnis in Bremervörde einzustellen, wie wir es schon aus der Presse erfahren haben. Allen in diesem Hause ist bekannt, dass die SPD-Fraktion Teilprivatisierungen im Justizvollzug, die wir für verfassungswidrig halten, nicht mitmachen wird. Mehr will ich zu diesem Punkt heute nicht sagen. Aber dass sich das Land das Kasernengelände von der Stadt Bremervörde für einen Gefängnisbau sozusagen schenken lassen will, verwundert schon. Wir fragen uns auch, was eigentlich die Kommunalaufsicht dazu sagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Bremervörde sollen rund 300 Plätze mittlerer Sicherheitsstufe mit der Begründung gebaut werden, die Landesregierung wolle ältere und kleinere Anstalten schließen. Damit ist der Begriff der heimatnahen Unterbringung zur Erhaltung familiärer und sozialer Kontakte für Niedersachsen weitgehend obsolet geworden, obwohl das Bundesverfassungsgericht genau diese Kontakte als eine wichtige Voraussetzung der Wiedereingliederung ansieht. Dass Ihre Einstellung zum Vollzug nicht in allen Punkten mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der Auffassung der Fachleute übereinstimmt, wissen wir seit mindestens zweieinhalb Jahren, seit dem einheitlichen niedersächsischen Vollzugskonzept und seitdem Sie, Frau Ministerin, Ihren Gesetzentwurf zum Justizvollzug der Presse vorgestellt haben. Ich will mich jetzt inhaltlich nicht weiter dazu äußern, wie es Herr Briese eben schon getan hat. Das sollten wir auf den Tag verschieben, an dem Sie diesen Gesetzentwurf im Parlament einbringen und so dem Landtag offiziell vorstellen werden.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings gäbe es sehr viel dazu anzumerken. Ich will aber dennoch einen Ihrer vielen Kritiker anführen. Der ehemalige CDU-Justizminister Schwind hat Ihnen schon vor Wochen sehr deutlich gesagt, dass Resozialisierung das alleinige Vollzugsziel war, ist und bleiben muss. Nur durch Resozialisie-

rung wird die notwendige Sicherheit geschaffen. Er hat Sie auch dringlich aufgefordert, entschieden verantwortlicher mit Vollzugslockerungen umzugehen, als Sie es in den letzten zwei Jahren getan haben.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Ralf Briese [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wieso haben nun all diese Dinge, auch wenn nicht viele Änderungen im Haushaltsplan für den Vollzug zu erkennen sind, trotzdem eine Menge Auswirkungen? - Ich will es Ihnen sagen: Wenn die neue Anstalt in Rosdorf im Sommer 2007 endlich fertig gestellt sein und in Betrieb gehen wird, wird es im niedersächsischen Justizvollzug keine Überbelegung mehr geben. Wir brauchen keine teuren neuen 300 Plätze, es sei denn, man macht Vollzugspolitik so wie Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, und die Landesregierung es tun: restriktiv, fast ohne Lockerungen, sodass Zweidrittel-Entlassungen kaum noch stattfinden. Sitzen bis zum Endstrafenzeitpunkt hat den Preis teurer Plätze. Weniger Behandlung im Vollzug, weil weniger Personal, weniger Berufsvorbereitungen, weniger Umschulungen schaffen mehr Rückfälle, und das hat den Preis teurer Haftplätze. Das ist die Folge Ihres sogenannten Chancenvollzuges. Auch weniger Einweisungen in den offenen Vollzug beobachten wir seit Ihrem Regierungsantritt. Offener Vollzug vermeidet viele Haftschäden, die der geschlossene Vollzug mit sich bringt. Offener Vollzug schafft einen besseren und sichereren Übergang in die Freiheit. Das kommt allen zugute. Der offene Vollzug ist im Schnitt nur halb so teuer.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Frau Ministerin, Sie könnten all das eigentlich wissen, und Sie könnten es umsetzen. Aber Sie sind beratungsresistent.

(Beifall bei der SPD - Ursula Körtner [CDU]: Das stimmt nicht!)

Alles, was Ihre Vollzugspolitik bietet, ist: Wegsperren, weniger Sicherheit nach der Entlassung, unnötig hohe Kosten für das Land. Ihre Vollzugspolitik ist untauglich, ineffizient und teuer. Das sagen nicht nur wir. So sieht das auch die Fachwelt. Ziehen Sie endlich die Konsequenzen daraus!

Herr Dr. Biester, wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen, auch nicht im Justizbereich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Das ist aber schade!)

## Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Kollege Nacke.

# Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Niedersächsische Landesregierung hat in dieser Woche den ersten Entwurf eines Niedersächsischen Vollzugsgesetzes zur Anhörung freigegeben. Ich möchte mich daher zunächst bei der Niedersächsischen Justizministerin und der gesamten Landesregierung bedanken, dass sie sich engagiert und mit großer Sachkenntnis an die Arbeit gemacht hat, um diese neue Gesetzgebungszuständigkeit des Landes mit Leben zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landesregierung unterscheidet sich damit wohltuend von der SPD, die sich bis zum heutigen Tage weigert, sich über ein eigenes niedersächsisches Gesetz Gedanken zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, bitte nutzen Sie den Wechsel zum neuen Jahr, um Ihre Verweigerungshaltung zu überdenken! Bitte nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass der Bundestag und der Bundesrat mit breiter Mehrheit beschlossen haben, die gesetzgeberischen Zuständigkeiten an die Länder zu geben, weil dort die politische Verantwortung für den Strafvollzug liegt!

Die Aufgabe des Strafvollzuges ist zu wichtig, als dass Sie es sich leisten könnten, sich dauerhaft in den Schmollwinkel zurückzuziehen.

(Heike Bockmann [SPD]: Wir haben doch einen Entwurf eingebracht! - El-ke Müller [SPD]: Schmollwinkel?)

- Liebe Frau Kollegin Müller, ich möchte gerne noch eine persönliche Anmerkung machen. Wie Sie hier heute gesprochen haben, fand ich ganz gut, nachdem ich Ihre Pressemitteilungen vom 4. und 5. dieses Monats zur Kenntnis nehmen musste. Darin haben Sie einen Sprachgebrauch gewählt, den ich nicht mehr akzeptiere, den ich für unparlamentarisch halte.

(Elke Müller [SPD]: Das macht nichts! Ihrer gefällt mir auch nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wechsel der Gesetzgebungszuständigkeit kam für Niedersachsen zum richtigen Zeitpunkt. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP haben dem Strafvollzug seit ihrer Regierungsübernahme eine große Bedeutung beigemessen. Trotz der überragenden Aufgabe der Haushaltskonsolidierung ist der Strafvollzug einer der Bereiche, in den die Regierungsfraktionen nachhaltig investiert haben. Dies war auch notwendig, um insbesondere das riesige Problem der Überbelegung zu beseitigen. Die Millioneninvestitionen in die neuen Haftanstalten in Sehnde und Rosdorf sind ein eindrucksvoller Beleg für die Bereitschaft der Regierungsfraktionen, ihren Verpflichtungen im Strafvollzug gerecht zu werden.

Wer trotz dieser erheblichen Investitionen immer noch die Gefahr eines Billigvollzuges oder gar eines "Wettbewerbs der Schäbigkeiten" heraufbeschwört, Herr Kollege Briese, weiß wirklich nicht, wovon er redet.

## (Zuruf von Ralf Briese [GRÜNE])

Wer meint, Niedersachsen könne seiner Verantwortung als Gesetzgeber im Strafvollzug nicht gerecht werden, der ignoriert den modernen und leistungsfähigen Strafvollzug in unserem Lande, der mit Recht eine Vorreiterrolle in Deutschland einnimmt. Die Zuständigkeit des Bundes hat uns dabei nicht geholfen. Im Gegenteil: Dann und wann stand sie sogar im Wege.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Innovationskraft der Regierungsfraktionen im Bereich des Strafvollzuges beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Herausforderung, die Versäumnisse der SPD-Landesregierung zu beseitigen.

(Elke Müller [SPD]: Ach Gott!)

In dem für das Kalenderjahr 2007 vorliegenden Haushalt werden die Voraussetzungen geschaffen, um eine neue Haftanstalt zu realisieren, die unter staatlicher Aufsicht teilweise privat betrieben wird.

(David McAllister [CDU]: Hört, hört!)

Damit beweist Niedersachsen eindrucksvoll, dass es auch zukünftig den Weg des modernen Strafvollzuges weiter gehen wird. (Zustimmung von David McAllister [CDU])

Zu Beginn ihrer Regierungszeit hat die Landesregierung ein Einheitliches Niedersächsisches Vollzugskonzept auf den Weg gebracht. Diese einheitliche Konzeption ist ein Paradebeispiel für moderne Verwaltung und für moderne Aufgabenerfüllung, da sie den nachgeordneten Haftanstalten ein hohes Maß an Selbstständigkeit lässt. Das Einheitliche Niedersächsische Vollzugskonzept hat sich in der Praxis bewährt. Wer den niedersächsischen Chancenvollzug kritisiert, beweist, dass er entweder die Realität in den Haftanstalten nicht kennt oder dass er mit Blick auf den Wahlkampf bereit ist, die Arbeit der Beamtinnen und Beamten in den Justizvollzugsanstalten schlechtzumachen. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU)

Das Einheitliche Niedersächsische Vollzugskonzept ist eine exzellente Grundlage für unser neues Gesetz.

Meine Damen und Herren, mit dem vorgelegten Haushalt setzen wir auch die Stellenhebungen im Justizvollzug fort. Damit erfüllen wir im dritten Jahr eine langjährige Forderung des Verbandes Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter und ermöglichen Beförderungen - 26 an der Zahl-, auf die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon so lange warten, weil die alte SPD-Regierung sie ihnen verwehrt hat.

An diesem Punkt möchte ich die Gelegenheit nutzen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre hervorragende Arbeit im vergangenen Jahr zu danken. Sie sind der Garant für die Sicherheit hinter unseren Gefängnismauern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich auf das kommende Jahr. Ich freue mich auf das neue Justizvollzugsgesetz. Ich freue mich darauf, es mit den Anstaltsleitern, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen, mit den Berufsverbänden aus dem Bereich der Justiz, mit den Seelsorgern, mit den Beschäftigten der Opferhilfe, mit den Einrichtungen der Gefangenenhilfe, mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern und, soweit möglich, mit den Gefangenenmitverantwortungen und, wenn es denn irgendwie geht, auch mit der Opposition zu diskutieren.

(Elke Müller [SPD]: Wenn Sie sich mal an der Diskussion beteiligen würden!)

Durch die neue Gesetzgebungszuständigkeit haben wir die Chance, den Justizvollzug in Niedersachsen noch besser zu machen. Wir werden diese Chance im nächsten Jahr nutzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

# Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Peters hat jetzt das Wort.

#### **Ursula Peters** (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zuge der föderalen Kompetenzentwirrung ist die Gesetzgebungszuständigkeit für den Strafvollzug auf die Länder übergegangen.

(Axel Plaue [SPD]: Das ist ja nicht zu fassen!)

Das haben wir lange genug diskutiert. Die CDU freut sich darüber. Wir akzeptieren es. Wir leben damit. Wir werden damit auch gut leben; denn wir haben festgestellt, dass in den letzten Jahren die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes in vielen Bereichen zwar vorlag, aber nicht wirklich genutzt wurde. Wir wissen, dass ein Untersuchungshaftgesetz bis heute nicht vorliegt, dass ein Jugendstrafvollzugsgesetz bis heute vom Bund nicht vorgelegt wurde. Es gab reichlich Entwürfe, aber keine Entscheidungen. Von daher ist es sicherlich gut, wenn diese Kompetenzen nunmehr auf die Länder übergehen. Die Länder sind näher dran und werden diese Kompetenzen schneller und sinnvoller ausfüllen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die niedersächsische Justiz stellt sich dem Qualitätswettbewerb, der mit dieser neuen Kompetenz einhergeht, sehr selbstbewusst. Das Niedersächsische Justizministerium hat bereits einen ersten Entwurf eines Vollzugsgesetzes, das auch die U-Haft und die Jugendhaft mit einschließt, vorgelegt. Die Resozialisierung wird darin weiterhin als sehr wichtiges Ziel definiert, was mir persönlich ausgesprochen wichtig ist. Für mich hat die Resozialisierung Verfassungsrang.

Teil der Resozialisierung ist nach meinen Vorstellungen die Möglichkeit, den Inhaftierten Arbeit zu bieten, damit sie sich zum einen innerhalb der

Anstalten entsprechend darstellen können, damit sie zum anderen aber auch Perspektiven für die Zeit nach der Haftentlassung bekommen. Im Entwurf eines niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes wird daher die Arbeitspflicht der Inhaftierten weiterhin festgeschrieben. Um möglichst vielen Gefangenen die Strukturierung ihres Tagesablaufs durch Arbeit zu ermöglichen, hat bereits 2004 das Niedersächsische Justizministerium die Vorstellung eines einheitlichen Vollzugskonzeptes vorgenommen und darin das Ziel der Vollbeschäftigung formuliert. Dieses Ziel soll bei einer Quote von 75 % erreicht sein. Gemeinsam mit allen Vollzugseinrichtungen und der Justizarbeitsverwaltung setzen wir die einzelnen Maßnahmen, die hierzu notwendig sind, konsequent um.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

In diesem Zusammenhang sind die Fortbildung Bediensteter und die Beratung der Anstalten zu nennen, aber auch der Bau von Lagerhallen und Werkhallen ist wesentlich.

Als Zwischenergebnis konnte die Anzahl der Beschäftigten im niedersächsischen Justizvollzug von Januar bis Dezember 2005 um 10 %, das sind knapp 430 Plätze, gesteigert werden. Im Mai 2006 hatten wir noch einmal knapp 200 zusätzliche Beschäftigungsplätze eingerichtet. Im ersten Halbjahr 2006 haben wir damit eine Beschäftigungsquote von ca. 60 % erreicht. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass nicht alle Inhaftierten tatsächlich arbeiten können, weil sie in U-Haft sind oder sonstige Gründe - z. B. Therapie - vorliegen, ist das eine extrem hohe Quote. Ich denke, diese Quote als solche ist einen Beifall wert.

(Beifall bei der FDP)

Frau Müller hatte kritisiert, dass es sich bei den Arbeitsplätzen nicht nur um minder qualifizierte Arbeitsplätze handeln sollte. Ich bin völlig einer Meinung mit Ihnen. Allerdings haben wir bei den Besichtigungen der Justizvollzugsanstalten, an denen ich seit kurzer Zeit auch teilnehme, immer wieder gesehen, dass es in den Justizvollzugsanstalten mittlerweile auch relativ viele qualifizierte Arbeitsplätze gibt. Ich erinnere z. B. an die EDVgestützten Dreh- und Fräsmaschinen.

Die höhere Beschäftigungsquote für die Inhaftierten ist nicht nur für die Resozialisierung ein wichtiger Baustein, sie führt auch zu prognostizierten Gesamteinnahmen im Haushalt 2007 in Höhe von

9,25 Millionen Euro. Das ist ein schon sehr beachtlicher Wert. Insbesondere die neuen, zusätzlich geschaffenen Arbeitsbetriebe in Sehnde - im Laufe des Jahres kommt Rosdorf hinzu - machen diese Ergebnisse möglich.

Im Bereich der Ausgaben setzen wir mit dem Haushalt für 2007 den in den vergangenen Jahren begonnenen Weg der Stärkung des gehobenen Managements im Justizvollzug durch Stellenhebungen zur Stärkung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Entscheidungs- und Verantwortungspositionen konsequent fort. Aber auch die unteren Positionen haben für uns bei der Stellenhebung einen hohen Rang.

Die große Bedeutung des Strafvollzuges kommt auch noch in einer Baumaßnahme zum Ausdruck: Die Logistik in der Justizvollzugsanstalt Hannover, der größten Haftanstalt des Landes Niedersachsen, wird durch den Neubau einer Anstaltsküche verbessert. Diese Baumaßnahme wird 10,08 Millionen Euro kosten und im Jahr 2007 begonnen werden

Im Laufe der Haushaltsberatungen hat Herr Aller in diesem Jahr bemängelt - ich habe mit sehr großem Interesse zur Kenntnis genommen, dass es Herr Aller von der SPD war -, dass die Landesregierung in ihrem Haushaltsplanentwurf 2007 in Bezug auf das politisch bereits im vergangenen Jahr angekündigte Projekt des Baus einer JVA im Rahmen einer Public Private Partnership große Zurückhaltung übe. Er verwies darauf, dass andere Bundesländer solche zukunftsweisenden Projekte längst hätten.

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben dieses Thema in den Haushaltsklausuren intensiv diskutiert. In den vorliegenden Haushaltsplanentwurf ist nunmehr 1 Million Euro als Planungskosten für eine JVA in Bremervörde eingestellt worden. Eine denkbare JVA Bremervörde wird als PPP-Projekt diskutiert. Ich freue mich, dass die SPD ihre Meinung zu PPP im Justizvollzug nun offenbar geändert hat und eine ergebnisoffene Diskussion über Vor- und Nachteile möglich wird. Nach dem liberalen Grundsatz "so viel Staat wie nötig, aber so viele Private wie möglich" werden wir die Planung und die Beratung begleiten. Nach unserer Auffassung können sich daraus durchaus erhebliche Einsparpotenziale ergeben. Ich freue mich, dass die SPD diesem Teil offensichtlich die Zustimmung gibt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

# Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat jetzt Frau Justizministerin Heister-Neumann.

# Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Justiz ist die dritte Gewalt und eine der tragenden Säulen unseres Staates. Sie dient der Aufrechterhaltung von Rechtssicherheit und bildet einen erheblichen Standortfaktor für Investitionsentscheidungen unserer Unternehmen. Der hohe persönliche Einsatz und die herausragende Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Justiz gewährleisten innere Sicherheit und effektiven Rechtsschutz. Ihnen gilt mein herzlicher Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Abgeordnete Bockmann, ich muss das an dieser Stelle einmal sagen: Ich bin stolz darauf, dass ich mit der Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in Verbindung gebracht werde.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem Haushaltsplanentwurf - - -

(Walter Meinhold [SPD]: Sie hat nichts verstanden! - Heike Bockmann [SPD]: Dazu muss die Justiz gut ausgestattet sein!)

- Liebe Frau Bockmann, ich glaube, Herr Dr. Biester hat es Ihnen schon sehr schön dargelegt. Wenn die Justiz gut aufgestellt ist,

(Heike Bockmann [SPD]: Sie ist es aber nicht!)

dient das selbstverständlich den Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Genauso habe ich das gesagt. Aber es ist schön, dass ich das hier noch einmal sagen darf.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine Bemerkung an Herrn Briese. Was mir an Ihrer Rede grundsätzlich nicht gefällt - viele Dinge gefallen mir durchaus, ich mag Sie persönlich auch sehr gern -,

#### (Oh! bei allen Fraktionen)

ist Folgendes: Sie reißen bestimmte Dinge immer nur an und stellen damit Behauptungen in den Raum. Dadurch erzeugen Sie den Eindruck, dass es irgendetwas gibt, was nicht ganz in Ordnung ist. Es ist wirklich unredlich, dass Sie z. B. in Bezug auf problematische Besetzungen von Positionen in der Justiz nicht sagen, dass das Thema im Landtag behandelt worden ist, dass es dazu eine Unterrichtung im entsprechenden Ausschuss gegeben hat und dass es dazu eine Akteneinsicht gegeben hat. Und von den Behauptungen, die hier vorgetragen worden sind, ist nichts übrig geblieben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2007, meine Damen und Herren, entwickeln wir erneut zukunftsfähige Strukturen und schaffen dort Entlastung, wo es nötig ist. Ich bin mir bewusst, dass die Landesregierung und die Mehrheitsfraktionen des Niedersächsischen Landtages diesen Weg Seite an Seite gehen. Für Ihre Unterstützung, meine Damen und Herren von den Fraktionen der CDU und der FDP, darf ich mich an dieser Stelle ganz persönlich sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Einzelnen zum Justizhaushalt 2007.

Erstens. Die Staatsanwaltschaften, die Strafkammern, das Niedersächsische Finanzgericht und die Verwaltungsgerichte werden personell verstärkt.

Zweitens. Wir stärken den mittleren und den gehobenen Dienst in der allgemeinen Justiz, bei den Gerichtsvollziehern und im Justizvollzug weiter durch Stellenhebungen.

Drittens. Wir sanieren und modernisieren weiterhin bei Gebäuden und Strukturen. Mit dem Neubau der Anstaltsküche in der JVA Hannover, von der Sie nicht gesprochen haben, Frau Müller, einem Public-Private-Partnership-Modellvorhaben im Justizvollzug und der Neustrukturierung des IT-Betriebs in der niedersächsischen Justiz.

Einige dieser Maßnahmen möchte ich Ihnen genauer vorstellen. Dazu gehört die seit Jahren umfangreichste Personalverstärkung bei den Staatsanwaltschaften und in den Strafkammern.

(Beifall bei der CDU)

Der Haushaltsplanentwurf 2007 des Justizressorts sieht für die Strafkammern der Landgerichte 15 zusätzliche Stellen für Strafrichter vor. Diese personelle Verstärkung ist notwendig, weil sich die Belastungssituation der Strafkammern bei den Landgerichten kontinuierlich verschärft hat. So binden einzelne Verfahren im Bereich der organisierten Kriminalität sowie Korruptions- und Wirtschaftsdelinquenz wegen ihrer Komplexität Strafkammern nicht nur für lange Zeiträume - Zeit, die im Übrigen für andere Verfahren dringend benötigt würde. Auch die inhaltlichen Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigen. Im Justizministerium haben wir die Entwicklung des Geschäftsanfalls sehr genau beobachtet. Die Mitglieder des Ausschusses sind vor Ort gewesen, haben sich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgetauscht und haben dies ebenfalls festgestellt. Deshalb wurden die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Dies ist Politik im Sinne einer verlässlichen Justiz, Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, liebe Frau Bockmann, und im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden auch unsere Bemühungen bei der Bekämpfung der Korruption weiter intensivieren. Leider vergeht kaum ein Tag, an dem in den Medien nicht über einen neuen Korruptionsskandal berichtet wird. Davon sind nahezu alle Lebensbereiche betroffen: die Wirtschaft, der Sport, die Medien, die öffentliche Verwaltung und nicht zuletzt auch die Politik. Korruption geht uns alle an. Korruption stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität und die Sicherheit unseres Systems, unseres Staates dar. Durch Korruption wird die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, und durch sie entstehen enorme wirtschaftliche Schäden. Korruption bewirkt den Verlust von Vertrauen in Politik und Verwaltung.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben es sich deshalb zum Ziel gesetzt, ein flächendeckendes Netz von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Korruptionsbekämpfung in Niedersachsen zu schaffen. Eine wirksame Korruptionsbekämpfung erfordert Spezialisierung und auch Zentralisierung. Am Beispiel der Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Hannover hat sich der Erfolg dieser Konzentration eindrucksvoll gezeigt. Die große Zahl der dort geführten Korruptionsver-

fahren belegt, dass der Erfolg der Korruptionsbekämpfung von gebündeltem Fachwissen, aktiver Aufklärungsarbeit und einem offenen Zugehen auf betroffene Verwaltungen abhängt. Aufgrund dieser Erfolge wurde am 1. September 2006 bei der Staatsanwaltschaft in Verden eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft eingerichtet. Wir werden jetzt das landesweite Netz durch zwei weitere Schwerpunktstaatsanwaltschaften bei den Staatsanwaltschaften in Braunschweig und in Osnabrück vervollständigen.

Unsere Staatsanwaltschaften und die Gerichte werden mutig und kompetent dafür Sorge tragen, dass die Drahtzieher der Korruption das bekommen, was sie verdienen. Sie bekommen die Rote Karte und werden vom Platz gestellt. Das ist erfreulicherweise zunehmend festzustellen.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin davon überzeugt, dass Niedersachsen im Kampf gegen die Korruption hervorragend aufgestellt ist. Die konsequente Abschöpfung von Gewinnen aus dieser Kriminalität schmerzt die Täter. Sie schmerzt sie mehr als alles andere, sie wirkt präventiv und verringert zugleich die Kosten der Strafverfolgung.

Nicht nur bei den Strafkammern, sondern auch an anderer Stelle reagieren wir auf erhöhte Belastungen. Wir werden zur Abfederung von Belastungsspitzen auf drei Jahre befristet bei den Verwaltungsgerichten acht Verwaltungsrichter einstellen und weitere zehn Stellen für Serviceeinrichtungen schaffen. Die Befristung steht im Zusammenhang mit der Evaluation der weitgehenden Abschaffung des Widerspruchsverfahrens. Erst gegen Ende der fünfjährigen Evaluationszeit im Jahre 2009 können wir für die verschiedenen Rechtsbereiche verlässlich beurteilen, ob die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens wirklich dauerhaft zu einem erhöhten Geschäftsanfall bei den Verwaltungsgerichten führt.

#### (Zuruf von der SPD: Ein teurer Spaß!)

Das Niedersächsische Finanzgericht wird ebenfalls personell verstärkt. Dort richten wir fünf weitere Stellen des richterlichen Dienstes und vier Stellen in den nachfolgenden Diensten ein.

In der allgemeinen Justiz bringen wir mit dem Haushalt 2007 umfangreiche Stellenhebungen - es sind rund 200 - auf den Weg, die sich auf den mittleren Dienst, den Gerichtsvollzieherdienst und den gehobenen Dienst verteilen. Damit schaffen wir Leistungsanreize, die in diesem Geschäftsbereich sicherlich auf große Zustimmung stoßen. Außerdem setzen wir 2007 den Weg der Stärkung des mittleren und des gehobenen Dienstes im Justizvollzug konsequent fort. Durch Stellenhebungen gibt es im Jahre 2007 38 Beförderungsmöglichkeiten für beide Laufbahnen. Damit haben wir nicht nur jetzt, sondern seit 2005 kontinuierlich für insgesamt 85 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten in diesem Bereich gesorgt. Hinzukommen noch 30 Möglichkeiten des Aufstiegs vom mittleren in den gehobenen Dienst.

Der besondere Stellenwert, den die Landesregierung und die Mehrheitsfraktionen des Niedersächsischen Landtages dem Strafvollzug und der dort geleisteten Arbeit beimessen, kommt auch in einer Baumaßnahme zum Ausdruck. Die Logistik in der größten Haftanstalt des Landes in Hannover wird durch einen Neubau der großen Anstaltsküche verbessert.

Ich möchte es nicht versäumen, daneben eine weitere große Baumaßnahme zu erwähnen, die im nächsten Jahr zu Ende geführt wird. Das ist unsere neue Justizvollzugsanstalt in Rosdorf. Durch diese Maßnahme schaffen wir rund 300 neue Haftplätze und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Überbelegung in niedersächsischen Gefängnissen.

## (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die kontinuierliche Modernisierung nicht nur von Gebäuden, sondern auch von Verwaltungsstrukturen ist ein ganz wesentliches Ziel dieser Landesregierung. Dies betrifft zum einen die organisatorischen Abläufe, zum anderen aber auch die Ausstattung innerhalb der Gerichte und der Justizbehörden. Die Landesregierung setzt deshalb mit dem Haushalt 2007 das Projekt "mit@justiz" um. Im Rahmen dieses Projekts wird die IT-Organisation der Justiz reformiert. Dabei steht für uns die Servicequalität für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an oberster Stelle. Zudem werden - das ist auch ganz wichtig - durch die zentrale Organisation des IT-Betriebes die Justizstandorte Celle, Oldenburg und Wildeshausen deutlich gestärkt.

Auch im Justizvollzug leisten wir einen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung. Die Landesregierung hat bereits im Jahre 2005 als einen ganz wesentlichen Baustein der Verwaltungsmodernisierung in ihr Arbeitsprogramm 2 die Durchführung eines so-

genannten PPP-Modells für die öffentliche Verwaltung aufgenommen. Was heißt "PPP" in diesem Zusammenhang? - "PPP" heißt schlicht eine öffentlich-private Partnerschaft zur optimalen Aufgabenerledigung öffentlicher Aufgaben. Mit Unterstützung der Regierungsfraktionen ist es gelungen, die Realisierung eines solchen Modells im Jahre 2007 in Angriff zu nehmen.

(Beifall von Jörg Bode [FDP])

Wir planen den privaten Bau und den teilprivatisierten Betrieb einer Justizvollzugsanstalt auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne in Bremervörde. Mit diesem Projekt betreiben wir zudem eine effektive Wirtschaftsförderung. Wir stärken damit den ländlichen Raum, wie wir es mit unserer Entscheidung für das zentrale Mahngericht in Uelzen bereits bewiesen haben.

Das PPP-Projekt in Bremervörde wird - da bin ich mir sicher - zu wichtigen und zukunftsweisenden Erkenntnissen für Bauvorhaben des Landes insgesamt und auch für die Arbeitsabläufe in der öffentlichen Verwaltung führen. Ich will hier einen Hinweis von Frau Peters aufgreifen, den ich sehr bemerkenswert finde, Frau Müller. Ich habe im Ausschuss für Haushalt und Finanzen Herrn Aller lauschen dürfen, der mir Folgendes vorgehalten hat:

"Im Einzelplan 20 ist das Kernstück der Politik Ihres Hauses, nämlich der Bau einer JVA im Rahmen einer Public Private Partnership wieder nach hinten gerückt. Warum sind Sie gerade in diesem Stück moderner Investitionspolitik nicht vorangekommen? Sie hatten ja mehrfach angekündigt, dass Sie entsprechende Modellprojekte anschieben würden. Das ist aber unterblieben. Ich halte die Zurückhaltung, die Niedersachsen auf diesem Gebiet pflegt, für sehr problematisch."

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir diesem Anspruch von Herrn Aller mit der heutigen Entscheidung im Landtag gerecht werden können und seine Bedenken ausräumen können. Wir betreiben moderne Innovationspolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Zuruf von der SPD: Das betrifft den Bau, nicht den Betrieb!)

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch noch deutlich hervorheben. Es ist mir wichtig, dass es auch richtig verstanden wird. Die Gesamtverantwortung für dieses Gefängnis wie auch für jede andere Justizvollzugsanstalt wird das Land tragen. Die originär hoheitlichen Aufgaben, also alles, was mit Eingriffsbefugnissen gegenüber den Gefangenen verbunden ist, unterliegen selbstverständlich auch bei diesem Modell der vollen Verantwortung des Landes. PPP ist damit also nicht, wie Sie, Frau Müller, behauptet haben, der erste Schritt zu amerikanischen Verhältnissen im Justizvollzug.

(Widerspruch bei der SPD)

- Dann haben Sie es nicht verstanden. - Anders als in den USA oder in Großbritannien denkt hier niemand über die vollständige Privatisierung der Vollzugseinrichtungen nach. Wir wollen letztlich das professionalisieren, was bereits jetzt Alltag ist: Denn in unseren Justizvollzugsanstalten sind schon seit langer Zeit Private tätig. Wir wollen das weiter stärken.

Meine Damen und Herren, wenn Herr Briese sagt, dass wir in den vergangenen Jahren nichts gemacht haben, dann verspreche ich Ihnen, dass wir an anderer Stelle dazu kommen werden, Ihnen all das aufzulisten, was getan wird. Die Zeit dafür steht mir hier aber nicht zur Verfügung. Ansonsten würde ich Ihnen hier gerne einmal eine ganze Latte an Maßnahmen vortragen.

(Uwe-Peter Lestin [SPD]: Er muss ja richtig ins Schwarze getroffen haben!)

Ich möchte zum Schluss

(Uwe Schwarz [SPD]: Ehrlich?)

- ja, Herr Schwarz - nicht Ihnen, sondern diesen Fraktionen meinen Dank für die vertrauensvolle gute Zusammenarbeit aussprechen. Wir bringen Niedersachsen nach vorn - in der Justiz und auch im Justizvollzug. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP)

# Präsident Jürgen Gansäuer:

Mich stört es nicht, aber die Redezeit, die der Landesregierung heute Vormittag insgesamt zur Verfügung stand, ist schon um mehr als zwei Minuten überzogen. Frau Sozialminister, das ist jetzt alles sehr schwierig.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das stört mich nicht!)

Das ist ein altes Problem, das ist auch überhaupt nicht neu. Ich bitte von dieser Stelle aus diejenigen, die in den Ministerien die Reden schreiben, sich einmal danach zu erkundigen, wie viel Redezeit jeweils zur Verfügung steht. Das wäre eigentlich sehr sinnvoll. Das gilt übrigens nicht nur für Haushaltsberatungen, sondern auch für andere Punkte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Bereich liegen mir nicht vor. Dann rufe ich jetzt auf den Haushaltsschwerpunkt

# Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Dazu hat Herr Kollege Schwarz das Wort. Bitte schön!

#### **Uwe Schwarz** (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst mein Dank für die detaillierten Haushaltsplanberatungen im Ausschuss, verbunden auch mit dem Dank an das Ministerium und hier insbesondere an das Haushaltsreferat, an Herrn Hinrichs und seine Kolleginnen und Kollegen, für die umfassenden Arbeitsmappen und die zügige Nachlieferung der erbetenen Unterlagen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist alte Tradition. Ich finde das gut so und meine, dass wir das auch so beibehalten sollten.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass nach dem Weggang von Frau von der Leyen im Bereich der Palliativmedizin keine Fensterreden mehr gehalten wurden, sondern endlich im Sinne unseres einstimmigen Landtagsbeschlusses gehandelt wurde. Insofern sind wir uns auch in der zusätzlichen Finanzierung einig. Allerdings sollte es nicht vordringlich um die krampfhafte Installierung von zehn weiteren Stützpunkten gehen, sondern zunächst um die Sicherung der jetzt bestehenden zehn Stützpunkte.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bei aller Kritik an der geplanten Gesundheitsreform, gerade für die palliativmedizinische Versorgung bedeutet sie einen großen Fortschritt nach vorn.

Mit dem vorliegenden Haushalt will die Landesregierung den Eindruck erwecken, als sei die Politik des rasanten Sozialabbaus mindestens bis zur Landtagswahl zu beenden. Das ist falsch. Auch in diesem Haushalt wird massiv gekürzt, und zwar mindestens in Höhe der globalen Minderausgabe von 30 Millionen Euro. Angesichts eines Betrages von lediglich 47,6 Millionen Euro für freiwillige Leistungen steht fest, dass die Regierung möglichst unauffällig irgendwie immerhin 60 % aller freiwilligen Sozialleistungen wieder einfangen muss. Ich verspreche Ihnen, meine Damen und Herren, wir werden höllisch aufpassen, dass Sie einen derartigen Sozialabbau durch die Hintertür nicht erneut organisieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Paradestück dieses Haushaltes sollte ein neues 25-Millionen-Programm zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung und der Tagesbetreuung sein. Was jedoch vorgelegt wurde, ist ein Sammelsurium von Begriffen, die irgendjemand schon mal gehört und dann zusammengeschrieben hat. In drei Ausschusssitzungen war es dem Ministerium nicht möglich, das Konzept schlüssig zu erläutern. Die Ausführungen waren so wirr, dass selbst die Koalitionsfraktionen zweimal um Vertagung baten. Wirklich neu ist lediglich die Schaffung eines weiteren Landespreises. Das mag zwar den Bekanntheitsgrad der Ministerin erhöhen - für die Kinder bringt es aber gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Im Ergebnis finanziert das Land Aufgaben, die nach dem TAG eindeutig zu den Pflichtaufgaben der Kommunen gehören. Bestraft werden die Kommunen, die gesetzestreu bereits ihre Hausaufgaben gemacht haben. Mit Mitnahmeeffekten werden hingegen jene Kommunen belohnt, die sich bei der Kinderbetreuung bisher stark zurückgehalten haben.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Typisch!)

Meine Damen und Herren, ein so angelegtes Programm ist eine Verplemperung von Landesgeld, das an anderer Stelle auch für Kinder dringend gebraucht wird.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten Monaten wurde viel über Kinderschutz geredet. Die Verantwortlichkeiten werden dabei zwischen Bund und Ländern hin und her geschoben. Das war bei Kevin so, bei Jessica, bei Nadine, und der nächste Fall wird folgen. Wir wollen, dass über Kindeswohl nicht immer nur geredet, sondern dass endlich auch gehandelt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Als die SPD Anfang dieses Jahres in einem Antrag Pflichtuntersuchungen, die flächendeckende Einführung von Familienhebammen und ein 24-Stunden-Notruf-Telefon für Kinder gefordert hat, haben Sie uns dafür hier im Parlament gescholten. Unser Antrag liegt bis heute unbearbeitet im Fachausschuss.

Die Sozialministerin war erst gegen Pflichtuntersuchungen, dann wollte sie die Entwicklung auf Bundesebene abwarten, und nun ist sie für *verbindlichere* Untersuchungen. Frau Ministerin, Sie sollten sich schon mal entscheiden: entweder verbindliche Untersuchungen oder eben nicht verbindlich. *Verbindlichere* Untersuchungen gibt es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das wirksamste Instrument dafür ist nach unserer Überzeugung der öffentliche Gesundheitsdienst auf der Länderebene, und genau das will die SPD umsetzen. Wir wollen fünf verpflichtende Untersuchungen von der Aufnahme in den Kindergarten bis zum Ende der 3. Klasse in der Grundschule. Dafür stellen wir 6 Millionen Euro zur Verfügung. Wir orientieren uns am finnischen Modell, das eine Kooperation mit den Eltern gewährleistet, aber, wenn notwendig, auch mit der Jugendhilfe.

Wir wollen die flächendeckende Einführung der Familienhebammen als aufsuchendes Instrument der Familienhilfe, und zwar von der Schwangerschaft bis mindestens zur Vollendung des zweiten Lebensjahres des Kindes. Dafür stellen wir 7 Millionen Euro in den Haushalt ein.

# (Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Wir wollen ein 24-Stunden-Kinder-Notruf-Telefon und setzen dafür 150 000 Euro ein. Ich habe kein Problem damit, dass die Koalitionsfraktionen nun wenigstens diesen Teil unseres Entschließungsantrages übernommen haben. Bei früherer Einsicht hätte das in Niedersachsen schon lange installiert sein können.

(Beifall bei der SPD)

"Niedersachsen ist Vorreiter beim Kinderschutz", so Frau Mundlos. Leider ist das falsch, meine Damen und Herren. Sowohl die Ministerin als auch Sie sind zwar Vorreiterinnen bei Presseerklärungen zum Kinderschutz - aber leider nicht bei der Umsetzung.

(Beifall bei der SPD)

Da wird der Eindruck erweckt, das Land fördere zukünftig 200 Familienhebammen. Die Wahrheit ist, das Land gibt 40 000 Euro Zuschuss für die Koordinierungsstelle der Stiftung "Eine Chance für Kinder",

(Christa Elsner-Solar [SPD]: Lächer-lich!)

und mit ihrem jetzt vorgesehenen Nachschlag kann die Arbeit der Stiftung nur gerade so fortgeführt werden.

Wo und wie viele Hebammen es zukünftig gibt, überlassen Sie vollständig den Kommunen und deren finanzieller Leistungsfähigkeit. Meine Damen und Herren, das finde ich unredlich und angesichts der Problematik auch unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und bei den  $\mathsf{GR\ddot{U}NEN})$ 

Sie und die Frau Ministerin hätten Ihre Ernsthaftigkeit mit uns gemeinsam unter Beweis stellen können. Als es bei der Verabschiedung des neuen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst darum ging, Vorsorgeuntersuchungen für Kinder in den Kindergärten und in den Schulen verbindlich festzuschreiben, hat diese Koalition gekniffen und das abgelehnt. Deshalb wiederhole ich: Sie sind beim Thema Kinderschutz völlig unglaubwürdig, und mich ärgert Ihr Verhalten an dieser Stelle wirklich gewaltig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die SPD wird für ihr vorgelegtes Programm kämpfen, und wenn das aus kleinkarierten Gründen mit Ihnen nicht geht, dann werden wir das eben nächstes Jahr mit den Wählerinnen und Wählern tun.

(Beifall bei der SPD)

Da stellt sich der Ministerpräsident beim Paritätischen vor wenigen Tagen hin und sagt - ich zitiere aus seinem Redemanuskript -:

"Ziel der Politik der Landesregierung für Menschen mit Behinderungen ist die Verwirklichung des Rechts auf ein selbstbestimmtes Leben."

(Beifall bei der CDU)

Glauben Sie denn wirklich, meine Damen und Herren, die Behinderten haben schon vergessen, wie starrköpfig Sie versucht haben, blinde Menschen wieder in die Isolation zu treiben und ihnen das Selbstwertgefühl zu nehmen?

(Zuruf von der CDU: Das ist doch schon längst erledigt!)

Sie hatten sich nur böse verrechnet. Die Blinden in Niedersachsen haben stellvertretend für alle Behinderten dieser Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen schmerzhaft die Grenzen ihrer eiskalten Sozialpolitik aufgezeigt, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir gratulieren auch von dieser Stelle aus dem Landesblindenverband für seinen unermüdlichen Einsatz. Er ist zu Recht vor wenigen Tagen mit dem "Politikaward 2006" ausgezeichnet worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der nächste Geniestreich gegen Behinderte bahnt sich schon an. Immer noch warten die Behinderten auf das wiederholt angekündigte Behindertengleichstellungsgesetz. Der von der SPD-Regierung eingebrachte Entwurf ging Ihnen damals nicht weit genug. Sie selbst haben auch nach vier Regierungsjahren noch nicht einmal eine Vorlage zustande gebracht. In der vertraulichen Regierungsauflistung der für das nächste Jahr geplanten Gesetzesvorhaben heißt es zum Behindertengleichstellungsgesetz:

"Die eingesetzte Projektgruppe hat Auftrag erhalten, den Gesetzentwurf grundsätzlich zu überarbeiten (Geltungsbereich nur für die Landesverwaltung, Verzicht auf alle strittigen Regelungen)." Meine Damen und Herren, dazu brauchen Sie kein Gesetz; das können Sie auch in der Geschäftsordnung der Landesregierung regeln.

Sie haben Niedersachsen in der Behindertenpolitik bundesweit zum Schlusslicht gemacht und planen gerade den nächsten Wortbruch gegenüber den Behinderten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit das klar ist: Das war nicht allein das Problem von Frau von der Leyen, sondern das ist mit der Unterstützung dieses Ministerpräsidenten geschehen, eines Ministerpräsidenten, der zwar einschmeichelnde Reden hält, aber das Handeln dieser Regierung steht dazu im krassem Widerspruch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Da schwärmt Herr Wulff beim Paritätischen von den Jugendverbänden als tragende Säule der Jugendarbeit, vom landesweiten "Jahr der Jugend" und von den Finanzzuschüssen an die Jugendverbände. Leider vergisst er dabei zu erwähnen, dass die Regierung den Trägern der Jugendarbeit in den letzten zwei Jahren 75 % der Mittel weggenommen und den Kinder- und Jugendplan in Höhe von 2,6 Millionen Euro komplett rasiert hat.

Als krönender Abschluss im "Jahr der Jugend" löst die Regierungskoalition nun das Landesjugendamt und - noch viel schlimmer - den Landesjugendhilfeausschuss auf. An die Stelle des bisher gesetzlich verankerten Landesjugendhilfeausschusses tritt nun ein Beirat, dessen Zusammensetzung, Berufung und Aufgabenstellung völlig vom Wohlwollen der jeweiligen Landesregierung abhängig ist.

(Heidrun Merk [SPD]: Das ist keine Unabhängigkeit!)

Die Gesetzesänderung wird handstreichartig durch das Parlament gepeitscht. Eine Anhörung der betroffenen Verbände wurde abgelehnt. Mir ist schon klar, dass Sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Zwischenzeitlich liegen mehrere hundert Petitionen von nahezu allen Verbänden der Jugendarbeit vor, die Ihr Täuschungsmanöver eindrucksvoll entlarven. Wenn man dann noch die Forderung des Landkreistages vom 28. November dieses Jahres nach Kommunalisierung der Jugendhilfe dazu-

packt, kann sich jeder ausrechnen, welchen Haltbarkeitswert die Aussagen der Ministerin und der Koalition auch in dieser Frage haben werden. Ihre jugendpolitische Geisterfahrt ist jedenfalls noch nicht zu Ende, und für die wachsenden Probleme der Jugendhilfe ist das eine Katastrophe.

(Beifall bei der SPD)

In dieses Bild passt auch der Umgang mit dem einstimmigen - ich wiederhole: mit dem einstimmigen - Parlamentsbeschluss zur Stärkung der aktiven Vaterrolle. Auf Nachfrage bei den Haushaltsberatungen, wo der Landtagsbeschluss denn umgesetzt worden sei, die immerhin ehrliche Antwort: nirgends. - Frau Ministerin, so geht das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie mögen zwar die Opposition für lästig halten, aber Parlamentsbeschlüsse sind kein Lottoschein, bei dem man Glück hat, wenn er durch die Regierung zufällig gezogen wird.

(Beifall bei der SPD)

Dass der Verkauf der Landeskrankenhäuser genau in dem Moment im Kabinett unter "Verschiedenes" und ohne Kabinettsvorlage beschlossen wurde, als sich die eigenen Sozialpolitiker in Finnland aufhielten, zeigt einmal mehr eindrucksvoll, welchen Stellenwert die Sozialpolitik in dieser Koalition hat - nämlich gar keinen.

Ich habe gestern gelesen, die Ministerin arbeite geräuschlos. Das kann man bei den Landeskrankenhäusern zumindest nicht behaupten. Erst hat sie mehrfach Tausende von Beschäftigten lautstark auf die Straße gebracht, seitdem allerdings findet Frau Ross-Luttmann zu diesem Thema vorsichtshalber überhaupt nicht mehr statt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Geräuschlos!)

Ich kann das nachvollziehen. Was wurde im Vorfeld nicht alles versprochen? - Transparentes Bieterverfahren, Einbindung der Beschäftigten, 200 privat finanzierte Betten im Maßregelvollzug, kein Verkauf um jeden Preis. Gehalten haben Sie davon nichts.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das ist nicht wahr!)

Es gibt ein völlig undurchsichtiges Bieterverfahren mit Zurückgestellten und Nachrückern. Vorher

wurden rein zufällig hochrangige Mitarbeiter von potenziellen Bietern durch die Landeskrankenhäuser geschickt, um den Mitarbeitern die Privatisierung schmackhaft zu machen. Bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs stellt die Staatskanzlei fest, dass zwangseingewiesene Patienten nur durch das Land betreut werden dürfen, was die Privatisierung vollends zur Farce machen würde. Also verschwinden die entsprechenden Paragrafen heimlich aus dem Gesetzentwurf. Nur leider fliegt das auf, und seitdem haben Sie ernsthafte Erklärungsschwierigkeiten.

Und während dem Landtag noch erzählt wird, es sei alles im Zeitplan, bekommen die Mitarbeiter schon am 16. November dieses Jahres einen Brief, aus dem ich zitiere:

"Entgegen der bisherigen Planung wird es im Jahr 2006 noch keine Bekanntgabe der neuen Träger geben. Die Erteilung der Zuschläge an die Bieter erfolgt erst im ersten Quartal 2007, gegebenenfalls sogar noch später, im ersten Halbjahr 2007."

Wissen Sie eigentlich, Frau Ministerin, welche Hängepartie das für die Beschäftigten bedeutet? Dass Sie vor Ort zwischenzeitlich jeglichen Kredit verspielt haben, finde ich nicht weiter schlimm, aber den Umgang mit den Betroffenen schon.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christa Elsner-Solar [SPD]: Total überfordert!)

Die völlig planlose Zusammenführung in Maßregelvollzugszentren führt zu ebenso kritischen wie chaotischen Verhältnissen in einzelnen Häusern. So gibt es z. B. in Moringen 20 Betten für suchtkranke Patientinnen und Patienten. Zwischenzeitlich sind dort bei gleicher Personalausstattung 48 Personen untergebracht, also mehr als doppelt so viele. Moringen ist außerdem die zentrale Aufnahmestelle des Landes für Frauen. Inzwischen ist dort kein einziges Notbett mehr vorhanden. Ich sage Ihnen, Frau Ministerin, Sie bewegen sich auf ganz dünnem Eis, und wehe, wenn es bricht.

(Beifall bei der SPD)

Die mangelnde Professionalität und Hilflosigkeit beim Handling dieses Themas durch das Sozialministerium wird mit fortschreitendem Verfahren immer deutlicher. Diese Regierung will einen Verkauf um jeden Preis - ungeachtet der Folgen für Patientinnen und Patienten und ungeachtet der Folgen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Was für Frau von der Leyen das Blindengeld war, werden für Frau Ross-Luttmann zusehends die Landeskrankenhäuser, nämlich eine gnadenlose Bruchlandung.

(Beifall bei der SPD)

Anlässlich des Weltaidstages am 1. Dezember 2006 hat die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Frau Mundlos vor aufkommender Sorglosigkeit gegenüber Aidsinfektionen in Deutschland gewarnt. Es sei wichtig, gerade junge Menschen über den Virus wieder verstärkt aufzuklären.

(Astrid Vockert [CDU]: Das stimmt!)

Wir teilen diese Einschätzung ausdrücklich. Wir haben jedoch kein Verständnis, dass die CDU/FDP-Regierung die Mittel für die Aidshilfen seit Beginn ihrer Amtszeit um immerhin 543 000 Euro reduziert hat. Ab 2008 plant die Landesregierung ausweislich der mittelfristigen Finanzplanung eine erneute, zusätzliche Kürzung um 25 % bei den Aidshilfen. Dieses Vorhaben wäre das Ende der Aidsprävention in Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, mit den Gefahren dieser Krankheit und mit den Betroffenen spielt man nicht. Allein diese Planspiele sind schon verheerend.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion schlägt in ihrem Haushaltsantrag eine Aufstockung der Mittel um 120 000 Euro auf 1,5 Millionen Euro vor. Ich gehe davon aus, dass die CDU nach der Erklärung von Frau Mundlos diesem Antrag zustimmen wird.

2005 haben diese Regierung und die Mehrheitsfraktionen die gesamten Landesmittel für die stationäre Altenpflege gestrichen, angeblich zur Stärkung der ambulanten Pflege, in Wirklichkeit aus Gründen der Haushaltsersparnis.

Als Ergebnis dieser Politik wurden zwischenzeitlich 12 000 Pflegebedürftige zusätzlich in die Sozialhilfe gedrängt. Sie werden in einigen Landkreisen aus Kostengründen in Mehrbettzimmern untergebracht - ein Lebensabend ohne Privat- und Intimsphäre. Dieses Verfahren lehnen wir nach wie vor entschieden ab.

(Beifall bei der SPD)

Nun zeigt der Landespflegebericht aufgrund der demografischen Entwicklung für Niedersachsen dramatisch wachsende Bedarfe sowohl in der stationären als auch in der ambulanten Pflege und bei alternativen Wohnformen an. Das ist eine gigantische Aufgabe und Herausforderung für die nächsten Jahre.

Wer erwartet hatte, dass das Sozialministerium, beginnend mit dem Haushalt 2007, mit einer Lösungsstrategie darauf reagiert, wird diese vergeblich suchen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Nichts passiert!)

Im Bereich der Altenpflegeausbildung fehlen Praxisplätze. Die ambulanten Pflegeeinrichtungen bilden weitgehend überhaupt nicht aus. Noch zehren die Einrichtungen vom überzähligen Personal aus den Krankenhäusern. Aber das ist keine Dauersituation. Wir halten diesen Umgang mit dem Thema und das Verhalten der Sozialministerin an dieser Stelle für fahrlässig, meine Damen und Herren

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat in ihrem Haushaltsantrag eine halbe Million Euro für die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zur Umsetzung des Landespflegeplans und zur Vermeidung eines Pflegenotstandes eingestellt.

Bereits im 100-Tage-Programm hatte die damalige Sozialministerin die "Aufstellung eines erweiterten Städtebauförderungs- und Wohnraumförderprogramms" angekündigt. Inzwischen nähern Sie sich schon Ihren letzten 100 Tagen, und ein Programm ist immer noch nicht in Sicht. Die Landesregierung schwadroniert zwar gerne über die Schaffung von Arbeitsplätzen und ihre angebliche Wirtschaftskompetenz, doch die Realität für die Bauwirtschaft in Niedersachsen sieht ganz anders aus. Jeder weiß, dass Investitionen in die Stadtsanierung sich verachtfachen. Allein mit den notwendigen 7 Millionen Euro Landesmitteln für den übrigens auch dringend notwendigen Stadtumbau West würde ein Investitionsprogramm von 168 Millionen Euro pro Jahr zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen freigesetzt, und genau das hat die SPD-Fraktion in ihrem Haushaltsantrag finanziert.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU)

- Unser Antrag ist ausfinanziert. Gucken Sie einfach rein! Dann brauchen Sie nicht zwischenzurufen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Luftbuchungen!)

Die Koalition hingegen hat durch Nichthandeln allein in den vergangenen drei Jahren über eine halbe Milliarde Euro an Investitionen allein beim Wohnungsbau verschenkt. Das hätte den Menschen jedenfalls mehr Arbeitsplätze gebracht als Ihre wahnwitzige Idee von Ladenöffnungszeiten rund um die Uhr.

(Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Dann sind Ihre Parteifreunde auch alle wahnwitzig!)

Dem Land stehen ab Januar 2007 aus der Übertragung der Wohnraumförderung zusätzlich knapp 40 Millionen Euro zur Verfügung. Ich erwarte, dass dieses Geld nicht nach dem Windhund- und Gießkannenverfahren ausgegeben wird, sondern dass Sie, Frau Ministerin, dem Landtag umgehend einen Gesetzentwurf vorlegen, damit die Förderung zielgenau erfolgen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in den letzten Tagen ist viel über Armut geschrieben worden, in Deutschland und auch in Niedersachsen. Die Armut - vor allem die verschämte Armut - nimmt in unserem Land deutlich zu. Die CDU/FDP-Koalition hatte zwar den Armutsbericht der früheren rot-grünen Bundesregierung immer heftig kritisiert; Sie selber verweigern allerdings seit Regierungsantritt beharrlich bis heute die Vorlage eines eigenen Landesarmutsberichts. Die Gründe sind durchsichtig: Bloß keine Schlagzeile über die Ergebnisse Ihrer verfehlten Sozialpolitik!

(Beifall bei der SPD)

Die Einstellung des Ministerpräsidenten zur Lösung dieses Problems kann man in dem Manuskript seiner Rede vor dem Paritätischen am 25. November 2006 nachlesen:

> "Eine der wichtigsten Ressourcen der Armutsbekämpfung ist die Selbstmotivation und daraus resultierend die Fähigkeit, andere mitzureißen."

Welche Bitternis muss diese Aussage bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auslösen, die ihre hundertste vergebliche Bewerbung geschrieben haben, bei Jugendlichen, die trotz allem Einsatz nach der Schule keinen Ausbildungsplatz finden, oder bei jungen Akademikerinnen und Akademikern, die als Form der neuen Ausbeutung das fünfte Praktikum in Folge machen, in der Hoffnung, danach endlich eingestellt zu werden! Wie weit muss sich ein Ministerpräsident von der Lebenswirklichkeit entfernt haben, um solche Sätze formulieren zu können?

(Beifall bei der SPD)

Dazu passt übrigens auch die folgende Formulierung in seinem Redemanuskript:

"Immerhin ermöglicht das Einkommen, das Hartz-IV-Empfängern zur Verfügung steht, einen Lebensstandard und Wohnverhältnisse, von denen unsere Eltern in den Nachkriegszeiten nur träumen konnten. Gemessen daran geht es heute allen relativ gut."

Welch unglaublicher Zynismus!

(Beifall bei der SPD)

Dieses Land hat eine bessere Sozialpolitik und einen anderen Ministerpräsidenten verdient. Dafür werden wir in den nächsten Monaten mit allem Einsatz kämpfen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Bevor ich Frau Mundlos das Wort erteile, möchte ich den Präsidenten unseres Staatsgerichtshofes, Herrn Professor Dr. Schinkel, stellvertretend für alle übrigen Mitglieder des Staatsgerichtshofes ganz herzlich bei uns begrüßen.

(Beifall)

Jetzt erteile ich Frau Mundlos das Wort.

#### **Heidemarie Mundlos** (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst die gute Nachricht: Das Gesamtvolumen des Sozialhaushalts ist im Jahr 2007 um 65 Millionen Euro größer gegenüber dem Jahr 2006.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Und die Ursache?)

Bei den freiwilligen Leistungen - das ist die zweite gute Nachricht - werden keine Kürzungen erfolgen. Im Bereich der freiwilligen Leistungen nehmen wir sogar Verbesserungen vor.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Damit bestätigen wir wieder einmal, dass ein soziales Niedersachsen nicht im Widerspruch zu den Konsolidierungszwängen und dem Sparwillen der Landesregierung steht.

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen gleichzeitig soziale Akzente und versetzen außerdem unsere Kinder und Enkel durch einen soliden Haushalt in die Lage, auch künftig soziale Politik flexibel und aktiv gestalten zu können.

#### (Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir auch für die letzten zwei Monate des Jahres 2006 eine Neuverteilung des Landeszuschusses auf die kommunalen Träger an den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende vorgenommen. Wir konnten ja in den letzten Tagen dazu viel Interessantes in den Zeitungen lesen. Insbesondere Herr Jagau wollte sich mit dem Thema hervortun.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Nichts, aber auch gar nichts von dem, was Herr Jagau im Zusammenhang mit der Wohngeldregelung gesagt und geschrieben hat, entspricht der Wahrheit. Er sollte sich schnellstens bei der Ministerin entschuldigen und seinen eigenen Laden in Ordnung bringen.

# (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Tatsache ist, dass sich durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe seit 2005 die finanzielle Belastung der Landkreise und der kreisfreien Städte bei der Sozialhilfe erheblich geändert hat. Die bei den betroffenen Kommunen entstandenen Unwuchten sind somit von der Landesregierung geglättet worden, und es ist ein Stück mehr Gerechtigkeit geschaffen worden.

Stichwort "Bauen und Wohnen": Um unsere niedersächsischen Städte liebens- und lebenswert zu erhalten, ist die Förderung städtebaulicher Maßnahmen wichtig. Da geht es u. a. darum, das Miteinander von Alt und Jung sowie die Integration

aller Einwohner mit Migrationshintergrund zu sichern und zu fördern. Deshalb setzen wir u. a. das Programm "Soziale Stadt" fort, weil es dabei um Menschen und Integration geht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum Bereich Jugendarbeit. Wir wollen mit den anerkannten und zuverlässigen Mitteln die berufliche und soziale Integration Jugendlicher weiterhin fördern. Mit dem niedersächsischen Fürsorgenetz wird deutlich: Diese durchgreifende Zusammenarbeit ist vorbildlich für alle Bundesländer, weil wir Schnittstellen zwischen den verschiedenen Sozialgesetzbüchern durch Vernetzung und Kooperation nutzbringend bewältigt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Für die Pro-Aktiv-Centren, für "Run" und für die Jugendwerkstätten stehen 2007 insgesamt über 15 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind gute Investitionen in die Zukunft unseres Landes und auch sehr gute Investitionen gegen Armut. Das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Angesichts der Tatsache, dass beim Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit Niedersachsen im Bundesvergleich auf Platz 1 liegt, wird deutlich: Unsere Jugend in Niedersachsen hat die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen als verlässliche Partner!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Zuruf von der SPD: Schiefe Sicht der Dinge! Unglaublich!)

Stichwort "familienfreundliche Infrastrukturen": Wir wollen Kinder früh fördern, weil früh gelegte Grundlagen eben besonders stabil sind. In diesem Zusammenhang ist der Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten ein besonders wichtiger Baustein unserer Familienpolitik. Eltern wollen oder müssen auch Familie und Beruf vereinbaren können. Dafür benötigen sie eine Kinderbetreuung, die mit ihren Arbeitszeiten im Einklang steht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dafür steht unser Förderprogramm "Familie mit Zukunft - Kinder bilden und betreuen", und dabei ist uns die Kombination "bilden und betreuen" besonders wichtig, weil so für die Familie insgesamt und die Kinder im Besonderen die Ausgangsbasis für eine positive Entwicklung gelegt wird. Am Ende

jedenfalls, Herr Schwarz, wird es mehr Betreuung und mehr Bildung geben, als die SPD in 13 Jahren je geschaffen hat.

(Beifall bei der CDU)

Stichwort "Kinderschutz": Die letzten Monate haben an uns Schlagzeilen herangetragen, die wohl jeden entsetzt haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Kinder gut aufgehoben sind, sich behütet und geliebt wissen. Wir wollen optimale Chancen für alle Kinder. Die Familie soll Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erfahren, wenn sie Unterstützung benötigt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unsere Antwort in Stichworten:

Stichwort "Familienhebammen": Das Land hat gute Erfahrungen mit dem Einsatz von Familienhebammen gemacht. Deshalb wollen wir auch im nächsten Jahr die Zahl der Familienhebammen deutlich aufstocken, auf insgesamt 200, und somit diese Arbeit landesweit anbieten können.

Stichwort "Koordinierungszentrum für Kinderschutz": Im Kinderkrankenhaus auf der Bult in Hannover werden wir im nächsten Jahr 470 000 Euro zusätzlich einsetzen. Dieses Zentrum ist bundesweit das erste Koordinationszentrum gegen Kindesmisshandlung und sexuellen Missbrauch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit ist eindeutig belegt: Niedersachsen ist Vorbild und zeigt Weitsicht. Misshandlungen sollen so schnell identifiziert und dann eine standardisierte Diagnostik über eine professionelle Übergabe an Fachkräfte ermöglicht werden. Ziel ist es - das ist jetzt sehr wichtig -, das vorhandene Fachwissen und die gesammelten Erfahrungen in die Fläche Niedersachsens zu tragen und dem ganzen Land zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden ein Kindernottelefon einrichten, das 24 Stunden am Tag erreichbar sein wird. Dieser 24-Stunden-Service ist wichtig; denn Notfälle orientieren sich nicht an Geschäftszeiten. Hilferufe müssen jederzeit möglich sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dass wir auch ein Handbuch für Kinderärzte und Gynäkologen aus gutem Grund fördern wollen, will ich nur kurz streifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist mir wichtig: Alle diese Mittel sind zusätzliche Gelder. Dies steht im Gegensatz zur SPD, die erst bei familienfreundlichen Strukturen um 20 Millionen Euro kürzt, um dann mit 16 Millionen Euro Kinder schützen zu wollen. Hier wird eine Maßnahme pro Kind gegen eine andere ausgespielt, und es kommt am Ende weniger dabei heraus. Das ist Sozialpolitik à la SPD!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christa Elsner-Solar [SPD]: Es geht um die Finanzierung von Pflichtaufgaben!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen ein Niedersachsen, in dem alle Menschen gern leben, wo Prävention Notfällen vorbeugt und wo Menschen, wenn sie doch in Not geraten, geholfen wird. Deshalb ist uns die Gestaltung der sozialen Landschaft besonders wichtig, und deshalb haben wir dafür gesorgt, dass mit diesem Haushalt Niedersachsen noch ein Stück sozialer, noch ein Stück menschlicher und besser wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Christa Elsner-Solar [SPD]: Das glauben Sie aber allein!)

Sie, Herr Schwarz, reden Niedersachsen schlecht, wir handeln. Sie machen Stimmung, wir verbessern die Situation zum Wohle der Menschen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Eindeutiger Beleg: Das zur Verfügung stehende Geld wird zielgerichtet und zukunftsorientiert eingesetzt. Dafür gilt mein Dank unserer Ministerin und der CDU und der FDP-Fraktion gleichermaßen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Natürlich gilt mein Dank auch den Haushaltspolitikern, die ein Herz für die Sozialpolitik haben.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat sich Frau Janssen-Kucz zu einer Kurzintervention gemeldet. Sie haben anderthalb Minuten!

# Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte drei Anmerkungen zu dem Redebeitrag von Frau Mundlos machen. Zunächst zu den frei-willigen Leistungen: Sie stellen sich hier hin und loben sich. Aber was haben Sie zu Beginn Ihrer Regierungszeit gemacht?

(Norbert Böhlke [CDU]: Regiert!)

Gerade in den Bereichen Suchtprävention, Aidsprävention und Jugendförderung haben sie Tabula rasa gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Neue Besen kehren gut, Frau Kollegin!)

Mit dem Haushalt reagieren Sie überhaupt nicht auf die gestiegenen Anforderungen in diesen Bereichen. Sie reagieren nur mit Pressemitteilungen, aber handeln nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Karin Stief-Kreihe [SPD]: Das ist dieser Landesregierung so eigen!)

Wenn Sie weiter behaupten, Sie hätten die Unwuchten zulasten der Kommunen geglättet, dann kann ich nur sagen: Liebe Frau Mundlos, das ist eine Lebenslüge.

(Bernd Althusmann [CDU]: Was? Sie haben doch keine Ahnung! In Ihrer Zeit wurden 2 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich genommen!)

Ich bin Kommunalpolitikerin. Ich weiß, was Sie den Kommunen in finanzieller Hinsicht in Sachen KFA zugemutet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zur Jugendarbeitslosigkeit: Das niedersächsische Fürsorgenetz, worauf hier Bezug genommen wurde, ist löchrig. Die Vernetzung und Kooperation funktionieren in dieser Form nicht. Das beste Beispiel ist die NBank. Weshalb bekommen Träger kein Geld? - Ich habe nachgefragt: Das Sozialministerium leitet die Anfrage an das Justizministerium weiter. Das Justizministerium hat sie nach drei Monaten an das Wirtschaftsministerium weitergeleitet. Der Träger hat kein Geld, und ich habe keine Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie müssen sich wieder hinsetzen, Frau Janssen-Kucz.

# Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Kurz: Optimale - - -

(Die Präsidentin schaltet das Mikrofon ab)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Janssen-Kucz, bitte setzen Sie sich jetzt hin! - Frau Mundlos. möchten Sie antworten?

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Ja!)

- Bitte!

# Heidemarie Mundlos (CDU):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz klar und deutlich: Erstens. Wir haben zu Beginn unserer Regierungszeit mit Umsicht den Grundstein für zusätzliche Mittel heute gelegt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Hans-Dieter Haase [SPD]: Das glauben Sie doch wohl selbst nicht!)

Zweitens. Mit dem Ausdruck "Lebenslügen" sollte man vorsichtig umgehen. Denn Sie haben den Kommunen in Ihrer Regierungszeit doch rund 2 Milliarden Euro entzogen. Gucken Sie einmal in den Spiegel!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Die nächste Rednerin ist Frau Helmhold von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

#### **Ursula Helmhold** (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bilanz der Politik dieser Landesregierung ist an vielen Stellen

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Hervorragend!)

unsozial. Das betrifft nicht nur die Sozialpolitik, sondern das politische Gesamtwirken dieser Regierung. Denn jede politische Maßnahme muss sich daran messen lassen, welchen Beitrag sie zu einem würdigen und chancengerechten Zusammenleben der Menschen leisten kann oder leistet. Unter diesem Aspekt möchte ich einige Politikfelder kurz Revue passieren lassen:

Ab dem 1. Januar 2007 werden blinde Menschen wieder Blindengeld erhalten. Damit endet ein unrühmliches Politikkapitel dieser Regierung, in dem ohne Rücksicht auf Verluste versucht wurde, eine Teilhabeleistung in eine Armenfürsorgeleistung umzuwandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich konzediere der Ministerin in gewisser Weise, dass sie mit dem Blindenverband am Ende einen Kompromiss erzielt hat. Diesen allerdings hätte die Landesregierung mindestens ein Jahr früher auf der Basis unseres Vorschlags erzielen können. Die Halsstarrigkeit des Ministerpräsidenten und der damaligen Sozialministerin haben es erst erforderlich gemacht, dass der Blindenverband ein Volksbegehren auf den Weg gebracht hat, damit diese Landesregierung endlich einlenkt. Kein Meisterstück, meine Damen und Herren, und überhaupt nicht sozial!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Für seine Kampagne und die phantasievollen und kreativen Aktionen erhielt der Niedersächsische Blindenverband den "Politik-Award", zu dem ich von dieser Stelle aus herzlich gratulieren möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich zitiere:

"Der Preis gehört dem Blindenverband für eine vorbildliche Kampagne, aber zugleich auch allen Bürgerinnen und Bürgern über Niedersachsen hinaus, die sich für das soziale Miteinander und den Erhalt unseres Sozialstaates einsetzen."

So der Landesbehindertenbeauftragte auf der Homepage des Ministeriums. Ein Preis für den Protest gegen die hartherzigen Pläne dieser Landesregierung, gelobt auf den Internetseiten eben die-

ser Regierung: Das hat schon was, meine Damen und Herren. Das habe ich mit Vergnügen zur Kenntnis genommen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Was wollen Sie damit sagen?)

Zitat:

"Es geht uns um eine Gesellschaft, in der der Staat nicht dazu da ist, das Glück des Einzelnen zu mehren, sondern Leid zu lindern."

Das lese ich ebenfalls auf der Homepage des Ministeriums, und zwar als Überschrift des Kapitels "Sozialpolitik". Das finde ich, ehrlich gesagt, als Grundaussage ziemlich mager. Menschen in schwierigen Situationen zu unterstützen, ist selbstverständlich. In diesem Sinne ist Sozialpolitik wohl Hilfepolitik. Aber der Anspruch, Frau Ministerin, ist größer. Zeitgemäße Sozialpolitik verhilft zur Teilhabe. Sie aktiviert, sie befähigt, und sie hat unserer Auffassung nach immer einen emanzipativen Anspruch. Den haben Sie in dem, was Sie politisch tun, nicht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Immer mehr Menschen in Niedersachsen werden ausgegrenzt. Im Jahr 2005 ist die Armutsquote auf 14,9 % gestiegen, während gleichzeitig die Reichtumsquote stieg. Das ist die Folge auch Ihrer Politik, meine Damen und Herren.

Besonders häufig tritt diese Armut bei Alleinerziehenden, bei Haushalten mit vielen Kindern, gekoppelt mit Erwerbslosigkeit, auf. Politik muss in diesem Zusammenhang vor allem für gerechte Chancen sorgen. Die größte Chance, die eine Gesellschaft zu vergeben hat, ist die Chance auf Bildung. Hierin liegt der Schlüssel für Emanzipation und Teilhabe - ein Leben lang. In diesem Sinne ist auch Bildungspolitik Sozialpolitik.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber was tun Sie an dieser zentralen Stelle? - Sie schließen für einen Teil der jungen Menschen die Tür ab und werfen den Schlüssel weit, weit weg. Mit Ihrem Marsch zurück in das dreigliedrige Schulsystem sorgen Sie für eine Verfestigung des gerade in Deutschland besonders engen Zusam-

menhangs zwischen sozialer Herkunft und Chancenungleichheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie sorgen für Bildungsarmut und damit für sich auf Dauer verfestigende Armutsstrukturen. Sie lassen zu, dass sich der Teufelskreis aus Einkommensarmut und Transferbezug, aus Bildungsferne, Sprachproblemen, Gesundheitsproblemen, Migrationshintergrund und Arbeitslosigkeit immer weiter verfestigt. Sozial, meine Damen und Herren, ist das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Insbesondere Kinder verlieren unter diesen Bedingungen ihre Zukunft, noch ehe sie merken, dass sie überhaupt eine hätten haben können.

Sie wollen die Sache mit der Armut aber gar nicht so ganz genau wissen. Sie verweigern eine präzise Armuts- und Reichtumsberichterstattung und können so die harten Fakten weiter ignorieren. Das ist natürlich einfach.

Meine Damen und Herren, mit dem Pflegegesetz haben Sie bereits die Menschenwürde im Alter abgewickelt. Dem zu erwartenden Fachkräftemangel in der Pflege begegnen Sie mit Ignoranz. Die Behindertenpolitik in diesem Land stagniert. Sie fährt auf außerordentlich traditionellen Schienen. Wir haben Sie daher mit unserem Entschließungsantrag zur Umorientierung der Eingliederungshilfe aufgefordert, endlich den Anspruch behinderter Menschen auf mehr selbstbestimmtes Leben durchzusetzen.

Die Resonanz auf die Einführung des persönlichen Budgets in drei Modellregionen war eher bescheiden, auch wenn an dieser Stelle die Ergebnisse immer gelobt wurden, noch ehe der Abschlussbericht vorlag. Die flächendeckende Umsetzung erfolgt eher schleppend, und an das trägerübergreifende Budget wagen Sie sich gar nicht erst heran.

Ein komplettes Desaster für die behinderten Menschen in Niedersachsen stellt aber die Verzögerung des Landesgleichstellungsgesetzes dar. Seit 2003 versprechen Sie dieses Gesetz. Sie führen die behinderten Menschen jetzt seit fast vier Jahren an der Nase herum.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ganz im Stil der Vorgängerregierung - das muss ich leider immer wieder sagen - heißt hierbei das Motto: Tarnen, täuschen und verzögern. Das Ganze ist ein Trauerspiel und ein sozialpolitischer Offenbarungseid, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann haben wir noch das Kapital "Psychiatrie". Ihre Psychiatriepolitik besteht seit 2003 im Wesentlichen darin, dass sie nicht stattfindet, und gipfelt jetzt in dem Versuch der Erledigung durch Verkauf. Wider jeden fachlichen Rat haben Sie ein relativ intransparentes Verfahren durchgezogen mit dem einzigen Ziel, dass das Geld in der Kasse des Finanzministers klingeln soll. Von den ursprünglichen Begründungen für Ihren Verkauf ist nicht mehr viel übriggeblieben. Den Zubau an forensischen Betten wird auch in Zukunft das Land leisten müssen, und den Kern der Forensik müssen Sie doch selbst behalten, weil die verfassungsrechtlichen Probleme sonst zu offensichtlich wären.

Aber auch so wird es schlimm genug werden. Mit abenteuerlichen Konstruktionen versuchen Sie, den Anschein zu erwecken, als ob die Anwesenheit eines einzigen Landesbediensteten in einer beliehenen Maßregelvollzugsanstalt ausreichen könnte, schwerwiegende Grundrechtseingriffe zu rechtfertigen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN: Traumtänzer!)

Sie haben es ja schon häufiger mit der Verfassung nicht so genau genommen. Offenbar ist Ihr Lernvermögen an dieser Stelle äußerst begrenzt.

(Joachim Albrecht [CDU]: Aber größer als Ihres! - Zuruf von der CDU: Das müssen Sie gerade sagen!)

- Da brauchen Sie mir nichts zu erzählen. Ich habe hier noch keine verfassungswidrigen Gesetze verabschiedet. Wir haben Sie jeweils vorher eindringlich gewarnt, dies zu tun. Sie hätten einmal ordentlich zuhören müssen, dann wären Ihnen diese Schlappen nicht passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Dass mit der Privatisierung der Psychiatrie die notwendige Weiterentwicklung zu einer weiteren Regionalisierung hochgradig erschwert wird, ist Ihnen offenbar komplett egal. Es ging von Anfang an nur ums Geld. Dabei ist die ambulante psychiatrische Versorgung in vielen Teilen des Landes höchst defizitär, wie die Berichte des Ausschusses für die Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung jedes Jahr in aller Deutlichkeit zeigen. Das Land allerdings begibt sich mit der Privatisierung jeder Steuerungsmöglichkeit in diesem Bereich. "Weg mit Schaden" heißt offenbar Ihre Devise, "was kümmern uns denn die seelisch behinderten Menschen?". Sozialpolitik ist das nicht, meine Damen und Herren!

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Die Frauenpolitik dieser schwarz-gelben Landesregierung verkommt immer mehr zu einem Anhängsel der Familienpolitik. Den Anfang machte die Abschaffung der hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten. Weiter ging es mit der Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes, durch die die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Hochschulbeauftragten erheblich eingeengt wurden. Nun nehmen Sie sich das Gleichstellungsgesetz vor, das ursprünglich dazu dienen sollte, den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen. Unter dem Motto "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" erleben wir einen völligen Paradigmenwechsel, und von Frauenförderung ist dort nur noch wenig zu finden. Immerhin haben massive Proteste der betroffenen Einrichtungen verhindert, dass es im Gewaltschutzbereich zu erheblichen Kürzungen kam. Hier ist nachgelegt worden. Ich begrüße das ausdrücklich.

Gestatten Sie mir noch einen kleinen Blick auf einen Politikbereich, den Sie mit "Förderung des Ehrenamtes" bezeichnen. Sie wollten junge Menschen ohne Ausbildung in das Freiwillige Soziale Jahr vermitteln. Das Geld dafür haben Sie allerdings viel zu spät bereitgestellt. So konnten von den ursprünglich geplanten 100 nur 50 Plätze vermittelt werden. Den Rest haben Sie nicht etwa anderen Trägern zur Verfügung gestellt, sondern wahrscheinlich wollen Sie Ihre globale Minderausgabe damit verwirklichen.

Wir nehmen wahr: Ihre Sozialpolitik ist relativ lauwarm. Sie bleibt im Vagen. Die Einschätzung des *rundblicks* können wir tatsächlich nicht teilen.

Man kann alle Menschen einige Zeit zum Narren halten und einige Leute alle Zeit. Aber alle Leute alle Zeit zum Narren halten, das kann man nicht, sagte Abraham Lincoln. Ich bin sicher, meine Damen und Herren, Sie werden die Quittung für Ihre

unsoziale Politik genauso bekommen, wie Sie sie verdient haben. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Böhlke von der CDU-Fraktion.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Jetzt werden die Verhältnisse wieder zurechtgerückt!)

## Norbert Böhlke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Darstellung der Aufgabenfelder in der niedersächsischen Sozialpolitik ist zwischen allen Fraktionen, die bisher dazu gesprochen haben, im Wesentlichen deckungsgleich. Ich gehe davon aus, Frau Meißner von der FDP-Fraktion wird dies auch noch einmal unterstreichen.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf macht deutlich, dass wir bestimmte Schwerpunkte und Akzente setzen. Insofern, Herr Kollege Schwarz und Frau Kollegin Helmhold, hat das eine oder andere Argument, das Sie hier vorgetragen haben, durchaus Hand und Fuß. Aber das langt nicht; denn Kopf gehört auch dazu.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der SPD: Bei Ihnen auch!)

Es kommt bei einer guten Sozialpolitik nämlich sehr darauf an, dass einige wesentliche Voraussetzungen gewährleistet sind. Dazu gehört die finanzielle Untermauerung. Dabei ist das Stichwort "Armutsbericht" ein sehr wichtiges. Das ist ein Thema, das nicht nur auf Niedersachen bezogen, sondern insgesamt Bedeutung hat. Allerdings sind CDU und FDP in Niedersachsen gewählt worden, um eine Überschuldung des Staates zu verhindern und dafür Sorge zu tragen, dass die finanziellen Möglichkeiten vorhanden sind, um eine gute und solide Sozialpolitik auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich denke, die Anstrengungen, die wir unternehmen - Stichwort "Landeskrankenhäuser" -, machen deutlich, dass wir neue Wege gehen wollen und dass wir die entsprechenden Schritte mit Überlegung und Umsicht umsetzen. Wir werden dann,

wenn die Entscheidungen getroffen sind, die jetzt im Landtag skizziert worden sind, im Einzelnen deutlich machen, dass es die richtigen Entscheidungen waren.

(Zustimmung von Anneliese Zachow [CDU])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deutlich sagen: Der Bereich "Kinder bilden und betreuen" ist ein Schwerpunkt, der für uns große Aussagekraft hat. Wir haben hier sehr deutliche Akzente gesetzt. Auf dem Weg, dass Landkreise, Städte und Kommunen individuelle Lösungen anbieten und insbesondere neue Angebote für unter Dreijährige anbieten bzw. Eltern Angebote unterbreiten, die es ihnen ermöglichen, neben der Familie und Kinderbetreuung auch beruflichen Verpflichtungen nachzukommen, sind wir damit ein gutes Stück vorangekommen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir werden erleben, dass das Fünfjahresprogramm sehr überzeugend ist. Wir werden erleben, dass dann viele von uns die Urheberrechte dafür in Anspruch nehmen möchten.

(Zustimmung bei der CDU - Anhaltende Unruhe)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Böhlke, warten Sie bitte einen Augenblick! -Es muss ein bisschen leiser werden. Hier finden zu viele Nebengespräche statt, auch an der Regierungsbank. - Danke. Herr Böhlke, Sie können fortfahren!

# Norbert Böhlke (CDU):

Wie Sie wissen, werden ab dem 1. Januar alle blinden Menschen wieder ein einkommens- und vermögensunabhängiges Landesblindengeld erhalten. Blinde Menschen bis zum 25. Lebensjahr werden dabei 330 Euro monatlich und blinde Menschen ab 25 Jahren 220 Euro monatlich erhalten. Des Weiteren bleibt der Blindenhilfefonds bestehen. Er wird über das Landesblindengeld hinaus in besonderen Härtefällen für materielle Unterstützung sorgen. Damit wird Niedersachsen das erste Bundesland sein, das über eine Kombination von Landesblindengeld und Blindenhilfefonds verfügt.

Schließlich haben wir als CDU-Fraktion entschieden, für das Landesblindenzentrum in Hannover

3,5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Das Landesblindenzentrum ist aufgrund eines Renovierungsstaus in den letzten Jahren dringend renovierungsbedürftig. Wir wollen für die Erneuerung von beispielsweise undichten Fenstern, verrotteten Rohrleitungen und der Fassade des mehr als 100 Jahre alten Gebäudes entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Ich muss an dieser Stelle allerdings darauf hinweisen: Es kommt nicht aus dem Einzelplan 05, sondern aus den allgemeinen Haushaltsmitteln.

Als zweiten Schwerpunkt möchte ich die Erweiterung und damit Verbesserung der Palliativversorgung nennen. Eine Schlüsselstellung im Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Palliativversorgung nehmen die flächendeckend einzurichtenden Palliativstützpunkte ein. Zehn, die in diesem Jahr mit insgesamt 250 000 Euro gefördert worden sind, bestehen bereits. In den Haushalt 2007 werden nunmehr 600 000 Euro für neue Palliativstützpunkte eingestellt,

(Zustimmung bei der CDU)

davon 150 000 Euro für die weitere Förderung der bestehenden Stützpunkte. Damit ist Geld für weitere 18 Stützpunkte vorhanden. Damit wird die Option, dass es im Laufe des Jahres 2007 28 Palliativstützpunkte im Lande geben wird, erfüllt.

(Zustimmung bei der CDU)

Am Ende wollen wir erreichen, dass es in Niedersachsen palliativmedizinisch gesehen keinen weißen Fleck auf der Landkarte geben wird.

Einen weiteren wichtigen Bereich stellt für uns das Thema Gewalt gegen Frauen dar. Zum 31. Dezember laufen sowohl die Frauenhaus- als auch die Gewaltberatungsförderrichtlinien aus. Deshalb bestand Handlungsbedarf für eine Neustrukturierung der Förderung im Gewaltbereich. Um bei dieser Neuausrichtung der Förderung zu vermeiden, dass einige Frauenhäusern bzw. Beratungsstellen geringere Förderbeträge erhalten, haben wir gegengesteuert und zusätzliche Mittel im Haushaltsplanentwurf vorgesehen: bis zum Jahr 2009 jährlich 280 000 Euro.

Meine Damen und Herren, der § 171 f Bundesbaugesetzbuch wird zukünftig den Ländern Initiativen zur Entwicklung und Belebung von innerstädtischen Einzelhandels- und Dienstleistungsprojekten ermöglichen. Hierfür werden wir im Haushalt 1 Million Euro zur Verfügung stellen. Des Weiteren möchten wir innerhalb des Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 100 000 Euro auf dann insgesamt 200 000 Euro für die Schuldnerberatung, für benachteiligte Jugendliche und für die Pro-Aktiv-Centren umschichten.

Wir werden ferner 30 000 Euro für ein Modellprojekt zur Verfügung stellen, mit dem das Organspendepotenzial in Niedersachsen verbessert wird. Hintergrund ist die strittige Diskussion über die Frage, ob ein Gesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes verabschiedet werden sollte. Nachdem eine Anhörung durchgeführt wurde und sich die überwiegende Mehrzahl der Angehörten - insbesondere die MHH, die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft, die Ärztekammer und Vertreter der Krankenkassen - gegen eine entsprechende gesetzliche Regelung gestellt hat, ist unser Ziel mittlerweile eindeutig. Letztlich kommt es auf eine größere Organspendebereitschaft an. Das ist der Erfolg, der notwendig ist. Wir brauchen keine gesetzlichen Voraussetzungen, sondern die Bereitschaft zu Organspenden. Das ist nur möglich, indem wir mehr werben, mehr dafür tun und entsprechende Aktivitäten gemäß der Anhörung entwickeln.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz darauf hinweisen, dass im Bereich der Aidsberatung im Haushalt zusätzlich 20 000 Euro für den in der JVA Lingen auftretenden erhöhten Beratungsbedarf vorgesehen sind. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal deutlich machen, dass im Bereich der Maßnahmen zur Bekämpfung von Aids keine Kürzungen im Landeshaushalt vorgenommen worden sind. Im Haushaltsplanentwurf 2007 sind - wie schon 2006 - 1,4 Millionen Euro enthalten.

#### (Beifall bei der CDU)

Unterlassen Sie also bitte solche Fehlinformationen, meine Damen und Herren! Das kommt letztlich nicht an. Wir setzen hier Akzente.

Ich möchte zum Abschluss darauf hinweisen, dass es im Bereich der Familienerholungsinvestitionen Umschichtungen zugunsten von Familienfreizeiten gibt, damit insbesondere die sozial schwächeren, finanziell nicht gut ausgestatteten Familien eine Möglichkeit haben, entsprechende Angebote wahrzunehmen.

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Das war ein wunderschöner Schlusssatz, Herr Böhlke. Ihre Redezeit ist um 22 Sekunden überschritten.

### Norbert Böhlke (CDU):

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächste Rednerin ist Frau Meißner von der FDP-Fraktion.

# Gesine Meißner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann ganz eindeutig feststellen: Die Regierungsfraktionen betreiben nicht etwa eiskalte Sozialpolitik. Wir zeigen vielmehr, dass wir ein Herz für die Menschen in Niedersachsen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Das kann man ganz eindeutig zeigen. Man muss das ja einmal sagen, sonst könnte es sein, dass einige Leute hier im Saal glauben, dass das mit der eiskalten Sozialpolitik stimmt.

> (Dieter Möhrmann [SPD]: Man muss sich immer an seinen eigenen Maßstäben messen lassen, Frau Kollegin!)

Wir machen beispielsweise ganz viel für Kinder. Es gibt z. B. das Programm "Familie mit Zukunft". Herr Schwarz, Sie haben versucht, dieses Programm schlechtzureden, obwohl Sie und auch Frau Helmhold gesagt haben, dass es wichtig sei, bei den Kindern früh anzufangen und für Chancengerechtigkeit zu sorgen. Bildung ist nun einmal die beste Sozialpolitik. Dabei geht es ja auch um Bildung. Es geht aber auch um Betreuung. Außerdem geht es darum, dass frühzeitig - - -

(Zuruf von Uwe Schwarz [SPD])

- Sie haben das Programm anscheinend falsch verstanden. Mit den 20 Millionen Euro, die wir einsetzen, wollen wir nicht Pflichtaufgaben der Kommunen in Bezug auf das TAG übernehmen. Wir wollen vielmehr eine Vernetzungsstruktur schaffen.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr richtig!)

Das ist genau der Punkt.

(Uwe Schwarz [SPD]: Sie wissen gar nicht, was Sie wollen!)

- Ich weiß ganz genau, was wir wollen. Herr Schwarz, Sie müssen sich einmal im Land umgucken, welche flexiblen Bedarfe es in den Familien und bei den Frauen gibt, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen. In den Großstädten gibt es zum Teil schon gute Angebote. Aber sie sind noch immer nicht so flexibel, wie sie sein könnten.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Ich weiß, dass in der Enquete-Kommission z. B. die Wohlfahrtsverbände gesagt haben, dass vermehrt nach flexiblen Lösungen gefragt werde - beispielsweise nach Betriebskindergärten -, dass die Öffnungszeiten nicht ausreichten und flexiblere Öffnungszeiten notwendig seien.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir brauchen im Bereich der Tagespflege die Möglichkeit, dass auch Tagespflege in Räumen Dritter angeboten werden kann. Wir entsprechen dem Wunsch der Bevölkerung nach insgesamt flexibleren Lösungen. Das ist ganz wichtig, damit die Eltern Familie und Beruf vereinbaren können. Das kommt auch den Kindern zugute, weil sie qualifiziert und gut betreut werden. Im Grunde genommen tun wir all das, was Sie gefordert haben

Wir haben aber nicht nur dieses Programm aufgelegt. Es gibt auch eine Ergänzung zu den Kindertagesstätten und bessere Angebote zur Ferienbetreuung, die man mit Tagespflege und Kindergärten gemeinsam aufstellen kann. Das alles wird dringend gebraucht, und das ermöglichen wir damit. Es ist für Strukturen und Vernetzung und nicht für die Aufgaben des TAG. Wir unterstützen die Kommunen.

Darüber hinaus machen wir eine ganze Menge für den Kinderschutz. Es ist sehr bezeichnend, dass von den Oppositionsparteien nicht viel darüber gesagt worden ist. Herr Schwarz, Sie haben das Kindernotruftelefon und die Familienhebammen angesprochen. Sie wollen im Prinzip genau das Gleiche im Haushalt dafür einsetzen, was wir in den Haushalt einstellen. Wir wissen, dass es für die Kinder wichtig ist, einen entsprechenden Schutz zu erfahren, und dass wir den Familien und Müttern, die nicht dazu in der Lage sind, selbst für

die Kinder zu sorgen, Unterstützung durch das Familienhebammenprojekt geben müssen. Ich weiß, dass dieses Projekt schon länger läuft. Es ist erfolgreich, und wir bauen es aus. Zu Ihrer Regierungszeit gab es vier Standorte mit 15 Hebammen. Jetzt gibt es 22 Standorte mit 200 Hebammen. Die Hebammen werden von den Kommunen bezahlt; denn das ist eine kommunale Aufgabe. Aber wir qualifizieren und vernetzen sie. Man muss überlegen: Was muss das Land tun, und was muss die Kommune tun? Daran orientieren wir uns.

Im Kinderschutzbereich bauen wir vieles aus. Dazu ist schon vieles gesagt worden. Wir bauen z. B. das Koordinationsprojekt gegen Kindesmisshandlung und sexuellen Missbrauch, das in Hannover begonnen hat, flächendeckend aus. Frau Mundlos hat es benannt. Wir errichten Außenstützpunkte in Oldenburg, Lüneburg und Braunschweig. Das ist erforderlich, um die Kinder überall in die Lage zu versetzen, Hilfe mit aufsuchender Sozialarbeit zu erhalten, wenn sie es brauchen. Das ist eine ganz wichtige Sache. Dafür sorgen wir auch.

(Zustimmung von Norbert Böhlke [CDU])

Denn aufsuchende Sozialarbeit, vernünftige Betreuung, Sorgfalt, die den Kindern zuteil wird, und Bildung von Anfang an sorgen für Chancengerechtigkeit. Das ist echte Sozialpolitik. Das machen wir auch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich komme nun zur Jugend. Es wurde gesagt, dass wir das "Jahr der Jugend" durchgeführt haben. Wir haben 250 000 Euro dafür investiert. Die Jugendlichen haben auch sehr gute Veranstaltungen auf die Beine gestellt. Bei den Jugendlichen ist sehr viel Potenzial vorhanden, das wir damit unterstützt haben.

Sie haben angesprochen, dass wir jetzt das Landesjugendamt aufgelöst haben. Ich sage Ihnen noch einmal: Bereits 1999 hat Frau Trauernicht das Landesjugendamt in zwei verschiedene Abteilungen aufgeteilt. Diese waren de facto schon dem Kultusministerium und dem Sozialministerium zugeordnet. Es gab also bereits eine Spaltung. Wenn das Landesjugendamt jetzt nicht mehr als solches existiert, dann schaffen wir damit keine einzige Aufgabe und keinen einzigen Mitarbeiter ab, der sich für Jugendliche einsetzt. Eventuell werden zwei Stellen in das Sozialministerium umgelagert. Es ist aber noch nicht ganz klar, ob das

wirklich passiert. Vor allen Dingen wird aber auf alles, was die Jugend angeht, auch in Zukunft geachtet.

Der Landesjugendhilfeausschuss wird in einen Beirat überführt. Verschiedene Jugendverbände haben mich schon darauf angesprochen, dass sie in dem Beirat gerne direkter beteiligt werden möchten, als es vorher im Landesjugendhilfeausschuss der Fall war, dem mehr Funktionäre und weniger Jugendliche angehörten. Es besteht also durchaus eine Chance, die Beteiligung in diesem Bereich zu verbessern.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum Schutz von Frauen vor Gewalt muss ich gar nicht mehr viel sagen. Nur so viel: Wir haben erst die BISS-Stellen flächendeckend ausgebaut - das haben wir versprochen und auch gehalten -, und jetzt haben wir eine neue Richtlinie, die nicht mehr einen historisch gewachsenen Verteilungsschlüssel bedient, sondern eine situationsabhängige Gewichtung vornimmt. Das hatte bei einigen Standorten zu Verwerfungen geführt, die wir ausgeglichen haben. Insgesamt stehen im Haushalt 448 000 Euro mehr zur Verfügung. Das ist viel mehr als zu Zeiten der SPD-Regierung und ganz eindeutig ein Verdienst dieser Regierungsfraktionen.

## (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ganz wichtige Heroinprojekt ist noch gar nicht angesprochen worden. Das Modellprojekt läuft zum Jahresende aus. Wir hatten von Niedersachsen aus versucht, darauf hinzuwirken, dass das getan wird, was die logische Konsequenz gewesen wäre, dass nämlich auf Bundesebene eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vorgenommen wird, um die Regelversorgung zu ermöglichen. Dies ist leider nicht gelungen; es ist an der Unionsfraktion im Bundestag gescheitert, obwohl ich weiß, dass alle Fachpolitiker der Unionsparteien die Notwendigkeit sehr wohl bejaht haben. Da wir hier die Menschen nicht im Regen stehen lassen können, haben wir 200 000 Euro für die psychosoziale Betreuung eingesetzt; denn wenn dieses Projekt nicht weitergeführt werden kann, müssen wir einen geordneten Ausstieg organisieren. Damit betreiben wir hier eine zukunftsweisende Drogenund Suchtpolitik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Bereich der Aidsprävention haben wir wieder 20 000 Euro zusätzlich für Lingen eingestellt. Dies war uns schon für dieses Jahr erstmals gelungen. Wir möchten das dauerhaft machen, weil es wirklich notwendig ist. Da die SPD mehr Mittel für die Aidsberatung einstellen will, füge ich hinzu: Dies wäre in der Tat wünschenswert. Dass die Gefahr nicht gebannt ist, merken wir daran, dass zwar nicht in Niedersachsen, wohl aber woanders wieder mehr Infektionen auftreten. Wir wollen jedoch nur das ausgeben, was wir im Moment bezahlen können. Niedersachsen ist bei der Aidsberatung sehr gut aufgestellt; es ist wichtig, auch dies zu benennen. Ich weiß nichts von irgendwelchen Kürzungen in Miplas, die real umgesetzt werden sollten. Warten wir also ab, bis es so weit ist. Dann können wir wieder darüber sprechen.

Zu den Landeskrankenhäusern ist schon vieles gesagt worden. Jetzt läuft hier ein geordnetes Verfahren. Nur so viel noch: Hier spielen medizinische Konzepte eine Rolle, und wir berücksichtigen auch Belange von Mitarbeitern. So, wie Sie es dargestellt haben, ist es also überhaupt nicht.

Das Landesblindengeld haben wir wieder eingeführt. An dieser Stelle erinnere ich an meine letzte Haushaltsrede. Ich habe schon im letzten Jahr gesagt - wir hatten ja eine Umstellung vorgenommen -, dass das Geld nicht in dem Maße bei den blinden Menschen ankomme, wie es von ihnen gebraucht wird, dass wir mit dem Blindenverband reden wollten und dafür sorgen würden, dass die blinden Menschen das Geld bekommen, das sie brauchen. Dem haben wir entsprochen. Von daher ist das eine konsequente Entwicklung gewesen.

Wir haben Palliativstützpunkte ausgebaut. Es gibt, glaube ich, eine große Einigkeit, dass das sinnvoll ist. Vergleicht man die Haushaltsanträge, verlangen alle Fraktionen, den Ansatz des Haushaltsentwurfs um 200 000 Euro zu erhöhen. Dies findet sich sowohl bei uns als auch bei der Opposition. Von daher tun wir genau das, was notwendig ist.

Als Ministerin Ross-Luttmann den Haushaltsplanentwurf im Sozialausschuss eingebracht hatte, verlief die Debatte noch recht einvernehmlich. Wir sagten damals, die Opposition könne eigentlich zustimmen. Inzwischen stellt sich dies hier im Plenum aber ganz anders dar. Vergleicht man aber die einzelnen Posten, kommt man zu dem Ergebnis, dass wir in ganz ähnlicher Form dort Akzente setzen, wo es auch die Opposition tut. Wir sind uns eigentlich einig. Sie setzen noch einen drauf; aber

das kann man nicht bezahlen. Auch uns wäre es lieb, mehr draufzusatteln. Wir aber wollen eine zukunftsweisende Sozialpolitik, die ehrlich ist und dem Haushalt entspricht. Das setzen wir auch um.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ein Letztes: Im Lande sind zahlreiche Verbände mit uns zufrieden. Wir sind mit uns natürlich auch zufrieden. An dieser Stelle danke ich ausdrücklich allen, die sich auch in diesem Jahr ehrenamtlich und hauptamtlich für die Sozialpolitik eingesetzt haben. - Sie, meine Damen und Herren von der SPD, können noch einmal darüber nachdenken, ob Sie unserem Sozialhaushalt nicht doch zustimmen wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächste Rednerin ist Frau Janssen-Kucz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

## Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was haben wir gerade erlebt? - Ein Jahr vor der Landtagswahl versuchen die Abgeordneten der schwarz-gelben Regierungskoalition, mit diversen kleinen Änderungsanträgen zum vorgelegten Haushaltsplanentwurf den Eindruck zu erwecken, dass sie diejenigen seien, die zum Wohl des Landes Niedersachsen und seiner Menschen Politik machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Ja, genau!)

- Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie täuschen sich selber, und Sie täuschen die niedersächsischen Bürger. Sie werfen Nebelkerzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihnen fehlt doch ein Gesamtkonzept inklusive Finanzierung. Gestern haben Sie in der Generaldebatte von dieser Stelle aus behauptet, dass sich diejenigen, die am meisten Schutz brauchen, auf diese Landesregierung verlassen könnten.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

Ich glaube, das ist eine grobe Fehleinschätzung. Schauen Sie sich die Gesundheitsförderung, die Kinder- und Jugendarbeit, den Kinder- und Jugendschutz und die Kinderarmut in Niedersachsen

an! Das sind Negativposten in Ihrer Regierungszeit

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch von Norbert Böhlke [CDU])

Ich erinnere an die Beratung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst,

(Ursula Körtner [CDU]: Immer das Gleiche!)

in der Ihre Sozial- und Gesundheitspolitiker kurz vor Toresschluss zurückgepfiffen wurden, als es um verbindliche standardisierte Eingangsuntersuchungen für Kindergartenkinder ging.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Versuche, dieses Gesetz auch in Anbetracht der bekannten Fälle Jessica und Kevin sowie der öffentlichen Debatte über misshandelte Kinder nachträglich zu einem wirklichen Gesundheitsdienstgesetz zum Wohle der Kinder auszubauen und für einen Vorrang für frühzeitige Prävention zu sorgen, wurden von Ihnen wiederholt abgelehnt bzw. es wurden ganze Themenkomplexe verschleppt. Sie haben Angst vor der Konnexität. Aber man muss natürlich Geld in die Hand nehmen und im Haushalt zugunsten der Kinder und Jugendlichen im Bereich Gesundheits- und Sozialpolitik umschichten. Da aber waren Sie feige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben dann auf öffentlichen Druck - der Druck wurde Ihnen offenbar zu groß - nur die Verpflichtung zu Schuleingangsuntersuchungen aufgenommen.

Auch heute versuchen Sie, sich hier als Vorreiter in Sachen Kinderschutz aufzuführen. Eines muss ich Ihnen zugestehen: Es gelingt Ihnen immer noch ganz gut, die Menschen und auch die Kommunen z. B. in Sachen Familienhebammen zu täuschen. Ihr Täuschungsmarketing - Frau Meißner, auch Sie haben es eben wieder gezeigt - ist gut, Ihre Umsetzungsstrategie aber mehr als mangelhaft. Nach Ihren Pressemitteilungen gingen die Menschen wirklich davon aus, dass das erfolgreiche Modellprojekt eben wegen seiner Erfolge im präventiven Kinderschutz flächendeckend in Niedersachsen eingeführt werde. Aber nein, die Kommunen bezahlen die Familienhebammen. Sie müssen 100 % der Kosten aufbringen, und das Land macht ein bisschen Qualifizierung und ein bisschen Vernetzung. Das ist nichts anderes als Kinderschutz und Familienhilfe nach Kassenlage der jeweiligen Kommune.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie was? - Die Meinungsbildung zur Frage des gesundheitlichen Schutzes ist in der CDU dermaßen bunt und von Gegensätzen gekennzeichnet, dass ich gespannt bin, wann sich welche Linie abzeichnen wird. Etwas scheinen Sie ja in der Familienwirklichkeit angekommen zu sein. Die Realität ist erschreckend, zeigt aber nur die Spitze des Eisbergs. Wir erkennen ein Dreieck von überforderten Eltern, von unzureichender oder ebenfalls überforderter und unterfinanzierter Kinderund Jugendhilfe und von löchrigem Gesundheitsschutz bzw. unzureichender Gesundheitsversorgung. Die Zukunft eines verstärkten Kinderschutzes muss in einem verbindlichen präventiven Handlungsprogramm aller zuständigen und beteiligten Stellen und Initiativen liegen.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen ein Programm für ein familien- und kinderfreundliches Niedersachsen vorgelegt, das auch Finanzierungsvorschläge enthält, Herr McAllister. Es baut darauf auf, die Verantwortung nicht immer von einer Ebene zur anderen zu schieben, sondern auch in finanzieller Hinsicht gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Auch die familienpolitischen Verbände haben einen Vorstoß unternommen: Kinderförderung statt Ehegattensplitting. Schließen Sie sich dem doch einfach an. Dann tun auch Sie etwas für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Ihnen meinen wir es mit dem von uns vorgelegten Programm ernst, wenn wir über Kinderarmut, Kinderschutz, Bildung und Chancengleichheit sprechen. Grüne machen nachhaltige und zukunftsfähige Politik. Dies haben wir auch in unseren Änderungsanträgen zum Haushalt dokumentiert, ob es Ihnen passt oder nicht. Da sind wir ganz auf einer Linie mit McKinsey und stellen uns den notwendigen qualitativen und quantitativen Herausforderungen.

Nun noch ein Wort zum Programm zur Förderung familienfreundlicher Strukturen, bei dem Sie sich so abfeiern lassen. Das ist eine Pflichtaufgabe! Es geht hier um 25 Millionen Euro. Sie nutzen aber selbst diese 25 Millionen Euro und verkaufen das Programm "Familie mit Zukunft", um die Standards

im Kita-Bereich, in der Kinderbetreuung zu schleifen

(Widerspruch bei der CDU)

Sie reden von Flexibilität, Sie reden von individuellen Lösungen, schleifen aber die Standards. Es geht Ihnen nicht um Qualität, sondern es geht Ihnen um Quantität.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Schauen Sie sich die Pressemitteilungen Ihrer Sozial- und Gesundheitspolitiker an! Zugleich verkaufen Sie dieses Programm als Präventivmaßnahme gegen Kinderarmut und für Kinderschutz. Erzählen Sie uns bitte, was daran präventiv ist, was die Kinder schützt und was gegen Armut wirkt!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nun noch kurz zur Kinder- und Jugendhilfe. Sie schaffen das Landesjugendamt ab und zerschlagen damit ohne Not eine Service- und Mittlerfunktion. Bewährte Beteiligungsstrukturen im Landesjugendhilfeausschuss werden ad hoc beseitigt. Hier stellen Sie sich aber im Jahr der Jugend hin und reden über Beteiligung. Was Sie da machen, ist eine Farce.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Statt die Jugendhilfeplanung in Niedersachsen zu stärken, dafür das Landesjugendamt zu nutzen und die Verbände zu beteiligen, gehen Sie den entgegengesetzten Weg und schwächen das staatliche Wächteramt; und das in Zeiten, in denen uns die Fälle von Kevin, Jessica und Nadine deutlich machen sollten, dass das Land aktiver werden sollte und sich nicht aus der Jugendhilfe zurückziehen darf.

### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Janssen-Kucz, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

#### Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Nur noch ein Satz: Sie betätigen sich im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik als Destrukteur!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - David McAllister [CDU]: Eine sehr differenzierte Rede!)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Kollegin Meißner gemeldet. Sie haben das Wort für eineinhalb Minuten.

### Gesine Meißner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Janssen-Kucz, das klang ja alles ganz fürchterlich. Ich möchte gern wissen, ob Sie mir eine einzige Aufgabe nennen können, die jetzt landesweit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wegfällt. Wenn Sie mir eine solche Aufgabe nennen können, dann können wir gern noch einmal darüber reden, ob wir alles richtig gemacht haben. Es gibt aber keine Aufgabe, die wegfällt.

(Beifall bei der FDP)

Sagen Sie mir einmal, wo Beteiligungen wegfallen! Auch das würde ich gern einmal wissen.

Gerade was Ihre Ausführungen zum Kinderschutz angeht, sollten Sie sich einmal Ihre Anträge und unsere Vorstellungen zum Haushalt anschauen. Das ist doch völlig deckungsgleich. Ich weiß deshalb gar nicht, warum Sie sich hier so aufspielen und behaupten, Sie wollten andere Dinge umsetzen, als wir das tun. Was Sie hier abgeliefert haben, war eine Farce.

(Beifall bei der FDP)

Eine Antwort auf meine Frage, wo Aufgaben wegfallen, möchte ich schon gern haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

# Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Janssen-Kucz, auch Sie haben für eineinhalb Minuten das Wort.

## Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Meißners Reaktion zeigt doch, dass ich voll in die Wunde gestochen habe.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Sie nennen Schlagworte wie "Vernetzung" und "Kooperation", gleichzeitig zerstören Sie aber Netzwerke. Nur das habe ich gesagt. Sie gefährden, liebe Frau Meißner, das Kindeswohl in Niedersachsen.

(Widerspruch bei der CDU)

- Schreien Sie ruhig so weiter! Davon wird Ihre Politik auch nicht besser.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Karsten Behr [CDU]: Nichts gesagt! - Weiterer Zuruf von der CDU: Keine Antwort ist auch eine Antwort! - Weitere Zurufe)

# Vizepräsidentin Silva Seeler:

Es wäre nett, wenn Sie leiser wären. Dann könnten wir fortfahren.

Bevor ich Frau Peters das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass die Sitzung des Präsidiums 15 Minuten nach Eintritt in die Mittagspause beginnen wird.

Jetzt hat Frau Peters von der FDP-Fraktion das Wort. - Sie haben noch 4:50 Minuten.

# Ursula Peters (FDP):

Danke, Frau Präsidentin. Das war gerade sehr emotionsgeladen. Die Frage, die meine Kollegin Meißner an Frau Janssen-Kucz gestellt hatte, ist aber nicht beantwortet worden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mein Thema ist nicht das Kindeswohl, sondern die Wohnungsbaupolitik. Dazu möchte ich kurz etwas sagen.

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Peters, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Janssen-Kucz?

## Ursula Peters (FDP):

Nein.

(Christa Elsner-Solar [SPD]: Sie sind auch nicht besser!)

Zu diesem Bereich möchte ich Zwischenfragen nicht zulassen. Es ist nicht mein Thema.

Wohnungsbaupolitik und Städtebauförderung sind von einer Vielzahl unterschiedlicher Anforderungen betroffen. Es gilt, den zu erwartenden Anforderungen des demografischen Wandels zu begegnen und die derzeit divergierenden Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten in den verschiedenen Re-

gionen des Landes entsprechend zu berücksichtigen. Es geht um die Entwicklung benachteiligter Stadtviertel, aber auch um Investitionen, wobei das Investitionsvolumen in der Regel die öffentlichen Fördersummen um ein Vielfaches übertrifft.

Wir haben 2005 die Städtebauförderung aussetzen müssen. Das ist uns seinerzeit nicht leicht gefallen. Aber das war der desolaten Lage des damaligen Haushaltes geschuldet. 2006 sind wir wieder eingestiegen. Auch für 2007 werden wir für die Programmkomponenten "allgemeine Städtebauförderung" und "Soziale Stadt" die anteiligen Landesmittel zur Verfügung stellen, sodass die Programme in Niedersachsen in vollem Umfang durchgeführt werden können.

## (Beifall bei der FDP)

Insgesamt steht hier ein Programmvolumen von mehr als 33 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können viele sinnvolle Sanierungsmaßnahmen eingeleitet, fortgesetzt oder abgeschlossen werden.

(Uwe Schwarz [SPD]: Was ist mit dem Umbau West?)

Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag vom 4. Dezember - also sehr kurzfristig - erneut, auch in die Programmkomponente "Stadtumbau West" wieder einzusteigen. Diesen Punkt haben wir bereits im vergangenen Jahr sehr intensiv diskutiert. Auch in diesem Jahr haben wir die Beratungen der Fraktionen darauf ausgerichtet. Die Wichtigkeit der Bauinvestitionen für die Wirtschaft ist unserer Fraktion voll bewusst. Die Möglichkeiten, die dieses Programm für den Umgang mit der demografischen Entwicklung und der erforderlichen Anpassung der Siedlungsstrukturen bieten kann, sind uns ebenfalls bewusst.

Als für den Haushalt mit verantwortliche Fraktion können wir allerdings - leider! - wie auch im Vorjahr die Haushaltslage des Landes nicht außer Acht lassen.

## (Beifall bei der FDP)

Bei der für die Städtebauförderung vorgesehenen Form der Finanzierung würden wir uns auf Jahre verpflichten, die jährlichen Finanzierungskosten aus dem Landeshaushalt zu bedienen. Diese würden sich für den Stadtumbau West auf schätzungsweise 9 Millionen Euro pro Jahr belaufen. Wir haben intensiv diskutiert und sind zu dem

Schluss gekommen: Wir wollen keine neuen Belastungen für zukünftige Haushalte.

#### (Beifall bei der FDP)

Nun zur Wohnungsbauförderung. Durch die Föderalismusreform sind wichtige Bereiche des Wohnungswesens, wie die Wohnraumförderung, in die alleinige Länderkompetenz überführt worden. Vom 1. Januar an ist eine Weiterleitung der bisherigen Finanzierungsanteile des Bundes an die Länder vorgesehen, die bis Ende 2013 zweckgebunden bleiben. Dies bedeutet das Ende der Mischfinanzierung. Das begrüßen wir ausdrücklich.

#### (Beifall bei der FDP)

Niedersachsen wird aus dem Bundeshaushalt einen Betrag in Höhe von 39,9 Millionen Euro jährlich erhalten. Dieser Betrag ist im Bereich des Wohnungswesens investiv einzusetzen. Niedersachsen erhält damit die Möglichkeit, die Wohnungspolitik neu auszurichten und eigenverantwortlich im niedersächsischen Interesse zu gestalten. Die Förderrichtlinien sind bereits angedacht. Einer der Förderschwerpunkte soll hier z. B. die Eigentumsförderung für Familien mit mehr als zwei Kindern werden. Auch die Schaffung von altengerechtem Wohnraum für Personen mit niedrigem Einkommen und die energetische Gebäudesanierung - das müsste den Grünen sehr entgegenkommen - sind unbedingt zu nennen.

Die genaue Ausgestaltung der Förderrichtlinien ist derzeit in Arbeit.

Eine Position möchte ich zum Haushalt noch hervorheben, nämlich die Förderung zur Belebung der Innenstädte. Hier haben wir für Modellversuche einen Betrag in Höhe von 1 Million Euro zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dieses Geld soll eingesetzt werden, um zu helfen, die Innenstädte wieder zu einem Lebensraum für alle Generationen zu machen. Wir wollen die Innenstädte stärken, wo soziale und technische Infrastrukturen günstig und gut erreichbar vorgehalten werden können.

Städtebauliche Veränderungen können ein Einzelhandels- und Dienstleistungszentrum aufwerten, lebenswerter und liebenswerter machen.

(Beifall bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Peters, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie müssen zum Schluss kommen.

#### Ursula Peters (FDP):

Wenn Sie mir bitte noch den Schluss gestatten. - Wir setzen allerdings vorrangig auf die freiwillige Selbstorganisation der Grundstückseigentümer und der Gewerbetreibenden, die selbst an einer Verbesserung ihres Standortes interessiert sein müssten. Die Modellversuche werden jedoch hierzu eine Hilfestellung leisten können und die anderen städtebaulichen Instrumente ergänzen.

Ich möchte noch mit einem Satz bewertend zusammenfassen, dass der Sozialhaushalt im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die richtigen Akzente in der Baupolitik setzt. Sicherlich wäre mehr Geld für diesen Bereich wünschenswert. Aber wir müssen uns nun einmal nach der Decke strecken; und diese ist nicht länger.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nun kommt eine Kurzintervention des Abgeordneten Harden. Sie haben eineinhalb Minuten Redezeit, Herr Harden.

#### **Uwe Harden** (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Peters, Sie haben sehr klar gesagt: Investitionen in den Städtebau haben eine Anstoßwirkung, und die eingesetzten Millionen vervielfachen sich. - Das bedeutet Investitionen. Investitionen bedeuten Arbeitsplätze. Arbeitsplätze bedeuten Rückflüsse in die Sozial- und die Steuerkassen.

Deshalb ist es überhaupt nicht zu verstehen, dass Sie sich hier standhaft weigern, in den Stadtumbau West einzusteigen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nämlich eine Investition, die Arbeitsplätze schafft und sich rechnet.

Im Übrigen: Sie haben doch auch Mitglieder in der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel ...". Da müssten Sie doch wissen, was in manchen Städten unseres Landes los ist, selbst wenn Sie nicht von dort her kommen. Das heißt, dass

auch in diesem Kontext die Notwendigkeit gegeben ist einzusteigen, weil man zum Teil auch wird abreißen müssen. Sie müssen frühzeitig einsteigen, weil sich sonst in diesem Bereich ein Investitionsstau ergibt. Wir haben doch diese Enquete-Kommission eingesetzt, damit man so etwas rechtzeitig erkennt und reagieren kann. Dieser Mangel, dieser Stau ist schon jetzt erkennbar. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum das Geld, das für Niedersachsen vorgesehen ist, in die anderen Bundesländer abfließen muss.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Peters, möchten Sie antworten? - Nein, das ist nicht der Fall. - Dann hat jetzt Frau Ministerin Ross-Luttmann das Wort.

**Mechthild Ross-Luttmann**, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesamtansatz im Haushaltsplanentwurf 2007 konnte im Vergleich zum Haushaltsjahr 2006 um rund 65 Millionen Euro erhöht werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein wesentlicher Hauptblock bei den Pflichtleistungen ist die Sozialhilfe. Von diesen rund 1,4 Milliarden Euro kann die Eingliederungshilfe - eine wichtige Leistung für Menschen mit Behinderungen - gezahlt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben einen stetigen Anstieg der Zahl der Leistungsberechtigten. Wir verhandeln zurzeit mit den Verbänden über Anpassungen der Vergütungen im Hinblick auf die Personal- und Sachkostenentwicklung.

Das Land setzt sich auf vielfältige Weise für Menschen mit Behinderungen ein. Mit den Ausgaben für Wohnstätten für geistig behinderte Menschen, Behindertenwerkstätten, Tagesstätten für geistig, seelisch und körperlich behinderte Menschen, Tagesbildungsstätten sowie heilpädagogische Leistungen im Vorschulalter leisten wir einen entscheidenden Beitrag, um behinderten Menschen eine umfassende Teilhabe am Leben zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU - Christa Elsner-Solar [SPD]: Nach drei Nullrunden!)

Dabei stützen wir auch neue Ansätze, z.B. das persönliche Budget, um behinderten Menschen noch mehr Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu geben.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben die Integrationsfachdienste neu aufgestellt,

(Zustimmung bei der CDU)

damit die Begleitung und Vermittlung schwerbehinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt noch effizienter erfolgt. Dafür haben wir einen Verfügungsrahmen von mehr als 4 Millionen Euro aus der Ausgleichsabgabe zur Verfügung.

(Zustimmung bei der CDU)

Entsprechendes gilt für die Berufsförderungswerke.

Meine Damen und Herren, wir werden auch im kommenden Jahr die Nettoeinsparungen beim Wohngeld an die Kommunen in voller Höhe weiterleiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch im Bereich der freiwilligen Leistungen des Landes werden wir Bewährtes fortführen und zugleich neue Schwerpunkte setzen. Ich möchte auf einige dieser Schwerpunkte eingehen.

Erstens. Als erstes Bundesland hat Niedersachsen durch eine Kombination des Landesblindengeldes mit dem Blindenhilfefonds ein zukunftsweisendes Konzept entwickelt und die Hilfen für blinde Menschen einvernehmlich mit allen Beteiligten auf einen guten Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In Verhandlungen und Gesprächen mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen haben wir gemeinsam eine Neugestaltung der Hilfen für blinde Menschen erarbeitet.

(Zustimmung bei der CDU)

Ab dem 1. Januar 2007 sollen alle blinden Menschen ein einkommens- und vermögensunabhängiges Landesblindengeld erhalten. Der Blindenhilfefonds wird weiterhin bestehen bleiben. Er soll

dazu dienen, über das Landesblindengeld hinaus im Einzelfall in außergewöhnlichen Lebenssituationen oder bei besonderen Härten passgenau zu helfen.

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Mechthild Ross-Luttmann**, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Nein. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein zweiter Schwerpunkt bei den freiwilligen Leistungen, der mir ganz besonders am Herzen liegt, ist die Förderung der palliativmedizinischen Versorgung und der Hospizarbeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Menschen, die unheilbar erkrankt sind, möglicherweise Angst vor dem Sterben haben und zuhause oder im Krankenhaus nicht mehr gepflegt werden können, bedürfen unserer ganz besonderen Hilfe und Zuwendung.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir wollen dazu beitragen, dass sie ihre letzten Stunden in einer Umgebung verbringen können, in der sich Menschen liebevoll, mit Respekt, Offenheit und Verständnis ihnen zuwenden und sie begleiten. Wir hatten bereits bei der Haushaltsplanaufstellung den Ansatz von 250 000 Euro auf 400 000 Euro erhöht. Die Regierungsfraktionen wollen weitere 200 000 Euro zur Verfügung stellen. Damit werden wir die Chance haben, ein flächendeckendes Netz schneller umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein dritter Schwerpunkt: Gewalt gegen Frauen. Gewalt gegen Frauen entgegenzuwirken, ist ein wichtiger frauenpolitischer Schwerpunkt der Landesregierung. Wir haben das Auslaufen der Gewaltberatungsrichtlinie und der Frauenhausrichtlinie zum 31. Dezember 2006 dazu genutzt, ein flächendeckendes Netz von Hilfen für Frauen in Not aufzubauen. Die Förderung von Frauenhäusern, Gewaltberatungsstellen und BISS wird in einer Richtlinie zusammengefasst. Dadurch sichern wir die Gleichbehandlung der Träger und die Planbarkeit der Abrechnung für Träger und Verwaltung. Ferner wird die Neuaufnahme bisher nicht geförderter Träger möglich sein. Die Förderung von Schutzwohnungen, der Mädchenhäuser und von BISS bleibt gegenüber dem Vorjahr konstant.

#### (Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei den Gewaltberatungsstellen und den Frauenhäusern soll der Ansatz um 448 000 Euro erhöht werden, das sind etwa 16 %. Mit einem Gesamtansatz von 4,625 Millionen Euro für Beratung, Unterstützung und Schutz für Frauen setzen wir ein deutliches Zeichen.

#### (Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein vierter Schwerpunkt im Bereich der freiwilligen Leistungen ist das 100-Millionen-Euro-Programm für die nächsten vier Jahre zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Betreuung, das gemeinsam mit dem Kultusministerium durchgeführt wird. Die Landesregierung trägt hiermit den Wünschen der Eltern und auch den gesellschaftlich veränderten familiären Bedürfnissen Rechnung.

Ich möchte einige Ziele dieses Programms aufzählen. Es geht um die Verbesserung des Betreuungsangebotes für unter Dreijährige. Es geht um die Verbesserung der frühkindlichen Bildung. Es geht um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es geht um die Verbesserung der Vernetzung der Betreuungsangebote. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir schließen mit diesen Maßnahmen auch eine Lücke bei der Betreuung zwischen der Gewährung des Elterngeldes, den Kindertagesstätten und der Schule

#### (Beifall bei der CDU)

und können mit einem breiten Spektrum den Kommunen je nach örtlichem Bedarf helfen, Angebote neu aufzubauen oder bereits vorhandene Angebote auszubauen. Damit kann niedersachsenweit ein flexibles Angebot passgenauer Hilfen geschaffen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, fünfter Schwerpunkt: Kinder- und Jugendschutz. Der Kinder- und Jugendschutz bedarf unseres großen und besonderen Augenmerks. Hier werden wir mit einem Aktionsplan die wesentlichen Aktivitäten und Maßnahmen der Landesregierung sowie die zukünftige Planung und Zielorientierung darstellen. Aktuellen Handlungsbedarf sehen wir insbesondere bei der Förderung von Maßnahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.

Zu einem wichtigen Baustein, um Vernachlässigung und Gewalt frühzeitig vorzubeugen, hat sich

das von der Stiftung "Eine Chance für Kinder" initiierte Modellprojekt "Familienhebammen" entwickelt. Zusammen mit einer Sozialarbeiterin der jeweiligen Kommune betreuen die Familienhebammen Frauen und ihre Kinder in schwierigen, psychosozial belastenden Lebenslagen bereits während der Schwangerschaft bis zum Ende des ersten Lebensjahres. Seit 2002 konnte somit 500 Frauen mit ihren Kindern erfolgreich geholfen werden

## (Beifall bei der CDU)

Dieser Ansatz ist richtig. Wir wollen darauf aufbauen. Ich bin stolz darauf, dass 20 Städte und Kreise bereit sind, über die Bezahlung von Fachleistungsstunden die Tätigkeit der Familienhebammen sicherzustellen.

#### (Beifall bei der CDU)

Liebe Kollegin Janssen-Kucz, es ist nun einmal so, dass in Niedersachsen wie auch in anderen Flächenländern die Jugendhilfe als Pflichtaufgabe den Kommunen obliegt. Die Tätigkeit der Familienhebammen ist ein Teil der Jugendhilfe. - Sie nicken und bestätigen es. Frau Janssen-Kucz, ich fand es schade, dass Sie von "ein bisschen Qualifizierung" gesprochen haben. Es handelt sich hier um Hebammen, die gut ausgebildet, qualifiziert und hoch motiviert sind und die eine enorme Hilfe für die betroffenen Familien bedeuten. Sie werden in 170 Stunden zu Familienhebammen ausgebildet.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich finde es ausgesprochen schade, wenn dann von "ein bisschen Qualifizierung" gesprochen wird.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein weiterer Baustein bei den frühen Hilfen ist das Modellprojekt "Prävention durch Frühförderung", das zusammen mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen entwickelt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die dritte Säule im Bereich der frühen Hilfe ist sicherlich das Koordinationszentrum Kinderschutz im Krankenhaus auf der Bult. Eng vernetzt mit dem Krankenhaus arbeiten dort die Medizinische Hochschule Hannover, Kinderärzte, Rechtsmediziner, das Jugendamt und nachsorgende Institutionen zusammen. Wenn wirksame Hilfe aufgebaut werden soll, muss man natürlich erst erkennen, dass es sich um eine Vernachlässigung handelt, und auch die Diagnosen müssen stimmen. Ich bin den Regie-

rungsfraktionen sehr dankbar, dass sie einen Betrag von 470 000 Euro zur Verfügung stellen, um diese Arbeit zu unterstützen, damit die guten Ansätze ausgebaut und in die Fläche getragen werden können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Abgesehen davon findet nächste Woche eine Kinderschutzkonferenz im Sozialministerium statt. Hier möchte ich auch weitere Impulse geben, um Kindervernachlässigung und Kindesmissbrauch möglichst frühzeitig zu erkennen und nachhaltig entgegenzuwirken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In dieses Netzwerk passt auch das Nachfolgeprogramm von PRINT. Es wird die Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitskompetenz benachteiligter junger Menschen und ihrer Familien stärken sowie zur Integration in Schule, Beruf und Gesellschaft beitragen.

Wir werden auch im Jahre 2007 das ehrenamtliche Engagement weiter stärken und mit dem freiwilligen Jahr für Seniorinnen und Senioren neue Wege in der Seniorenpolitik gehen.

Zum Städtebau ist schon eine ganze Menge gesagt worden. Ich möchte abschließend sagen, dass mit Ausgaben in Höhe von 2,92 Milliarden Euro der Anteil des Sozialhaushaltes am Landeshaushalt bei rund 13 % liegt. Ich möchte den Regierungsfraktionen für diesen Rahmen danken, der es ermöglicht, wiederum einen aktiven Part in der Sozialpolitik des Landes Niedersachsen zu übernehmen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

# Vizepräsidentin Silva Seeler:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Wir schließen deshalb die Haushaltsberatungen für heute Vormittag.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 16:

- a) Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Staatsgerichtshofs
- Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs Drs. 15/3381

Herr Professor Schinkel - ich habe ihn schon begrüßt - scheidet mit Ablauf des 31. Januar 2007 sowohl als Präsident als auch als Mitglied aus dem Staatsgerichtshof aus. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit unserer heutigen Wahlentscheidung.

Hinzu kommt, dass die Stelle der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten seit einiger Zeit nicht mehr besetzt ist und absprachegemäß in Verbindung mit der Wahl einer neuen Präsidentin bzw. eines neuen Präsidenten wieder besetzt werden soll

Wir wählen zunächst ein neues Mitglied und ein neues stellvertretendes Mitglied des Staatsgerichtshofs.

Für die Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes des Staatsgerichtshofs hat der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs den Wahlvorschlag in Drucksache 3381 vorgelegt. Danach soll Herr Dr. Peter-Wedekind Götz von Olenhusen, bisher bereits stellvertretendes Mitglied des Staatsgerichtshofs, zum ordentlichen Mitglied gewählt werden und an seine bisherige Stelle Frau Dr. Uta Rüping rücken.

Gemäß Artikel 55 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung werden die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs vom Landtag ohne Aussprache mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Landtages, mindestens aber mit der Mehrheit seiner Mitglieder auf sieben Jahre gewählt. Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof geschieht dies in geheimer Wahl. Diese geheime Wahl wird mit Stimmzetteln durchgeführt.

Wir beschließen über den Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs in der Drucksache 3381. Wer ihm zustimmen will, kreuzt "Ja" an, wer ihn ablehnen will, kreuzt "Nein" an, und wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt "Enthaltung" an. Ich möchte allerdings darauf aufmerksam machen,

dass in diesem Fall Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung wie Neinstimmen haben.

Die Mitglieder des Landtages werden durch den Schriftführer Herrn Pörtner aufgerufen und kommen dann bitte einzeln nach vorn. Auf der linken Seite des Präsidiums erhalten Sie Ihren Stimmzettel. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach dem Vermerken Ihres Votums falten Sie den Stimmzettel und werfen ihn in die Wahlurne.

Ich halte das Haus für damit einverstanden, dass ich beauftrage:

die Schriftführerin Frau Saalmann - unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung -, die Stimmzettel auszugeben und die Wählerliste zu führen.

den Schriftführer Herrn Ontijd, Aufsicht darüber zu führen, dass immer nur ein Abgeordneter zur Wahlkabine geht,

die Schriftführerin Frau Vogelsang - ebenfalls unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung -, die Aufsicht und Namenskontrolle bei der Wahlurne durchzuführen.

Ich bitte alle Mitglieder des Landtages, darauf zu achten, dass das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, sodass keine Zweifel über die Gültigkeit ihrer Stimme entstehen können. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Es sind daher auch nur die in der Wahlkabine bereitliegenden Kugelschreiber zur Stimmabgabe zu benutzen. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führt.

Ich bitte die Mitglieder des Landtages, bis zum Aufruf ihres Namens auf ihren Plätzen sitzen zu bleiben und nach Abgabe ihrer Stimme gleich wieder Platz zu nehmen. Ich appelliere sehr herzlich an Ihre Disziplin. Unnötiges Herumlaufen und -stehen stört den Wahlablauf sehr.

Ich bitte nun die drei genannten Schriftführerinnen bzw. Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen. Frau Kollegin Vogelsang bitte ich, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist.

(Schriftführerin Irmgard Vogelsang bestätigt das.)

- Die Wahlurne ist leer.

Bevor wir jetzt zum Namensaufruf kommen, weise ich die an der Durchführung des Wahlvorgangs beteiligten Präsidiumsmitglieder darauf hin, dass sie ebenso wie der Sitzungsvorstand erst nach der Beendigung des Namensaufrufs gesondert aufgerufen werden, ihre Stimme abzugeben.

Wir beginnen mit dem Namensaufruf.

(Schriftführer Friedrich Pörtner verliest die Namen der Abgeordneten. Die Abstimmung verläuft wie folgt:

Johann-Heinrich Ahlers
Michael Albers
Joachim Albrecht
Heinrich Aller
Bernd Althusmann
Dr. Gabriele Andretta
Klaus-Peter Bachmann
Heiner Bartling
Martin Bäumer
Rainer Beckmann
Karsten Behr
Karin Bertholdes-Sandrock
Hans-Christian Biallas
Ulrich Biel
Dr. Uwe Biester

Dr. Uwe Biester
Friedhelm Biestmann
Karl-Heinz Bley
Heike Bockmann
Jörg Bode
Norbert Böhlke

Hans Bookmeyer Hennig Brandes Ralf Briese

Volker Brockmann Prof. Dr. Emil Brockstedt

Christina Bührmann

Bernhard Busemann

Werner Buß
Reinhold Coenen

Helmut Dammann-Tamke

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz

Klaus-Peter Dehde

Hermann Dinkla

Christian Dürr

Ingrid Eckel

Hans-Heinrich Ehlen

Christa Elsner-Solar

Petra Emmerich-Kopatsch

Hermann Eppers

Ursula Ernst

Klaus Fleer

Jürgen Gansäuer

Renate Geuter Rudolf Götz Alice Graschtat Ulla Groskurt

Clemens Große Macke

Susanne Grote Fritz Güntzler Hans-Dieter Haase Enno Hagenah

Ilse Hansen (entschuldigt)

Uwe Harden
Swantje Hartmann
Reinhard Hegewald
Wilhelm Heidemann
Frauke Heiligenstadt
Karsten Heineking

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić

Friedhelm Helberg Ursula Helmhold Marie-Luise Hemme

Wolfgang Hermann (entschuldigt)

Bernd-Carsten Hiebing Reinhold Hilbers Jörg Hillmer Walter Hirche Wilhelm Hogrefe

**Ernst-August Hoppenbrock** 

Frank Henry Horn

Carsten Höttcher (entschuldigt)

Angelika Jahns
Gabriele Jakob
Hans-Joachim Janßen
Meta Janssen-Kucz
Claus Johannßen
Wolfgang Jüttner
Jens Kaidas
Ullrich Kemmer
Karl-Heinz Klare
Hans-Jürgen Klein

Ingrid Klopp Lothar Koch Gabriela König Gabriela Kohlenberg Gisela Konrath

Gisela Konrath
Ina Korter
Ursula Körtner
Gerda Krämer
Klaus Krumfuß
Ulrike Kuhlo
Georgia Langhans

Karl-Heinrich Langspecht Prof. Dr. Hans-Albert Lennartz

Günter Lenz Uwe-Peter Lestin Sigrid Leuschner
Editha Lorberg
Dr. Max Matthiesen
David McAllister
Andreas Meihsies
Walter Meinhold
Gesine Meißner
Heidrun Merk
Rolf Meyer
Axel Miesner
Johanne Modder
Dieter Möhrmann
Hartmut Möllring

Heidemarie Mundlos

Elke Müller

Jens Nacke
Matthias Nerlich
Dr. Harald Noack
Frank Oesterhelweg
Jan-Christoph Oetjen
Inse-Marie Ortgies
Ursula Peters
Daniela Pfeiffer
Christina Philipps
Hans-Werner Pickel

Axel Plaue Filiz Polat

Claus Peter Poppe Dorothee Prüssner Sigrid Rakow Klaus Rickert Roland Riese Rudolf Robbert Dr. Philipp Rösler Heinz Rolfes

Mechthild Ross-Luttmann

Wolfgang Röttger Jutta Rübke Brunhilde Rühl Dr. Joachim Runkel Hans-Heinrich Sander Hans-Christian Schack

Klaus Schneck Wittich Schobert Heiner Schönecke Kurt Schrader Ulrike Schröder Uwe Schünemann

Bernadette Schuster-Barkau

Annette Schwarz Hans-Werner Schwarz

Uwe Schwarz Regina Seeringer Britta Siebert Dieter Steinecke

**Dorothea Steiner** 

Karin Stief-Kreihe

Lutz Stratmann

Joachim Stünkel

Dr. Otto Stumpf

**Ulf Thiele** 

Björn Thümler

Rosemarie Tinius

Katrin Trost

Ingolf Viereck

Astrid Vockert

Jacques Voigtländer

Dörthe Weddige-Degenhard

Hans-Hermann Wendhausen

Stefan Wenzel

Silke Weyberg

Amei Wiegel

André Wiese

Gerd Will

Dr. Kuno Winn

Monika Wörmer-Zimmermann

Erhard Wolfkühler

Wolfgang Wulf

Christian Wulff

Anneliese Zachow

Prof. Dr. Roland Zielke)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Der Namensaufruf ist beendet. Ich bitte nun die an dem Wahlverfahren beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer - Herr Ontijd, Frau Saalmann und Frau Vogelsang - nacheinander abzustimmen. Anschließend wählt der Sitzungsvorstand.

Ich frage, ob noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal ist, die bzw. der noch nicht gewählt hat. - Das ist nicht der Fall. Ich schließe jetzt die Wahl. Das Wahlergebnis wird in Kürze bekannt gegeben.

Ich unterbreche die Sitzung, bitte aber alle Mitglieder des Landtages, auf ihren Plätzen zu bleiben. In dieser Zeit werden die beim Wahlvorgang beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer - Frau Somfleth, Herr Pörtner, Frau Saalmann und Herr Ontijd - sowie Herr Gansäuer und die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten Frau Kuhlo, Frau Vockert und Herr Biel die Stimmen auszählen. Ich bitte Sie um einen Moment Geduld.

Unterbrechung der Sitzung: 14.02 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.07 Uhr.

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis bekannt. Die Mehrheit der gesetzlichen Zahl von 183 Abgeordneten beträgt 92. Die Zweidrittelmehrheit von 178 Mitgliedern des Landtages, die an der Wahl teilgenommen haben, beträgt 119. Mit Ja haben 146 Mitglieder des Landtages gestimmt. Damit ist die nach Artikel 55 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Mehrheit gegeben. Beide in dem Wahlvorschlag in der Drucksache 3381 Genannten sind damit gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

Viel Erfolg bei Ihrer Arbeit, die hoffentlich nicht zu intensiv ist.

Wir kommen jetzt zu

b) Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs - Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs - Drs. 15/3382

Nach § 3 Abs. 1 des Staatsgerichtshofsgesetzes wählt der Landtag aus der Reihe der Mitglieder des Staatsgerichtshofs, die die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz haben, die Präsidentin oder den Präsidenten und die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten.

Nach § 86 unserer Geschäftsordnung kann durch Handzeichen gewählt werden, wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht. Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen darüber einig, dass die Wahl durch Handzeichen erfolgen soll. - Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Wir wählen also mit Handzeichen.

Wer den Wahlvorschlag in der Drucksache 3382 annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Somit ist das Ergebnis einstimmig. Ich wünsche Professor Dr. Jörn Ipsen und Herrn Dr. Herwig van Nieuwland alles Gute.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

Damit treten wir in die Mittagspause ein. Wir setzen die Sitzung um 15.30 Uhr fort.

Unterbrechung der Sitzung: 14.10 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 15.32 Uhr.

#### Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere Sitzung wieder und bitte Sie, die Unterhaltungen einzustellen.

Ich rufe auf

noch:

Tagesordnungspunkt 16:

# Vereidigung eines neu gewählten stellvertretenden Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Professor Dr. Ipsen, Herr Dr. van Nieuwland und Herr Dr. Götz von Olenhusen, die dem Staatsgerichtshof schon als Mitglieder bzw. als stellvertretendes Mitglied angehören, haben ihren besonderen Richtereid bereits früher abgelegt. Es ist daher heute noch Frau Dr. Rüping zu vereidigen.

Frau Dr. Rüping, ich bitte Sie als neu gewähltes stellvertretendes Mitglied, von Ihrem Platz hierher zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Sehr verehrte Frau Dr. Rüping, der Eid, den Sie vor dem Landtag ablegen, entspricht der besonderen Stellung des Staatsgerichtshofs als Verfassungsgericht. Ich bitte Sie, den in § 4 Abs. 2 des Staatsgerichtshofsgesetzes vorgeschriebenen Eid in vollem Wortlaut zu leisten. Der Fid lautet:

"Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Niedersachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen."

Ihnen ist bekannt, dass der Eid mit der Beteuerung "So wahr mir Gott helfe" oder ohne sie geleistet werden kann.

Frau Dr. Rüping, leisten Sie bitte den Eid.

## Dr. Uta Rüping:

Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Niedersachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen. So wahr mir Gott helfe.

# Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Dr. Rüping. Ich gratuliere Ihnen herzlich im Namen des gesamten Hauses und wünsche Ihnen alles Gute bei Ihrer Arbeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe ietzt auf

noch:

Tagesordnungspunkte 10 bis 15:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2007 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Kultus - Wissenschaft und Kultur - Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Umwelt - Bundesund Europaangelegenheiten und Medien)

Wie Sie wissen, hat der Ältestenrat diese Haushaltsschwerpunkte für die folgenden Beratungen festgelegt. Die Redezeitentabelle verrät Ihnen, wie viel Redezeit Ihnen zur Verfügung steht. Das ist ja allen Kolleginnen und Kollegen bekannt.

Wir kommen zunächst zum Bereich

#### **Kultus**

Hierzu erteile ich Frau Kollegin Eckel das Wort. Bitte sehr!

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

## Ingrid Eckel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Fünf Jahre nach dem PISA-Schock gibt es eine große Übereinstimmung von Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Politik: Bildung. Bildung ist der Dreh- und Angelpunkt für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und die Persönlichkeitsentfaltung jedes Einzelnen.

Ein Haushaltsplan, diese Ansammlung von Zahlen, gibt nicht nur Auskunft darüber, wo das Geld bleibt, er gibt vor allem Antwort auf die Frage: Welche gesellschaftlichen Ziele sollen erreicht werden? - Er gibt also auch Antwort auf die Frage: Welche Richtung wird für die bildungspolitische Entwicklung in Niedersachsen vorgegeben?

Um es gleich zu Beginn zu sagen: Knapp 18 % des Gesamthaushalts sind als Ansatz für den Kultushaushalt zu wenig. Um für diesen personalintensiven Bereich Zeichen zu setzen, muss der Anteil höher sein. So machen Sie aus dem PISA-Schock keinen heilsamen Schock. So setzen Sie kein Signal für die Bildung, Herr Minister Busemann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was Ihrer Schulpolitik fehlt, ist die Begeisterung, ist die Vision. So ist es kein Wunder, dass Sie auch vor Ort, also in den Schulen, keine Begeisterung erwecken.

(Beifall bei der SPD- Wolfgang Jüttner [SPD]: Inzwischen das glatte Gegenteil!)

Was Ihre Schulpolitik unverwechselbar macht, sind Prüfungen und Kontrollen, Prüfungen am Ende der 9. Klassen, am Ende der 10. Klassen Vergleichsarbeiten, Lernstandsberichte, Schulinspektionen. Aber dadurch allein heben Sie weder die Unterrichtsqualität noch die Lernfreude, sondern dadurch senken Sie - so scheint mir - allmählich die Motivation der Lehrkräfte.

Vergleichsarbeiten, Lernstandsberichte, Schulinspektionen machen nur Sinn, wenn dem ersten Schritt ein zweiter Schritt folgt, nämlich die Diagnostik, und wenn dann individuelle Förderung einsetzt bzw. die Qualität des Unterrichts steigt.

Schulinspektionen machen keinen Sinn, wenn die Schulen danach mit den Erkenntnissen alleingelassen werden. Unterstützungssysteme halten Sie für wichtig. Aber wo sind sie? - In Ihrem Haushalt sind sie nicht abgebildet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Fortbildung halten Sie für wichtig. Aber wo ist der ausreichende Etat dafür?

Individuelle Förderung steht sogar im Schulgesetz. Aber wo sind die erforderlichen Lehrerstunden?

Typisch für Ihre Schulpolitik ist, Herr Minister: Sie machen den ersten Schritt, und dann ist die Batterie leer.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Oder, aus Sicht der Lehrerinnen und Lehrer gesehen: Sie pfeifen das Spiel an, und danach verlassen Sie das Spielfeld.

Sehr geehrte Damen und Herren, ist das bei der Eigenverantwortlichen Schule auch so? - Nach der Verabschiedung des Gesetzes hat der Minister großzügig gesagt: Nun haben die Schulen ein Jahr Zeit, sich auf die Eigenverantwortlichkeit vorzubereiten. - Herr Busemann, davon sind nur noch sieben Monate übrig. Das Einzige, worauf sich Schulen bisher vorbereiten können, ist der neue Schulvorstand. Alles andere ist im Unklaren. Welche Freiheiten für die Schulen sollen es denn nun werden? Welche Mittel stehen zur Verfügung? - Der Haushaltsplanentwurf enthält keinen Cent.

Herr Minister, es wird Zeit, dass Sie in die Pötte kommen. Ein richtig guter Wurf ist Ihnen bisher nicht gelungen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist Ihnen nicht gelungen, eine Aufbruchstimmung in den Schulen zu erzeugen. Eher ist das Gegenteil der Fall. Es ist Ihnen auch nicht gelungen, die Eltern von Ihrer Schulpolitik zu überzeugen - siehe Unterrichtsversorgung und Profilierung der Hauptschulen. Und: Die Klagen der Lehrkräfte bezeugen nur, dass Lobeshymnen und Dankadressen nicht ausreichen, um über große Klassen, schwierige Arbeitsbedingungen und Gehaltskürzungen hinwegsehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen fehlt die Vision eines Schulwesens, das aus einer Misere heraushilft, die uns vor allem durch PISA bescheinigt wurde. Unser Bildungssystem liest aus und unterstützt zu wenig, stellt die Schulform in den Mittelpunkt und nicht das Individuum, bevorzugt die Starken und lässt die Benachteiligten zu oft zurück. Der enge Zusammenhang von Schulerfolg und Herkunft in einem solchen Ausmaß, gepaart mit einem schlechten Leistungsniveau: Das ist es, was Sozialdemokraten vom PISA-Schock sprechen lässt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist es auch, was Wissenschaft und Wirtschaft Veränderungen fordern lässt. Das ist es, was die Politik zum Handeln zwingt und die Richtung vorgibt. Die SPD mit ihrem nie obsolet werdenden Ziel der sozialen Gerechtigkeit nimmt die Herausforderung an.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen heißen unsere Schwerpunkte: frühkindliche Bildung, individuelle Förderung, langes gemeinsames Lernen.

(Beifall bei der SPD)

So hat es die niedersächsische SPD in ihrem Konzept "Zukunft der Bildung" festgelegt. Das bildet sich auch in unserem Änderungsantrag zum Haushalt ab:

Erstens: Frühkindliche Bildung. Unser Ziel ist der kostenlose dreijährige Kindergartenbesuch aller Kinder. Wir wollen mit der Beitragsfreiheit eines Kindergartenjahres beginnen und setzen dafür 37,5 Millionen Euro ein. Der Besuch eines Kindergartens soll fester Bestandteil des Bildungssystems sein, damit alle Kinder erreicht werden. Je länger Kinder einen Kindergarten besuchen, desto geringer sind die Sprachdefizite bei der Einschulung.

Eine Untersuchung in Köln, die Migrantenkinder und Kinder aus bildungsfernen Schichten im Fokus hatte, hat belegt: Wenn Kinder den Kindergarten ein Jahr lang besuchen, dann haben bei der Einschulung noch 33 % von ihnen Sprachdefizite. Bei einem Besuch von über zwei Jahren sind es nur noch 6 %. Das heißt, im Kindergarten kann vieles für die Sprachentwicklung getan werden.

Sprache ist der Schlüssel für Teilhabe an Bildung. Deswegen erhöhen wir die Mittel für die Sprachförderung im Elementarbereich um 2 Millionen Euro. Das Kultusministerium hat den Verteilungsmodus für die Förderung im laufenden Jahr verän-

dert. Mehr Einrichtungen als bisher sind jetzt berechtigt, von den Sprachfördermitteln zu profitieren. Dagegen ist absolut nichts einzuwenden. Der Nachteil ist allerdings, dass gleichzeitig vor allem Städte mit sozialen Brennpunkten und hohem Migrantenanteil zum Teil sehr hohe Einbußen hinnehmen mussten.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen stocken wir in unserem Änderungsantrag die Mittel für Sprachförderung im Kindergarten von 6 Millionen Euro auf 8 Millionen Euro auf.

(Beifall bei der SPD)

Mein Kollege Uwe Schwarz hat heute Vormittag bei der Debatte über den Sozialhaushalt den Schutz von Kindern und die Gesundheitsvorsorge in den Mittelpunkt gerückt und dabei die Familienzentren genannt. Wir sind überzeugt: Der Ausbau unterstützender Maßnahmen für Eltern und Kinder im Bereich von Erziehung, Bildung und Betreuung ist bei einem gleichzeitig effektiven Einsatz der Mittel nur über die Errichtung von Familienzentren möglich. Im ersten Schritt sollen insgesamt 50 Familienzentren entstehen. Das ist unsere Planung.

(Beifall bei der SPD)

Dafür stellen wir zusätzlich zu den 2,5 Millionen Euro im Sozialhaushalt noch einmal 2,5 Millionen Euro im Kultushaushalt bereit.

Der Soziologe Klaus Hurrelmann hat im Oktober eine alarmierende Untersuchung vorgelegt: 80 000 Kinder zwischen null und zehn Jahren sind in Deutschland von Vernachlässigung bedroht. Wenn wir kein Kind zurücklassen wollen, müssen wir jedes Kind erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Die bisherige Praxis leidet darunter, dass erst eingegriffen wird, wenn Defizite öffentlich wahrgenommen werden. Deswegen brauchen wir niedrigschwellige, in das alltägliche Leben eingebundene Angebote, die das Ziel haben, Eltern für ihren Erziehungsauftrag zu stärken. Familienzentren können auch aus bestehenden Kindertagesstätten entwickelt werden. Nordrhein-Westfalen hat gerade 200 dieser Projekte gefördert. Die Nachfrage übertraf bei Weitem das Angebot.

Und was machen Landesregierung und die Fraktionen der CDU und der FDP? - Sie lehnen Familienzentren und das beitragsfreie Kindergartenjahr ab.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren von CDU und FDP, sehr geehrter Herr Busemann, dass Sie die Bedeutung der frühkindlichen Bildung hoch einschätzen, können wir Ihnen nicht mehr abnehmen. Kann man Ihnen noch glauben, dass Sie ein Interesse daran haben, jedem Kind - gleichgültig, welchem sozialen Milieu es entstammt und welches seine Muttersprache ist - eine Bildungschance zu geben? - Jedenfalls handeln Sie nicht konsequent danach.

(Beifall bei der SPD)

Das Kind und die Entfaltung seines Potenzials in den Mittelpunkt stellen - das ist unsere Devise, die Devise der SPD-Fraktion. Deswegen finden wir es enttäuschend, dass die Landesregierung bereit ist, für ein Sammelsurium von wenig durchdachten Maßnahmen unter dem Titel "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" 20 Millionen Euro einzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum zweiten Punkt, zur Entwicklung der niedersächsischen Schulen. Herr Busemann, ich an Ihrer Stelle würde jedes Mal zusammenzucken, wenn jemand die Worte "100 %" ausspricht. Sie scheinen in der Hinsicht unbegrenzt leidensfähig zu sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Egal, wie Sie es zerren und schieben: Trotz neuer Berechnungsgrundlage - Sie schaffen ja mit weniger Lehrerstunden mehr Unterrichtsversorgung und erhöhter Klassenfrequenzen fehlt einfach immer etwas. Es sind nicht nur die Gymnasien und die Mangelfächer, die Ihnen den Schnitt vermasseln, den Eltern die Galle überlaufen lässt und Schüler veranlasst, offene Briefe an Sie zu schreiben. Zwei Jahre, so schreibt der Realschüler Mark Schulze, hatte er keinen Chemieunterricht mehr. Glauben Sie, der Junge gibt sich damit zufrieden, wenn Sie ihm mitteilen, die Unterrichtsversorgung an seiner Schule liegt bei 99 %?

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Minister, wenn es um Unterrichtsversorgung geht, werden Sie nicht müde, auf die 2 500 zusätzlichen Lehrerstellen aus dem Jahre 2003 hinzuweisen. Aber dieser Mythos ist leicht zu knacken. Zählt man die Stellen zusammen, die durch Ihre

Schulstruktur im System verschwunden sind, nimmt die Stellenumwandlungen und Abordnungen sowie die bisherigen 300 und die für 2008 geplanten 400 Stellenstreichungen dazu, dann bleibt von Ihren 2 500 Lehrerstellen nichts mehr übrig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Genau genommen wird aus Ihrem Plus ein Minus. Kein Wunder, dass Sie keine 100-prozentige Unterrichtsversorgung hinbekommen.

Nun hat die CDU/FDP-Koalition Sie vor der Torheit bewahrt, die in der Mipla 2007 vorgesehenen 400 Stellen zu streichen, wie wir es schon vor Wochen im Kultusausschuss gefordert haben.

(Zuruf von der CDU: Da hatten wir das schon längst beschlossen!)

- Im September? - Auch wir weisen die erforderlichen 6 Millionen Euro in unserem Haushaltsantrag aus.

Herr Minister, was planen Sie aber, um die Effizienz des Lernens in niedersächsischen Schulen zu stärken? Wie wollen Sie die Unterrichtsqualität heben, wenn Sie die Fort- und Weiterbildungsmittel so niedrig halten? Wann endlich wollen Sie für Unterstützungssysteme auch Geld bereitstellen? Wann werden Sie dem Niedersächsischen Schulgesetz entsprechen und die individuelle Förderung wahr werden lassen? Wo ist Ihr Konzept, um die Verknüpfung von Herkunft und Schulerfolg aufzubrechen, Migrantenkinder stärker zu fördern, Lernfreude entstehen zu lassen, statt Kinder immer nur mit ihren Defiziten zu konfrontieren? - Die Ganztagsschulen könnten ein Teil der Lösung sein, wenn sie die Möglichkeit hätten, auch Ganztagspädagogik zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dazu gehört auch größere Aufmerksamkeit, die Lehrerinnen und Lehrer Kindern und Jugendlichen in der Ganztagsschule widmen können und müssen. Ihr Konzept "Halbtagsschule plus nachmittägliches Betreuungsangebot" hat damit wenig zu tun. Immerhin haben die Regierungsfraktionen nun 4 Millionen Euro in den Haushalt aufgenommen, um die Möglichkeiten der 8.2-Schulen, der sogenannten Ganztagsschulen light, zu erweitern.

Die SPD-Fraktion bleibt - wie im letzten Jahr - bei einem Budget von 12 Millionen Euro für pädagogische Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht angehen, dass die Leistungen, die z. B. eine Musikschule erbringt, nur den Kindern zugute kommt, deren Eltern dafür aufgeschlossen sind und den Unterricht bezahlen können. Die pädagogischen Angebote in einer Ganztagsschule haben kostenlos zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Uns geht es um wirkungsvolle Ganztagsschulen, die in der Lage sind, individuell zu fördern und Defizite auszugleichen. Uns geht es um Chancengleichheit.

(Joachim Albrecht [CDU]: Uns geht es um Chancengerechtigkeit! - Gegenruf von Walter Meinhold [SPD]: Setzen, sechs!)

Sechs Verbände, zusammengeschlossen zum niedersächsischen Bildungsbündnis, haben Ihnen neulich mit einer Erklärung die Leviten gelesen und ein Ende der Vogel-Strauß-Politik gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Der Philologenverband hat ebenfalls seine Unzufriedenheit artikuliert.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Nur in der Verteufelung der gemeinsamen Schule wurde die Einigkeit beim Verbandstag in Goslar gefestigt. Aber wie lange meinen Sie einer offenen Diskussion zur längeren gemeinsamen Beschulung noch ausweichen zu können?

(Beifall bei der SPD - Minister Bernhard Busemann: Gar nicht!)

Die Schulstruktur darf nicht zum Tabuthema werden. Die Abwahl der Hauptschule zwingt Sie zum Handeln. Fachleute und Wirtschaftsvertreter sprechen sich immer deutlicher gegen das gegliederte Schulwesen aus.

(Walter Meinhold [SPD]: Wirtschaftsvertreter! - Gegenruf von Reinhold Hilbers [CDU]: Herr Meinhold, wo denn?) Nehmen Sie doch endlich diese Experten ernst, und behaupten Sie nicht immer, die gemeinsame Schule hätte massenweise Schulsterben zur Folge!

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, sehr geehrte Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, Schulstandorte sind in Niedersachsen gefährdet, weil Sie keine Kooperation und keine integrativen Systeme zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Verweigern Sie sich nicht länger den Realitäten!

(Joachim Albrecht [CDU]: Unfug ist das!)

Stellen Sie nicht Auslese und Sortieren in den Mittelpunkt, sondern sorgen Sie für Qualität und Zukunftsfähigkeit unserer Schulen!

(Reinhold Coenen [CDU]: Da sind wir auf dem besten Weg!)

Die Fähigkeiten eines jeden Kindes zu entwickeln, dieses gesellschaftliche Ziel bildet sich in dem von Ihnen vorgelegten Haushaltsentwurf nicht ab.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD)

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Frau Kollegin Eckel. - Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Klare zu Wort gemeldet. Bitte schön!

## Karl-Heinz Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin etwas anderer Meinung als Sie, Frau Eckel. Das wird aber wohl daran deutlich, dass sich meiner Meinung nach im vorliegenden Haushaltsplan der hohe Stellenwert von Bildung in besonderer Weise widerspiegelt. Es bleibt zentrales Anliegen der niedersächsischen Schulpolitik, die Qualität der schulischen Arbeit nachhaltig und gründlich zu verbessern. Ich weiß - das wissen Sie alle -, dass das eine Riesenherausforderung ist. Aber, Frau Eckel, angesichts des Sammelsuriums von Dingen, das Sie uns jetzt vorgestellt haben, kann ich nur sagen: Hätten Sie doch vor vier Jahren mit dieser Sache angefangen! Dann hätten wir heute nicht so viel Arbeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denn in einigen Dingen haben Sie durchaus Richtiges gesagt. Hätten Sie doch einfach angefangen! Wenn man in der Opposition ist, kann man Sprüche machen. Aber wenn man Regierungsverantwortung trägt, wird hier nur mies gemacht. Das ist kein guter Stil.

(Heidrun Merk [SPD]: Das haben Sie 14 Jahre lang getan! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Darf ich eine Frage stellen?)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat in Lüneburg zusammen mit der FDP-Fraktion wirklich gute Beschlüsse gefasst, um weitere Zeichen zu setzen, was die Zukunft unserer jungen Menschen anbetrifft.

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Klare, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

## Karl-Heinz Klare (CDU):

Nein, ich gestatte keine. Das ist jetzt auch völlig unangemessen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Nicht einmal von mir? Die Zwischenfrage ist von mir!)

Meine Damen und Herren, wir haben Zeichen gesetzt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Jetzt bin ich aber enttäuscht!)

Das 20-Millionen-Programm, das zusätzlich zur deutlichen Schwerpunktsetzung auf die Reihe gebracht worden ist, spricht für sich: 400 zusätzliche Lehrer, 4 Millionen Euro für Ganztagsschulen, 4,5 Millionen Euro für eine verbesserte Finanzausstattung der Schulen in freier Trägerschaft - übrigens mit einem tollen Konzept, anerkannt von allen Trägern von Schulen in freier Trägerschaft; zum ersten Mal seit 1990. Nach all den Kürzungen gibt es wieder Geld für die Schulen in freier Trägerschaft; denn sie sind für unsere Schullandschaft ganz besonders wichtig -,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

50 pädagogische Mitarbeiter für die Beschulung von mehrfach Schwerstbehinderten - das ist ein

tolles Signal -, Fachpraxislehrer - vergleichsweise nur eine Kleinigkeit, aber mit guter Wirkung -, Stellenhebungen und zusätzliche Mittel in Höhe von 400 000 Euro für die Bildung im musischen Bereich, was von der Erkenntnis getragen ist, dass musische Bildung im Erziehungsprozess einen außerordentlich hohen Stellenwert besitzt, vergleichbar mit dem Stellenwert von Rechnen, Schreiben und Lesen.

Meine Damen und Herren, wir haben sehr viel auf den Weg gebracht. Frau Eckel, ich habe Ihre Rede genau gehört. Ich kann nur sagen: Natürlich können wir nicht alles perfekt machen. Das wäre ein bisschen zu viel verlangt. Aber die Vielzahl von Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung hier in Bausch und Bogen einfach niederzureden, das ist nicht in Ordnung, Frau Eckel; das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Zuruf von der SPD: Aber es entspricht der Wahrheit, Herr Kollege!)

Es ist unangemessen. Es ist stillos. So geht man in der Bildungspolitik nicht miteinander um; denn wir wissen, dass draußen an diesen Maßnahmen viel gearbeitet wird. Wenn man das so negiert, dann wird man der Arbeit in den Schulen überhaupt nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie sich ein Beispiel an Herrn Möhrmann; er ist nicht da. Er hat uns nach unserer Haushaltsklausur gelobt. Er hat gesagt, er sei erstaunt, aber er sei mit unseren Beschlüssen zufrieden. Das ist doch zumindest etwas.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie sollten wenigstens korrekt zitieren, Kollege Klare!)

- Ich habe das Zitat wörtlich gebracht. - Sie sollten sich ein Beispiel an Herrn Möhrmann nehmen und die Größe zeigen, die er hier gezeigt hat.

Sie haben im Grunde die Linie aller Bundesländer, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben - hin zu mehr Qualität -, verlassen. Man kann es auf einen Nenner bringen: Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts versuchen Sie mit ideologischen Konzepten der 70er-Jahre zu lösen. Das kann nicht funktionieren. Das wird schief gehen.

(Claus Peter Poppe [SPD]: Sie sind im 19. Jahrhundert!)

Was also die Qualität der schulischen Arbeit anbetrifft, so haben wir gleich 2003 die ersten wichtigen Schritte gemacht. Endlich gibt es wieder langfristige und pädagogisch sinnvolle Bildungsgänge. Endlich gibt es wieder klare Profile an den einzelnen Schulen, ausgerichtet auf die Schülerinnen und Schüler, die in diesen Schulen beschult werden. Ich bin davon überzeugt - bei aller Diskussion, die wir gestern hier geführt haben -, dass wir mit der Strukturentscheidung, hin zu einem differenzierten Schulangebot, die Grundlage für die beste individuelle Entwicklung unserer Schüler gelegt haben. Meine Damen und Herren, frühkindliche Bildung ist ein zentrales Thema. Sie hätten doch damals mehr machen können als Konzepte. Es lag damals doch gar nichts vor. Als wir die Regierung übernommen haben, haben wir sofort gehandelt. Einer der zentralen Punkte ist die Sprachförderung. Damit man einmal die Dimension sieht: In dieser Sprachförderung sind - - -

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ach! Gab es die vorher noch nicht?)

- Die gab es vorher nicht.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Was? Wie bitte?)

- Sie sollten sich lieber schlau machen und hier nicht Zwischenrufe machen, obwohl Sie wissen, dass Sie hier falsch liegen. Sie hatten Konzepte auf dem Tisch, aber Sie haben sie nicht umgesetzt.

Meine Damen und Herren, heute arbeiten mehr als 800 Lehrer in der Sprachförderung. Das ist eine gewaltige Dimension. Das ist auch gut so.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist doch unverschämt!)

Was mich besonders freut, ist, dass die Ergebnisse schon nach relativ kurzer Zeit ausgesprochen positiv sind. Es gab weniger Zurückstellungen vom Unterricht. Die Arbeit in den Grundschulklassen läuft erheblich besser, weil durch die Sprachförderung die Voraussetzungen auch für nicht deutsch sprechende Kinder besser geworden sind. Wir werden diese Sprachförderung auf hohem Niveau weiter fortführen.

Hinzu kommt das 100-Millionen-Euro-Programm. Auch hier werden sehr positive Effekte eintreten, gerade für Kinder von null bis sechs Jahren.

Die Stärkung der Grundschule war ein ganz zentraler Punkt. Meine Damen und Herren, wir 
brauchten wieder mehr Unterricht in der Grundschule, damit wir die Grundlagen im Rechnen, 
Schreiben und Lesen wieder darstellen konnten. 
Man muss sich einmal vorstellen, dass in den Jahren davor Unterrichtsstunden in einer erheblichen 
Größenordnung weggekürzt wurden,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und das in einer Zeit, in der von unseren Schülern mehr verlangt wird. Das musste aufgearbeitet werden

Schauen Sie einmal, was bei den Hauptschulen alles gelaufen ist:

(Heidrun Merk [SPD]: Da läuft doch gar nichts mehr!)

Stärkung der Hauptschule, Hauptschulprofilierungsprogramm. Wir haben die Hauptschule endlich weiterentwickelt und mit einem neuen Profil ausgestattet. Die Hauptschule ist jetzt inhaltlich auf die Arbeitswelt ausgerichtet: 60 bis 80 Tage berufliche Orientierung in den Klassen 8 bis 9.

(Uwe Harden [SPD]: Es findet doch eine Abstimmung mit den Füßen statt!)

- Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt dazwischenrufen, dann bitte ich Sie herzlich darum: Gehen Sie in die Schulen! Gucken Sie sich die Konzepte für die berufliche Orientierung an! Was da geleistet wird, ist klasse, meine Damen und Herren. Das muss ich einfach einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Die Hauptschulen bekommen Sozialarbeiter und werden als Ganztagsschulen ausgestattet. Wir haben die Hauptschule gestärkt. Ich bin mir ganz sicher: Es braucht eine Übergangszeit. Im Schulbereich kann man nicht einfach einen Hebel umlegen. Das war zwar nötig, aber es braucht eine Zeit, in der sich die Dinge setzen können. Aber was macht die niedersächsische SPD in dieser Frage, meine Damen und Herren? - Die niedersächsische SPD führt einen Feldzug gegen unsere Hauptschulen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich: Ihre Kampagne gegen unsere Hauptschulen sind ein Schlag ins Gesicht der Schülerinnen und Schüler an unseren Hauptschulen. Sie sind ein Schlag ins Gesicht gegenüber unseren Lehrkräften. Ich sage Ihnen weiter: Am Ende beleidigen Sie die Eltern, die ihre Kinder zur Hauptschule schicken. Das ist die Situation.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Bernd Althusmann [CDU]: Sie sollten sich schämen!)

Sie sollten bei Ihrem ideologischen Kampf einmal darüber nachdenken. Hören Sie mit dieser Kampagne auf! Nehmen Sie die Arbeit der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler in den Hauptschulen ernst!

(Uwe Harden [SPD]: Die möchten von Ihnen ernst genommen werden!)

Meine Damen und Herren, ich zitiere einmal den Stadtelternratsvorsitzenden aus Laatzen - er hat es auf den Punkt gebracht -: Es ist instinktlos, funktionierende und für das Schulangebot wichtige Einrichtungen auf die Abschussliste zu setzen.

Ich sage Ihnen: Das, was Sie tun, ist scheinheilig. Nach außen versuchen Sie den Eindruck zu erwecken, als wollten Sie Schulstandorte der Hauptschule erhalten nach dem Motto "Die SPD sorgt sich um die Hauptschulen". In Wahrheit haben Sie aber längst Ihr Einheitsschulmodell beschlossen, und darin hat die Hauptschule überhaupt keinen Platz mehr. Das ist doch die Situation.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit uns wird es keine Schulschließungen geben; das wissen Sie. Trotzdem behaupten Sie weiter das Gegenteil. Ich sage Ihnen: Ich bin mir sicher, dass für einen Teil unserer Schülerinnen und Schüler die Hauptschule das beste Schulangebot ist. Hier stehen alle Möglichkeiten offen, nach dem Abschluss weitere "höherwertige" Abschlüsse anzustreben. Dafür ist auch durch das Gesetz gesorgt.

Ich komme nun zu den Ganztagsschulen. Wir haben das Angebot der Ganztagsschulen fast vervierfacht.

(Uwe Harden [SPD]: Das ist Etikettenschwindel!)

Mit Ihren Vorwürfen zur "Ganztagsschule light" können Sie gar nicht landen, weil die Lehrerinnen und Lehrer erkannt haben, dass wir mit der Einrichtung von Ganztagsschulen wesentlich mehr Chancen für eine gute pädagogische Arbeit haben.

2007 sind weitere 4 Millionen Euro verfügbar, um den Schulen weitere Lehrerstunden zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich finde, das ist eine ausgezeichnete Botschaft, eingebunden in das große Ziel der Verbesserung der Qualität.

Schauen Sie sich auch die vielen einzelnen Maßnahmen an - Sie haben ja vorhin versucht, das ein bisschen abzutun; Sie müssten sich mit den Fragen viel intensiver befassen -: Dokumentation der individuellen Lernentwicklung - ganz wichtig -, Vergleichsarbeiten in 3. Klassen unserer Grundschulen, die Einführung von Bildungsstandards, die zentralen Prüfungen. Ich nenne darüber hinaus den Aufbau der niedersächsischen Schulinspektion und den Weg - der ja gesetzlich vorgegeben ist; wir haben das gemeinsam mit den Grünen aufgenommen - in ein neues Beratungs- und Unterstützungssystem. Zurzeit lassen sich 120 Unterrichtsentwickler fortbilden, um dann den Schulen zur Verfügung zu stehen, wenn Nachfrage vorhanden ist. Jetzt wird aufgebaut. Wir sind dabei, ein gutes Netzwerk von Beratungs- und Unterstützungssystemen einzurichten und zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, die nächste Reform haben wir mit großer Mehrheit beschlossen. Die SPD hat sich leider ausgeklinkt. Ab 1. August 2007 kommt die Eigenverantwortliche Schule - ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Qualität.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Darin sind wir uns mit allen, auch bundesweit, einig, außer mit der niedersächsischen SPD.

Meine Damen und Herren, Sie haben einiges zur Unterrichtsversorgung gesagt. Ich kann nur sagen: Die wichtigste Botschaft, die ich jetzt übermittle, ist: Die Landesregierung wird alle Lehrerstellen, die durch Pensionierung frei werden, wieder besetzen, und zwar mit den 400 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern, die durch unseren Beschluss in Lüneburg dazugekommen sind. Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage ist das eine wirklich gute Leistung

dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie wissen, wenn Schülerzahlen zurückgehen, dann erreichen wir alleine mit der Wiederbesetzung dieser Stellen eine tatsächliche Verbesserung. Natürlich gibt es Probleme bei der Unterrichtsversorgung. Solange es das Land Niedersachsen gibt, gibt es Probleme. Aber es wäre doch schön, wenn Sie einmal die Ergebnisse Ihrer Hotline bekannt geben würden; denn dann wüssten wir endlich, wo die Probleme liegen. Sie haben sie versteckt. Möglicherweise ist gar nicht so viel dabei herausgekommen.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Ihre Haltung in dieser Frage ist reine Fehlanzeige. Das ist das Schlimme. Draußen gehen Sie herum und kritisieren die Unterrichtsversorgung - die aus Ihrer Sicht schlecht ist -, und hier kommt nicht ein vernünftiger Antrag auf den Tisch.

(Walter Meinhold [SPD]: Wie bitte?)

Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Walter Meinhold [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Ihre Argumentation ist unredlich.

An unseren Schulen - ich gehe noch ein bisschen weiter, Herr Meinhold - unterrichten 81 000 Lehrkräfte auf 69 000 Stellen. Das ist die höchste Lehrerdichte, die es in diesem Lande jemals gab. Diese Lehrkräfte sind da, und sie bleiben da. Sie machen guten Unterricht. Meine Damen und Herren, sie werden auch nicht nach Hause geschickt, auch wenn Sie das an der einen oder anderen Stelle verlangt haben. Das werden Sie ja nicht bestreiten.

(Bernd Althusmann [CDU]: Da sind Sie jetzt ganz ruhig!)

Aber bei der Unterrichtsversorgung lassen wir Sie nicht so einfach durch, meine Damen und Herren. Ich glaube, es ist wichtig, einen Blick zurückzuwerfen; denn Sie haben uns in dieser Frage einen Scherbenhaufen hinterlassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Joachim Albrecht [CDU]: So ist es!)

Völliger Einstellungsstopp, mehrmalige Streichungen jeder zweiten Lehrerstelle - das hat zu dramatischen Einbrüchen bei der Unterrichtsversorgung geführt, in besonderer Weise in Mangelfächern.

(Joachim Albrecht [CDU]: Und zusätzlich die Beschimpfung der Lehrkräfte!)

Lehrer haben unser Land verlassen. Gerade Lehrer, die Mangelfächer unterrichten, sind in andere Bundesländer gegangen.

(Zuruf von Uwe Harden [SPD])

Meine Damen und Herren, Sie haben den Pflichtunterricht für die Schüler - hören Sie gut zu! - in einem Gegenwert von fast einem ganzen Schuljahr gekürzt, und das in einer Zeit, in der wir aufgrund der Situation, die wir haben, mehr von unseren Schülerinnen und Schülern verlangen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ursula Körtner [CDU]: Jawohl!)

Das muss man sich einmal vor Augen führen.

Sie haben die Arbeitszeit der Lehrkräfte angehoben und Arbeitszeitkonten eingeführt. Diesen Wechsel auf die Zukunft lösen wir heute ein. Wir werden in den nächsten Jahren 2 000 Lehrer bezahlen müssen, ohne eine einzige zusätzliche Unterrichtsstunde zu gewinnen. Das ist die Erblast, die wir von Ihnen übernommen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es macht keinen Spaß, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. Aber ich finde, ein Jahr vor der Wahl müssen die Eltern wissen, wie Sie, als Sie die Verantwortung übernommen haben, mit dieser Frage umgegangen sind, nämlich so verantwortungslos, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich spreche noch eine weitere Zukunftswarnung aus, damit klar ist, welche Wahlversprechen wieder auf die Reihe gebracht werden: Sie wollen die Klassenobergrenze auf 24 reduzieren, Herr Poppe. Ich habe das gelesen. Jeder kann das ja nachlesen.

(Zuruf von Uwe Harden [SPD])

#### Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Klare, entschuldigen Sie bitte, ich muss Sie kurz unterbrechen. - Herr Kollege Harden, ich glaube, Sie haben schon mindestens 20 Zwischenrufe gemacht. Die SPD-Fraktion hat noch eine Redezeit von 1:10 Stunden. Sie können sich zu Wort melden. Ihre Zwischenrufe sind störend. Wenn das weiterhin passiert, müsste ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen.

Herr Kollege Klare, Sie haben das Wort.

# Karl-Heinz Klare (CDU):

Ich habe das einmal heruntergerechnet: 24 Kinder pro Klasse bedeuten, dass 4 657 Klassen neu gebildet werden müssen. Das bedeutet 6 000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer, meine Damen und Herren, und 270 Millionen Euro zusätzliche Personalkosten!

Nehmen Sie die gemeinsame Schule, die Einheitsschule. Sie müssen ja festlegen, was die Lehrer unterrichten sollen. IGS: 24,5 Stunden. Wenn Sie das als Grundlage nehmen, müssten Sie noch einmal 2 000 zusätzliche Lehrer einstellen.

(Walter Meinhold [SPD]: Das hat der Minister schon gestern gesagt!)

- Das können wir nicht oft genug sagen, damit deutlich wird, dass Ihre Finanzierungskonzepte hinten und vorne nicht stimmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nehmen wir die weiteren Wahlversprechen: Beitragsfreiheit im ersten Kindergartenjahr, zusätzliche Stunden für Förderunterricht, zusätzliche Stunden für innere und äußere Differenzierung, Mittel für weitere Ganztagsschulen. All dies sollten Sie bitte einmal in ein gemeinsames Finanzierungskonzept hineinstecken. Dabei sollten Sie wissen, dass der Haushalt in Ordnung gebracht werden muss.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Dieses Konzept haben wir gemacht!)

- Ja, Ihren Haushaltsantrag kennen wir. - Nein, meine Damen und Herren, wir lassen Ihnen diese Versprechen nicht durchgehen, es sei denn, Herr Jüttner oder wer auch immer erklärt von dieser Stelle aus, wie er die mindestens 8 000 zusätzlichen Lehrer bezahlen will.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben uns immer als Sachwalter der Förderschulen verstanden. Das werden wir auch weiter sein. Wir werden auch weiterhin die Interessen der behinderten Kinder vertreten. Das ist eine große Kraftanstrengung gewesen. Wir haben die Unterrichtsversorgung erheblich verbessert. Es war ja ein Skandal, dass die Kinder mit dem höchsten Förderbedarf am wenigsten Unterricht hatten. Das haben wir verändert. Jetzt stehen 50 zusätzliche Stellen für pädagogische Mitarbeiter - im letzten Jahre waren es 20 - zur Verfügung. Ich halte dies für ein ganz großartiges Signal. Wer einmal in Einrichtungen gearbeitet bzw. sie besucht hat, in denen mehrfach schwerstbehinderte Kinder betreut und beschult werden, der weiß, wie dankbar diese Menschen für diesen Beschluss der beiden Landtagsfraktionen

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen letzten Punkt ansprechen, auf den sich Frau Eckel vorhin schon eingelassen hat. Wenn Sie von der SPD könnten, wie Sie wollen, dann würden Sie die Schulstruktur ändern und die Einheitsschule einführen. Das ist ja ein Beschluss Ihrer Landespartei.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Gemeinsame Schule! - Gegenruf von Joachim Albrecht [CDU]: Das ist doch eine Einheitsschule!)

Als vor einem Jahr die Diskussion anfing, habe ich mich gefragt, wer sich in der SPD durchsetzen wird, Herr Jüttner oder Herr Duin.

(Zuruf von der SPD: Da ist doch kein Widerspruch!)

Die Position von Herrn Jüttner war - ich zitiere Herrn Jüttner wörtlich -:

"Wir müssen aufhören, ständig über Schulstrukturen zu reden."

Eine zweite Aussage von Herrn Jüttner:

"Die weiterentwickelte Gesamtschule ist kein zukunftsweisendes Modell."

Dann kommt Herr Duin, der nicht bestreitet, gesagt zu haben, er wolle eine neue Schulstrukturdebatte. Er will also genau das Gegenteil von Herrn Jüttner: eine neue Schulstrukturdebatte und eine neue Einheitsschule oder, wie die SPD sagt, die gemeinsame Schule. Herr Duin hat sich durchgesetzt, die Einheitsschule ist jetzt Programm. Herr Jüttner ist dadurch Übergangskandidat geworden; das ist ja auch eine ehrenvolle Aufgabe.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Sie haben vielleicht ein Weltbild!)

Meine Damen und Herren, damit ganz klar ist, wie das Programm einer Einheitsschule aussieht, habe ich es mir wörtlich aufgeschrieben:

"An den Gemeinsamen Schulen werden alle Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereichs I gemeinsam beschult. Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen gehören von Anfang an in dieser Gemeinsamen Schule dazu."

Damit es keinen Zweifel gibt: Genau das ist die Einheitsschule der 70er-Jahre. Dies werden wir auch weiterhin genau so sagen.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Sie haben überhaupt nichts verstanden! Sie wollen auch gar nichts verstehen!)

Anstatt den Menschen die Wahrheit zu sagen, versuchen Sie, die Leute mit dem schönen Begriff "Gemeinschaftsschule" zu ködern. Sie wollen den Eltern vorgaukeln, dass diese Schule etwas mit dem erfolgreichen finnischen System zu tun habe. Dabei weiß jeder, dass das nicht der Fall ist, meine Damen und Herren.

Dann reden Sie hier ständig von individueller Förderung. Frau Eckel, Sie haben es gerade wieder gesagt. Wenn Sie alle Begabungsbreiten in einer Lerngruppe beschulen - vom hochbegabten Mathematik-Freak bis hin zu einem potenziellen Sonderschulkind mit geistiger oder Lernbehinderung; so steht es in Ihrem Programm -,

(Claus Peter Poppe [SPD]: Das stimmt ja gar nicht!)

dann kann die Förderung des Einzelnen nicht mehr stattfinden oder sie kann nur dann stattfinden, wenn Sie einen riesigen Personalaufwand betreiben. Das müssen Sie sich doch einmal sagen lassen. Das sagt Ihnen auch jeder Praktiker.

(Beifall bei der CDU)

Glauben Sie allen Ernstes, meine Damen und Herren, nur mit einem neuen Namen ergebe sich auch eine neue Qualität? Neuer Name, neue Kinder als Versuchskaninchen, neues Glück?

Ich stelle dazu zweierlei fest: Erstens. Für eine solche Umgestaltung des Schulwesens gibt es keinerlei fachliche Begründung, auch nicht über PISA. Zweitens. Die Konsequenz aus diesen SPD-Vorschlägen wird ein dramatisches Schulsterben sein.

(Claus Peter Poppe [SPD]: Bei Ihnen!)

In vielen Regionen kann es aufgrund von zurückgehenden Schülerzahlen kein Nebeneinander zweier Schulformen geben. Das ist unmöglich.

(Claus Peter Poppe [SPD]: Mindestens drei und vier!)

Das heißt: Wenn es Ihre Einheitsschule irgendwann geben sollte, gäbe es in vielen Regionen unseres Landes keine Hauptschule mehr, keine Realschule mehr, kein Gymnasium mehr und auch kein differenziertes Sonderschulwesen mehr. Das ist leider Realität, und das müssen wir mit den Menschen draußen besprechen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie diese Diskussion weiterführen wollen, dann machen wir das gern. Aber ich frage Sie allen Ernstes: Glauben Sie, dass in Niedersachsen eine Struktur ohne selbstständige Gymnasien und ohne selbstständige Realschulen möglich ist? Das glauben Sie doch selber nicht! Deswegen sollten Sie mit dieser Schulstrukturdebatte aufhören, die niemand will.

(Beifall bei der CDU)

Die Eltern wollen diese Auseinandersetzung nicht. Die Eltern wollen Qualität. Das sagt uns der Landeselternrat, das sagen uns die Kreiselternräte. Sie wollen den Weg, den wir jetzt gehen, mit uns weitergehen. Unnötige Schulstrukturdebatten sind Gift für die Qualitätsentwicklung an unseren Schulen. Das ist die Wahrheit, das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe immer darauf hingewiesen, dass unsere Reformen von der breiten Öffentlichkeit getragen werden. Ich wiederhole dies jetzt auch am Schluss. Im Grunde gibt es doch gar keine Alternative zu unseren schulpolitischen Vorstellungen und zu dem Kurs, den wir jetzt auf den Weg gebracht haben.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Sie haben vielleicht ein Weltbild!)

Alle Lehrerverbände sind auf dem Kurs zu mehr Qualität. Der Landeselternrat unterstützt uns, viele Eltern unterstützen uns. Dies ist übrigens ein bundesweiter Prozess, der in den Ländern von den Parteien mitgetragen wird, die hier in Niedersachsen in der Opposition sind. Es wäre wirklich ein gutes Zeichen, wenn wir in dieser Frage endlich eine gemeinsame Linie nicht nur mit den Grünen, sondern mit allen hier im Hause fahren könnten. Das wäre für die Arbeit in den Schulen und auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler wichtig. Deswegen versuche ich es auch heute noch einmal: Lassen Sie diese Schulstrukturdebatten weg! Sie sind Gift. Versuchen Sie, auf Qualität zu setzen und mit uns den richtigen Weg für unsere Kinder zu gehen! Das wäre wünschenswert.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU - Beifall bei der FDP - David McAllister [CDU]: Das war Kalle!)

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Das Wort zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Meinhold.

# Walter Meinhold (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu dieser Rede könnte man eine Menge sagen. Sie alle werden wahrscheinlich vermuten, dass ich wieder zur gemeinsamen Schule rede. Nein, ich setze mich mit dem Thema auseinander, Herr Kollege Klare, wie wir mit den Schülerinnen und Schülern in der Förderschule umgehen. Es heißt nicht mehr "Sonderschule"; Sie haben diesen Begriff mehrfach verwandt. Ich knüpfe daran an und sage: Mit der Änderung des Namens durch die Landesregierung hat sich für diese Kinder nichts verbessert.

(Beifall bei der SPD)

Aber jetzt zur Sache: Wir halten es für dringend erforderlich, dass über das gegliederte Schulwesen, das mehr als drei Schultypen umfasst, insbesondere über die Förderschulen und ihre Weiterentwicklung, nachgedacht wird. Deshalb haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragt, eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen. Wir wollten die Experten hören, die uns dazu eine Menge sagen können. Die Antwort der Mehrheits-

fraktionen im Ausschuss war von Arroganz geprägt nach dem Motto "Wir haben die Mehrheit". Sie haben diese Anhörung abgelehnt, obwohl sie auch nach Ihrer eigenen Rede eben dringend erforderlich wäre. Also tun Sie hier nicht so, als lägen Ihnen die Förderschüler am Herzen! Nein, Sie haben das Thema nach dem Motto "Wir können irgendwann im Sommer oder sonst wann darüber reden" verschoben. Nach Ihrer Rede wäre es dringend erforderlich, zügig zu handeln. Aber Ihr Verhalten im Kultusausschuss war das glatte Gegenteil. Dies hätten Sie hier zumindest mit einbringen sollen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die CDU-Fraktion möchte Frau Kollegin Körtner antworten.

## Ursula Körtner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Meinhold neigt dazu, parallel zur Wahrheit zu reden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Ich weise darauf hin - dies lässt sich sehr leicht am Protokoll feststellen -, dass die Fraktionen der CDU und der FDP im Kultusausschuss darum gebeten haben, diese Anhörung im nächsten Jahr durchzuführen.

(Zuruf von der SPD: Das hat er doch gesagt!)

weil es dafür sehr gute Gründe gibt. Wir entwickeln zurzeit für Kinder in der Erziehungshilfe, die soziale und emotionale Schwächen aufweisen, ein hervorragendes System, das wir in Niedersachsen flächendeckend etablieren wollen, weil es auch der Entlastung der Schulträger dient. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Entwicklung - im Augenblick sind mindestens fünf bis sechs Konzepte landesweit in der Erarbeitung - haben wir klar gesagt, dass wir diese Anhörung, und zwar als Dialog mit allen, im Jahre 2007 durchführen wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben darauf hingewiesen, dass wir zurzeit keinen Bedarf sehen. Wir möchten aus der Anhörung etwas lernen. Wir möchten dann die Praktiker hören und die Konzepte vorgestellt bekommen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren, nicht aber die Realitätsferne des Herrn Meinhold.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Korter das Wort. Bitte schön!

# Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Jahr vor der Landtagswahl hat sich die Landesregierung offenkundig entschlossen, im Bereich der Schulpolitik auf die Bremse zu treten und eine Politik des Wegduckens einzuleiten. Im Kultusetat finden sich demgemäß keinerlei Impulse für die Entwicklung unserer Schulen.

(Joachim Albrecht [CDU]: Im Gegenteil!)

Die Landesregierung steckt eine Menge Geld in das bestehende, veraltete System. Aber Mittel für die notwendige Erneuerung der Qualität sind nicht vorgesehen.

> (Joachim Albrecht [CDU]: Durchaus! -Hans-Werner Schwarz [FDP]: Lesen Sie den Haushaltsplan!)

Solche Mittel wären aber dringend nötig, um z.B. die Eigenverantwortliche Schule voranzutreiben. Der Kultusminister hat die Eigenverantwortliche Schule zu seinem zentralen Reformprojekt erklärt. Das ist sie auch. Aber jetzt lässt er sie allein.

(Minister Bernhard Busemann: Was?)

Das Schulgesetz sieht zwar Budgets für die Eigenverantwortlichen Schulen vor, aber im Haushalt sind keine Mittel dafür vorgesehen. Ansätze für ein eigenes Personalkostenbudget gibt es schon gar nicht.

Unbedingt erforderlich wären Finanzmittel außerdem für die individuelle Förderung. Inzwischen besteht ein breiter Konsens, dass individuelle Förderung für unsere Schulen zum Leitprinzip werden muss. Aber für Herrn Busemann ist das nur ein Lippenbekenntnis. Er schreibt einen schönen Erlass zur Dokumentation der individuellen Lernentwicklung, aber dann gibt er den Schulen keinerlei Ressourcen an die Hand, um die Schülerinnen und

Schüler tatsächlich besser individuell fördern zu können.

Meine Damen und Herrn, die finnischen Schulen sind nicht nur deshalb so erfolgreich, weil die Schülerinnen und Schüler dort neun Jahre lang gemeinsam miteinander und voneinander lernen.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Deshalb nicht! - Joachim Albrecht [CDU]: Sie sind nur deshalb erfolgreich, weil sie eine andere Kultur haben!)

Sie sind auch deshalb so erfolgreich, weil dort jede Schule über Förderlehrer und über Fachkräfte verfügt, die die Schülerinnen und Schüler bei Problemen frühzeitig unterstützen.

(Zuruf von Joachim Albrecht [CDU])

- Herr Albrecht, melden Sie sich doch bitte nachher zu Wort! - In Niedersachsen haben die Schulen dagegen ganze zwei Poolstunden pro Klasse. Auch diese zwei Stunden können sie kaum für die individuelle Förderung einsetzen; denn sie brauchen sie im Moment ständig, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Für die Förderung bleibt da nichts.

Das dritte Reformprojekt, das ohne Geld nicht funktionieren kann, ist die Ganztagsschule. Die hat der Kultusminister noch nie so richtig geliebt. Herr Busemann, Sie eröffnen ja gerne Mensen an rotgrün finanzierten Ganztagsschulen, die mit dem Geld der rot-grünen Bundesregierung errichtet werden konnten. Aber selbst haben Sie noch immer fast nichts dazu gegeben - und bei den Investitionsmitteln schon gar nicht. Stattdessen haben Sie die Ganztagsschulen "light" erfunden. Wir haben darüber schon kurz gesprochen. Das ist eine Ihrer ganz großen Stärken: Immer flott ankündigen, alles versprechen, nicht seriös finanzieren und dann alles schön reden.

(David McAllister [CDU]: Frechheit!)

Sie haben den Idealismus der Lehrkräfte und der freien Träger der Jugendhilfe ausgebeutet, die ganz besonders für die benachteiligten Schülerinnen und Schüler endlich auch am Nachmittag Angebote schaffen wollten. Jetzt wollen Sie ganze 4 Millionen Euro für einige dieser Ganztagsschulen "light" zur Verfügung stellen, die bislang ohne Mittel auskommen mussten. Das ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich bin sicher, Sie werden das als große Glanztat verkünden.

Aber auch dort, wo es Ganztagsschulen gibt, können immer mehr Schülerinnen und Schüler das Mittagessen an diesen Schulen nicht einnehmen, weil ihre Eltern einfach das Geld dafür nicht haben. Sie müssen schlimmstenfalls zusehen, wenn andere an der Schule ihr warmes Mittagessen einnehmen. Wir fordern Sie auf, wenigstens die 800 000 Euro, die Sie bei der Lernmittelhilfe für die Schulbuchmiete der Arbeitslosengeld-II-Empfänger einsparen, für einen Sozialfonds aufzuwenden, aus dem das Mittagessen für diese Kinder finanziert werden kann, wenn die Schulen vor Ort keine Lösung mehr finden. In Rheinland-Pfalz gibt es einen solchen Fonds - mit 1 Million Euro gespeist. Zu einem Drittel zahlt dort in Notfällen der Schulträger, zu zwei Dritteln zahlt das Land. Die Eltern zahlen pro Mittagessen 1 Euro. Bürokratisch ist dieses Verfahren nicht, wie Sie sonst immer sagen.

Herr Busemann, zum Thema "Kinderarmut" halten Sie lieber wohlfeile Sonntagsreden. Wenn es darauf ankommt, wirklich zu helfen, ducken Sie sich weg und sind nicht zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Regierungskoalition wenigstens die Absicht der Landesregierung korrigiert hat, zum kommenden Schuljahr erneut 400 Stellen in den Schulen zu streichen. Wir tun Ihnen aber sicherlich nicht Unrecht, wenn wir diesen Änderungsbeschluss bereits als Wahlkampfgeschenk verbuchen. Wir sind sicher, auch im nächsten Jahr werden Sie wieder - dann wenige Wochen vor dem Wahltermin - mit großem Getöse auf die Streichung von 400 Lehrerstellen verzichten. Das ist Ihre Strategie.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Das ist gute Schulpolitik!)

Wer genau hinsieht, merkt das.

(Ursula Körtner [CDU]: Das ist verantwortungsvoll!)

Erst kündigen Sie über die Landesregierung bittere Einschnitte und Kürzungen an. Dann diskutieren Sie das Thema öffentlich, und in der Folge gehen die Regierungsfraktionen hin und nehmen mit großer Gestik die Streichung zurück und verkündigen dies als Segnung. Auch so kann man Politik machen und versuchen, die Leute für dumm zu verkaufen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Jahre nach dem Wahltermin ist in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung unverändert der Abbau von jährlich 400 Stellen vorgesehen. Dann übernimmt wieder der Finanzminister das Kommando in der Schulpolitik.

Meine Damen und Herren, Bundespräsident Köhler hat dazu aufgefordert, dass die Mittel, die durch den Rückgang der Schülerzahlen rechnerisch frei werden, vollständig im Bildungssystem verbleiben müssen. Nur so könnten die Unterfinanzierung des Bildungssystems beendet und die notwendigen Reformen für die Zukunft finanziert werden. Diesen Grundsatz sollten Sie, Herr Busemann, einmal gegenüber Herrn Möllring durchsetzen. Dann würde unser Land in der Schulpolitik ein kleines Stück zukunftsfähiger.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie unterstellen die Bildungspolitik nicht nur der Knute Ihres Finanzministers, sondern vor allem stecken Sie die Lehrerstellen, die Sie in diesem Jahr noch einmal erhalten haben, in ein veraltetes System. Sie sind noch immer nicht bereit, unser Bildungssystem endlich vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Ingrid Klopp [CDU]: Auch das ist eine Wiederholung!)

Unter Fachleuten ist man sich längst einig, dass vor allem das Fundament gestärkt werden muss,

(Joachim Albrecht [CDU]: Richtig!)

nämlich die Frühförderung in den Kindertagesstätten und die Förderung in den Grundschulen, weil hier die Grundlagen für den gesamten weiteren Bildungsweg gelegt werden. Sie aber mühen sich vergeblich ab, das Dach unseres Schulsystems zu flicken. Sie senken z. B. gerade mal eben mit dem Haushaltsbegleitgesetz die Standards in der Kindertagespflege. Das haben wir heute Vormittag schon diskutiert. Sie lehnen heute unser Programm für ein kinder- und familienfreundliches Niedersachsen ab, mit dem wir die Bildungs- und Betreuungsangebote in den Kindertagesstätten ausbauen wollen. Sie lehnen es ab, einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für unter Dreijährige zu schaffen. Sie lehnen es ab, das Ganztagsangebot in den Kindergärten bedarfsgerecht auszubauen. Sie weigern sich, in den Kindertagesstätten ein modernes Qualitätsmanagement aufzubauen und Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau auszubilden. Sie weigern

sich auch, Ihr eigenes Wahlversprechen von 2003 noch vor der Wahl - Sie könnten das - umzusetzen und das letzte Kindergartenjahr kostenfrei zu gestalten

Wir haben in unserem Antrag eine Finanzierungsmöglichkeit für dieses Programm aufgezeigt. Zugegebenermaßen ist das ein sehr umfangreiches Programm. Sie sind aber noch nicht einmal bereit, sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen. Phantasielos und mutlos heißt es bei Ihnen nur: Leere Kassen! - Sie belassen lieber alles beim Alten.

(David McAllister [CDU]: Wir orientieren uns an der Realität! - Hans-Werner Schwarz [FDP]: Was nicht geht, geht nicht!)

Den Grundschulen haben Sie vor der letzten Wahl versprochen, die Jahreswochenstundenzahl in den ersten vier Schuljahren auf insgesamt 100 Stunden zu erhöhen. Auch dieses Versprechen haben Sie gebrochen. Auch nach vier Jahren Busemann liegt die Pflichtstundenzahl an den Grundschulen bei 94 Stunden, nicht bei 100.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Und wo waren wir?)

- Da müssen Sie jetzt rechnen, nicht wahr? - Statt die an den Grundschulen zurückgehenden Schülerzahlen zu nutzen, endlich das Unterrichtsangebot zu verbessern, bauen Sie dort schon einmal gut 270 Stellen ab. Eine Stellenvergeudung betreiben Sie stattdessen bei einigen Hauptschulen. Wir sprachen schon darüber. Obwohl diese Schulform von immer weniger Schülerinnen und Schülern angewählt wird, erhalten Sie hier aus ideologischen Gründen auch die kleinsten Schulen und Klassen am Leben, statt sie mit anderen Schulformen zusammenzuführen und den Hauptschülern eine wesentlich bessere Förderung zu ermöglichen. Unter dem Strich bauen Sie in Hauptschulen und Realschulen sogar Stellen ab. Stattdessen stecken Sie alles, was Sie haben, in Ihr Lieblingskind, die Gymnasien.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Deshalb beschweren die sich auch immer!)

Trotzdem wird es Ihnen auch im kommenden Jahr nicht gelingen, die Unterrichtsversorgung in den Gymnasien sicherzustellen. Mehr als 125 Lehrerstellen pro Jahr verbrauchen Sie zusätzlich für Ihr übereiltes Konzept der verkürzten Schulzeit. Sie haben die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur

leider nicht genutzt, um endlich einmal die Stundenpläne zu entmüllen und zu straffen.

Meine Damen und Herren, dieses Schulsystem, das Sie hier vertreten, ist nicht mehr zukunftsfähig. Dafür mehren sich die Anzeichen täglich.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Wirtschaft in Niedersachsen beklagt sich, dass sie trotz 380 000 Arbeitsloser nicht genügend qualifizierte Fachkräfte findet. Unser Schulsystem schöpft die Talente unserer jungen Menschen einfach nicht aus. Auch das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung fordert deshalb in seinem Forschungsbericht "Bildung und Qualifizierung in Niedersachsen" vom September dieses Jahres - also ganz aktuell - eine stärkere individuelle Förderung der Schüler durch differenzierten Unterricht in kleineren Lerngruppen, den Ausbau der Förderinfrastruktur an den Schulen, vor allem aber eine insgesamt spätere Selektion, wie sie in allen erfolgreichen PISA-Staaten erfolgt. Wohlgemerkt: Das ist nicht irgendeine Organisation, die Sie in die Ecke stellen wollen, sondern das ist das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung.

Aber, meine Damen und Herren, die Landesregierung verharrt unverdrossen in ihrer ideologischen Wagenburg. Sie weigert sich, die Veränderung der gesellschaftlichen Realität zur Kenntnis zu nehmen und ist angesichts dessen, was sie mit ihrer Schulstrukturreform angerichtet hat, unfähig, nach neuen Lösungen zu suchen. Lieber investieren Sie die Steuermillionen unverdrossen und ineffizient in ein veraltetes System - immer nach dem Motto "Augen zu und durch".

(David McAllister [CDU]: Nun hören Sie auf, unser Schulsystem schlechtzureden!)

Ich habe Ihnen gestern bereits gesagt, Herr Busemann: Ich kann mir kaum vorstellen, dass Sie mit diesem überholten und eigentlich schon gescheiterten Konzept in die nächste Landtagswahl gehen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Ich erteile Herrn Albrecht das Wort zu einer Kurzintervention für eineinhalb Minuten.

## Joachim Albrecht (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Korter, ich will es kurz machen. Man könnte zu einer Fülle von Dingen, die Sie eben ausgeführt haben, entsprechende Einwände vortragen, da ein großer Teil der Sachen, die Sie uns hier vorgestellt haben, schlicht und ergreifend nicht ganz den Tatsachen entspricht.

(Beifall bei der CDU)

Aber auf eine Stelle möchte ich Sie aufmerksam machen. Ich war schon etwas verwundert über das Verständnis, das Sie von der Arbeit von Fraktionen haben, auch von regierungstragenden Fraktionen. Die Regierung hat einen Haushaltplansentwurf vorgelegt. Das heißt doch aber nicht, dass die Fraktion zu allem Ja und Amen sagt. Wenn das Ihr Verständnis von Regierungsarbeit ist, dann gute Nacht. Dann kann ich nur wünschen, dass Sie nie wieder an die Regierung kommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Frau Korter möchte antworten. Bitte schön, Sie haben für eineinhalb Minuten das Wort.

## Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Albrecht, lassen Sie sich doch einmal überraschen, was wir machen, wenn wir an der Regierung sind. Da werden Sie sich schon wundern. Wir werden nämlich dafür sorgen, dass die Zahl der Schulabgänger, die in Niedersachsen die Schule ohne Schulabschluss verlassen, deutlich sinkt. Wir werden dafür sorgen, dass Förderschüler besser integriert werden. Wir werden dafür sorgen, dass jedes Kind seinen Begabungen entsprechend den bestmöglichen Schulabschluss erhält und nicht vorher aussortiert wird. Ich habe gar keine Bedenken, dass das hervorragend wird.

Sie haben doch bis jetzt kritiklos alles nachvollzogen, was der Minister Ihnen gesagt hat. Kurz vor der Wahl zeigen Sie jetzt: Wir haben auch noch etwas zu melden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Nun erteile ich Herrn Kollegen Schwarz von der FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön!

## Hans-Werner Schwarz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Korter, ich hatte Sie eigentlich nicht auf der Liste. Aber zum Schluss haben Sie doch noch etwas gesagt, wozu ich etwas sagen muss: Der feine Unterschied zwischen uns in Bezug auf die Förderschulen ist der, dass wir nach der bestmöglichen Förderung für unsere benachteiligten Kinder suchen, während Sie die Förderschule abschaffen wollen. Das ist der feine Unterschied. In diesem Bereich wollen wir Verbesserungen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Eckel, Sie behaupten, dass wir die Eltern in Niedersachsen enttäuscht hätten. Ich will Ihnen einmal sagen: Der Landeselternrat begrüßt die Einrichtung der Eigenverantwortlichen Schule - Sie begrüßen sie nicht. Der Landeselternrat verlässt den Bundeselternrat, weil er die gemeinsame Schule nicht will. Ich kann nicht erkennen, dass der Landeselternrat Ihren Konzepten folgt, sondern er folgt unseren Konzepten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt ist bekanntlich die in Zahlen niedergeschriebene Politik. Für uns heißen die aktuellen Eckdaten: Verbesserung der Unterrichtsversorgung, Ausbau der Ganztagsangebote, Stärkung der Hauptschulen durch weitere Sozialpädagogen, frühkindliche Bildung, Stärkung der freien Schulen, Rückendeckung für die berufsbildenden Schulen - Stichwort "Fachpraxislehrer" - und Hilfestellung für die Förderschulen. Mit der finanziellen Berücksichtigung dieser Bereiche befinden wir uns weiter konsequent auf dem Weg zu einer verbesserten Bildungsqualität.

Stichwort "Unterrichtsversorgung". Frau Eckel, wir hatten gemeinsam eine Podiumsdiskussion geführt, die vom Stadtelternrat hier in der Stadt Hannover organisiert worden war. Dieser sprach von 50 Jahren Lehrermangel. Das ist kein Ding der derzeitigen Landesregierung.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Mister 100 % - da sitzt er!)

Das ist eine Frage, die sich seit 50 Jahren durch unser Land zieht. Herr Jüttner, jeder, der sich nur halbwegs mit der Materie befasst, weiß, dass 100 % Unterrichtsversorgung auf dem Papier nicht gleichbedeutend sind mit 100 % erteiltem Unterricht.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das müssen Sie ihm sagen!)

- Nun sage ich das doch! Nun seien Sie doch ruhig! Bleiben Sie ganz ruhig. Ich bin bei Ihnen, ich sage es Ihnen jetzt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das habe ich befürchtet!)

Insofern müssen in der Tat die Baustellen, die es insbesondere bei der Versorgung der Mangelfächer gibt, die aber auch durch die Besonderheiten des ländlichen Raums hervorgerufen werden, offen angesprochen werden. Hier müssen wir in der Tat die Schwächen, die vorhanden sind, sukzessive abbauen.

Aber die katastrophale Einstellungspraxis der 90er-Jahre hat dazu geführt, dass sich ein gewaltiger Berg an Lehrkräften aufgebaut hat,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

die zwischen 53 und 59 Jahren alt sind. Den gilt es demnächst zu bewältigen. Das wird nicht einfach; denn wir sind in Deutschland nicht allein. Andere Bundesländer haben ebenfalls ihre Probleme.

Wir jedenfalls freuen uns über die 400 Lehrerstellen, die nicht abgebaut werden. Das war zwingend erforderlich. Das ist aber kein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen. Wir können die besorgten und berechtigten Nachfragen und Beschwerden der Eltern nachvollziehen und nehmen sie ernst; natürlich immer unter der Voraussetzung, dass mit den initiierten Zählappellen an den Schulen gerecht und fair umgegangen wird. Hieran sind nachweislich hin und wieder Zweifel erlaubt. Manche Interpretation von Umfrageergebnissen halte ich nicht für seriös.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mit den 4 Millionen Euro für die Fortsetzung des Ausbauprogramms für die Ganztagsschulen und die Gewährung zusätzlicher Lehrerstunden setzen wir auch hierbei unseren Weg konsequent fort, wenngleich ich an dieser Stelle anmerken will, dass aus meiner Sicht die Ganztagsschule niemals als Allheilmittel herhalten kann, was die Diskussion um Jugendgewalt und die Frage nach der Kompensation von Erziehungsdefiziten oder die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbetrifft. Auch Bischof Huber und andere haben übrigens deutlich gemacht, dass die Schule kein Reparaturbetrieb sein kann, der den Eltern die vom Gesetzgeber übertragene Verantwortung übernehmen kann. - Es wäre schön gewesen, verehrte Kollegin von der SPD-Fraktion, wenn Sie auch dazu etwas gesagt hätten.

Richtig ist, die Schulen Schritt für Schritt mit pädagogischen Angeboten zu verbessern. Kooperationen mit Beteiligten von außen sind aus unterschiedlichen Gründen auch zukünftig unverzichthar

Bedauerlicherweise stellen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, die Hauptschule fast nur noch als sozialen Brennpunkt dar, suggerieren aus ideologisch motivierten Gründen, Schülerinnen und Schüler würden dort nichts mehr lernen und könnten dort nur noch das Ticket für die Arbeitslosigkeit buchen. Das mag vielleicht auf manche Hauptschulen zutreffen, aber bei weitem nicht auf alle, wie Sie immer glauben machen wollen. Es gibt viele Hauptschulen, die die Schüler mit vorbildlichen Projekten für die Ausbildung und damit für die Zukunft fit machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich denke da ganz spontan an die Hauptschule Neuenkirchen bei Bramsche, die Jahr für Jahr nachweist - das weiß auch Frau Polat; ich weiß nicht, ob sie hier ist -, was man in dieser Schulform erreichen kann, wenn man sie nicht durch Kräfte von außen ins Abseits stellt. Dieser Schule und vielen anderen Schulen verpassen Sie, Frau Korter und auch Herr Meinhold, mit Ihrer Argumentation heute bzw. gestern einen Tritt ins Kreuz. Das hat diese Schulform nicht verdient.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mit den sozialpädagogischen Kräften, die im Rahmen des Hauptschulprofilierungsprogramms beschäftigt werden können, sowie der Schwerpunktsetzung bei der Genehmigung von Ganztagsschulen im HS-Bereich geben wir sehr bewusst genau denjenigen Rückendeckung, die Sie gern ins Abseits stellen wollen. Mit Ihren Vorstellungen

zur HS löst man die Probleme nicht, sondern man verlagert sie nur.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mit der Eigenverantwortlichen Schule ab 2007 wollen wir die Qualitätsentwicklung durch Profilbildung und Wettbewerb voranbringen. Wir sind überzeugt davon, dass mit größerer Eigenverantwortung der Schulen die Bildungsqualität steigt. Die freien Schulen nehmen seit langem eine Vorreiterrolle im Sinne eines eigenverantwortlich gestalteten Unterrichts ein. Sie haben hier auch eine gewisse Vorbildfunktion. Wir sind im Einvernehmen zu einer finanziellen Planungssicherheit für die freien Schulen gekommen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Ich will aufgrund der gestrigen Debatte jetzt die Gelegenheit nehmen, kurz noch etwas zu PISA zu sagen. Es ist und bleibt das Verdienst der PISA-Studie, die Bildungsfrage in den Blickpunkt gesellschaftspolitischer Diskussionen zu rücken. Ich sage aber in aller Klarheit, dass sie oft sehr oberflächlich für Schulstrukturdebatten missbraucht wird.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie liefert uns keine Erkenntnisse hinsichtlich der Frage nach der allein selig machenden Schulstruktur. Sie liefert aber die Erkenntnis - das ist nicht wegzudiskutieren -, dass unabhängig von der Struktur jene Länder am erfolgreichsten waren, die in der Lage gewesen sind, größtmögliche Eigenverantwortung mit personalintensiver individueller Förderung zu verbinden. Damit geht ein hoher Anerkennungsgrad des Lehrpersonals in der Gesellschaft einher. Es ist deshalb dringend erforderlich, der Institution Schule den Rücken zu stärken und sie nicht durch gezielte Debatten über Schulschließungen zu verunsichern.

# (Beifall bei der FDP)

Übrigens gehört dazu auch die Anerkennung eines adäquaten Arbeitsplatzes; denn der Lehrerberuf findet gewissermaßen nicht nur im Unterricht vor der Klasse statt.

Ich habe Ihnen gestern einen Beitrag aus der Welt zur Kenntnis gegeben, in dem darauf verwiesen wurde, dass Schüler und Eltern in Schleswig-Holstein dafür demonstrieren, dass die Realschule als eigene Schulform erhalten bleibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition,

Sie haben darauf in sehr bezeichnender Weise reagiert. Herr Meinhold reagierte ausweislich des Protokolls so, dass er sagte: Das ist ja noch viel schlimmer, was Sie da sagen. Merken Sie denn überhaupt nichts? - Herr Meinhold, ich fürchte, Sie haben überhaupt nicht begriffen, worum es dabei geht. Hier haben sich Realschüler aus der Sorge, dass ihr Ausbildungsniveau sinkt, zu Wort gemeldet. Hier wollen leistungsbereite Schüler verhindern, dass ihnen durch Zusammenführung mit Schülern, deren Stärken und Interessen augenscheinlich auf einem anderen Gebiet liegen, Chancen genommen werden. Diesen Hilferuf kann man nicht ignorieren, sondern man muss ihn ernst nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Helmhold fragte vorwurfsvoll: Wollen Sie das? - Frau Helmhold, darum geht es nicht. Wir wollen auch nicht, dass sich Jugendliche durch Demonstrationen voneinander abgrenzen. Wir verschließen aber nicht die Augen vor den Problemen, sondern wir suchen nach Lösungen. Frau Korter bemerkte noch sehr naiv, was denn das eigentlich bloß für Schüler seien; das könne doch nur am dreigliedrigen Schulsystem liegen.

(Lachen bei der FPD und bei der CDU)

So platt, wie Sie sich hier einbringen, so kurz springen Sie in der Schulstrukturdebatte: Augen zu und vorwärts in die Gleichmacherei. - Ich frage Sie: Welche Antwort geben Sie den Schülern, die spüren, dass ihre Leistungsbereitschaft unterlaufen werden soll? Wo bleiben Sie mit den Schülern, die jetzt die Hauptschule besuchen? Ganz konkret gefragt: Wie sieht Ihr Konzept aus? Oder heißt Ihr Konzept: Wir stecken die Schüler in eine Gesamtschule; dort fällt das Problem nicht sonderlich auf?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir sind nachdrücklich der Überzeugung, dass das gegliederte Schulwesen in unserer Bildungslandschaft einen unbestreitbaren Stellenwert hat und sich im Wettbewerb mit den bestehenden Gesamtschulen hervorragend darstellt. Wir haben in der Tat noch sehr viel Arbeit vor uns. Dazu gehört, dass wir auch in der Lehrerausbildung vorankommen. Hier können wir definitiv von den PISA-Siegerländern lernen. Mein Fazit: In der Bildungspolitik sind wir gut aufgestellt, aber es gibt noch viel zu tun.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Schwarz. - Es liegen Wortmeldungen zu zwei Kurzinterventionen vor. Zunächst hat Frau Kollegin Korter für anderthalb Minuten das Wort.

# Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Schwarz, wir reden die Hauptschulen nicht schlecht, und wir haben sie auch nicht kaputtgemacht. Da müssen Sie sich schon an die eigene Nase fassen; denn Sie haben ihnen mit Ihrem Schulgesetz von 2003 den Rest gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie glauben immer noch, dass Hauptschüler besser lernen, wenn sie bei niedrigerem Anforderungsniveau unter sich bleiben und keine Leistungsträger dabei sind. Fragen Sie einmal Hauptschullehrer, die jetzt in der 5. und 6. Klasse unterrichten, was diese von Ihrer Schulreform halten. Melden Sie sich dann hier noch einmal zu Wort.

Dasselbe gilt bei Ihnen für die Förderschulen. Auch dort meinen Sie, Behinderte sollten am besten unter sich bleiben. Das haben wir im Interview eben gerade doch mitgekriegt. Es geht darum, dass die Kinder untereinander lernen. Das ist Ihnen offensichtlich fremd. Nicht nur die Lehrerin oder der Lehrer vermittelt den Kindern etwas, sondern die Kinder lernen auch untereinander, und zwar am besten, wenn es sich um leistungsgemischte Gruppen handelt. Davon profitieren alle am meisten.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben sich im Kultusausschuss hingestellt und eine Anhörung zum Thema mehr Integration von Förderschülern verweigert. Frau Körtner, Sie haben sich nicht deshalb verweigert - Sie müssen schon bei der Wahrheit bleiben -, weil es zeitlich nicht passt, sondern deshalb, weil Sie diese Diskussion nicht unter dem Label von mehr Integration geführt wissen wollen. Das finde ich wirklich frappierend.

(Joachim Albrecht [CDU]: Wir wollen die Besten fördern!)

Herr Schwarz, ich würde mich an Ihrer Stelle nicht auf Zeitungsartikel über gewalttätige Demonstrationen in Schleswig-Holstein berufen, wenn Sie die Hintergründe hier nicht darlegen. Es geht darum, dass die Schüler möglichst gut gefördert werden und dass man sie nicht ausgrenzt. Sie werden in Schleswig-Holstein am besten in einer gemeinsamen Schule gefördert und diese heißt dort Gemeinschaftsschule.

(Beifall bei den GRÜNEN - Joachim Albrecht [CDU]: Aber die Schüler wollen das nicht!)

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Sie haben sich sekundengenau an die Redezeit gehalten. Herzlichen Dank. - Herr Kollege Schwarz möchte unmittelbar antworten. Bitte schön!

## Hans-Werner Schwarz (FDP):

Frau Korter, ich möchte, was die Förderschulen betrifft, eine Klarstellung vornehmen. Ich denke, Sie argumentieren ausgesprochen oberflächlich. Es sollen alle beschult werden. Sagen Sie dann doch aber bitte auch, von welchem Personal. Glauben Sie denn allen Ernstes, dass wir heute das Personal zur Verfügung haben, welches in der Lage ist, sämtliche Behinderungen in einem Kreis zu bewältigen, der dann auch noch die sogenannten normalen Schüler beschulen muss? - Das geht doch gar nicht. Zur Personalausstattung ist von Ihnen kein einziger Vorschlag gekommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Verehrte Frau Korter, Sie haben in Ihrem Beitrag an dieser Stelle hier eben gerade noch gesagt, dass Sie die Hauptschulen in der jetzigen Form einfach nicht mehr wollen. Das war zwischen den Zeilen eindeutig zu lesen. Sie haben es an anderer Stelle auch gesagt. Die Hauptschulen sind Ihnen ein Gräuel. Das will ich einmal in aller Klarheit sagen. Das ist aber nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Nun hat Herr Kollege Harden zu einer weiteren Kurzintervention das Wort.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Herr Harden, ich antworte nicht, egal was kommt!)

# Uwe Harden (SPD):

Frau Präsidentin! Lieber Herr Kollege Schwarz, ich habe Ihnen gegenüber vielleicht den Vorteil, dass ich eine Tochter habe,

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Ich habe auch eine Tochter!)

die gewissermaßen durch diese Schulreform, wie Sie es nennen, durch muss. Sie gehört dem Jahrgang an, der als erster jene Sturzgeburt der Rückkehr zur Dreigliedrigkeit mitgemacht hat.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wann war das denn?)

Sie haben die Völkerwanderung in Gang gesetzt, bei der Sie jetzt beklagen, dass die Hauptschulen gewissermaßen leerlaufen. Das haben Sie und kein anderer zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Das hat auch eine Folge für die Gymnasien. Die Klassen dort sind überfüllt. Es gibt dort Klassen mit bis zu 35 Kindern. Das ist eine tolle Sache, wenn es in einer 5. Klasse so viele Schüler gibt. Wie war die Situation? Es gab keine passenden Schulbücher für die Klassen 6 und 7. In Klasse 5 wird jetzt beispielsweise mit dem Englischunterricht angefangen. Es wird nun aber erst damit angefangen, die Schulbücher einzuführen, die die Schüler schon vor zwei Jahren hätten haben müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit werden Grundlagen für profunde Wissenslücken gelegt.

Der nächste Punkt ist, dass sich die Lehrer nicht auf die kleinen Kinder, die 10- und 11-Jährigen, einstellen können. Der "Schimmelreiter" als Lektüre für 11-Jährige - das ist eine tolle Sache. Kinder in diesem Alter können mit dieser Lebenswelt noch gar nichts anfangen. Sie haben nichts ausgearbeitet, worauf man hätte zurückgreifen können. Sie hatten nur die nächste Landtagswahl im Blick, weil Sie das Vorhaben bis dahin abgeschlossen haben wollten. Sie reden immer davon, dass wir Kinder zu Versuchskaninchen gemacht hätten. Bei Ihrer Schulpolitik müssten Sie eigentlich schon ganz lange Ohren haben.

(Starker Beifall und Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN - Walter

Meinhold [SPD]: Aber ganz, ganz lange Ohren!)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Harden. - Herr Schwarz möchte nicht antworten.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Jetzt ist er sprachlos!)

Aber jetzt kommt Frau Kollegin Körtner zu einer Kurzintervention auf den Kollegen Schwarz.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

## Ursula Körtner (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Schwarz, ich kann Ihnen in allen Dingen Recht geben,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

vor allen Dingen im Hinblick auf die Hauptschule; denn eines ist klar und wissen wir alle: Die Hauptschule wurde unter der früheren SPD-geführten Landesregierung systematisch ausgeblutet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man hat die Unterrichtsversorgung dramatisch zurückgefahren.

Liebe Kollegin Frau Korter, wir lehnen es inzwischen ab, in unserem Bereich ideologische Auseinandersetzungen zu führen. Wir werden uns darin auch nicht einigen. Aber wir bitten ganz, ganz herzlich: Lassen Sie doch endlich einmal die Hauptschulen und damit auch die Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Ruhe arbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben im ganzen Land Niedersachsen hervorragende Projekte. Wir leiden immer noch ein bisschen darunter - wir sind erst seit 2003 an der Regierung -, dass die Hauptschule immer noch als die Hauptschule des Status quo, die Sie zur Restschule machen wollten, wahrgenommen wird. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Aber diskriminieren Sie nicht ständig die unglaublich engagierte Arbeit der Hauptschülerinnen und

Hauptschüler Niedersachsens. Das ist unsere einzige ganz herzliche Bitte an Sie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Das waren jetzt 70 Sekunden, Frau Kollegin Körtner. Sie haben sich am Anfang Ihrer Ausführungen auf den Kollegen Schwarz bezogen, sind dann etwas abgewichen und sehr auf die Kollegin Korter eingegangen. In einer 70 Sekunden dauernden Rede ist so etwas manches Mal schlecht zu korrigieren. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir so etwas durchlaufen lassen. Sie haben Ihre anderthalb Minuten aber auch nicht ausgenutzt.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Frau Präsidentin, das war sehr gut!)

Jetzt erteile ich, wenn Sie, Herr Schwarz, auf die Kurzintervention nicht antworten möchten

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Ich bin begeistert!)

- prima! -, Herrn Kultusminister Busemann das Wort. Bitte schön, Herr Minister!

(Oh! bei der SPD)

#### Bernhard Busemann, Kultusminister:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ja regelrecht Vorfreude spürbar. Ich will hier gleich zu Beginn Folgendes deutlich machen: Auch als Kultusminister stehe ich dazu, dass die Sanierung des Landeshaushalts vorrangig ist und hierzu natürlich auch jeder Bereich seinen Beitrag zu leisten hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Den in den 90er-Jahren durch Vorgängerregierungen angehäuften Schuldenberg müssen wir heute, auch was die Personalressourcen anbelangt, konsequent abtragen.

(Walter Meinhold [SPD]: Immer die gleiche Leier!)

- Sie nennen das "Leier". Ich sitze vor dem Problem; denn Schulden sind die größte Hypothek, die wir unseren Kindern hinterlassen können. Meine Damen und Herren, die beste Bildung ist nichts wert, wenn später der Schuldenberg der jungen Generation so groß ist, dass die jungen Leute im Leben nicht mehr klarkommen. Ich meine, dass diese Folgewirkungen hier immer mit bedacht werden müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich meine, dass in diesem Haushalt gleichwohl eine gute Botschaft steckt. Ich möchte sie mit "Vorfahrt für Bildung" überschreiben und sie ihnen mit Zahlen deutlich machen. Wenn der Haushalt mit den dazu vorliegenden Anträgen der Regierungsfraktionen beschlossen wird, verfügt mein Ressort im Jahr 2007 über 4,108 Milliarden Euro - 17,4 % des Gesamtetats.

(Joachim Albrecht [CDU]: Das ist schon beachtlich!)

Im letzten Amtsjahr der Vorgängerregierung lagen wir bei 3,804 Milliarden Euro - lediglich 16,5 % des Etats.

(Joachim Albrecht [CDU]: Hört, hört! - Walter Meinhold [SPD]: Und die Kindergärten?)

- Herr Meinhold, zwischen Ihnen und uns liegen 300 Millionen Euro, die heute mehr für Bildung ausgegeben werden, und das wohlgemerkt bei Streichung des dreizehnten Monatsgehalts im Schulbereich usw. Wir liegen also gewaltig besser.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Walter Meinhold [SPD]: Und die Kindergärten? Was haben die Kindergärten dazu gekriegt?)

- Die Kindergärten werde ich noch gesondert ansprechen. - Die Differenz können Sie nicht einmal dadurch ausgleichen, dass die IZBB-Mittel des Bundes für Kindergärten jetzt auslaufen und nur noch 69 Millionen Euro betragen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

- Nun regen Sie sich doch nicht so auf! Hören Sie doch einfach mal zu! Wie in der Schule, Herr Harden.

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister, ich muss Sie unterbrechen. - Ich habe in den ersten 45 Sekunden vier Zwischenrufe von Herrn Meinhold, zwei von Herrn Wulf und vier von Herrn Harden vermerkt. Wenn das so weitergeht, werde ich das als Ordnungsruf werten. Ich

ermahne Sie diesbezüglich. - Herr Minister Busemann hat jetzt das Wort.

#### Bernhard Busemann, Kultusminister:

Also: Wir müssen Haushaltskonsolidierung und ungeachtet dessen kreative Bildungspolitik, die nach vorne gerichtet ist, betreiben. Das schaffen wir auch.

Ich will in einigen Punkten z. B. auch das große Thema Unterrichtsversorgung ansprechen. Ich habe es Ihnen hier schon hundertmal erklärt, und Sie wollen es nicht hören. Ich habe von Ihnen seinerzeit 66 500 Vollzeitlehrerstellen übernommen. 700 davon waren seinerzeit noch irgendwo im Wolkenkuckucksheim angesiedelt, mit deren Finanzierung wir nachher auch fertig werden mussten. 2 500 Stellen sind dazugekommen. Wir haben im Übrigen - egal, ob Sie das der Schulstrukturreform oder einem anderen Projekt zuordnen - durch bestimmte Maßnahmen, die Sie hier kritisiert haben, weitere Lehrerstellen und -stunden erwirtschaftet. Denken Sie einmal an das Thema Klassenobergrenze, bei dem Sie mit mir nicht ganz einig gehen, denken Sie an das Thema der Streichung von Entlastungsstunden. Mit diesen Maßnahmen habe ich alles das erwirtschaftet, was ich zusätzlich für Unterrichtsversorgung benötige. Sie können also nicht sagen, dass ich zur Finanzierung dieser Maßnahmen etwas von den 2500 Stellen abgezogen habe.

Jetzt ist die Frage aufgeworfen worden, ob die in der Mipla für das nächste Jahr vorgesehene Streichung von 400 Stellen rückgängig gemacht werden kann und ob diese Stellen wieder neu besetzt werden können. Das war Ihr Antrag, das war unsere Vorstellung, da gehen wir konform. Dann können Sie doch sagen: Dann ist das so in Ordnung, dann machen wir das auch so.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber dann hoffe ich, dass wir im nächsten Jahr keinen Streit über die Unterrichtsversorgung bekommen; denn wir haben in dieser Frage offenbar deckungsgleiche Vorstellungen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Ihnen daran irgendetwas nicht gefällt, hätten Sie andere Anträge stellen müssen. Vor zwei oder drei Jahren wollten Sie noch 2 500 Stellen wieder abbauen, weil deren Vorhaltung nicht vertretbar gewesen sei. Aber das ist auch schon wieder

Schnee von gestern. Gestatten Sie mir bei der Gelegenheit diesen deutlichen Hinweis.

Meine Damen und Herren, das Thema hundertprozentige Unterrichtsversorgung ist kompliziert genug. Herr Jüttner, ich kann einer Schule rein rechnerisch sogar fünf Lehrerstellen draufpacken, damit sie eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung erreicht. Trotzdem kann es passieren, dass der Lateinlehrer nicht da ist; weil es ihn eben nicht gibt. Wir müssen uns daher gemeinsam etwas einfallen lassen.

(Joachim Albrecht [CDU]: Wir können ja welche schnitzen!)

Das Problem besteht nun einmal. Ich könnte natürlich viel darüber erzählen, welche Fehler Vorgängerregierungen beispielsweise bezüglich der Frage begangen haben, warum wir noch nicht genug Studierende und Referendare haben usw. Alles das hängt damit zusammen. Das Fächerspezifische und auch das Regionalspezifische als Ursache dafür, dass uns die Steuerung zur Versorgung der entlegenen Standorte manchmal noch nicht so richtig gelingt, sind die einzigen ernsthaften Probleme.

Nun noch der Punkt mit den Krankheitsfällen. Wir haben einen Feuerwehretat, der ausreichend bemessen und auch in diesem Jahr auskömmlich ist, mit dem wir die notwendigen Personalbewegungen meines Erachtens unbürokratischer als früher vollziehen können.

Meine Damen und Herren, wir werden 2007 an den Innovationen und Reformvorhaben in unserem Bildungswesen weiter arbeiten. Ich nenne nur die frühkindliche Förderung, die Sprachförderung vor und nach der Einschulung, die Entwicklung von Bildungsstandards und Kerncurricula, die Vergleichsarbeiten im Primarbereich und im Sekundarbereich I, den Aufbau einer Qualitätsoberstufe, die Berufsorientierung in allen Schulformen, neue Schwerpunkte bei den Stundentafeln aller Schulformen, die Schulinspektion und nicht zuletzt die Eigenverantwortliche Schule.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich will einige dieser Punkte kommentieren. Mit der Schulgesetznovelle vom 17. Juli 2006 ermöglichen wir es der Schule, durch erweiterte Eigenverantwortlichkeit ihres Handelns die Ergebnisse nachhaltig selbst zu bestimmen und selbst zu verbessern. Mit Hoch-

druck arbeiten wir zurzeit an den Konzepten für die erforderliche Beratung und Unterstützung sowie für die Entlastung insbesondere der Schulleiterinnen und Schulleiter.

Zum wievielten Male muss ich das eigentlich klarstellen, Frau Eckel? - Ich habe das doch deutlich gemacht; Sie haben das im Ausschuss doch noch hinterfragt. Wir haben vorhandene Mittel und zusätzliche Mittel für die Fortbildung gebündelt. Dabei handelt es sich um 41 Millionen Euro, verteilt auf mehrere Jahre. Diese Mittel werden in diesen Tagen sehr stark für die Fortbildung von Schulleiterinnen und Schulleitern eingesetzt. Das ist wichtig im Hinblick auf das nächste Schuljahr. Wir setzen das Geld aber in den nächsten Jahren eigentlich für Fortbildung in allen Bereichen ein. Sie haben den Bereich verkümmern lassen. Wir erreichen dort jetzt wieder ein ordentliches Niveau.

Die Schulen fragen natürlich, wie es im nächsten Jahr mit der Deregulierung und der Entrümpelung von Vorschriften aussieht - ein Lieblingsthema der Grünen. Ich will Ihnen gerne ankündigen, dass wir in Kürze mit konkreten Vorstellungen und Vorschlägen aufwarten werden.

# (Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo übernimmt den Vorsitz)

Ich hatte schon einmal eine Liste über Erlasse, die entbehrlich sind, verkündet. Dabei handelt es sich um 30 Erlasse, die dispositiv sind, und andere, die verschlankt werden können.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wie viel haben Sie denn vorher draufgepackt?)

- Nichts da! Ich arbeite mit exakt so vielen Erlassen wie meine Vorgängerin, und zwar fast auf den Punkt genau, Herr Kollege Jüttner.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich dachte, Sie seien besser!)

- Deshalb bin ich ja dabei, nicht nur 30, sondern bis zu 50 Erlasse zur Disposition zu stellen. Warten Sie das einfach mal ab!

Außerdem will ich Sie darauf hinweisen, dass der Aufbau der Schulinspektion planmäßig vorangeschritten ist. Im nächsten Jahr wird noch die dritte Tranche der Schulinspektorinnen und -inspektoren ausgebildet und eingestellt, sodass wir in diesem Jahr 400 Inspektionen schaffen, während es im nächsten Jahr und in den Folgejahren immer etwa 800 Schulinspektionen pro Jahr sein werden. Ich

darf sagen: Das System steht, und es arbeitet erfolgreich.

Auch den Ausbau der Ganztagsschulen setzen wir konsequent fort. Als wir die Regierungsverantwortung übernommen haben, gab es in Niedersachsen 155 Ganztagsschulen. Zu Beginn des Schuljahres 2006/2007 waren es 515. Das ist eine Verdreifachung. Deshalb lasse ich mir auch nicht nachsagen, ich hätte etwas gegen Ganztagsschulen. Das stimmt nun absolut nicht. Das können Sie mir nicht unterstellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Von den neu hinzu gekommenen 360 Ganztagsschulen bekommen 156 bereits zusätzliche Lehrerstunden.

# Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

#### Bernhard Busemann, Kultusminister:

Nein, das ist ja auch ein Zeitproblem.

204 Schulen mussten bisher ohne einen Ganztagszuschlag - Ziffer 8.2 des Erlasses - arbeiten und haben trotzdem gute Ergebnisse erzielt. Ich lasse daher nicht zu, dass man in diesem Zusammenhang von Billigmodell, von schlechter oder minderwertiger Arbeit redet.

(Beifall bei der CDU)

Der Haushaltsantrag von CDU und FDP, 4 Millionen Euro bereitzustellen, um für weitere Lehrerstunden gut 90 zusätzliche Stellen zu schaffen, ist eine tolle Sache. Das ermöglicht uns, den Ausstattungsprozess voranzutreiben und einer großen Zahl der verbleibenden Schulen zum Wohle unserer Kinder zu helfen. Wir bereiten die Genehmigungen und Zuerkennungen zum 1. Februar bzw. zum 1. August vor. Ich darf in Aussicht stellen, dass wir im kommenden Jahr jeder dieser 204 noch nicht entsprechend versorgten Schulen ein entsprechendes Stundendeputat zukommen lassen werden, es notfalls auch noch selber budgetieren.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Damit werden diese 8.2er-Schulen, wie ich finde, passabel mit Stunden ausgestattet, auch wenn Sie sicherlich wieder sagen werden, das sei zu wenig. Für uns ist die Feststellung wichtig: Der Minister

hat Wort gehalten. Die Schulen haben aus den bekannten Gründen angefangen und bekommen nun die entsprechenden Ressourcen nachgeliefert.

Meine Damen und Herren, ich möchte in dem Zusammenhang auch die Schulen in freier Trägerschaft ansprechen. Ich verstehe, dass eine bestimmte politische Richtung, die am liebsten staatliche Einheitsschulen für alle vorhalten möchte, mit Schulen in freier Trägerschaft nicht so gut Freund ist. Die stören ja in einem solchen System.

(Zustimmung des Joachim Albrecht [CDU])

Obwohl die Schulen in freier Trägerschaft einen verfassungsmäßigen Leistungsanspruch gegenüber dem Land haben, wurden sie durch die Vorgängerregierungen immer recht stiefmütterlich behandelt. Darüber hat man sich manchmal schon gewundert.

(David McAllister [CDU]: Richtig!)

Die Schulen in freier Trägerschaft bieten ein gutes Bildungsangebot und sind eine achtbare Alternative zum staatlichen Schulwesen. Ihre Schülerzahlen steigen, zudem werden stetig neue Schulen errichtet. Ich begrüße das. Deshalb soll und muss auch die Finanzhilfe für die Schulen in freier Trägerschaft steigen. Der Ansatz für das Haushaltsjahr 2007 macht die finanziellen Anstrengungen des Landes auch hier deutlich. Im Haushalt in der Fassung des Antrags der Regierungsfraktionen stehen dafür 227,4 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Das sind 12 Millionen Euro mehr, als ursprünglich vorgesehen war. Wir haben in dem Zusammenhang ein neues Finanzhilfesystem erarbeitet, mit Zustimmung aller. Ich glaube, dass wir damit vernünftig aufgestellt sind.

Ich möchte noch den Bereich der frühkindlichen Bildung ansprechen. Dass wir hier einen besonderen Schwerpunkt setzen, ist vielfach diskutiert worden. Ich finde, wir haben ein tolles Programm aufgelegt, mit dem wir für die nächsten vier Jahre jeweils 25 Millionen Euro, insgesamt also 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Im Rahmen der Diskussion über den Sozialhaushalt hat die Sozialministerin das Thema bereits behandelt. Wir beteiligen uns im Bereich der frühkindlichen Bildung mit 5 Millionen Euro. Damit finanzieren wir unter anderem Sprachstandsfeststellungen an den Kitas, die Schulung und den Einsatz von Beratungsteams sowie Modellversuche.

Noch sind wir nicht in der Lage, das beitragsfreie dritte Kita-Jahr zu organisieren. Mir wäre auch nicht wohl dabei, wenn wir das nur über Neuverschuldung finanzieren könnten

## (Zustimmung bei der CDU)

und wir den Kindern und den Eltern, die heute davon profitieren würden, in ein paar Jahren sagen müssten: Ihr dürft das jetzt wieder abbezahlen, weil wir damals Schulden dafür aufgenommen haben. Das braucht seine Zeit. Wünschenswert ist es allemal. Wir kennen die Beschlüsse des CDU-Bundesparteitags und des CDU-Landesparteitag dazu, und wir wissen, welche Vorstellungen der Herr Bundespräsident hat. Hier sind wir sicher alle, jedenfalls gedanklich, in einer vernünftigen Richtung unterwegs.

Ich will noch einen Punkt erwähnen, der selten angesprochen wird: die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, die zu meinem Ressort gehört. Gemeinsam mit dem Bund bauen wir die Gedenkstätte Bergen-Belsen ihrer Bedeutung entsprechend mit einem finanziellen Aufwand von rund 12,5 Millionen Euro aus. In Zukunft soll auch der Forschung dort mehr Raum gegeben werden. Wir müssen dokumentieren und das Museum und die Gedenkstätte auch entsprechend ihrer Bedeutung betreiben. Wir haben den Etat auf 2 Millionen Euro angehoben. Das ist eine gute Maßnahme, und ich hoffe, dass hier Konsens besteht und wir damit auch gut aufgestellt sind.

## (Zustimmung bei der CDU)

Abschließend noch eine grundsätzliche Bemerkung: Zur gemeinsamen Schule sage ich nicht mehr viel, weil ich Ihnen dazu gestern schon einiges ins Stammbuch geschrieben habe. Ich habe in dem Zusammenhang aber eine Bitte: Hören Sie auf, wegen der gemeinsamen Schule jetzt schon die Förderschulen schlecht zu machen.

#### (Zuruf von Walter Meinhold [SPD])

- Das machen Sie. Was hier eben durchklang, bringt mich zum Entsetzen. Ich finde es jammerschade, dass Sie so tun, als sei unser tolles Förderschulsystem in sich schon eine Diskriminierung und der Grund dafür, dass Sie die Integrationsmodelle fordern. Wir haben mit den Förderschulen etwas ganz Tolles geschaffen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: So ist es!)

Sie haben den Bereich verkümmern lassen. Ich sage nur ein Stichwort "Unterrichtsversorgung 92 %".

#### (Beifall bei der CDU)

Das musste ich erst einmal in Ordnung bringen. Jetzt sind wir gut aufgestellt, und das soll so bleiben.

Hören Sie auch auf zu suggerieren, die gemeinsame Schule sei in Zeiten rückläufiger Kinderzahlen standorterhaltend. Sie können doch auf keinem Dorf mehr erklären, dass die gemeinsame Schule Standorte retten kann, wenn Sie gleichzeitig alle Angebote von der Förderschule bis zum Gymnasium vorhalten wollen. Das Gegenteil ist doch der Fall.

#### (Beifall bei der CDU)

Ich sehe doch schon, dass Sie demnächst herumlaufen und sagen werden: Ihr seid nicht gemeint, man kann unter zwei Systemen wählen. Das glauben Sie doch selbst nicht, und das glaubt Ihnen auch niemand, weil es gar nicht möglich ist. Man kann doch nicht wie aus einer Menükarte entweder das eine oder das andere System wählen. Das nimmt Ihnen doch niemand vor Ort ab. Dass Sie das allerdings in den Versammlungen im nächsten Winter erzählen werden, ahne ich schon.

Meine Damen und Herren, das waren einige Bemerkungen zur gemeinsamen Schule. Ich freue mich auf die Auseinandersetzungen in den nächsten 14 Monaten rund um dieses Thema.

Was den Haushalt anbelangt, darf ich sagen: Vieles ist wünschenswert, Wünsche hat man immer, aber der Kultusetat ist gut aufgestellt. Wir haben frei werdende Ressourcen nicht an den Finanzminister zurückgegeben - das tun andere Länder zum Teil auch nicht -, sondern sie für Bildung reserviert, wie es auch der Herr Bundespräsident anmahnt, und das ist auch gut so. - Danke.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Weitere Wortmeldungen zum Bereich Kultus gibt es nicht. - Wie im Ältestenrat vereinbart, behandeln wir nunmehr den Themenbereich

#### Wissenschaft und Kultur

Ich erteile der Kollegin Frau Dr. Andretta das Wort für die SPD-Fraktion.

## Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt ist immer ein Spiegel der Politik. In ihm erkennen wir, wie die Landesregierung die drängendsten Probleme in Angriff nehmen und lösen will. Die Hochschulpolitik ist ein zentrales Feld, auf dem Lösungen gefunden werden müssen - Lösungen für die Frage, wie die Innovationsschwäche der niedersächsischen Wirtschaft überwunden werden kann, oder Lösungen für die Frage, wie der drohende Fachkräftemangel abgewendet werden kann. Sie wissen: Schon jetzt fehlen Ingenieure. Die größte politische Herausforderung der nächsten Jahre ist die Antwort auf die Frage: Wie sichern wir auch den geburtenstarken Jahrgängen gerechte Bildungschancen?

Meine Damen und Herren, auf all diese Fragen bleibt der vorgelegte Haushalt eine Antwort schuldig.

#### (Beifall bei der SPD)

Statt verfügbare Ressourcen in Bildung und Forschung zu konzentrieren, macht diese Landesregierung das genaue Gegenteil. Der Anteil des MWK-Haushalts am Gesamthaushalt schrumpft von gut 10 % im Jahr 2005 auf nur noch 9,6 % im Jahr 2007. Es wird von dieser Landesregierung nicht mehr, sondern weniger in Wissenschaft und Forschung investiert.

#### (Beifall bei der SPD)

Auch in diesem Jahr legen Sie, Herr Minister, einen Haushalt vor, der keine neuen Impulse setzt und an Perspektivenmangel nicht zu überbieten ist.

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen wir die Fakten sprechen. Erst drei Jahre ist es her, dass an dieser Stelle von CDU und FDP das drastischste Kürzungsprogramm beschlossen wurde, das es je für Niedersachsens Hochschulen gegeben hat. Der Minister wollte durch Sparen optimieren und Stärken stärken. Doch was passierte? Die Lehrerbildung in Hildesheim wurde aufgepäppelt und die gute evaluierte Lehrerbildung in Hannover dafür

geschwächt. In Göttingen wird die renommierte Parteienforschung ausgetrocknet und in Osnabrück ein politisch genehmeres Institut für Parteienforschung neu gegründet.

(David McAllister [CDU]: Unverschämtheit!)

Warum in Osnabrück? - Der Ministerpräsident hat es Professor Ipsen versprochen, so Professor Ipsen.

Auch in Goslar hat der Ministerpräsident vor der Wahl Versprechungen gemacht: eine Fachhochschule für Goslar. Daraus wurde nichts; dafür erhält Goslar jetzt ein Energieforschungszentrum, übrigens im Wesentlichen finanziert durch Stellenumschichtungen aus Clausthal.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen und zeigen doch immer das Gleiche: Jeder kann Ihnen, Herr Minister, auf dem Kopf herumtanzen, weil Sie selbst kein Konzept haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dem HOK folgte der Zukunftsvertrag, die nächste Kürzungsrunde für die Hochschulen. Die Etats wurden für fünf Jahre eingefroren und die Hochschulen verpflichtet, Tarifsteigerungen selbst zu erwirtschaften. Dafür sollten den Hochschulen die Einnahmen aus den Studiengebühren zu 100 % zur Verbesserung der Studienbedingungen verbleiben. Doch die Tinte unter dem Vertrag war noch nicht trocken, da hatte der Minister ihn schon gebrochen. Als neue Belastung wurde den Hochschulen die Finanzierung des Ausfallfonds für Studienkredite aufgebürdet. Dieser Ausfallfonds sichert nicht nur das Kreditrisiko ab, sondern finanziert auch den gesamten Verwaltungsaufwand bei der NBank. Er kostet die Hochschulen bereits im nächsten Jahr über 2 Millionen Euro, und das ist nur der Anfang.

Hätte es noch eines Beweises für die Perspektivlosigkeit der Hochschulpolitik dieser Landesregierung bedurft, eindrucksvoller als mit Ihrer letzten Regierungserklärung, Herr Minister, hätten Sie sie nicht dokumentieren können.

(Beifall bei der SPD)

60 Minuten nichts als heiße Luft und Langeweile! Das bisschen Konkrete, Herr Minister, was Sie zu berichten wussten, blieb den Journalisten auf der anschließenden Pressekonferenz vorbehalten. Ein mieser Umgang mit dem Parlament!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, konnte man noch zu unsrer Regierungszeit Aufbruchgeist und Reformwillen an unseren Hochschulen spüren, so herrschen jetzt Stillstand und Resignation.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist abenteuerlich! Alles mies!)

Darüber können auch Ihre Kopfgeburten, Herr Minister, nicht hinwegtäuschen. Jüngstes Produkt: die NTH, der Zusammenschluss der Universitäten Hannover, Braunschweig und Clausthal zur Niedersächsischen Technischen Hochschule als Antwort auf die ETH Zürich. Einmal davon abgesehen, dass der Vergleich mehr als hinkt, bleiben Sie, Herr Minister, jede konkrete Antwort auf die Frage schuldig, wohin denn die Reise mit der NTH gehen soll. Im Sinne einer besseren Ressourcenausschöpfung und Profilschärfung ist es natürlich sinnvoll, Studienangebote zu koordinieren und Forschungsschwerpunkte zu bündeln. Genau das geschieht aber längst, und zwar auf Initiative der drei Hochschulen mit dem vor genau sechs Jahren gegründeten Consortium Technicum. Dieser Kooperationsverbund der Hochschulen geht Ihnen, Herr Minister, offenbar nicht weit genug. Doch dann müssen Sie uns auch sagen, wie der Weg zur NTH konkret aussehen soll. Wie soll der Zusammenschluss erfolgen? Welche Fakultäten sollen an welchem Standort erhalten und an welchem geschlossen werden?

Es reicht nicht aus, pressewirksam die NTH zu verkünden und sich anschließend aus dem Staub zu machen und die Hochschulen sich selbst zu überlassen.

(Beifall bei der SPD)

Wer den Mund spitzt, Herr Minister, muss auch pfeifen. Ich weiß, Sie werden sich gleich wieder mit der Hochschulautonomie herausreden. Wir nennen das Abschieben von Regierungsverantwortung. Autonomie der Hochschulen kann nur dort gedeihen, wo es verlässliche Rahmenbedingungen auf der Grundlage einer Landeshochschulplanung gibt. Genau diese fehlt aber Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, wie notwendig eine vorausschauende Planung zur Bewältigung von Herausforderungen ist, zeigt die Debatte zum

Hochschulpakt. In den kommenden Jahren wird die Zahl der Studierenden von jetzt 2 Millionen auf dann 2,7 Millionen bundesweit ansteigen. Dieser Anstieg ist politisch von allen gewollt. Doch dann muss die Politik auch handeln und ausreichend Studienplätze schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Eine erneute Tunneltaktik wäre mehr als verantwortungslos. Doch genau das haben Sie offenbar vor, Herr Minister, wenn sie jetzt per Verordnung die Lehrverpflichtung an Hochschulen erhöhen wollen, statt Stellen für Lehrpersonal neu zu schaffen. Sie haben offenbar den Ernst der Lage immer noch nicht begriffen.

(Beifall bei der SPD)

Seit einem Jahr fordern wir Sie auf, ein Konzept vorzulegen. Jetzt endlich haben Sie reagiert und im Rahmen des Hochschulpaktes 3,5 Millionen Euro für 1 000 Studienplätze in den Haushalt eingestellt, eine lächerliche Summe angesichts des Bedarfs.

(Beifall bei der SPD)

Und nicht nur das! Kein Wort von Ihnen, wie die restlichen - von Niedersachsen im Hochschulpakt zugesagten - 10 000 Studienplätze finanziert werden sollen.

Meine Damen und Herren, die Bereitschaft des Bundes, den Ländern bei der Schaffung von Studienplätzen finanziell unter die Arme zu greifen, wird von uns ausdrücklich begrüßt. Doch das Hilfsprogramm des Bundes wird nicht reichen. Es kann, wie die Präsidentin der HRK, Margret Wintermantel, treffend sagte, nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein sein. Die Länder müssen zusätzliche Anstrengungen unternehmen, allen voran Niedersachsen, wo der Handlungsbedarf besonders groß ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl der Studienanfänger ist seit 2003 um mehr als 18 % gesunken, obwohl die Zahl der Studienberechtigten im gleichen Zeitraum angestiegen ist. Wenn jetzt in den Haushalt nur 3,5 Millionen Euro eingestellt werden, dann zeigt auch das nur eines: Der zuständige Minister taucht vor den Problemen ab.

(Beifall bei der SPD)

Geht es nach dieser Landesregierung, wird Niedersachsen für junge Talente ein Auswanderungsland bleiben.

Die SPD-Fraktion nimmt die Verantwortung des Landes für die kommenden Generationen an. Wir werden in den Ausbau der Hochschulen investieren. Als ersten Schritt stellen wir 25 Millionen Euro in unseren Haushalt 2007 ein. Wir wollen damit Studienplätze vor allem an Fachhochschulen schaffen und knüpfen an das 2002 von der SPD-Vorgängerregierung vorgelegte Fachhochschulentwicklungsprogramm an. Schon damals wusste die SPD, wie Niedersachsen für die Zukunft gewappnet wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ideen- und konzeptionslos ist diese Landesregierung nicht nur in der Hochschulpolitik, ideen- und glanzlos ist sie auch in der Kulturpolitik.

(David McAllister [CDU]: Ach, das auch noch!)

Nur zwei Beispiele. Das erste: Musikland Niedersachsen.

(Joachim Albrecht [CDU]: Tolle Geschichte!)

Drei Jahre nach der Übernahme der Regierung wurde von der Landesregierung zwar immer über das Musikland Niedersachsen schwadroniert. Es gab aber weder eigene Ansätze der Musikförderung noch die dringend erforderliche Vernetzung.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie reden einfach alles nur schlecht!)

Innovative Projekte wie die geplante Rock- und Popakademie wurden ad acta gelegt, obwohl wir wissen, dass junge Menschen häufig über Rock und Pop den Zugang zur Musik finden. Diese Chance wurde vertan.

Zweites Beispiel: kulturelle Bildung. Wir freuen uns, dass vor Kurzem auch die CDU-Fraktion den Begriff "kulturelle Bildung" entdeckt hat. Nachdem wir unseren Antrag in das letzte Plenum eingebracht hatten, den wir mit 2 Millionen Euro im Haushalt hinterlegen, gibt es plötzlich auch bei der CDU - man staune! - Geld für die Musikschulen, und auch für das Projekt "Hauptsache: Musik" ist Geld da. Das freut uns.

(David McAllister [CDU]: Das hat mit Ihrem Antrag reichlich wenig zu tun! -Joachim Albrecht [CDU]: Das hatten wir schon beschlossen, als Sie Ihren Antrag einbrachten!)

Es gibt jetzt sogar Überlegungen im Ministerium, die kulturelle Jugendbildung ernster zu nehmen. Auch das freut uns.

(David McAllister [CDU]: Trotz Ihres Engagements! - Joachim Albrecht [CDU]: Trotz Ihres Antrags!)

Wir liefern Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, gerne weiterhin Ideen, wissen wir doch, dass dieser Minister von der Opposition zum Jagen getragen werden muss.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Sie leiden an Selbstüberschätzung, Frau Kollegin!)

Meine Damen und Herren, als der Herr Minister den Haushalt in den Ausschuss einbrachte, wählte er ein Bild aus der Seefahrersprache: Man fahre jetzt durch ruhige Gewässer und halte Kurs. - Falsch, Herr Minister! Sie haben gar keinen Kurs. Niemand im Lande weiß, wohin die Reise geht.

(David McAllister [CDU]: Ach so!)

Sie dümpeln und dilettieren vor sich hin und sind auf dem besten Wege, die Zukunft Niedersachsens zu verspielen. Höchste Zeit für einen Wechsell

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Das war eine "sehr differenzierte" Betrachtung, Frau Kollegin! Das war Holzhammer!)

#### Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Kollege Klare, Sie haben jetzt für die CDU-Fraktion das Wort.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Schon wieder?)

## Karl-Heinz Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bereich "Wissenschaft und Kultur" ist von zentraler Bedeutung für die Weiterentwicklung unseres Landes Niedersachsen. Wir haben diesem

Bereich daher von Anfang an höchste Priorität beigemessen. Das spiegelt sich im Haushalt 2007 sehr deutlich wider. Sie, verehrte Frau Andretta, sind heute allerdings wieder Ihrem Ruf gerecht geworden, die Miesmacherin Nummer eins zu sein.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP - Oh! bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Mit einer solchen Oppositionsarbeit werden Sie noch lange keinen Wechsel hinbekommen, auch wenn Sie ständig davon reden. Dieses Miesmachen nimmt Ihnen angesichts dessen, was wir in den letzten vier Jahren erreicht haben, niemand ab.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe mir einmal die Mühe gemacht, die Presseerklärungen auszuwerten, die die SPD in den letzten vier Jahren zum Wissenschaftsbereich verfasst hat. Nichts als unberechtigte Anschuldigungen und Schwarzmalerei! Zum Teil wurden ja regelrecht Horrorszenarien entworfen.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja auch so!)

Wenn das, was Sie dort behaupten, auch nur im Ansatz richtig wäre, dürfte es in Niedersachsen gar keine Hochschulen mehr geben, dann wären die schon alle kaputt. Aber alle unsere Hochschulen sind noch da, und sie sind im Wettbewerb so auch gut aufgestellt.

Frau Andretta, es gibt sicherlich genug zu kritisieren, keine Frage. Das gibt es in jedem Politikbereich. Aber Sie sollten die Landesregierung ruhig einmal loben, wenn Lob angebracht ist.

(Zurufe von der SPD)

Sie glauben gar nicht, wie gut das der eigenen Psyche tut. Aber das nur als Rat, auch im Blick auf die nächste Landtagswahl.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung war in den letzten vier Jahren außerordentlich erfolgreich. Was sie erreicht hat, ist wirklich ausgezeichnet: tolles Pensum, wichtige Entscheidungen, in Teilen bundesweit beispielhaft!

Nun haben Sie, Frau Andretta, die Regierungserklärung kritisiert, die Minister Stratmann im letzten Plenarabschnitt abgegeben hat. Ich habe diese Regierungserklärung ganz anders erlebt als Sie, und darin bin ich mir mit vielen anderen, auch Hochschulpräsidenten, einig: Diese Regierungserklärung abzugeben, war richtig; sie war eindrucksvoll und zukunftsweisend.

Meine Damen und Herren, lassen wir doch einmal Fakten sprechen, um es mit Ihren Worten zu sagen.

Mit dem HOK haben wir die strategische Hochschulentwicklung eingeleitet. Mit der Fusion der Universität Lüneburg mit der Fachhochschule Nordostniedersachsen zur erweiterten Stiftung Universität Lüneburg haben wir einen Meilenstein in der Entwicklung des Hochschulwesens in den deutschsprachigen Ländern gesetzt. Davon haben Sie schon viel gehört, und davon werden Sie auch noch viel hören.

## (Zustimmung bei der CDU)

Mit dem Hochschulzulassungsgesetz haben wir den niedersächsischen Hochschulen die Freiheit gegeben, sich ihre Studierenden nach weitgehend eigenen Kriterien aussuchen zu können. Bis zu 90 % ihrer Studierenden können die Hochschulen selbst auswählen. Das ist Spitze in Deutschland. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, um die Abbrecherquote noch weiter zu senken.

Der Zukunftsvertrag ist in der Geschichte Niedersachsens einmalig. Damit haben die Hochschulen Planungssicherheit bis zum Jahre 2010.

Aber auch hier gilt: Was mussten wir uns nicht alles von der Opposition dazu anhören. Ich kann mich sehr gut daran erinnern. Erst hieß es, Stratmann kann sich nicht gegen Möllring durchsetzen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Dann hieß es, Stratmann kann sich nicht mit den Hochschulen einigen.

(Zuruf von der SPD: Auch das stimmt! - Gegenruruf von der CDU: Gar nichts stimmt!)

Was ist von alledem übrig geblieben, auch von den vielen Presseerklärungen, die Sie dazu noch abgegeben haben? - Der Zukunftsvertrag ist unterzeichnet, die Hochschulen haben Planungssicherheit über die Legislaturperiode hinaus, und die

Unkenrufe der Opposition haben sich wieder einmal als falsch herausgestellt.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Oder schauen Sie sich die Diskussionen über die Einführung der Studienbeiträge an. Niedersachsen hat als erstes Bundesland den Paradigmenwechsel vollzogen. Andere Bundesländer werden folgen. Ich garantiere Ihnen: Diejenigen, die heute noch erklären, dass sie keine Studienbeiträge einführen wollen, werden dies zu gegebener Zeit ebenfalls tun.

Wir haben immer gesagt, Studienbeiträge werden in Niedersachsen nur dann eingeführt, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind: erstens müssen sie sozial verträglich sein, zweitens müssen sie zur Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen verwendet werden, und drittens muss garantiert sein, dass die staatlichen Zuwendungen weiterhin in gleicher Höhe fließen. Alle diese Voraussetzungen sind erfüllt, entweder durch gesetzliche Regelung oder durch Regelung im Haushalt.

Ich darf noch einige wenige Bemerkungen zur Sozialverträglichkeit der Studienbeiträge machen. Studierende, die Kinder erziehen, die nahe Angehörige pflegen oder bei denen besondere Härten zugrunde gelegt werden können, müssen die rund 83 Euro nicht zahlen.

Außerdem steht jedem Studierenden ein Studiendarlehen zur Verfügung, und zwar unabhängig von einem eigenen Einkommen oder von dem Einkommen der Eltern. Die Studiendarlehen müssen erst dann zurückgezahlt werden - darüber gibt es immer noch Missverständnisse; diese werden zum Teil aber auch bewusst geschürt -, wenn die Studierenden auch tatsächlich von ihrem Studium profitieren, d. h. wenn sie ein entsprechendes Einkommen haben. Es wird also niemand von einem Studium abgehalten, auch wenn das immer wieder behauptet wird. Die jüngsten Statistiken zeigen das in aller Klarheit. Auch hier handelt es sich wieder um Unkenrufe der Opposition, die durch nichts gerechtfertigt sind.

Trotz der Studienbeiträge sind die Studienanfängerzahlen zum Wintersemester 2006/2007 nahezu konstant geblieben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die ersten Veröffentlichungen der Hochschulen zeigen, dass die zusätzlichen Mittel, die ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden sollen, auch tatsächlich dafür eingesetzt werden und dass die Studierenden oftmals in die Entscheidung über die Verwendung dieser Mittel einbezogen werden. Das ist doch eine großartige Entwicklung, und das trägt sicherlich dazu bei, dass die Akzeptanz der Studienbeiträge bei den Studierenden größer wird.

Natürlich gibt es auch Proteste gegen die Studienbeiträge, das ist doch gar keine Frage. Aber man muss da auch einmal genau hingucken. Letzte Woche in Braunschweig sollten es 1 000 Leute sein, und am Ende sind es dann 300 gewesen. An der Uni Göttingen ist der Boykottaufruf gescheitert; da hat es keine große Zustimmung gegeben.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass das auch etwas mit dem kommunikativen Vorgehen unseres Ministers zu tun hat. Er hat sich überall den Protesten und Diskussionen gestellt

(Zurufe von der SPD)

und sich einen Namen damit gemacht, dass er mit den Leuten geredet hat. Aber so kennen wir ihn, so lieben wir ihn, und so wird er es auch weiter machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in keinem anderen Bundesland ist die Einführung der Studienbeiträge so transparent verlaufen wie in Niedersachsen. Ich darf daran erinnern, dass Minister Stratmann die Studierenden dreimal direkt über die Abläufe der Einführung informiert hat. Das ist doch eine großartige Leistung gewesen. So etwas kannten wir vorher aus diesem Bereich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem möchte ich heute natürlich an Thomas Oppermann erinnern.

(Zuruf von der CDU: Warum das denn?)

Es ist ja noch gar nicht so lange her, dass er hier war. Er hätte sicherlich seine Freude an dieser Debatte gehabt.

Thomas Oppermann, SPD, war und ist ein glühender Verfechter von Studienbeiträgen. Ich weiß

genau, meine Damen und Herren von der SPD, dass in Ihren Reihen viele Kolleginnen und Kollegen sitzen, die genauso denken wie Thomas Oppermann. Sie haben damals ja immer wieder Beifall geklatscht und damit dokumentiert, dass Thomas Oppermann mit seiner Einstellung nicht allein stand. Ich kann Ihnen nur raten: Trauen Sie sich, dem kleinkarierten Denken einiger Ihrer Wissenschaftspolitiker entgegenzutreten!

Meine Damen und Herren, mit ihren Änderungsbeschlüssen haben die Koalitionsfraktionen auf ihrer Klausurtagung in Lüneburg erneut einen Schwerpunkt im Wissenschafts- und Kulturbereich gesetzt. Bereits der Regierungsentwurf sah eine Erhöhung der Mittel um etwa 9 Millionen Euro vor, beispielsweise zur Deckung steigender Energiekosten bei den Hochschulen. Mit unserem Änderungsantrag kommen noch einmal 10 Millionen Euro dazu.

Ganz wegweisend sind unsere Beschlüsse zum Hochschulpakt 2020, mit denen wir auf die steigende Zahl von Hochschulzugangsberechtigten reagieren. Niedersachsen - insbesondere in Gestalt von Staatssekretär Lange - war bei diesen Verhandlungen nicht nur federführend, sondern hat als eines der ersten Bundesländer durch zusätzliche Mittel die Kofinanzierung sichergestellt. Das kann man doch nicht einfach niederreden, Frau Andretta! Das ist doch positiv, und das muss man doch auch einmal so nach außen tragen.

(Zustimmung bei der CDU)

3,5 Millionen Euro werden im Landeshaushalt für den Ausbau von Studienplätzen zusätzlich bereitgestellt. Zusammen mit den Bundesmitteln sind das 7 Millionen Euro. Damit werden 2007 etwa 1 000 neue Studienplätze geschaffen. Für 2008 erwarten wir weitere 2 000 Studienplätze. Bis 2010 werden es somit über 10 000 neue Studienplätze sein.

Der geschätzte Kollege Möhrmann hatte zumindest die Größe, diese Entscheidung für die Schaffung neuer Studienplätze als richtig und gut zu werten. Ihnen, Frau Kollegin Andretta, fiel aber auch hier nichts Besseres ein, als draufzuhauen; alles sei unseriös, konnte man lesen. Sie haben auch noch versucht, mit Presseerklärungen Stimmung zu machen: zweimal mit der gleichen. - Zweimal gescheitert, kann ich nur sagen. Die Presse hat das auch gemerkt. Sie sollten öfter auf solche erfahrenen Kollegen wie Herrn Möhrmann

achten. Von ihm können Sie sehr viel lernen, kann ich nur sagen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren, mit der Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung von 56 Millionen Euro für die Jahre 2008 bis 2011 sorgen wir für Planungssicherheit bei den Studentenwerken bis zum Jahre 2011. Das alles passiert übrigens im Einklang mit den Studentenwerken. Diese haben uns Schreiben geschickt, in denen sie sich für die Aufstockung dieser Mittel bedankt haben.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Wir haben Ihnen keine Dankesschreiben geschickt!)

- Frau Emmerich-Kopatsch, Sie sind ja da, deswegen spreche ich Sie auch persönlich an. Ich sage das in dieser Härte, weil es mir absolut nicht gefällt, wie Sie agieren. Wie Sie agieren, steht auch im Gegensatz zu dem, was Ihre Partei und Ihre Fraktion im Landtag gemacht haben.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Ich mache nie etwas gegen meine Partei!)

Ihr Vorgehen in Clausthal ist unerträglich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Erst fordern insbesondere die Kollegen der SPD die Zusammenlegung mit dem Studentenwerk Braunschweig. Dann erklärt sich Braunschweig dazu bereit. Nun schüren Sie aber vor Ort unbegründete Ängste und treten als Verfechter der Selbstständigkeit des Studentenwerks Clausthal auf. Unredlicher kann man nicht agieren. Das muss ich in dieser Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eines will ich Ihnen noch mitgeben - das können Sie auch gerne weitergeben -: Wir werden dafür sorgen, dass sich aus der Fusion der beiden Studentenwerke keine Nachteile für die Studierenden in Clausthal ergeben - auch nicht, was das Thema Brandschutzmaßnahmen anbetrifft; sie werden realisiert werden.

Ich sage Ihnen auch in aller Deutlichkeit - alles andere wäre ja auch idiotisch, Entschuldigung, wäre völlig verfehlt -: Wir stehen zu dem Hochschulstandort Clausthal und werden ihn selbstver-

ständlich ebenfalls weiter stärken. Das ist die Realität.

# Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Klare, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Emmerich-Kopatsch?

# Karl-Heinz Klare (CDU):

Nein, jetzt nicht.

(Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Sie haben doch gleich die Möglichkeit, Ihr Kärtchen zu heben.

Als eine wirklich erfolgreiche Maßnahme hat sich in diesem Jahr die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für den nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen herausgestellt. Meine Damen und Herren, ich bitte darum, das einmal zu bewerten: Insgesamt haben in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung in diesem Jahr 350 junge Menschen hauptsächlich den Hauptschulabschluss, aber auch den Realschulabschluss nachgeholt. Für jeden Einzelnen dieser 350 jungen Leute ist das eine wirklich großartige Leistung. Ich habe einige Zeit in diesen Kursen unterrichtet. Diese jungen Leute haben durch die Bereitstellung dieser Mittel wieder eine Berufsperspektive und damit auch eine neue Lebensperspektive.

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen werden diesen Weg fortsetzen. Wir haben wieder zusätzlich 500 000 Euro in einem Sonderfonds zur Verfügung gestellt, damit diese jungen Leute weiter an den entsprechenden Kursen teilnehmen können. Das ist eine ganz segensreiche Einrichtung, insbesondere wenn man daran denkt, was es bedeutet, eine Schule ohne Abschluss zu verlassen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Eine weitere erfreuliche Botschaft - ich spreche es nur kurz an; auch wenn das eine ganz andere Ebene ist - ist: Braunschweig wird die "Stadt der Wissenschaft 2007". Jetzt geht es darum, Ausstellungen und Veranstaltungen zu organisieren und bauliche Maßnahmen an der ehemaligen Pädagogischen Hochschule vorzunehmen. Wir stellen 1 Million Euro zur Verfügung. Die TU Braunschweig bringt einen Eigenanteil von 500 000 Euro

auf. Auch so kann dem Rechnung getragen werden, dass Braunschweig "Stadt der Wissenschaft 2007" wird.

Wir wollen die staatlichen und die nicht staatlichen Museen beim Erwerb von Kunstwerken und Sammlungsgegenständen sowie bei Veranstaltungsorganisationen unterstützen. Dafür stellen wir insgesamt 500 000 Euro zur Verfügung. Das Wissenschaftsministerium verwaltet und bewilligt auf der Basis von Fachgutachten nach Antragstellung diese Mittel. Die Entscheidungskriterien für die Projektförderung werden klar und transparent sein.

Meine Damen und Herren, ich will ein letztes wichtiges Thema ansprechen - auch dabei habe ich nie verstanden, warum man das negativ sehen muss -: Im Rahmen des Projektes "Musikland Niedersachsen" soll der Schwerpunkt der kulturellen Bildung im Musikbereich effektiv und unverzüglich gestärkt werden. Der Zugang zur musikalischen Bildung muss jedem Kind - unabhängig von seiner sozialen und ethnischen Herkunft - viel früher und intensiver als bisher ermöglicht werden, weil diese eine wesentliche Grundlage für die Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder ist. Es geht um die Kooperationsprojekte zwischen Musikschulen, Kindergärten und allgemeinbildenden Schulen. Wir stellen in diesem Jahr im Einzelplan 06 400 000 Euro zur Verfügung. Dadurch können unsere 76 öffentlich geförderten Musikschulen Innovationen und Kooperationen in Gang bringen und in diesem Bereich weiterhin gut tätig werden.

## (Zustimmung bei der CDU)

Ich habe aus folgendem Grund nicht verstanden, warum Sie das so kritisch gesehen haben - das alles mag nicht ausreichen; aber Sie haben ja sicherlich mehr zu bieten -: Der Landesverband der Musikschulen hat uns einen Brief geschrieben und der Presse mitgeteilt, dass er sich darüber freut, dass wir auf diese Art und Weise musische Bildung stärken. Das kann man doch auch einmal positiv zur Kenntnis nehmen. Darum bitte ich Sie. Tun Sie es auch für sich!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Konsolidierung des Haushalts auf der einen Seite und die richtige Prioritätensetzung auf der anderen Seite müssen keine Gegensätze sein. Ich meine, das beweist dieser Haushaltsplan 2007 - im Grunde schon zum vierten Mal in Folge. Bildung, Wissenschaft und Kultur stehen seit der Regierungsübernahme 2003 weiter

an erster Stelle, und zwar in guten wie in schlechten Haushaltszeiten. Wir sichern die Zukunft unseres Landes und werden das auch im nächsten Jahr fortsetzen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Zu einer Kurzintervention hat sich die Kollegin Merk gemeldet.

## Heidrun Merk (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon sehr spannend: Die größte Regierungsfraktion schickt jemanden in die Bütt, um über einen Haushaltsbereich zu reden, obwohl er in dem dafür zuständigen Ausschuss weder ordentliches noch stellvertretendes Ausschussmitglied ist.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist er! Er ist stellvertretendes Mitglied!)

Das ist schon etwas Neues in einer solchen Situation.

Herr Klare, mir ist auch völlig klar geworden, warum Sie keine Fragen zugelassen haben. Das hat man bei Ihrer Rede gemerkt. Sie hätten keine Fragen zulassen können, weil Sie auf die Fragen keine Antworten hätten geben können.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Reden Sie doch zur Sache!)

Stattdessen haben Sie Frau Kollegin Andretta in der peinlichsten Art und Weise heruntergemacht. Sie haben Ihre Rede einfach abgelesen, die geschrieben wurde, bevor Sie die Rede von Frau Andretta gehört haben. Das war ein sehr spannender Vorgang für diesen Landtag.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU]: Das war es jetzt! Peinlich!)

# Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Klare, Sie haben das Wort zu einer Entgegnung. Bitte schön!

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Beim nächsten Mal lassen Sie Frau Trost reden!)

## Karl-Heinz Klare (CDU):

Ich finde es gut, dass wir so gute und intelligente Abgeordnete haben wie Sie, gnädige Frau.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

# Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Als Nächstes hat die Kollegin Frau Dr. Heinen-Kljajić für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Frau Kollegin Merk, Herr Klare, wenn Sie sich weiter streiten wollen, dann gehen Sie bitte nach draußen.

(Zuruf von der SPD: Der große "Klare" aus dem Norden!)

Jetzt hat Frau Heinen-Kljajić das Wort. Bitte schön!

# Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt 2007, den Sie, Herr Klare, als Fortsetzung einer Erfolgsserie haben verkaufen wollen, ist bei Lichte betrachtet im Hochschulbereich jedenfalls nichts anderes als das Eingeständnis des Scheiterns der eigenen Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Denn nach rasanter Irrfahrt wider jede hochschulpolitische Vernunft sind Sie jetzt gezwungen worden, den Rückwärtsgang einzulegen. Das geschah nicht etwa aus der Einsicht, dass mit der steigenden Zahl von Studienberechtigten auch die Zahl der Studienplätze aufgestockt werden muss. Nein, das geschah nur, weil die Bundesbildungsministerin Schavan klug genug war, die Gewährung von Bundeszuschüssen im Rahmen des Hochschulpaktes an zwei Bedingungen zu knüpfen, nämlich zum einen an die Gegenfinanzierung durch die Länder und zum anderen an die unmittelbare Verwendung zur Schaffung neuer Studienplätze.

Erst jetzt ist Minister Stratmann daher zur Vernunft gekommen. Wenn der Hochschulpakt nicht wäre und es damit nicht die Möglichkeit des Bundes gäbe, den Ausbau von Studienplätzen mitzufinanzieren - diese Landesregierung hat übrigens mit anderen Unionspolitikern aus Bund und Ländern

lange versucht, das zu verhindern -, dann würden Sie vermutlich noch heute behaupten, das Reagieren auf den demografisch bedingten Anstieg von Studierberechtigten habe noch Zeit. Noch vor einem Jahr haben Sie, Herr Minister Stratmann, an dieser Stelle im Rahmen der Beantwortung einer Großen Anfrage meiner Fraktion geantwortet:

"Wir müssen die weitere Entwicklung der Bildungsbeteiligung sorgfältig beobachten und spätestens 2009 konkrete Vorkehrungen für Zielvereinbarungen und Budgetbemessung für die Haushaltsjahre 2010 bis 2015 treffen."

(Professor Dr. Dr. Zielke [FDP]: Und jetzt machen wir es schon!)

Auch wenn wir jetzt, Herr Professor Zielke, einen Schritt weitergekommen sind - zugegeben -: Es ist aber nur ein Schritt hin zur Startlinie; denn die Mittel, die Sie bis 2010 zusätzlich zur Verfügung stellen wollen, decken nicht annähernd das, was Sie den Hochschulen im gleichen Zeitraum entzogen haben. Selbst wenn Sie den Bundesanteil beim Hochschulpakt mit einrechnen und tatsächlich den jetzt festgelegten Anteil bis 2010 abfragen und gegenfinanzieren, haben Sie lediglich ein gutes Drittel von dem ausgeglichen, was Sie den Hochschulen über das Hochschuloptimierungskonzept weggenommen haben. Ob Sie die Mittel überhaupt in voller Höhe ausschöpfen werden, ist bisher weder im Haushalt noch in der mittelfristigen Finanzplanung ablesbar.

Gemessen an der Studienplatzkapazität, sieht die Bilanz noch trauriger aus. Seit Beginn Ihrer Amtsperiode, Herr Minister Stratmann, wurden bis heute mehr als 5 500 Studienanfängerplätze, zum Teil bedingt durch das HOK, zum Teil bedingt durch die Umstellung auf Bachelor und Master, abgebaut. Wenn bis 2010 4 000 Studienanfängerplätze geschaffen werden, wie Sie es jetzt ankündigen, dann werden Sie immer noch eine negative Bilanz von mehr als 1 500 fehlenden Studienplätzen zum Vergleichsjahr 2003 hinterlassen. Dabei ist noch nicht einkalkuliert, dass ein großer Teil aller Studienanfängerplätze noch gar nicht auf Bachelorstudiengänge umgestellt ist. Das heißt, bis 2010 werden Sie zeitgleich zum Aufbau von Studienanfängerplätzen über den Hochschulpakt auch weiterhin Studienanfängerplätze durch die Umstellung der verbleibenden Studiengänge, bedingt durch den höheren Betreuungsaufwand in den Bachelorund Masterstudiengängen, verlieren. Die Tatsache,

dass die Studienplatzkapazitäten in 2005 die Berechnungsgrundlage für den Hochschulpakt sind, bedeutet, dass Sie mit 1 000 neuen Studienanfängerplätzen in 2007 nicht einmal das kompensieren, was Sie von 2005 auf 2006 an Kapazitäten abgebaut haben. Da allein in diesem Zeitraum 1 700 Studienanfängerplätze abgebaut wurden, werden Sie nach Ihrem Haushaltsplan das Jahr 2007 in Bezug auf das Hochschulpaktkonto mit einem Minus von 700 Studienanfängerplätzen abschließen.

Warum rechne ich Ihnen das hier vor? - Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wenn Sie nicht parallel zum Hochschulpakt mit eigenen Mitteln zusätzliche Studienplätze schaffen, droht die Rückzahlung der Bundesmittel aus 2007 und 2008;

(Katrin Trost [CDU]: Wie bitte?)

denn an dieser Stelle spricht der Hochschulpakt Klartext. Jawohl, Frau Trost, genau so ist es. Ich darf hier einmal zitieren:

"Die Mittel des Bundes sind zurückzuzahlen bzw. werden verrechnet, soweit die vereinbarten zusätzlichen Studienanfängerzahlen nicht erreicht bzw. erhalten wurden."

(Katrin Trost [CDU]: Das machen wir doch! Wir gehen doch jetzt auf den Weg!)

Wenn das Jahr 2005 Berechnungsgrundlage ist, dann haben Sie ein Problem - tut mir leid.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Katrin Trost [CDU]: Eines nach dem anderen! Immer mit der Ruhe!)

- Falsch, Frau Trost! Dass Sie das nicht verstanden haben, ist ein Teil des Problems.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Hochschulpakt kann, wie gesagt, wenn Sie in dem Tempo weitermachen, ein richtig teurer Spaß für das Land werden.

Außerdem, Herr Minister Stratmann, wissen Sie genau, dass die von Ihnen eingeplanten Mittel hinten und vorne nicht reichen werden, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. In der Enquete-Kommission zum demografischen Wandel hat Ihr Ministerium eigene Modellrechnungen vorgelegt, nach denen allein bis 2010 die Zahl der Studienanfänger um 10 000 ansteigen wird. Da kann man doch nicht 4 000 neue Studienanfängerplätze abfeiern, sondern man muss aufzeigen, wie man die zusätzlichen 6 000 aus eigenen Mitteln finanzieren will. Aber Fehlanzeige!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von Katrin Trost [CDU])

Hinzu kommt, dass die im Rahmen des Hochschulpakts geplanten neuen Studienplätze mit einer 50-prozentigen Gegenfinanzierung der bereitgestellten Bundesmittel längst nicht ausfinanziert sind; denn die Studierenden, die bis 2010 die neuen Studienplätze belegen, sind natürlich über das Jahr 2010 hinaus im System. Das heißt, da der Abbau in Tausenderschritten erfolgt, wird das Gros sein Studium erst in 2014 abschließen. Auf dieser Grundlage berechnet das CHE, dass die Länder die Bundesmittel nicht zu 100 %, sondern zu 200 % werden gegenfinanzieren müssen. Der Hochschulpakt enthält zwar die Absichtserklärung, dass der Bund die Studienanfänger gemäß seinem Anteil auch nach 2010 ausfinanzieren wird. Aber ob diese unverbindliche Zusage eingehalten wird, ist angesichts der Haushaltslage im Bund und angesichts der Tatsache, dass nach der Föderalismusreform die Länder die alleinige Kompetenz in Sachen Hochschulen haben, ungewiss. Darüber hinaus kann es ja wohl nicht Ziel sein, diese Studienplätze nach 2010 auslaufen zu lassen; denn diese werden - übrigens auch nach der Prognose des MWK - über 2020 hinaus gebraucht. Außerdem ist es unlauter, lediglich die Studienplätze in Bachelorstudiengängen zu kalkulieren, wie das MWK es macht; denn ab 2010 wird ein Teil der ersten Studierenden auf den neuen Studienplätzen, die ihren Bachelorabschluss gemacht haben, vor den Türen der Hochschulen stehen und einen Masterabschluss machen wollen. Dafür müssen Sie entsprechende Kapazitäten aufbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

All dies macht deutlich, meine Damen und Herren von CDU und FDP, dass die von Ihnen geplante Aufstockung der Zahl der Studienplätze nicht reicht. Während dank der demografischen Entwicklung schon heute Jahr für Jahr die Zahl der Studienberechtigten steigt, werden Sie in Sachen Kapazitätsausbau weiterhin Negativsalden ausweisen.

Ihre Hochschulpolitik, meine Damen und Herren von CDU und FDP, wird nicht dazu führen, dass noch mehr gut ausgebildete Schulabgänger Niedersachsen verlassen, sondern Sie verursachen zugunsten kurzfristiger Einsparungen im Landeshaushalt mittel- und langfristig einen volkswirtschaftlichen Schaden, der um ein Vielfaches höher als die Einsparungen sein wird.

Insgesamt entstehen in Niedersachsen - um das einmal an ein paar Zahlen zu belegen - über 25 000 Arbeitsplätze dadurch, dass das Land round about 2 Milliarden Euro in Hochschulen und Forschungsinstitutionen steckt. Zudem ist der Hochschul- und Forschungssektor - darin sind wir sicherlich einer Meinung - der einzige Bereich mit relevantem Expansionspotenzial für Wissenschaft und Wirtschaft. Hinzu kommt, dass jeder Euro an Hochschulausgaben vor Ort im Schnitt mindestens 2 Euro gesamtwirtschaftliche Nachfrage induziert. Angesichts der sonstigen Ansiedlungshilfen aus der Wirtschaftsförderung ist Hochschulförderung also auch in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht konkurrenzlos günstig. Das wirkt sich natürlich mittelbar wieder auf den Landeshaushalt aus. Nach Berechnungen der OECD lag im Jahr 2000 der fiskalische Ertrag staatlicher Bildungsinvestitionen durch erhöhte Steuereinnahmen in Deutschland bei ca. 6,5 %, und er steigt weiter an. Er ist also auch heute schon höher.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, für den Hochschulbereich gilt: Ihre Sparpolitik von heute sind die Schulden von morgen. Mit nachhaltiger Haushaltspolitik hat das alles nichts zu tun.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aus diesem Grunde haben wir einen Haushaltsantrag vorgelegt, der in einem ersten Schritt den dauerhaften Ausbau in Form von zusätzlich 3 000 Studienanfängerplätzen ab 2007 vorsieht. Wir veranschlagen die durchschnittlichen Kosten eines Studienplatzes pro Jahr mit 9 000 Euro und stützen uns damit auf Berechnungen des Hochschulinformationssystems und der Hochschulrektorenkonferenz. Wir wollen nicht nur neue Studienplätze, sondern wir wollen auch qualitativ hochwertige Studienplätze.

Um die Qualität von Lehre und Studium insgesamt auszubauen, schlagen wir die Einrichtung eines Bildungsfonds vor, der aus Veräußerungsgewinnen von Landesvermögen gespeist wird. Allein seit 2003 sind 900 Millionen Euro Vermögen zur Haushaltsdeckung aufgezehrt worden. Daher sollen die Erlöse in Zukunft in einen Fonds fließen, aus dessen Zinserträgen innovative Hochschulprojekte unterstützt werden, die eine Steigerung der Qualität der Lehre und des studentischen Lernens ermöglichen. Ähnlich wie die DFG-Mittel in der Forschung sollen die Fondsmittel als Leistungsanreiz in der Lehre funktionieren.

Jenseits der zentralen Fragen von Quantität und Qualität der Studienplätze möchte ich noch kurz eines zum Bereich Forschung anmerken. Um niedersächsische Hochschulen wettbewerbsfähig zu machen, wollen Sie eine engere Kooperation der Hochschulen Hannover, Braunschweig Clausthal unter der Dachmarke Niedersächsische Technische Hochschule, NTH, in Anspielung an die ETH. Wenn Sie dies nicht zulasten der Sozialwissenschaften machen, ist das erst einmal ein ehrgeiziges Ziel. Aber es ist zum Scheitern verurteilt, wenn Sie so weitermachen wie bisher. Ich spiele auf die Gründung des Energieforschungszentrums an. Die Gründung dieses Forschungszentrums könnte - auch wenn ich weiß, dass Oldenburg noch mit drin ist - ein erster wichtiger Baustein zur Zusammenarbeit und damit zur Profilstärkung der NTH werden.

(Joachim Albrecht [CDU]: Warum diffamieren Sie Oldenburg?)

Aber mit der Ansiedlung dieses Instituts ausgerechnet in Goslar verspielen Sie diese Chance gründlich. Ich gönne der schönen Stadt Goslar jede Form von Strukturhilfe, aber bitte nicht aus Hochschulmitteln. Das hat mit der von Ihnen ansonsten so gepriesenen Devise "Stärken stärken" rein gar nichts zu tun und führt in puncto internationaler Wettbewerbsfähigkeit der technischen Hochschulen schlicht in eine Sackgasse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Mittel für Forschung können an einem etablierten Standort wesentlich sinnvoller eingesetzt werden.

Unter dem Strich muss festgehalten werden, dass Sie, werte Kollegen von CDU und FDP, mit dem Haushalt 2007 eine Politik fortsetzen, die die Bedeutung Niedersachsens als Hochschulstandort weiter schmälern wird. Wider besseren Wissens verspielen Sie Niedersachsens Chancen im demografischen Wandel. Sie lassen die Hochschulen weiterhin im Regen stehen und bleiben Antworten

auf die zentralen Fragen schuldig. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Riese zum Thema Kultur das Wort.

# Roland Riese (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Der Kulturbereich ist einer derjenigen, in denen die Bundesländer auch nach der Föderalismusreform eine eigene verfassungsmäßige Zuständigkeit haben. Auch wenn sich die Enquete-Kommission des Bundestages darüber einig geworden ist, dass Kultur als Staatsziel in das Grundgesetz, also in die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, aufgenommen wird, gibt es auf Bundesebene bisher nur einen einzigen Gesetzentwurf dazu, der von der FDP stammt. Insofern passt es in den Kontext der Kulturfraktion FDP, dass es unter den Fraktionsvorsitzenden bei den ersten Reden zum Haushalt vor allen Dingen unser Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Rösler, war, der die Kultur hervorhob. Das hat mich persönlich gefreut. Das zeigt, dass wir auf diesem Gebiet die richtigen Akzente setzen.

(Zustimmung von Hans-Werner Schwarz [FDP])

Dass wir im Jahre 2007 noch immer einen Haushalt haben werden, in dem die Konsolidierung an erster Stelle steht, wissen wir alle. Es wird über einige Jahre noch so sein, bis wir von dem Zustand weg sind, der in diesem Haus von den Koalitionsfraktionen schon oft berechtigt beklagt wurde, nämlich dass wir täglich 7 Millionen Euro an Zinsen für Wohltaten vergangener Jahre ausgeben müssen. Solange wir das tun, haben wir keine so große kulturpolitische Gestaltungsfreiheit, wie wir sie gerne hätten. Gleichwohl ist es den Koalitionsfraktionen, seit sie die Regierungsverantwortung haben, zu meiner großen Freude noch in jedem Haushaltsjahr möglich geworden, Akzente in der Kulturpolitik zu setzen. Das wird auch im Haushalt 2007 so sein. Der Kollege Klare hat dankenswerterweise auf einige Punkte hingewiesen. Ich will sie ganz kurz noch einmal erwähnen: die Verstärkung der Museumslandschaft mit 500 000 Euro, den Ansatz für die Restaurierung historisch bedeutsamer Gebäude - auch in privater Hand - mit 300 000 Euro. Ganz wichtig ist der Ansatz für die Projektarbeit an Musikschulen.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Was wir in diesem Bereich im Vorjahreshaushalt zu unserem Leidwesen einsparen mussten, wird jetzt sozusagen wiedergutgemacht. Bei den Musikschulen ist das in hervorragender Weise angekommen. Dies ist hier schon erwähnt worden. Das ist eine wirklich sehr wichtige und verdienstvolle Arbeit, weil sie darauf hinweist, dass der gesamte Sektor Kultur mit dem Sektor Bildung verschränkt ist. Das ist tatsächlich so.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Wenn wir eine gute Bildungsarbeit in der Kultur zuwege bringen, wofür u. a. die Musikschulen stehen - man müsste auch die Kunstschulen und viele andere erwähnen, die etwas tun; die Musikschulen sind sicherlich die stärksten Träger -, dann haben wir zumindest dort einen Beitrag geleistet.

Verehrte Damen und Herren von der Opposition, Musikschulen sind durchaus der Ort, an dem bildungsferne Schichten mehr und mehr angesprochen werden. Sowohl beim Verband der Musikschulen - darauf habe ich öfter hingewiesen - als auch beim Landesmusikrat findet eine hervorragende systematische Arbeit statt. Es werden Konzepte entwickelt, die in der Praxis umgesetzt werden. Ich sage Ihnen nur die Stichworte "Bläserklassen", "Kontaktstellen Musik" und die Aktion "Hauptsache Musik". Das sind breitenwirksame Projekte, in denen die Musik wieder an die Kinder herangebracht wird. Kulturelle Bildung wird damit wirklich an der Basis geleistet.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auch die Verstärkung der Möglichkeiten der Toto-Lotto-Stiftung in der Kulturförderung ist ein wichtiger Beitrag, den wir beschließen werden. Ich hoffe, dass wir dazu die Zustimmung der Opposition bekommen.

Kultur ist - das muss so sein - in einem Ressort angesiedelt. Es ist bei Minister Stratmann im Ressort Wissenschaft und Kultur in den allerbesten Händen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Kulturverantwortung geht allerdings über Ressortgrenzen hinaus. Ich freue mich, wenn der Prätorius-Musikpreis an Unternehmer wie Schimmel und Grotrian-Steinweg für die Arbeit verliehen wird, die sie in der Kulturförderung leisten, und zwar nicht in dem Bereich, in dem sie das Geld verdienen, sondern in dem Förderungsarbeit und Wettbewerbsarbeit stattfindet. Das ist in diesem Ressort in den richtigen Händen.

Ebenso freue ich mich immer wieder, wenn der niedersächsische Wirtschaftsminister den Preis "Kulturkontakte" vergibt und damit solche Persönlichkeiten ehrt, die ehrenamtlich etwas getan haben, die Geld mitgebracht und Arbeit geleistet haben und die der Kulturförderung dienlich sind.

Überdies wird ein großer Teil dessen, was in der Kultur durch den eigentlichen Kulturetat nicht möglich wird, durch EU-Fördermittel ermöglich. In dem Zusammenhang denke ich an die Sanierung von Museen und Klosterstätten von Emden bis Bad Sachsa, also überall im Lande. Das sind Dinge, die wir in Zukunft in dieser Weise betreiben müssen.

Wenn es uns gelingt, die Strategie zur Haushaltskonsolidierung so fortzusetzen, wie wir es in den letzten Jahren gemacht haben - das wird uns gelingen -, dann wird dort wieder mehr Kraft frei. Es bleibt eine Aufgabe, die wir in der Zukunft gestalten müssen, dass wir das Flächenland Niedersachsen mit der Kulturförderung in stärkerer Weise erreichen, als wir es gegenwärtig tun. So wichtig wie die ehemaligen Landeshauptstädte sind und so sehr sie kulturelle Zentren sind, wir müssen auch das Flächenland in seiner Ausdehnung kulturell erreichen. Dabei werden wir noch stärker werden müssen. Sie dürfen auf unsere konkreten Vorschläge schon jetzt gespannt sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Vielen Dank. - Zum Thema Wissenschaft hat noch einmal von der FDP-Fraktion Herr Professor Dr. Dr. Zielke das Wort. Bitte!

## Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Länder und der Bund haben sich auf den Hochschulpakt 2020 geeinigt - alle, auch die sozialdemokratisch und noch weiter links regierten Länder haben zugestimmt. Wenn die niedersächsischen Sozialdemokraten jetzt einen Nachschlag fordern, dann hätten sie doch bei ihren Genossen in Berlin

auf eine Erhöhung der Kofinanzierung des Bundes drängen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann hätten wir überhaupt keine Kofinanzierung!)

Sie, liebe Grüne, sagen: Das Land soll das allein stemmen. - Aber mit welchem Geld bitte? - Sie bleiben jede seriöse Antwort schuldig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Hans-Werner Schwarz [FDP]: Genau!)

Stattdessen versuchen Sie, einen drohenden Kollaps der niedersächsischen Hochschulen angesichts fantastisch überhöhter Studienbewerberzahlen herbeizureden. Aber dazu wird es nicht kommen. Alle Ihre Voraussagen, außer dem doppelten Jahrgang, basieren auf fragwürdigen Annahmen. Das habe ich in früheren Reden vor diesem Haus detailliert dargelegt. Ich will das hier nicht rezitieren.

Ich möchte Ihnen einige andere Gedanken jenseits des Haushalts nahebringen. Alle reden von mehr Studienplätzen, die wir brauchen und finanzieren wollen oder sollen oder müssen, weil wir an die Zukunft denken müssen und an die OECD-Studien und an PISA und überhaupt. Dahinter steht der gesamte bildungsindustrielle Komplex mit seiner Heerschar von Gremien und Ausschüssen, von der Kultusministerkonferenz über die Rektorenkonferenz bis zur Landeshochschulkonferenz. Auch das sind interessengeleitete Gruppen mit ihrer üblichen Lobbyarbeit und ihrem Streben, ein möglichst großes Stück vom Kuchen der öffentlichen Mittel zu erlangen. Ein typisches Beispiel ist die Äußerung von Frau Wintermantel zum Hochschulpakt, die Sie, Frau Andretta, eben zitiert haben: Tropfen auf den heißen Stein. - Das ist klassischer Lobbyismus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber da wir bei Sprichworten sind: Steter Tropfen höhlt den Stein. - Die Öffentlichkeit hat sich daran gewöhnt und auch wir Politiker sind geneigt, die allgemeine Forderung nach mehr Studienplätzen mehr oder weniger unreflektiert hinzunehmen und zu übernehmen. Allerdings sind wir auch gewählt, um die Allgemeinheit, das Volk, und die Pluralität seiner Interessen zu vertreten.

Ein Argument für mehr Studienplätze bzw. mehr Akademiker setzt beim direkten Interesse des einzelnen Bürgers an, nämlich: Akademiker seien heute weniger von Arbeitslosigkeit bedroht als Nichtakademiker. - Das stimmt. Aber wäre es auch noch richtig, wenn 50 % der Bevölkerung einen akademischen Titel, vielleicht Bachelor, hätten? - Der Grenznutzen einer akademischen Ausbildung sinkt mit jedem zusätzlichen Akademiker.

Außerdem würden junge Menschen gerne wissen, gerade auch im Zeichen der Studienbeiträge, welches Studium welchen Return of Investment verspricht. Die Untersuchungen, auch größere internationale, zur sogenannten Bildungsrendite bleiben meist recht vage, wenn es um einzelne Fächer geht, z. B. um die Rendite eines Jurastudiums oder einer Theologieausbildung.

Nun sollte man nicht alles rein materialistisch sehen. Viele meist akademisch gebildete Menschen werden nicht müde, gerade akademische Bildung als Wert an sich zu propagieren. Für Alexander von Humboldt war ein entscheidendes Argument, dass die Beschäftigung mit wissenschaftlichen Fragen und der Suche nach Wahrheit zu einer Art moralischer Läuterung beitrage. Vielleicht ist daran etwas Wahres. Andere Einflüsse dürften jedoch unmittelbarer und stärker auf das Wertesystem von Menschen wirken. Aber welche Motive gibt es seitens des Staates? Soll er akademische Bildung schon allein deshalb fördern bzw. bezahlen, weil einige Menschen den Wunsch nach Selbstvervollkommnung durch das Studium hegen? Kann die Teilhabe an Bildung und Kultur, der kritische Durchblick durch die eigene Gesellschaft heute nicht auf vielen anderen, sehr individuell gestaltbaren Wegen erstrebt und erreicht werden? Eine Stunde in "Wikipedia" zu stöbern, mag mitunter mehr Gewinn bringen, als einer Vorlesung zu lauschen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Gilt das auch für die Vorlesungen bei Ihnen, Herr Professor?)

Ist es Staatsaufgabe, ein Studium generale anzubieten, selbst wenn es unter dem Label "General Studies" im modernen Gewand daherkommt?

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die meisten Bildungspolitiker werden heute darin übereinstimmen, dass ein Studium vor allem der wissenschaftsbasierten Berufsausbildung dienen

solle. Hier fallen die Interessen der einzelnen jungen Menschen mit denen der Gesellschaft zusammen. Zu den primären Interessen der Gesellschaft zählen sicherlich der volkswirtschaftliche Nutzen insgesamt, das reibungslose, geordnete Zusammenleben der Menschen und auch die gemeinsame Sinnstiftung durch Kultur und Überlieferung.

Ich will mich hier nicht der durchaus spannenden Frage widmen, ob der Staat der beste Akteur ist,

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Doch, bitte!)

um Bildungsgüter wie Studiengänge selbst anzubieten, oder ob andere dies besser könnten und der Staat sich auf seine Kontrollfunktion beschränken sollte. Fakt ist, dass wir auf absehbare Zeit in Deutschland mit staatlichen Hochschulen als vorherrschender Form werden leben müssen.

Nun ist es eine zwar offensichtliche, aber gern verschwiegene Wahrheit, dass aus der Sicht des Staates nicht alle Studienfächer gleich wichtig sind und sein können. Gute Mediziner sind wichtig, gute Juristen auch.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Was ist denn nicht wichtig?)

Der pauschale Ruf nach mehr Studienplätzen ist ebenso problematisch wie Kostenrechnungen, die auf irgendwelchen fiktiven Durchschnittskosten pro Studienplatz beruhen.

#### Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Kollege Zielke, die Kollegin Andretta möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

# Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Ich möchte mich nicht unterbrechen lassen.

(Oh! bei der SPD)

- Lauschen Sie mir doch!

Ein Medizinstudium ist teuer, ein Jurastudium kostet nur einen Bruchteil. Nachgerade paradox wird die undifferenzierte Forderung nach mehr Studienplätzen, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass wir gerade in den Sparten, die unserer Gesellschaft unbestritten den größten Nutzen brächten, schon längst ein Überangebot haben, nämlich

in den Ingenieurwissenschaften und in den Naturwissenschaften.

(Zurufe von der SPD und den GRÜ-NEN: Ein Überangebot?)

- Bis zur Hälfte der Plätze und mehr bleibt in Physik oder Elektrotechnik an niedersächsischen Hochschulen leer, obgleich hinterher quasi eine Jobgarantie winkt, eine Garantie für gut bezahlte Jobs obendrein. Warum ist das so? - Solche Fächer gelten nicht nur als schwer, sie sind es auch. Sie sind lernaufwendig und unpopulär und irgendwie nicht politisch korrekt, jedenfalls in manchen Ökokreisen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Ursula Helmhold [GRÜNE]: So ein Quatsch!)

Es mag sich in den letzten Jahren auch in besagten Kreisen ein etwas realistischeres Verhältnis zum technischen Fortschritt ausgebildet haben. Jedenfalls sind wir alle - besonders natürlich Eltern, Erzieher und Lehrer - aufgefordert, die eigene mentale Distanz zur Technik zu überwinden.

Unser künftiger materieller Wohlstand hängt nicht an der Zahl der Studienplätze an sich. Er hängt daran, dass wir Menschen ausbilden, die technische Erfindungen machen, Menschen, die daraus technische Spitzenprodukte entwickeln, und Menschen, die daraus in Deutschland für den globalen Markt konkurrenzfähige Waren produzieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sicher, Wohlstand ist nicht alles. Aber ihn zu sichern sollte für Politiker ein oberstes Ziel sein. Unser Augenmerk sollte mindestens genauso der Qualität wie der Quantität von Studienplätzen gelten. Wir müssen endlich weg von jenem verhängnisvollen Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts, das den Hochschulen die so genannte überzogene Niveaupflege verbot. Das Tonnagedenken nach dem Motto "Masse statt Klasse" hat den Niedergang unserer Hochschulen im internationalen Vergleich eingeleitet und beschleunigt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir brauchen auch niveauvolle Studienplätze in allen Fächern; denn Exzellenz zählt in jedem Fach und bei jedem Studienplatz.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Stratmann das Wort.

(Unruhe)

- Herr Minister Stratmann, bitte warten Sie einen Moment. Hier vorne in der ersten Reihe ist Herr Kollege Koch die ganze Zeit über sehr laut. Herr Koch, Sie können doch mit Ihrem Gesprächspartner hinausgehen.

# **Lutz Stratmann**, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Zielke, ich sage das jetzt nicht nur so daher. Es wäre schön, wenn es uns irgendwann einmal gelänge - wahrscheinlich gilt das nicht nur für dieses Parlament -, solchen Reden, wie Herr Zielke sie gerade gehalten hat, einfach einmal zuzuhören.

(Beifall bei der CDU)

Diese Rede enthielt eine Reihe von Bemerkungen, die man zwar auch kritisieren kann, die es aber allemal wert sind, über sie etwas länger nachzudenken, statt ständig mit irgendwelchen Zwischenrufen Reden von Kollegen zu diffamieren. Dies gilt für alle Seiten. Wir sollten uns alle bemühen, bei der Erörterung von Grundsatzfragen etwas mehr Disziplin zu wahren.

(Zurufe von Axel Plaue [SPD])

- Es geht ja schon wieder los!

Bei einem so wichtigen Thema - ich habe das in der Regierungserklärung zum Ausdruck zu bringen versucht - wie der Wissenschafts- und Forschungspolitik, einem Thema, das für die Zukunft unseres Landes existenziell ist, sollten wir das bisschen Geduld aufbringen, uns zumindest gegenseitig zuzuhören, statt ständig den politischen Gegner zu diffamieren und herunterzumachen. Es gehört auch in Bezug auf den Umgang mit der Wahrheit oder der Unwahrheit dazu, dass von diesem Rednerpult aus leider auch Grenzwertiges geäußert wird. Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

An den Anfang meiner Rede stelle ich ganz bewusst den Dank an die Regierungsfraktionen, an

die FDP und die CDU, an die Arbeitskreise und insbesondere an die Sprecher Zielke und Trost dafür, dass wir heute sagen können: Wir legen Ihnen einen Haushalt vor, der solide und fest verlässliche Planungsgrundlagen bietet, in die Zukunft weist und unterstreicht, dass die Landesregierung wieder einmal ihr Wort gehalten hat. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Dies wird auch in Zukunft so gelten.

## (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das heißt, wir bekennen uns zu Verpflichtungen und korrigieren im Übrigen das, was uns in der Vergangenheit an Lasten aufgebürdet worden ist. Konkret bedeutet dies, dass der Zukunftsvertrag, der immer noch die solideste und verlässlichste Planungsgrundlage in dieser Republik darstellt, nicht zur Kostenfalle geworden ist, was die Opposition immer behauptet und sich vielleicht auch gewünscht hat. Vielmehr stellen wir über diese verlässlichen Planungsgrundlagen hinaus noch mehr Geld den Hochschulen zur Verfügung.

## (Joachim Albrecht [CDU]: Danke an die Haushälter!)

Einige Beispiele: Wir gleichen die Ausgabenerhöhung als Folge des Landesstromvertrages aus. Ich brauche auf das Blockheizkraftwerk in Göttingen, liebe Frau Kollegin Andretta, hier nicht einzugehen, das uns auch eine Menge Geld kostet. Wir regeln das Geschäft zulasten Dritter, was die Verlagerung des Oststadtkrankenhauses an die MHH anbelangt. Dort sind Verluste von viermal 5 Millionen Euro in den nächsten Jahren auszugleichen. Zusammen sind das für das Jahr 2007 9 Millionen Euro. Hinzu kommen Umschichtungen in Höhe von 5 Millionen Euro.

Mit der kürzlich verabschiedeten NHG-Novelle sind weitere Meilensteine gesetzt. Wir haben dort zukunftsoffene rechtliche Rahmenbedingungen für unsere Hochschulen geschaffen. Aber daneben gilt es natürlich auch, monetäre Ressourcen freizuschaufeln. Daher freue ich mich, dass es gelungen ist, in der Umsetzung der Föderalismusreform auch sehr sachgerechte Lösungen für den Hochschulbau in Niedersachsen mit sehr guten Ergebnissen zu erreichen.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Mit dem Haushalt 2007 ist auch die Finanzierung des Hochschulbaus auf neue Grundlagen gestellt worden, und zwar so, dass wir künftig mehr bauen und mehr Großgeräte beschaffen können. Dies alles können wir mit viel weniger Bürokratismus und mit viel mehr Flexibilität erreichen. Das ist ein riesiger Erfolg der Föderalismusreform.

#### (Beifall bei der CDU)

Als Folge dieser Reform erhalten wir vom Bund künftig eine Pauschalkompensation nach Artikel 143 c des Grundgesetzes in Höhe von 48,2 Millionen Euro jährlich. Hinzu kommt der Sockelbetrag des Landes. 2007 werden das 50 Millionen Euro sein. Ab 2008 steigt der Betrag auf 65 Millionen Euro. Danach werden wir noch Mittel aus der gemeinsamen Forschungsförderung für Großgeräte hinzunehmen. In der Übergangsphase - das ist ein riesiger Erfolg für uns - in den Jahren 2007 und 2008, die einen gleitenden Übergang in eine neue Gemeinschaftsaufgabe sichern soll, werden die dort zur Verfügung stehenden 300 Millionen Euro über den Königsteiner Schlüssel verteilt. Alle waren dagegen. Wir wollten das, weil das für uns ein Riesenvorteil ist. Wir haben uns in dieser Frage gegen viele andere Länder durchgesetzt. Auch das ist ein riesiger Erfolg.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das macht noch einmal 27 Millionen Euro aus. Für diese Verteilung in der Übergangsphase hat sich mein Haus gegen alle Widerstände durchgesetzt. Ich kann das gar nicht oft genug unterstreichen.

Wenn wir diese Summen zusammenrechnen, sind das rund 125 Millionen Euro für den Haushalt 2007 und 135 Millionen Euro ab 2008. 2007 kommen noch 7 Millionen Euro aus Eigenbeteiligungen der Hochschulen hinzu. Insgesamt haben wir also 132 Millionen Euro für Baumaßnahmen und Großgeräte vorgesehen. Das ist Rekord! Und das in Zeiten schwierigster Haushaltssituation.

## (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In Zeiten des Haushaltsnotstandes haben wir es geschafft, allein in Bezug auf 2006 13 Millionen Euro mehr zur Verfügung zu stellen. Wenn ich dann Ihre Horrorszenarien höre, weiß ich wirklich nicht mehr, wo ich hier bin. Ich habe wirklich kein Verständnis mehr dafür. Vielleicht ist auch Ihnen schon deutlich geworden, dass Interdisziplinarität auch hier im Hause von Vorteil ist. Wenn ein Mathematiker redet, werden die Zahlen korrekt wiedergegeben. Das kann man offensichtlich nicht von allen erwarten.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Liebe Frau Kollegin Heinen-Kljajić, mit dem Energieforschungszentrum tun wir auch etwas - das gebe ich zu - für eine der strukturschwächsten Regionen in Niedersachsen. Dazu bekennen wir uns. Ich möchte einmal wissen, was auf Ihrer Seite los gewesen wäre, wenn ich vorgeschlagen hätte, dieses Energieforschungszentrum in meine Heimatstadt Oldenburg zu verlegen. Ein solches Theater hätte ich mir selbst nicht gewünscht. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Man kann machen, was man will: Aus der Sicht der Opposition ist es immer falsch. Wir wissen das. Wir nehmen das zur Kenntnis und stellen uns darauf ein. Wir beginnen, das mehr und mehr zu ignorieren. Ob Ihr Verhalten guter Stil ist, wage ich zu bezweifeln.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Übrigens ignoriert das auch die Öffentlichkeit mehr und mehr, wie man an der Presseberichterstattung merkt, liebe Frau Andretta.

## (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich komme nun zum Hochschulpakt 2020. Auch hier hat Niedersachsen dadurch einen Riesenerfolg erzielen können, dass wir den Königsteiner Schlüssel zur Anwendung bringen. Bei den Bund/Länder-Verhandlungen zum Hochschulpakt war Niedersachsen im Vergleich zu anderen extrem erfolgreich. Rheinland-Pfalz - SPD -, Bremen - SPD -, die neuen Bundesländer, Berlin - SPD haben erklärt, sie seien nicht bereit, zusätzliche Studienplätze zu schaffen, weil man dort angeblich schon genug habe. Allerdings kosten die Studienplätze beispielsweise in Rheinland-Pfalz nur die Hälfte dessen, was die Studienplätze hier bei uns kosten. Ich bekenne mich dazu: Ich will in Niedersachsen kein Studium "light", sondern Qualität hat für uns mindestens genauso viel Bedeutung wie die Zahl der Studienplätze.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich finde sogar, dass das Primat der Qualität über allem zu stehen hat. Den neuen Ländern werden pauschal 15 % zugewiesen. Berlin werden 4 % und den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen 3,5 % zugewiesen. Das ist nach meiner Auffassung auch berechtigt. Ich freue mich sehr darüber, dass der Kollege Zöllner - der nicht nur ein sehr kluger, sondern auch ein sehr vernünftiger Mann ist - in Bremen Senator für den Bereich Wissenschaft wird.

#### (Zurufe von der SPD: Berlin!)

- In Berlin, Entschuldigung. - Ich gehe davon aus, dass dies manches erleichtern wird. In den vergangenen Monaten war das Verhandeln mit Berlin mehr als unangenehm. Das darf ich hier so sagen.

10 % der Bundesmittel, also 56,5 Millionen Euro, gehen in den nächsten Jahren, bis zum Jahre 2010, nach Niedersachsen. Die erste Rate beträgt 3,5 Millionen Euro im kommenden Jahr. Deshalb wäre es haushaltssystematisch völliger Unfug, im nächsten Jahr mehr zur Verfügung zu stellen. In den Verhandlungen konnten nur Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen sagen: Wir haben das Geld bereits in den Haushalt eingestellt. - Alle anderen Kollegen müssen jetzt noch gegenüber ihren Finanzministern dafür kämpfen. Deshalb sage ich noch einmal: Herzlichen Dank dafür, dass Sie bei uns bereits diese Grundlagen gelegt haben, und herzlichen Dank auch an den Finanzminister, der hierbei sofort mitgemacht hat!

## (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte nur noch etwas zum Thema "Seriosität" und zur Zahl der Studienplätze sagen. Bei uns wird es bis zum Jahre 2010 etwa 11 000 zusätzliche Studienplätze geben. In einer Presseerklärung vom 13. November fordert die SPD, lieber Herr Möhrmann, exakt 10 000 Studienplätze. Daneben gibt es den Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt vom 4. Dezember. Darin steht: Wir wollen 25 Millionen Euro mehr. In der Begründung steht: für 10 000 Studienplätze. Gestern erklärte Herr Möhrmann hier, es gehe nicht um 10 000, sondern um 14 000 Studienplätze. Der Antrag ist aber nicht korrigiert worden, sondern uns liegt immer noch Ihr alter Antrag vor. Außerdem gibt es eine Presseinformation vom 28. November, in der ebenfalls die Forderung nach 14 000 Studienplätzen auftaucht. Sie fragen mich, warum. - Ich kann Ihnen die Antwort geben. Zwischendurch, zwischen der ersten PI - 10 000 - und der zweiten PI - 14 000 -, hat es eine Presseinformation der LHK gegeben, in der die Landeshochschulkonferenz 14 000 Studienplätze gefordert hat. Was macht die SPD? - Sie streicht "10 000" und setzt dafür "14 000" ein, ohne den Antrag zum Haushalt zu korrigieren.

Wenn es ein Beispiel für unseriöse Haushaltspolitik gibt, dann ist dies hier das geeignete Forum, um das deutlich zu machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe gesagt: Wir gackern erst, wenn das Ei gelegt ist. - Ich muss feststellen: Die Opposition gackert nur und legt überhaupt keine Eier.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun zur Verlässlichkeit und Seriosität. Wir arbeiten zurzeit mit der LHK in einer Arbeitsgruppe daran, wie es weitergehen soll. Schon jetzt haben wir im Prinzip entschieden: 800 Studienplätze sollen an die staatlichen Fachhochschulen und 400 an die Universitäten ausschließlich in grundständige Bachelor-Studiengänge. Die Mittelvergabe soll in einem schlanken Verfahren unter Beachtung von Qualitätsgesichtspunkten erfolgen. Kriterien werden sein: studentische Nachfrage, Bewerbersituation, tatsächliche Auslastung, Arbeitsmarkt, gesellschaftliche Entwicklungen, Qualifikationsbedarf, Einbindung in das Profil der Hochschulen - sehr, sehr wichtig insbesondere in positiv evaluierten Bereichen -, vorhandene oder mit geringem Aufwand zu schaffende Raumkapazitäten für zusätzliche Studierende. Damit sind nahezu alle Ingenieurstudiengänge an den Fachhochschulen betroffen. Ferner sind die Betriebswirtschaften und die wirtschaftswissenschaftlichen Kombinationsstudiengänge, medizinbezogene Studiengänge und innovative Bereiche wie Elementarpädagogik betroffen.

Liebe Frau Heinen-Kljajić, wollen Sie noch mehr Details? - Ich werde ja immer mit dem Hinweis angegriffen, ich würde nicht mit Details rüberkommen. Ich kann Ihnen detailgenau sagen, wie wir es in den nächsten Jahren machen werden. Auch damit gehöre ich zu einer Ausnahme in Deutschland. Fragen Sie doch einmal bei den Kollegen in den anderen Ländern nach! Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, und zwar sehr gut in den letzten Monaten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Selbstverständlich haben die Hochschulen das letzte Wort. Sie müssen sagen, welchen Vorschlägen sie folgen wollen. 2007 ist erst der Anfang. Wie Sie wissen, wird sich der Anstieg der Studienanfängerzahlen bis 2012 fortsetzen. Bis 2010 werden 11 000 zusätzliche Studienplätze geschaffen.

Auf jeden Fall sieht der Hochschulpakt für Niedersachsen Bundesmittel in Höhe von weiteren 10,2 Millionen Euro für 2008, in Höhe von 17,6 Millionen Euro für 2009 und 25,2 Millionen Euro für 2010 vor. Die Addition dieser Summen mit

dem Betrag von 3,5 Millionen Euro für 2007 ergibt 10 % der gesamten Bundesmittel, also 56,5 Millionen Euro. Das ist mehr als doppelt so viel wie die von der SPD-Fraktion beantragten 25 Millionen Euro. Auch das muss einmal deutlich gemacht werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, mir ist wichtig: Wissenschafts- und Kulturpolitik - damit komme ich zu einem anderen Thema - sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Ich habe von der Opposition in den letzten Wochen unglaublich viele Presseinformationen gelesen. Viel Papier ist produziert worden. Es gab aber nicht einen einzigen Satz zur Kulturpolitik! Kulturpolitik findet auf Ihrer Seite nicht statt. Wir bekennen uns dazu, dass ein erfolgreiches Land wie Niedersachsen

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schwerpunkte auch in der Kulturpolitik zu setzen hat. Dies hat etwas mit der Identität der Menschen zu tun.

(David McAllister [CDU]: Wo ist Frau Bührmann?)

- Frau Bührmann ist für heute entschuldigt. Sie ist erkrankt. Das kann jedem von uns passieren.

Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit allen kommunalen Bühnen, mit den Landesbühnen und dem Göttinger Sinfonieorchester sind oder werden diesen Monat unterzeichnet. Das ist ein extrem peinlicher Vorgang für die örtliche Abgeordnete. Sie musste dazu gezwungen werden, wie ich höre. Sie hatte sich ein bisschen weit aus dem Fenster gelehnt und konnte sich nicht mehr zurücknehmen. Wir haben immer gesagt: Lasst uns abwarten, lasst die Kommunalwahlen erst einmal ins Land gegangen sein, dann wird unterzeichnet. - Genau das passiert jetzt. Alle haben erkannt, es ist ein Qualitätsmerkmal, es ist etwas wirklich für die Zukunft Verlässliches, sich auf Rahmenbedingungen einstellen zu können, die vertraglich zugesichert werden. Genau dies passiert durch unsere Verträge.

Wir werden ein zusätzliches Programm mit dem Ziel auflegen, die Aktivierung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements herbeizuführen, und auch mit dem Ziel, Kinder- und Jugendtheater in Niedersachsen zu stärken. Unser Hauptziel, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleibt,

das Interesse für Kultur bei jungen Menschen zu stärken und sie möglichst früh an unsere Kultureinrichtungen heranzubringen. Deshalb bauen wir auch die Musikakademie in Wolfenbüttel für weit über 10 Millionen Euro. Wir haben damals zugegebenermaßen auf die Popakademie verzichtet, weil sie nicht durchfinanziert war. Außerdem waren wir der Meinung: Na ja, gut, wenn der ehemalige Ministerpräsident Popbeauftragter wird, dann wird er das in diesem Bereich ja wohl schon richten.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Museen künftig besser arbeiten können und sich auch stärker mit Marketingfragen befassen können. Wir werden ab 2008 über 20 Millionen Euro für den Ausbau des Herzog-Anton-Ulrich-Museums - eines unserer musealen Juwele in Niedersachsen -, seine Erweiterung und seine Sanierung zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin neulich in einer Konferenz von Fachleuten aus der ganzen Republik gefragt worden: Herr Minister, wie haben Sie es in Zeiten wie dieser hingekriegt, 20 Millionen Euro für ein Museum loszueisen? - Dies ist einzigartig in der Republik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich weiß, dass ich nicht das Recht habe, meinen nachfolgenden Rednern noch Redezeit zu nehmen. Ich bedanke mich dafür, dass Sie mir zugehört haben, und ich bedanke mich dafür, dass Sie den Wissenschaftsbereich so stark unterstützen. Ich hoffe insoweit, dass wir diese Zukunftsaufgabe weiterhin werden gemeinsam meistern können.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Jetzt kommen wir zum Thema

## Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Das Wort hat der Kollege Hoppenbrock von der CDU-Fraktion.

(Joachim Albrecht [CDU]: Normaler-weise redet zuerst die Opposition)

So überraschend kann das aber nicht sein, Herr Hoppenbrock. Mir liegt hier Ihr Zettel vor.

(Zuruf von der CDU: Er war der Erste!)

- Ja, er war der Erste. - Also, bitte schön, wenn Sie das so möchten, Herr Lenz, dann tauschen wir. Dann hat jetzt Herr Lenz das Wort.

## Günter Lenz (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hoppenbrock, herzlichen Dank, dass Sie der guten parlamentarischen Sitte Rechnung tragen, dass zuerst die Opposition das Wort erhält.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Ich werde Sie auch nicht enttäuschen; das verspreche ich an dieser Stelle.

Wir reden heute über einen Haushalt eines Wirtschaftsministers, dessen Auffassung es ist: Wirtschaftspolitik wird von der Wirtschaft und nicht von staatlichen Stellen betrieben. - Das ist wohl auch der Grund dafür, dass sich das niedersächsische Wirtschaftsministerium weitgehend aus der Gestaltung dieser Politik zurückgezogen hat.

Herr Hirche, Sie haben das Glück, dass das Wachstum in diesem Jahr so positive Werte erreicht wie seit langem nicht mehr und damit verbunden auch die Arbeitslosigkeit sinkt. Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf: Niedersachsen verliert auf wichtigen Feldern der Zukunftsentwicklung. Der *Niedersachsen-Monitor* des Statistischen Landesamtes fasst dies in anschaulichen Worten zusammen. Ich zitiere:

"Niedersachsen hat im vergangenen Jahr, ebenso wie schon 2004, im Standortwettbewerb der Länder an Boden verloren."

Das, meine Damen und Herren der Regierungsfraktionen, ist die Wahrheit und nicht die eher peinliche Überschrift des gestern von der FDP-Fraktion zur Aktuellen Stunde eingebrachten Themas zur Jugendarbeitslosigkeit. Niedersachsen ist eben nicht die Nummer eins - weder bei der Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen noch in den Disziplinen, die über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben abgewirtschaftet. Sie rutschen im Ranking der Bundesländer ab. Beim Wirtschaftswachstum der Jahre 2000 bis 2005 nimmt Niedersachsen vor Berlin und Mecklenburg-Vorpommern den schlechtesten Platz aller 16 Bundesländer ein.

Im vergangenen Jahr ging eine Pleitewelle über das Land. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen ist ebenso zurückgegangen wie die Zahl der Patentanmeldungen. Hierbei liegt Niedersachsen mittlerweile weit unter dem Bundesdurchschnitt. Aber die Anmeldung von Patenten ist doch das Resultat der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit eines Betriebes, kurz gesagt: seiner Innovationsfähigkeit.

Die von der Landesregierung in Auftrag gegebene SWOT-Analyse des NIW hat hier eine klare Schwäche des Landes aufgezeigt. Außerhalb des Fahrzeugbaus ist die FuE-Intensität stark unterdurchschnittlich. Zusätzliche Jobs, meine Damen und Herren, entstehen aber vornehmlich in innovativen Unternehmen. Hiervon gibt es in Niedersachsen leider viel zu wenige, und eine Trendwende kann ich leider nicht erkennen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Zahlen und ihr Zusammenhang machen das ganze Dilemma niedersächsischer Wirtschaftspolitik deutlich. Die langfristige Sicherung von Wachstum und Beschäftigung in Niedersachsen ist nur durch eine Verstärkung der Innovationen möglich. Hierzu brauchen wir überhaupt erst einmal eine Vorstellung davon, in welchen Wachstumsfeldern sich Niedersachsen entwickeln soll.

(Ulf Thiele [CDU]: Maritime Wirtschaft!)

Wir brauchen eine gezielte und wirksame Förderung von Schlüsseltechnologien wie z.B. der Brennstoffzelle oder der regenerativen Energien.

(Zurufe von der CDU: Genau das machen wir!)

Wir brauchen eine viel stärkere Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Wir brauchen ein ganzheitliches Mittelstandskonzept zur Stärkung der Innovationsfähigkeit. Wir brauchen auch mehr Risikokapital durch die NBank, damit niedersächsische Unternehmen bessere Vermarktungschancen für ihre Innovationen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## (Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen, meine Herren, die Weltwirtschaft hat sich in einer dramatischen Geschwindigkeit verändert. Immer mehr Branchen, wie z.B. die Automobilzulieferindustrie, verlagern erst ihre Produktion, später auch ihre Forschung und Entwicklung vornehmlich ins osteuropäische Ausland. Das wirklich Dramatische an dieser Entwicklung ist aber, dass es in wenigen Jahren gar nicht mehr um die Lohnkosten gehen wird, die anderswo noch geringer sind. Viel wichtiger ist unser Know-how, und das droht verloren zu gehen, meine Damen und Herren. Es ist eben kein Naturgesetz, dass deutsche Ingenieure und Facharbeiter ihren Kollegen in anderen Ländern fachlich überlegen sind. Wir erleben einen rasanten technologischen Aufholprozess in Ländern wie Indien und China. Und was ist Ihre Antwort darauf? - Es gibt keine. Ich fürchte, diese Regierung sieht noch nicht einmal das Problem. Diese Regierung meint, das werde die Wirtschaft schon selbst regeln. Wenn wir nichts tun, meine Damen, meine Herren, dann wird es auch so sein. Aber diese deutsche Wirtschaft wird sich dann aus dem Standort Deutschland weitestgehend verabschiedet haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen dieses nicht einfach zur Kenntnis nehmen. Wir sind aufgefordert, hier zu handeln. Wir müssen zurück an die Spitze der technologischen Entwicklung, um unsere wirtschaftliche Stellung und damit den Wohlstand in unserem Lande langfristig erhalten zu können.

Wo ist denn Herr Hirche?

(Minister Walter Hirche: Hier!)

- Ja, ich weiß, dass er da ist. - Aber wenn es darum geht, entsprechende Akzente zu setzen, dann können zumindest wir keine Handschrift erkennen.

Das sieht man auch, meine Damen und Herren der Regierungsfraktionen, wenn man sich den Bericht des NIW zur "Bildung und Qualifizierung in Niedersachsen" anschaut, der kürzlich an die Öffentlichkeit gekommen ist. Dieser Bericht belegt den eklatanten Handlungsbedarf im Bereich von Schule und Hochschule; wir haben eben darüber gesprochen. Ich erwarte, dass der Wirtschaftsminister auch dabei auf seine Kollegen im Kultus- und Wissenschaftsministerium Einfluss nimmt.

## (Zustimmung bei der SPD)

Der wirtschaftliche Erfolg eines Landes ist eine ressortübergreifende Aufgabe. Die gezielte Förderung praxisorientierter Innovationen und die Ausschöpfung aller Qualifizierungspotenziale sind *die* Schlüssel für eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung. Wenn wir auf diesen Gebieten nicht zu den Besten gehören, haben wir unsere Zukunftsfähigkeit verspielt.

Meine Damen, meine Herren, aus früheren Wahlkämpfen kannten wir den CDU-Slogan "Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser".

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Macht man dies aber an der Einkommensentwicklung in Niedersachsen fest, dann ist es leider genau umgekehrt. Das niedersächsische Verdienstniveau lag 2006 sage und schreibe 4,1 % unter dem Bundesdurchschnitt. Damit wir uns an dieser Stelle auch richtig verstehen: Im EXPO-Jahr 2000 betrug dieser Unterschied nur 1,2 %. Das heißt ganz klar: Sie kosten die Menschen in Niedersachsen bares Geld. Sie machen die Menschen in Niedersachsen ärmer.

(Beifall bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Sind Sie Tarifpartner?)

Da hilft auch ein Niedersachsen-Kombi nicht, bei dem Sie unbedingt Vorreiter sein wollten. Wir wissen, dass bis zum 31. August 321 Personen gefördert worden sind. Die 1 000 Personen, die Sie sich selbst zum Ziel gesetzt haben, werden wohl kaum zu erreichen sein. Entscheidend aber ist, dass es an der Passgenauigkeit des Niedersachsen-Kombi hapert. 71 % der Geförderten - das kann man Ihrer Statistik entnehmen - waren eben nicht unter 25 oder über 50 Jahre alt, d. h. sie gehörten nicht zur Kerngruppe der zu Fördernden. Hier liegt also ein klassischer Fall von Fehlsteuerung vor.

Es hat doch auch einen Grund, warum Jugendliche und Ältere als Zielgruppen definiert worden sind. Es ist doch nicht so, dass wir einem 30- oder 40-Jährigen keinen geförderten Job gönnen würden. Wir können doch aber einen flächendeckenden Kombilohn wirklich nicht wollen; denn wir können ihn auch nicht finanzieren.

Wir brauchen Menschen, die von ihrem Einkommen leben können, die von ihrer Arbeit leben können, wenn sie 8, 9 oder 10 Stunden täglich arbei-

ten. Selbst die Arbeitgeber fordern nun kräftige Lohnerhöhungen für die Beschäftigten. Es geht dann doch in die falsche Richtung, wenn sich Langzeitarbeitslose, die sich im Zenit ihrer Leistungsfähigkeit befinden, mit Löhnen auf McDonald's-Niveau abspeisen lassen sollen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deutschland muss ein Hochlohnland bleiben. Ansonsten droht uns ein Rückfall auf das Niveau von Schwellenländern.

Meine Damen und Herren, Sie haben bei der Einführung des Kombilohns leider vergessen, das Thema Mindestlohn anzugehen. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal an unsere gemeinsame Bundeskanzlerin erinnern, die dem *Spiegel* am 9. Januar 2006 sagte - ich zitiere -:

"Deshalb muss jede ernsthafte Debatte über Kombilöhne eine zweite Frage beantworten, nämlich die Frage des Mindestlohnes. Es ist natürlich nicht hinnehmbar, wenn Tariflöhne beliebig sinken. Wir wollen schließlich Arbeitsplätze schaffen und keinen Selbstbedienungsladen für findige Unternehmer eröffnen."

(Beifall bei der SPD)

Schöner und zutreffender kann man es, wie ich glaube, nicht formulieren. Leider scheint das nicht in das Bewusstsein der Niedersächsischen Landesregierung gedrungen zu sein. Immer mehr Menschen in Deutschland und auch in Niedersachsen haben kein auskömmliches Einkommen mehr und sind auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen. Immer mehr Menschen befinden sich in prekären Arbeitsverhältnissen.

Herr McAllister hat gestern von den Infrastrukturprojekten berichtet, die das Land finanzieren wird. Er sprach vom Forschungsflughafen Braunschweig, vom Seehafen Brake und von den Planungskosten für die Autobahn A 22.

Ich sage für die SPD-Fraktion ausdrücklich: Alle diese Projekte unterstützen wir natürlich. Sie sprachen aber auch vom Haushaltsansatz für den Tiefwasserhafen. Das wichtigste Infrastrukturprojekt Niedersachsens ist zweifellos der JadeWeser-Port. In den Jahren 2009/2010 soll er in Betrieb gehen. In jedem Haushaltsplanentwurf der letzten

Jahre ist aber auch zu lesen gewesen, dass der anstehende Investitionsschwerpunkt wieder um ein Jahr verschoben wird. Als Gründe wurden stets Schwierigkeiten beim Planungsfortschritt oder umweltschutzrechtliche Belange angeführt. Der Fertigstellungstermin hingegen, Frau Ortgies, soll nicht gefährdet sein. Herr Hirche, wir hoffen für Niedersachsen, dass diese Gründe nicht nur vorgeschoben sind. Ich hoffe, dass der Hafen spätestens in fünf Jahren tatsächlich ans Netz gehen wird.

Die Steigerung besonders des Containerverkehrs um jährlich mindestens 10 % erfordert neben den genannten Investitionen für den JadeWeserPort aber auch weitere Investitionen für unsere Häfen in Emden, Cuxhaven, Stade-Bützfleth und Wilhelmshaven.

#### (Beifall bei der SPD)

Es ist wichtig, dass wir unsere Vorhaben deutlich beschleunigen. Wir können es uns nicht länger leisten, dass die Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte von der Planung bis zur Fertigstellung Jahrzehnte in Anspruch nimmt.

Der Bereich der maritimen Wirtschaft ist der größte Wachstumsbereich in Niedersachsen. Es ist für Niedersachsen ein positiver Ausfluss der Globalisierung, dass der Seehandel boomt. Niedersachsen muss als Küstenland daran teilhaben und darf die nötigen Investitionen nicht auf die lange Bank schieben.

## (Beifall bei der SPD)

"Investitionen" ist natürlich ein Stichwort, das in keiner Haushaltsrede fehlen darf. Die Investitionen des Landes sind zu gering. Sie sind zu gering, um das Landesvermögen zu erhalten, und sie sind zu gering, um die heimische Wirtschaft zu stimulieren. Niedersachsen ist mit einer Investitionsquote von 7 % Schlusslicht in Deutschland. Das haben Sie zu verantworten.

#### (Beifall bei der SPD)

Wenn man in die mittelfristige Finanzplanung schaut, stellt man fest, dass auch perspektivisch keine Besserung in Sicht ist. Ganz im Gegenteil, im Jahr 2010 wollen Sie nur noch 6,4 % der Ausgaben investiv einsetzen. Die Menschen in Niedersachsen - das will ich Ihnen an dieser Stelle sagen - können nur hoffen, dass Sie im Jahre 2010

keine Gelegenheit mehr haben, diese wirtschaftsfeindliche Politik fortzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir sicher, dass Sie hier gleich ausführen werden, dass dies alles nicht stimme

(Björn Thümler [CDU]: Richtig!)

und dass CDU und FDP mittels eines Änderungsantrages deutlich mehr Geld für den Straßenbau und für den Wirtschaftsförderfonds zur Verfügung stellen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Freuen Sie sich aber nicht zu früh, Herr Althusmann. Ich kann Ihren Haushaltsansätzen nämlich schon lange nicht mehr glauben. Ein Blick in die Vergangenheit beweist doch, dass nicht entscheidend ist, was im Haushalt steht. Entscheidend ist vielmehr, wie viel Geld Sie tatsächlich ausgeben.

(Beifall bei der SPD)

Dafür will ich Ihnen einige Beispiele nennen. Nehmen wir einmal den Titel betreffend Beseitigung von Unfallschäden an Landstraßen. Der Ansatz im Jahre 2005 betrug 3,3 Millionen Euro. Tatsächlich ausgezahlt wurden aber nur 1,66 Millionen Euro. Das bedeutet ein Minus von 1,6 Millionen Euro.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sollen wir mehr Unfälle produzieren oder was?)

Woran liegt das? Hatten wir nur das Glück, dass wir zu wenig Unfälle hatten? - Ich fürchte, nein, denn bis zum 30. Oktober 2006 ist auch nur gut 1 Million Euro ausgezahlt worden, obwohl der Titel abermals mit 3,4 Millionen Euro veranschlagt worden ist.

Nehmen wir als zweites Beispiel den Titel Zuführung zum Wirtschaftsförderfonds, ökologischer Teil. Der Ansatz im Jahr 2005 betrug 4,8 Millionen Euro. Tatsächlich ausgezahlt wurden aber 0 Euro. Unter demselben Titel wurden bis zum 30. Oktober 2006 ebenfalls 0 Euro ausgezahlt. Ich freue mich für die niedersächsische Wirtschaft daher sehr, dass der Ansatz im Jahre 2007 auf 8 Millionen Euro nahezu verdoppelt worden ist. Wahrscheinlich wird dann auch doppelt so viel ausgezahlt, nämlich 0 Euro.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: 2 mal 0 ist 0!)

Herr Hirche, was hier geschieht, entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers. Diese Haushaltsansätze haben mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun. Sie fahren zuerst die Haushaltstitel herunter, und dann geben Sie noch nicht einmal die reduzierten Beträge aus. So machen Sie Ihr Ressort zum Abbruchunternehmen, Herr Hirche. Deswegen kritisieren wir das auch.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für die Kommunalfinanzen. Auch hier sinkt die Investitionsquote. Wir wollen stärkere Investitionen in die Bauunterhaltung, in den Straßenbau und für den Wirtschaftsförderfonds. Wir werden den Kommunen ihren gerechten Anteil an den Steuereinnahmen zurückgeben, damit diese ihre Infrastruktur weiterentwickeln können. Wir wollen darüber hinaus den ÖPNV stärken, indem wir die Kürzungen des Bundes bei den Regionalisierungsmitteln nicht einfach an die Aufgabenträger weitergeben; vielmehr wollen wir für diesen Bereich eigene Mittel, also Landesmittel einsetzen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Deckungsvorschlag?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen. Ihre Wirtschaftspolitik ist ohne Power, setzt keine Akzente und führt Niedersachsen nachweislich auf die Verliererstraße. Was wir brauchen, sind Investitionen und Innovationen für Niedersachsen. Dazu bedarf es nicht nur höherer Haushaltsmittel, sondern vor allen Dingen auch eines Ministers, der bereit ist, die Wirtschaft zu gestalten. - Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Der nächste Redner ist Herr Hoppenbrock von der CDU.

(Heinz Rolfes [CDU]: Das mit den Radwegen muss möglichst einmal gesagt werden!)

## Ernst-August Hoppenbrock (CDU):

Darauf beschränke ich mich. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Lenz, das Bild, das Sie hier gezeichnet haben, trifft in ganz großen

Teilen nicht die Wirklichkeit, die wir in Niedersachsen haben. Mein Großvater hat immer gesagt - das ist eine alte Bauernregel -: Wenn du nichts mehr zu sagen hast, wenn du keine Verantwortung mehr hast, dann weißt du plötzlich alles besser. - So kommen Sie mir vor, wenn Sie sich heute hier hinstellen und sich im Sinne von Belehrungen zu dem äußern, was unsere Landesregierung gut gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Das Bild, das Sie von Niedersachsen zeichnen, wäre wahrscheinlich zutreffend, wenn nicht wir, sondern Sie die Wahl 2003 gewonnen hätten. Dann sähe es so marode aus, wie Sie es hier darstellen. Die Wirklichkeit in Niedersachsen ist aber eine ganz andere. Das will ich Ihnen gleich belegen.

Natürlich ist es richtig, dass unser Haushaltsentwurf im Zeichen von Sparsamkeit und Konsolidierung steht. Seit dem Regierungswechsel 2003 haben wir konsequent den Kurs eingehalten: Wir konsolidieren, wir investieren, und wir modernisieren.

(Beifall bei der CDU)

Das hat auch im kommenden Haushaltsjahr oberste Priorität. Durch diese gradlinige Politik, die Sie hier kritisieren, haben die Menschen in Niedersachsen erst wieder Vertrauen in diese Landesregierung gefunden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das zeigen nicht zuletzt die wahnsinnig guten Umfragewerte für unseren Ministerpräsidenten, für die Landesregierung und alle diese Landesregierung tragenden Fraktionen.

(Beifall bei der CDU - Enno Hagenah [GRÜNE]: Das kann sich schneller ändern, als man denken kann!)

Es heißt zwar, dass wir auf dem richtigen Weg sind, und Sie haben natürlich auch einige Punkte zu Recht angesprochen. Nichtsdestotrotz arbeiten wir daran. Aber wir sollten es gemeinsam anfassen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Mit denen nicht!)

Diese guten Umfragewerte und das Vertrauen in uns haben aber nicht zur Folge, dass wir uns jetzt zurücklehnen und in aller Gelassenheit auf die nächste Landtagswahl warten. Nein: Angesagt ist, weiterhin absolut sparsam zu wirtschaften und trotzdem das Richtige und Notwendige zu tun und Schwerpunkte zu setzen. Das machen wir mit dem nächsten Haushaltsentwurf.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Sind Sie Haushälter oder Wirtschaftspolitiker?)

Welche Schwerpunkte setzen wir im Jahre 2007? - Die niedersächsische Häfen boomen; das haben Sie, Herr Lenz, auch gesagt. Zu den vorrangigen Zukunftsprojekten gehört der Tiefwasserhafen JadeWeserPort in Wilhelmshaven. Dafür werden wir mehr als 50 Millionen Euro bereitstellen. Außerdem wird Brake für mehr als 8 Millionen Euro ausgebaut. Das ist wichtig für die dortige Infrastruktur.

Für die Zukunft unseres Landes ist es aber auch wichtig, eine vernünftige Infrastruktur auf Straße und auf Schiene bereitzustellen. Für die Planung der Küstenautobahn - ich nehme an, dass wir darin übereinstimmen - haben wir 5 Millionen Euro an Barmitteln und an Verpflichtungsermächtigungen bereitgestellt, um die Bundesgelder schneller nach Niedersachsen zu holen.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Das sind versenkte Mittel!)

Weiterhin: Als Hinterlandanbindung für die Häfen ist natürlich auch die A 22 immens wichtig. Im Zusammenspiel mit der A 20 bekommen wir dann eine Ost-West-Verbindung von den baltischen Ländern bis nach Westeuropa, was sicherlich auch der Internationalität Niedersachsens mächtig helfen würde.

Besonders wichtig für unser Land und für unsere Wirtschaft sind aber auch der sechsspurige Ausbau der A 1 zwischen Hamburg und Bremen, die A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg sowie die Entwicklung des Eisenbahnknotens Bremen.

(Brunhilde Rühl [CDU]: Jawohl!)

Auch die Planung des Lückenschlusses der A 33 um Osnabrück auf die Autobahn A 1 will ich hier erwähnen. Seit Rot in Nordrhein-Westfalen abgewählt ist, haben wir auch wieder die Chance, dass die Nordumgehung Bad Oeynhausen angefasst wird.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Kollegen in Nordrhein-Westfalen haben uns zugesagt, dass Sie mit Macht darangehen. Es ist schon verrückt: Sie können nach München kommen, Sie können in Deutschland überall hinkommen, wo Sie wollen. Wenn Sie sagen, dass Sie aus Osnabrück, Melle oder Bad Oeynhausen kommen, dann werden Sie erleben, dass die Menschen diesen Ort nicht kennen. Aber wenn ich sage, dass Bad Oeynhausen der Ort ist, in dem die Autobahn quer durch das Kurviertel führt, dann weiß jeder, wo Bad Oeynhausen liegt. Das ist eine Hinterlassenschaft der roten Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Beim Landesstraßenbau haben Sie sich uns angeschlossen. Wir haben11 Millionen Euro draufgelegt, 3 Millionen Euro zusätzlich für den Radwegebau bereitgestellt. Ich sage es noch einmal: Neue und bessere Radwege sind nicht nur für die Schulwegsicherheit wichtig, sondern Radwege erhöhen auch die Lebensqualität im ländlichen Raum. Wir sind nun einmal ein Land mit viel ländlichem Raum.

(Reinhold Coenen [CDU]: Sehr schön!)

Ich sage aber auch ganz deutlich: Zu einer leistungsfähigen Infrastruktur gehört ebenso, dass die Bahn ihre Hausaufgaben macht.

(Beifall bei der CDU)

Davon konnte sich der Wirtschaftsausschuss am vergangenen Freitag in Berlin überzeugen. Auch die Bahn hat wichtige Entscheidungen getroffen - dank Brunhilde Rühl, die hin und wieder interveniert.

(Beifall bei der CDU)

Die Bahn hat wichtige Entscheidungen zur Hinterlanderschließung der norddeutschen Häfen getroffen. Auf den Weg gebracht sind der Ausbau der Strecke Wilhelmshaven - Oldenburg sowie eine Vereinbarung mit der Landesregierung - das ist ganz wichtig -, um die Situation um Sande herum zu entschärfen, damit auch da endlich einmal Ruhe herrscht.

(Beifall bei der CDU)

Geplant sind aber auch Streckenverstärkungen ebenso wie der Ausbau in Bremen. Genannt wer-

den müssen letztendlich auch die Fortschritte bei der Entwicklung der so genannten Y-Trasse.

Jetzt kommt es, Herr Lenz. Meine Damen und Herren, wir investieren aber nicht nur in Beton, Asphalt und Schiene, sondern auch in neue Ideen und kreative Köpfe.

(Bernd Althusmann [CDU]: Wieso wusste Herr Lenz das denn nicht?)

Auch daran sollten Sie einmal denken. Wir wollen ein Niedersachsen der Innovation. Deswegen haben die Fraktionen von CDU und FDP in der Haushaltsklausur den Wirtschaftsförderfonds um mehr als 5 Millionen Euro aufgestockt.

(Günter Lenz [SPD]: Den Sie in den letzten drei Jahren halbiert haben! Er wurde halbiert, und jetzt kommen 5 Millionen drauf!)

- Herr Lenz, Sie müssen einmal schauen, wie wir ihn übernommen haben und wie das Ganze finanziert war, nämlich nur auf Pump und mit Schulden. Das bringt nichts für die Menschen, die innovativ behandelt werden sollen.

Zu diesen innovativen Zukunftstechnologien gehören beispielsweise die Telematik, die Brennstoffzellentechnologie, die Entwicklung neuer Materialien.

(Wilhelm Heidemann [CDU]: Einmal innovativ behandelt zu werden, das wäre auch einmal für Sie wichtig, Herr Hagenah! - Heiterkeit bei der CDU)

Herr Hagenah, zu den Zukunftstechnologien gehört auch die Grüne Gentechnik, die mancher aus ideologischen Gründen absolut verteufelt. Wenn wir von Niedersachsens Feldern irgendwann einmal den grünen Sprit haben wollen, werden wir meines Erachtens nicht darum umhinkommen.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Das sehen die Fachleute aber ganz anders! - Gegenruf von Bernd Althusmann [CDU]: Fachleute! Dazu gehören Sie ja nicht!)

Meine Damen und Herren, Leuchtturmprojekte sind neben dem Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven auch der Ausbau des Chemiestandortes Wilhelmshaven, die Produktion von Kohlefaserverbundstoffen für Airbus sowie die Entwicklung Cuxhavens als Offshore-Basis für Windenergie.

Überregionale Bedeutung hat auch der Startbahnausbau in Braunschweig. Das haben wir gerade gehört, das muss ich jetzt nicht vertiefen. Aber es läuft in Braunschweig ein Jobmotor warm; so kann man es nennen. So ist es auch ein besonderer Erfolg der Landesregierung, dass die Initiative Satellitennavigation GAUSS zusammen mit Ihren internationalen Partnern die erste EU-weite Ausschreibung zur Zertifizierung des europäischen Satellitensystems Galileo gewonnen hat.

Meine Damen und Herren, der Mittelstand und das Handwerk fühlen sich bei der NBank gut aufgehoben. Alle Förderinstrumente von EU, Bund und Land sind dort gebündelt. Gemeinsam mit dem Handwerk hat der Wirtschaftsminister eine Innovationsoffensive als Schwerpunkt für Forschung und Entwicklung im anwendungsnahen Bereich gestartet. Das ist exakt das, was Sie eingefordert haben. Aber wir haben es getan. Das ist bundesweit einmalig. Die Gelder werden durch die Handwerkskammern zur Verfügung gestellt. Laut einer Prognos-Untersuchung gibt es für innovative Handwerksunternehmen auf den verschiedensten Feldern wie Mikro- und Nanotechnologie erhebliche Marktpotenziale.

Meine Damen und Herren, wie schon in den vergangenen Jahren soll meine Haushaltsrede nicht eine reine Lobhudelei auf die Landesregierung sein.

(Was? von der SPD - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sagen Sie doch mal etwas Kritisches!)

Wenn wir in bestimmten Bereichen gut sind, dann müssen wir das sagen. Das tue ich auch.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Schließlich sind wir als Politiker aber auch der Wahrheit verpflichtet; das muss man dazu sagen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Mindestens als CDU-Politiker! Aber auch als FDP-Politiker!)

Es gibt natürlich auch Politikfelder, in denen wir zugelegt und auch Erblasten beseitigt haben. Und trotzdem können wir nicht ganz zufrieden sein. Damit meine ich den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Gestern haben Sie den noch abgefeiert!)

Auf dem Ausbildungsmarkt und Arbeitsmarkt weitere Erfolge zu erzielen - weitere Erfolge; hören Sie zu! -, ist uns ein besonderes Anliegen. Dazu bedarf es allerdings vieler sich ergänzender und abgestimmter Maßnahmen.

Wichtigstes Kriterium für nachhaltige Verbesserungen ist ein konjunktureller Aufschwung. Mit unserer gemeinsamen Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Konjunktur spürbar angezogen.

(Walter Meinhold [SPD]: Das ist ja Wahnsinn!)

Ende November 2006 hat sich manch einer die Augen gerieben; denn da waren die Arbeitslosenzahlen bundesweit plötzlich unter 4 Millionen gerutscht. Auch Niedersachsen hat profitiert. Ist sage ganz deutlich für die CDU: Erstmals seit der Wiedervereinigung hat es in Niedersachsen im November wieder einen Rückgang der Arbeitslosigkeit gegeben.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Angela Merkel macht auch, dass ein Winter warm ist!)

Über die Jugendarbeitslosigkeit hat der Kollege Dinkla gestern sehr viel gesagt. Ich meine, dass wir dieses Ergebnis nicht verstecken müssen. Wir sind mit dem, was wir haben, nicht zufrieden, aber wir haben bundesweit Erfolge erzielt, die es in anderen Ländern nicht gibt.

(Beifall bei der CDU)

Diese Fortschritte ließen sich nur durch gemeinsame Anstrengungen, durch enge Verzahnung aller Instrumente, mit der Arbeitsverwaltung, durch die engagierte Arbeit in den Agenturen, in den Arbeitsgemeinschaften und in den Optionskommunen erzielen. Durch den Ausbildungspakt, bei dem die Gewerkschaften, Kollege Lenz, leider immer noch abseits stehen, haben wir das Angebot an Ausbildungsplätzen und Einstiegsqualifizierungen noch einmal steigern können. Für diese große Anstrengung danke ich allen Beteiligten, ganz besonders den Handwerksbetrieben, die auch in diesem Jahr wieder einen erheblichen Beitrag geleistet haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben eben etwas über den Niedersachsen-Kombi gehört. Natürlich ist jede Maßnahme für sich gesehen nicht ausreichend. Aber der Niedersachsen-Kombi der Lan-

desregierung hat dafür gesorgt, dass die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt gute Fortschritte macht. Seit dem Start Anfang Juli konnten wir bis Ende Oktober - Sie haben nur die ersten drei Wochen gezählt - rund 650 Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt bringen. Es wäre allerdings eine Untersuchung wert, warum die Erfolgsquote regional so unterschiedlich ist. Spitzenreiter ist der Landkreis Osnabrück mit gut 150 Vermittlungen. Das sind mehr als 20 % aller Vermittlungen bei ungefähr 4,5 % der Einwohner. Warum läuft das landesweit nicht besser? - Da gibt es in einigen Regionen noch einiges zu verbessern, und da ist noch erhebliches Potenzial vorhanden.

Das Programm "2000 x 2500" soll arbeitslosen und ausbildungslosen Jugendlichen eine Zukunft im Arbeitsmarkt bringen. Gefördert werden können auch zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben.

Meine Damen und Herren, wir haben ein ganzes Bündel von Maßnahmen, die maßgeschneidert ineinander greifen, die sich ergänzen und letztendlich zum Erfolg führen. Wichtig ist, dass wir gemeinsam den Erfolg wollen und hier nicht versuchen, die vorhandenen Erfolge mit Häme niederzumachen, Herr Lenz. Im Ausschuss haben wir übrigens von der Opposition nicht einen vernünftigen Vorschlag gehört, der umgesetzt werden könnte.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Sie haben aber auch keinen gemacht!)

- Was wir wollten, stand im Entwurf. Da sind wir uns ziemlich einig mit der Landesregierung.

(Walter Meinhold [SPD]: Das ist aber erstaunlich!)

Dass Sie nichts gebracht haben, kann ich eigentlich nur als Zustimmung zum Haushaltsentwurf werten. In weiten Teilen haben Sie ja auch zugestimmt.

Ich betone noch einmal: Der Haushalt des Wirtschaftsministers setzt die richtigen Akzente. Das vorhandene Geld wird zielgenau und sparsam verwendet. Ich denke, Herr Lenz, die alten Rezepte - der Ruf nach immer mehr Geld auf Kosten immer höherer Schulden - haben unser Land in der Vergangenheit doch erst in die Bredouille ge-

bracht, aus der wir uns nun Jahr für Jahr herausarbeiten müssen.

(Hermann Dinkla [CDU]: Mühsam!)

- Mühsam, genau. - Ich zitiere noch eine alte Bauernregel, an die wir uns halten: Wer eine gerade Furche pflügen will, der muss auf den Horizont und nicht auf den Schwanz des Pferdes gucken.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Das nehmen Sie sich bitte zu Herzen, wenn Sie ein Ziel erreichen wollen. Deshalb gibt es zur Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung keine Alternative. Niedersachsens Wirtschaft ist bei dieser Landesregierung gut aufgehoben.

Im Namen des Arbeitskreises bedanke ich mich bei Minister Hirche, bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie bei den Haushaltspolitikern für die konstruktive Zusammenarbeit. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Hagenah von Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

## Enno Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Haushaltsklausur der Koalitionsfraktionen muss an einem sehr heißen Novembertag stattgefunden haben, an dem der Horizont durch eine Fata Morgana verschwommen war, Herr Hoppenbrock.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Anders ist das, was Sie uns vorgelegt haben, tatsächlich nicht zu erklären. Was Sie hier vorlegen, ist nicht mehr Wirtschaftspolitik der ruhigen Hand; das ist tatsächlich Wirtschaftspolitik der ruhenden Hände.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das Wenige, das noch getan wird, verbessert die wirtschaftliche Lage im Verhältnis zur bundesweiten Entwicklung nicht. Niedersachsen fällt immer weiter ab, und das bei sinkenden Arbeitslosen-

zahlen auch noch im November. So viel Glück hatte keine Landesregierung in den letzten sechs Jahren.

Dennoch werden die wirtschaftspolitischen Probleme des Landes im Vergleich zur Entwicklung im Rest der Republik immer offenkundiger. Die einseitige Abhängigkeit von nur einer stark konjunkturabhängigen Branche im Industriebereich wird immer stärker deutlich. Das geringe Qualifikationsniveau und die hohe Jugendarbeitslosigkeit bleiben signifikant.

Was setzen Sie nun aktuell dagegen? - Einige Beispiele: Die wichtige Tourismusbranche zum Beispiel überzieht Ihr Ministerium, Herr Minister Hirche, gerade mit sogenannten Leuchtturmprojekten, deren Nutzen für uns mehr als fraglich ist. Die mit vielen Millionen geförderte "Erlebniswelt Renaissance" im Weserbergland kommt einfach nicht vom Start weg. Die Insolvenz droht quasi wöchentlich neu. Investoren-Großprojekte wie die Bavaria-Alm im Harz oder der Snow Dome in der Heide verschlingen unnötigerweise Steuermillionen, während doch eigentlich die Privaten an diesen günstigen Standorten durchaus selber und allein hätten investieren können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das Land fördert damit sogar noch die inhaltliche Entkernung von zwei unserer wichtigsten Tourismusregionen. Ich sage nur: Bavaria-Alm mitten im Harz.

(Ministerpräsident Christian Wulff: Gucken Sie sich mal an, was da jetzt los ist!)

- Ich weiß, dass Sie das eröffnet haben, Herr Ministerpräsident. Dennoch war es ein Fehler, sich diese Entkernung der eigenen Marke Harz mit der Bavaria-Alm so bieten zu lassen und das dann auch noch zu fördern.

(Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, anstatt mit Ihrer einflussreichen Position als zweitgrößter Anteilseigner beim größten deutschen Automobilunternehmen konstruktiv mit den anderen Akteuren an der weiteren Wettbewerbsverbesserung der hiesigen VW-Standorte mitzuwirken, leistet sich diese Landesregierung dort nun schon seit mehr als einem Jahr einen kontraproduktiven Machtkampf, der sich nicht an inhaltlichen Kontroversen,

sondern offenkundig nur an persönlichen Animositäten festmacht.

Auf die mittelstandsfeindliche Politik von Ihnen, Herr Ministerpräsident Wulff und Herr Wirtschaftsminister Hirche, will ich nur mit einigen Stichworten eingehen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Viel mehr haben Sie dazu nicht!)

Während Sie die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 % durch den Bund zugelassen haben, verweigern Sie sich hier, dem Angebot der EU zu folgen und verminderte Mehrwertsteuersätze für weite Teile der von Privaten beauftragten Handwerksleistungen einzuführen. Mit der von Ihnen gewollten Ladenöffnung rund um die Uhr können die großen Unternehmen den Mittelstand in unserem Land noch enger in Restreservate des Einzelhandels zurückdrängen. Mit dem geplanten Einstieg in Factory Outlet Center auf der grünen Wiese werden Niedersachsens Innenstädte endgültig absterben. - Das ist Mittelstandspolitik von CDU und FDP.

#### (Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sie verpassen mit diesem Haushalt erneut, die negative Bilanz der von Ihnen getragenen Landesregierung zu korrigieren. Sie erweisen sich immer mehr als Teil des Problems, nicht als Teil der Lösung. Ihnen fehlt z. B. die Kraft, das kontraproduktive Nebeneinander bei der Qualifizierung und Arbeitsmarktverwaltung zwischen Wirtschaftsministerium, Sozialministerium und Kultusministerium endlich zugunsten der vielen jungen Menschen, die Arbeit und Ausbildung suchen, und zugunsten der immer noch viel zu vielen Arbeitslosen bei uns zusammenzuführen. Es muss dort endlich mehr Transparenz hergestellt werden, damit mehr und gezielter eingegriffen und gefördert werden kann.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Kombilohnmodell verfehlt die Zielgruppe, und Ihr Programm "Stufe 2" wird auch nur schleppend abgerufen. Ihnen fehlt der Mut, das Durcheinander zwischen Wirtschaftsministerium, Landwirtschaftsministerium bei der Wirtschaftsförderung endlich zu stoppen. Sie nehmen weiter in Kauf, dass dort gegeneinander oder im besten Falle nebeneinander her gearbeitet wird.

Dass der permanent seine eigentlichen Aufgaben vernachlässigende Umweltminister, der gerade durch Abwesenheit glänzt, - - -

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Wie bitte? - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Da ist er!)

- Ah! *Der* Platz ist unvermutet. Ich entschuldige mich. Sie sind im Raum. Danke schön! Dann passt es ja.
- --- große Teile seiner Fördertöpfe regelmäßig verfallen lässt, nehmen Sie allenfalls bei der Haushaltsaufstellung zur Kenntnis, aber nicht etwa als Ärgernis, um das abzustellen, sondern als willkommene Einsparung durch Haushaltsreste. Sie haben sich damit abgefunden, dass Wirtschaftsförderung in Niedersachsen laut Landesrechnungshof immer noch durch große Anteile von Mitnahmeeffekten weitgehend verpufft und die NBank ebenso wie die TourismusMarketing Niedersachsen die notwendigen Kompetenzbündelungen und Effizienzevaluationen für alle Förderbereiche, für die sie inhaltlich eigentlich zuständig wären, tatsächlich nicht wahrnehmen können.

Wir wollen Schluss machen mit solchen festgefahrenen, unproduktiven Strukturen. Alle Fördermittel, die nicht durch sinnvolle institutionelle Förderungen gebunden sind, wollen wir für die nächsten fünf Jahre in einem Klimaschutz- und Innovationsfonds bündeln. Unabhängige Fachleute sollen über die Effizienz und Qualität der eingereichten Förderprojekte mit entscheiden, damit Ressortdenken und politische Gefälligkeitsförderung ausgeschlossen werden.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammen mit dem noch viel größeren Betrag der ebenso zu strukturierenden EU-Fördermittel könnte Niedersachsen mit dieser klaren Schwerpunktsetzung in den kommenden Jahren vom Nachzügler zum innovativen Vorreiter bei der bundesdeutschen Wirtschaftsentwicklung werden.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das wäre schön!)

Wenn Sie aber das EU-Geld für Standardaufgaben wie Straßenbau, Deichbau oder Gemeindeentwässerung vergeuden, gelingt das sicherlich nicht.

(Zuruf von der CDU: Was haben Sie denn gegen Deichbau, Herr Hagenah?) - Das ist eine Standardaufgabe, die aus dem normalen Haushalt gefördert werden muss. Deswegen gibt uns die EU keine Fördergelder. Da bin ich absolut sicher.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Deichbau als Klimaschutz!)

Den dringend notwendigen Schwerpunkt für eine bessere Bildung und Qualifikation in Niedersachsen darf die Wirtschaftspolitik aus unserer Sicht nicht allein der jährlichen Haushaltsarithmetik überlassen, wie CDU und FDP das machen. Wir schlagen aus fiskalischen und ordnungspolitischen Gründen die Veräußerung der Anteile an den Flughäfen Hannover und Braunschweig vor, um mit den erlösten und den eingesparten Mitteln den ersten Grundstock für einen zusätzlichen Bildungsförderfonds in Niedersachsen zu legen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist keine Quersubventionierung der Haushaltsbereiche, sondern wohlverstandenes Eigeninteresse grüner Wirtschaftspolitik. Denn ohne mehr qualifizierten Nachwuchs ist wirtschaftliche Dynamik für Niedersachsen nicht zu erreichen.

## (Vizepräsident Ulrich Biel übernimmt den Vorsitz)

Nur wenn echte Schwerpunkte bei Zukunftsthemen gesetzt werden und in Qualifizierung investiert wird, kommt Niedersachsen von der Nachzüglerposition weg und bei der wirtschaftlichen Entwicklung nach vorn. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion spricht nun die Abgeordnete König.

## Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! So viel wirtschaftlichen Unverstand habe ich schon lange nicht mehr gehört. Die Planwirtschaft ist ja fast nichts dagegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dabei haben wir heute eine Premiere zu feiern. Zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode können wir einen Haushalt verabschieden, der nicht von wirtschaftlicher Stagnation und schwachen Einnahmen gekennzeichnet ist, sondern von wirtschaftlichem Aufschwung.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Viele Regierungen kennen in einer solchen Situation nur eines: alle Sparbemühungen vergessen und mit beiden Händen aus dem Vollen schöpfen. Wer sich die Haushalte der alten Landesregierung ansieht, die auch in Jahren mit hohem Wirtschaftswachstum die Schuldenaufnahme nur leicht oder gar nicht gesenkt hat, weiß, wovon ich rede.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Die Fraktionen von CDU und FDP aber legen einen Haushalt vor, der wie in den Jahren zuvor die Grundsätze der Konsolidierung und der Schwerpunktsetzung berücksichtigt. Die Schwerpunkte unserer Politik liegen weiterhin in der Verkehrsinfrastruktur, Innovation und Wirtschaftsförderung sowie dem Arbeitsmarkt. Hier bündeln wir unsere Mittel. Denn gerade in Zeiten der Konsolidierung ist es wichtig, die knapper werdenden Mittel möglichst effizient einzusetzen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen ist ein Logistikstandort. Daher sind wir dringend auf eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Diese gilt es zu erhalten und auszubauen. Dies gilt besonders für Landesstraßen. In den letzten Jahren hatten wir keine andere Wahl, als hier tiefe Einschnitte zu machen. Dass wir diesen niedrigen Stand nur kurz durchhalten können, liegt auf der Hand. Anderenfalls würden die notwendigen Investitionen so sehr steigen, dass sie die heutigen Einsparungen nicht nur auffräßen, sondern sogar ins Minus umkehrten. Daher bin ich sehr erleichtert, dass wir die Ausgaben für den Straßenbau mit 11 Millionen Euro deutlich erhöht haben.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Optimal wären - das gebe ich zu - natürlich nochmals 30 Millionen Euro, um die Straßen komplett in ihrem heutigen Zustand erhalten zu können. Das erlaubt aber die derzeitige Haushaltslage nicht.

Wie ich den Anträgen der Opposition entnehmen kann, hätte sie es nicht anders gemacht. Hier liegen wir wohl alle auf einer Linie. Nur Bündnis 90/Die Grünen möchten noch mehr Radwege bauen. Aber natürlich investieren auch wir in Radwege. Speziell im ländlichen Raum sind die Radwege für die Lebensqualität, den Tourismus und natürlich - nicht zu verachten - die Schulwegsicherheit unverzichtbar.

#### (Beifall bei der FDP)

Ebenso bedeutungsvoll wie die Investitionen in unsere Landesstraßen sind die beiden Autobahnprojekte A 22 und A 39. Beide Projekte erhalten die nötigen Mittel, um die Planungen weiterzutreiben. Für die A 22 bedeutet dies, dass wir schon vor 2015 mit dem Bau beginnen können. Aber auch die A 39 ist im Plan und finanziert. Ich möchte dies noch einmal deutlich betonen, da einige Leute Zweifel hatten, ob die A 39 wirklich gleichberechtigt mit der A 22 im Haushalt abgebildet ist. Sie ist es.

Nun komme ich zu Häfen und Schifffahrt. Unser bedeutendstes Projekt, der JadeWeserPort, wird auch 2007 mit den notwendigen Mitteln ausgestattet. Wie wichtig dieser Hafen für den Containerumschlag ist, konnten Sie an den Reaktionen auf die Ausschreibung sehen. Alles, was in dieser Branche Rang und Namen hat, hat sich als Betreiber beworben. Alle kritischen Stimmen zum Erfolg des Projektes, die in den vergangenen Jahren laut wurden, sind praktisch verstummt.

#### (Zustimmung bei der FDP)

Jetzt fehlt nur noch der Planfeststellungsbeschluss, den wir für Anfang 2007 erwarten. Dann kann es losgehen.

Hinzu kommt, dass der Bund wichtige Verkehrsprojekte wie die Y-Trasse in sein Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz aufgenommen hat. Das Schienennetz im Norden ist schon heute am Rand seiner Kapazität und muss dringend erweitert werden, um das zusätzliche Güterverkehrsaufkommen zu bewältigen.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Damit wird der JadeWeserPort sein Potenzial noch früher ausschöpfen können. Bremerhaven wächst schon heute so rasant, dass die Grenzen bereits fast erreicht sind.

Ich komme zu Arbeit und Qualifizierung. Meine Damen und Herren, am Arbeitsmarkt bleibt die Situation trotz der aktuellen Entspannung insgesamt schwierig. Das wissen wir alle. Daher ist es nur konsequent, die erfolgreichen Landesprogramme fortzuführen und weiter zu stärken. Der Schwerpunkt ist dabei die Integration in den ersten Arbeitsmarkt, kein Parken im zweiten und dritten Arbeitsmarkt und auch kein Schwächen des dualen Systems, sondern Integration in Unternehmen.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Allein für die Integration von Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt stellen wir 6,8 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind 4,4 Millionen Euro und damit 60 % mehr als im letzten Jahr. Damit unterstützen wir Mittelständler, die Jugendliche ohne Ausbildung einstellen, oder solche, die nach ihrer Ausbildung keine Stelle finden. Den Erfolg dieser Maßnahmen haben wir gestern in der Aktuellen Stunde bereits erläutert. Mit den zusätzlichen Mitteln einer hoffentlich weiterhin robusten Konjunktur wird die Entwicklung auch im nächsten Jahr weiter bergauf gehen.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zur Wirtschaftsförderung möchte ich Folgendes anmerken: Niedersachsens Wirtschaft ist endlich wieder im Aufschwung. 2005 ist Niedersachsen schneller gewachsen als der Rest der Republik. Im ersten Halbjahr 2006 lag es immerhin auf dem fünften Platz der westdeutschen Flächenländer.

(Walter Meinhold [SPD]: Es ist also zurückgefallen!)

Die Zahl der Unternehmensgründungen geht steil nach oben und die Zahl der Insolvenzen steil nach unten. Das ist, glaube ich, hier manchmal ein bisschen falsch dargestellt worden.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst der NBank, die sich durch Förderprogramme und die qualifizierte Beratung schnell zur wichtigsten Größe in der niedersächsischen Wirtschaft entwickelt hat. Im nächsten Jahr wird ihre Rolle durch die Eingliederung der Landestreuhandstelle und die Abwicklung der EU-Förderprogramme noch wichtiger werden.

Zusätzlich stocken wir den Wirtschaftsförderfonds deutlich auf. Über 5 Millionen Euro mehr für die Wirtschaftsförderung und noch einmal 5 Millionen Euro speziell für innovative Unternehmen -

(Beifall bei der FDP)

mit diesen Fördermitteln stärken wir die Schlüsseltechnologien des Landes. Mikrosystemtechnik, neue Materialien, Brennstoffzellen und Photonik sind die Wachstumsbranchen der Zukunft, in denen Niedersachsen zum Teil schon jetzt eine herausragende Position einnimmt.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Hier entstehen Wachstum, Know-how und hoch qualifizierte Arbeitsplätze. Innovationen und innovative Unternehmen brauchen die Unterstützung des Landes am dringendsten. Eine Finanzierung über normale Bankkredite ist in der Regel kaum möglich. Die meisten Unternehmen in diesem Bereich sind frisch gegründet und haben noch ganz wenig Erfahrung in Finanzierungsfragen. Hier stehen Land und NBank als Partner der Wirtschaft bereit.

## (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir fördern mit unserer Politik einen gesunden Mix verschiedener Technologien, Technologien, die auch dem Klimaschutz dienen wie die Brennstoffzelle oder neue Materialien.

Auch wir können nicht davon ausgehen, dass unsere Wirtschaft in Zukunft nur vom Klimaschutz lebt. Daher macht es keinen Sinn, einen reinen Klimainnovationsfonds aufzulegen; denn wichtig ist nicht das, was draufsteht, sondern was mit den Mitteln gemacht wird.

#### (Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ihre Forderung bringt bestimmt viel Applaus auf Parteitagen der Grünen, in Unternehmen wird sie aber nur auf Kopfschütteln stoßen.

Ebenfalls betreiben wir Klimaschutz mit der Unterstützung des Projekts "Genesis". Damit wird mitten in Hannover Erdwärme gefördert und gleich nutzbar gemacht, indem z. B. das Institut für Geowissenschaften damit beheizt wird.

Die SPD scheint dieses innovative Projekt wohl nicht für vernünftig zu halten, zumindest finde ich es nicht mehr in ihren Anträgen.

In der Tat ist es so, dass ich in den Anträgen der Opposition wenig eigene Schwerpunkte finden kann. Im Gegenteil: Die SPD will die Wirtschaftsförderung lediglich um 7 Millionen Euro anheben, statt wie wir von CDU und FDP um 10 Millionen Euro.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ihren Schwerpunkt sehen Sie offenbar einmal wieder nicht in der Wirtschaft. Das ist bei den Sozialdemokraten natürlich auch nicht überraschend. Bitte halten Sie uns dann aber auch nicht vor, wir täten wenig für die Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Gleiche gilt für den Arbeitsmarkt. Wenn es wirklich so schlecht um Niedersachsen bestellt ist, wie Sie sagen, wenn Niedersachsen wirklich das Schlusslicht bei Ausbildung und Jugendarbeitslosigkeit wäre, wie Sie behaupten, dann frage ich: Wo sind Ihre Programme? Was wollen Sie für Arbeitslose ausgeben?

(Zuruf von der SPD: Sehen Sie sich einmal die Anträge an, die wir formuliert haben!)

Laut Ihrem Antrag offenbar nichts, zumindest nicht mehr als CDU und FDP. So falsch kann unsere Politik für Niedersachsen also doch nicht sein.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Auch bei den Grünen finde ich wenig Neues. Der Wirtschaftsförderfonds soll einen neuen Namen erhalten. Ich denke, er sollte mehr Geld erhalten.

Ansonsten fordern Sie wie jedes Jahr mehr Geld für die Schiene. Aber ein Flächenland wie Niedersachsen ist nun einmal auch auf ein gutes Straßennetz angewiesen. Ein Vergleich zwischen den Zuständen von Schiene und Straße zeigt schnell, wo der höhere Investitionsbedarf liegt.

Sie wissen doch genauso gut wie wir, dass die Schiene das Verkehrsaufkommen allein im Schwerlastverkehr nur zu einem Bruchteil von maximal 8 bis 10 % aufnehmen kann.

Ich fasse zusammen. Mit dem Einzelplan 08 haben die Regierungsfraktionen einen überzeugenden Haushalt abgeliefert, der Niedersachsen auf dem Weg zum wettbewerbsfähigsten Bundesland weiter voranbringen wird. Von der Opposition kamen dagegen wie in der gesamten Haushaltsdebatte nur sehr schwache eigene Konzepte.

(Reinhold Coenen [CDU]: So gut wie keine!)

Somit hoffe ich auf breite Unterstützung für diesen weitaus effektiveren Haushalt und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Janßen das Wort.

## Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Worte zur Hafenpolitik! Beim JadeWeserPort, Herr Minister Hirche, haben Sie grandios versagt.

(Oh! bei der CDU)

- Ja. Das muss man unter dem selbst gestellten Anspruch sehen. Sie philosophieren in Ihren Sonntagsreden ja noch immer gern über private Investitionen in Infrastrukturprojekte. Beim Jade-WeserPort hätten Sie die Chance gehabt, das ganz konkret umzusetzen. Aber stattdessen treiben Sie das Projekt mit Steuermillionen voran und fördern den Subventionswettlauf zwischen den Häfen.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der WWF hat das auf der Basis von Zahlen der Hafenwirtschaft gerade vorgerechnet: Mit den geplanten Kapazitätserweiterungen in Bremen und in Hamburg und dem JadeWeserPort werden wir 2010 - nach Prognosen der Hafenwirtschaft, nicht des WWF - einen Überhang von ungefähr 5,5 Millionen TEU Umschlagskapazität haben. Damit liegt 2010 das Angebot um 23 % über der Nachfrage.

Zusätzliche Umschlagskapazitäten, meine Damen und Herren, kosten pro Containereinheit, also pro TEU, zwischen 400 und 700 Euro. Damit verbrennen Sie sinnlos öffentliche Mittel, meine Damen und Herren.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Weil Sie nicht willens und nicht in der Lage sind, zu einer abgestimmten norddeutschen Hafenpolitik zu kommen und weil Sie sich ausdrücklich - wie eben auch geschehen - für die Elbvertiefung stark machen, fördern Sie das Subventionswettrennen zulasten der öffentlichen Hand und zugunsten der Containerwirtschaft.

Die auch in absehbarer Zeit sehr begrenzte Zahl der Megapötte kann locker in Wilhelmshaven abgefertigt werden. Das wirtschaftlichste Containerschiff, das sogenannte Arbeitstier der Containerschifffahrt, wird nach überwiegender Expertenmeinung auch zukünftig das 8 000-TEU-Schiff sein, so jedenfalls die Prognos AG für das Bundesumweltministerium.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hört, hört!)

Also auch Hamburg wird zukünftig nicht verhungern, wenn nicht jedes Schiff in Hamburg anlanden kann, meine Damen und Herren.

Herr Ministerpräsident Wulff - er ist nicht hier -, Herr Minister Hirche, hören Sie auf, der Elbvertiefung weiter das Wort zu reden! Das, was Sie als notwendige Konkurrenz zwischen den Häfen bezeichnen, ist tatsächlich ein Wettlauf der Häfen um die Akquirierung höchster Subventionen

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

sowohl beim Infrastrukturausbau - bei der Hafeninfrastruktur und bei den Flussvertiefungen - als auch im laufenden Geschäft bei den Hafengebühren. Das scheint mir Ihre Form des liberalen Wettbewerbs zu sein, nämlich Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen dieses nationale Hafenkonzept, wie von Minister Trittin - damals noch Bundesumweltminister - in Auftrag gegeben, damit diese Hafensubventionitis endlich eingedämmt wird.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die Stärken der einzelnen Häfen gezielt ausbauen und Synergien nutzen. Das bedeutet eine über Ländergrenzen hinausgehende Hafenplanung und nicht eine Planung im eigenen Sandkasten. Oder wie es das nunmehr vorliegende Prognos-Gutachten fordert: Bevor Gelder fließen, muss nachgewiesen werden, dass die Planungen länderübergreifend abgestimmt sind.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was hier stattdessen an der Küste betrieben wird, ist hafenpolitische Kleinstaaterei zulasten der Betroffenen, zulasten der öffentlichen Haushalte und zulasten der Umwelt. Meine Damen und Herren, sie ist auch nur vorstellbar, weil wir die Gemengelage der Bundesländer haben und ein jeder in seinem Sandkasten spielen darf.

Dass diese Förderung der großen Häfen in Niedersachsen zulasten der kleinen geht, ist ein Übriges, was man dem Haushalt entnehmen kann. Sie haben zwar die investiven Mittel um 12 Millionen Euro erhöht, davon sind aber 10 Millionen Euro nur Umbuchungen, weil Sie jetzt einen Teil der Unterhaltungsmaßnahmen zu den investiven Maßnahmen zählen.

Häfen wie Fedderwardersiel werden so zu Museumshäfen, weil sie nämlich schon bald nicht mehr erreichbar sein werden, trotz aller Ihrer Zusagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu einer solchen Politik erhalten Sie unsere Zustimmung natürlich nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Thümler das Wort.

## Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Janßen, ich muss schon sagen: Das war an Ahnungslosigkeit kaum noch zu überbieten.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns in diesem Hause doch eigentlich alle darüber einig, dass die Bedeutung der Häfen für die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum gerade in Deutschland von ganz besonderer Bedeutung ist und speziell eben auch in Niedersachsen. Ich denke, dass die Ergebnisse der nationalen maritimen Konferenz vom vergangenen Wochenende genau das, lieber Herr Janßen, noch einmal deutlich untermauert haben.

Wenn man sich einmal das anschaut, was gerade behauptet worden ist, und das, was Fakt ist, dann sieht man, dass das zwei Wege sind, die auseinanderdrifteen. Das geht nicht zusammen, da haben Sie leider unrecht.

(Beifall bei der FDP)

Die Häfen sind - das kann man mit Fug und Recht feststellen - die Wachstumsreserve der deutschen Wirtschaft. Das ist nicht nur einfach so dahingesagt, sondern das kann man auch belegen. Der Umschlag in den deutschen Seehäfen wird in die-

sem Jahr voraussichtlich insgesamt bei über 300 Millionen t liegen. Das ist ein sehr beachtliches Ergebnis und wäre vor Jahren, Jahrzehnten überhaupt nicht vorstellbar gewesen. Der niedersächsische Anteil daran wird bei weit über 60 Millionen t liegen und damit ein ganz beachtlicher Anteil sein.

Der JadeWeserPort - das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen - ist eben kein Grab für öffentliche Mittel, sondern auch in dem Bewusstsein geplant worden, dass sich private Mittel und öffentliche Mittel in diesem Projekt zusammenfinden und Milliardeninvestitionen in Wilhelmshaven und Umgebung ausgelöst werden, von denen wir als Staat uns überhaupt nicht hätten vorstellen können, sie jemals finanziert zu bekommen. Das ist auf die kluge Politik der Landesregierung zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gerade mit dem JadeWeserPort wird die Leistungsfähigkeit der niedersächsischen, aber auch der deutschen Häfen deutlich verbessert. Es ist eben nicht so, wie Herr Janßen versucht hat darzustellen, dass damit Überkapazitäten erzeugt werden. Vielmehr werden Kapazitäten erzeugt, die heute schon am Markt gebraucht werden. Für Schiffe, die dort anlegen könnten, sind solche Häfen im Moment nicht in ausreichendem Maße vorhanden

Ich habe vor kurzem gelesen, dass es angeblich ein Wettrennen zwischen den Tiefwasserhäfen an der norddeutschen Küste gibt. Wer so etwas schreibt, hat keine Ahnung. Es wird in Deutschland einen Tiefwasserhafen geben, und das wird Wilhelmshaven sein. Dieser Hafen kann in seiner Ausbaustufe die größten Container-Carrier dieser Welt aufnehmen.

Lieber Herr Janßen, wenn Sie sich einmal mit den Zahlen beschäftigt hätten, dann hätten Sie bei einem Blick in die Schiffsbaubücher der Werften weltweit festgestellt, dass eben nicht das 8 000-TEU-Schiff das Standardschiff ist, sondern dass die Entwicklung der Schiffsgrößen mittlerweile bei 12 000 und 15 000 TEU angekommen ist. Sie hätten weiter festgestellt, dass die "Emma Maersk" nicht das einzige Schiff dieser Größe bleibt, sondern dass mittlerweile 15 bis 20 dieser Schiffe in den Auftragsbüchern stehen. Diese werden bis 2010 am Markt fahren.

Schauen Sie sich einmal die Entwicklung bei den Containerverkehren an! Sie beginnt bei 800 TEU.

Heute sind, wie Sie selbst gesagt haben, 8 000 TEU Standard. Das ist eine Verzehnfachung. Hier muss man in die Zukunft schauen und darf nicht sozusagen kleinkariert an der Vergangenheit kleben bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Raum Wilhelmshaven hat die Chance, in dem maritimen Cluster von Emden bis Stade an dieser Entwicklung teilzunehmen. Diese wirtschaftlichen Chancen müssen wir nutzen. Deswegen bin ich dankbar, dass die Landesregierung den Küstenbericht vorgelegt hat und ihn auch weiterentwickeln wird. Ich hoffe, dass wir ihn in seiner dritten, abschließenden Stufe auch noch einmal diskutieren können. Dann können wir sehen, welches Potenzial an der Küste tatsächlich vorhanden ist.

Das bezieht sich im Übrigen nicht nur auf Wilhelmshaven. Wilhelmshaven ist allerdings das Highlight-Projekt, das räume ich ein. Wir liegen mit unseren Häfen, mit der maritimen Wirtschaft in Niedersachsen sozusagen - der Minister gebraucht dieses Wort häufiger - am Globalisierungssaum der weltweiten Entwicklung. Das, meine Damen und Herren, sollten wir uns öfter einmal vor Augen führen.

Wir halten auch Kurs, was die Entwicklung unserer anderen Seehäfen angeht. Ich möchte beispielhaft ein Projekt erwähnen, das im Haushaltsplan 2007 vom Land finanziert werden wird, nämlich die Norderweiterung in Brake. Ich darf einmal klarmachen, was dieses Projekt, das jetzt aus Steuermitteln anfinanziert wird, für die Region bedeutet. Das Land investiert dort 2007, 2008 und 2009 jeweils 8,3 Millionen Euro, insgesamt also 25 Millionen Euro. Hinzu kommen die Mittel, die NPorts bereitstellt. Zusätzlich investiert die private Hafenwirtschaft für jeden Euro, den das Land einstellt, einen zusätzlichen Euro. Mithin kommen wir auf Gesamtinvestitionen von rund 70 Millionen Euro. Wenn Sie das für die anderen Standorte hochrechnen, dann kommen Sie auf gewaltige Summen, die verausgabt werden - und das bis 2009. meine Damen und Herren.

Zusätzliche Investitionen sind in Stade-Bützfleth vorgesehen. Dort wird das Land vermutlich 12 Millionen Euro investieren. In Wilhelmshaven werden für die Niedersachsenbrücke im Rahmen des Kohleumschlags weitere 21 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden müssen. In Cuxhaven sind für die Schaffung eines vierten Liegeplatzes

und die Verlagerung der Richtfeuerlinien 37,5 Millionen Euro vorgesehen. In Emden sind für den Bau eines Dalbenpiers 4,5 Millionen Euro und für den Ersatz der Nesserlander Schleuse - das ist sehr wichtig - 14,5 Millionen Euro vorgesehen. Das macht unter dem Strich rund 100 Millionen Euro, die dort investiert werden müssen. Das ist eine gewaltige Summe.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf einen Aspekt hinweisen, der mir besonders wichtig ist; Herr Lenz ist vorhin kurz darauf eingegangen. Ich meine den Zusammenhang zwischen Ausbildung und wirtschaftlichen Impulsen. Ich möchte beispielhaft die maritime Wirtschaft erwähnen; denn in diesem Segment tut sich wirklich etwas, und das nicht erst seit der Maritimen Konferenz am vergangenen Wochenende, sondern schon seit einiger Zeit.

Die private Wirtschaft hat erkannt, dass sie in diesen Bereich investieren und selbst etwas für die Ausbildung beisteuern muss. So werden wir in Elsfleth ein maritimes Kompetenzzentrum bauen. Damit werden die Entwicklungs- und Ausbildungskapazitäten weiter erhöht, sowohl im Fachhochschulbereich als auch im Schiffsmechanikerbereich. Dies wird an der norddeutschen Küste bzw. an der gesamten Ostseeküste einmalig sein. Zusammen mit der Seefahrtsschule in Leer und anderen Einrichtungen in diesem Bereich - Travemünde, Rostock - können wir uns in Deutschland durchaus sehen lassen. Wir müssen das weiter dynamisch entwickeln.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung handelt nach einem klaren Konzept, auch häuser- übergreifend. Sie haben vorhin bestritten, dass das funktioniert. Ich sage Ihnen: Das Wirtschafts- und das Wissenschaftsministerium arbeiten sehr gut zusammen. Wir bündeln unsere Kräfte und bringen damit Dynamik in die maritime Wirtschaft.

Ich muss aber auch feststellen, dass zwar die Grünen, aber eben nicht die SPD eigene Anträge zur Seehafenpolitik eingebracht hat. Das zeigt mir, dass Sie mit dem, was wir tun, sehr zufrieden sind und dem, was wir hier vorlegen, auch zustimmen können.

Eine abschließende Bemerkung. Herr Janßen, Sie haben Fedderwardersiel angesprochen. Ich gebe Ihnen recht: Man darf bei allen Großprojekten nicht die kleinen, niedlichen Küstenhäfen nicht ver-

nachlässigen. Wir sind in der Pflicht, auch dort etwas zu tun. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Hagenah, der Abgeordnete Buß hat sich noch einmal zur Hafenthematik gemeldet. Sind Sie damit einverstanden, dass er vor Ihnen spricht?

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Sehr gerne!)

Herr Buß, ich erteile Ihnen das Wort!

## Werner Buß (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich muss den Grünen widersprechen; denn die Zahlen, die Herr Janßen hier vorgetragen hat, stimmen nicht mehr. Tatsächlich werden die Kapazitäten, die im Jahr 2010 zur Verfügung stehen werden, lange nicht ausreichen, weil noch mehr Containerschifffahrt stattfinden wird und weil immer noch größere Schiffe anlegen werden. Diese Schiffe werden auch in Wilhelmshaven einlaufen. Auch Hamburg braucht entsprechende Kapazitäten. Wir spielen Hamburg aber nicht mehr gegen unsere Häfen aus; denn wir haben ein gemeinsames Projekt. Ich glaube, dass das richtig ist.

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Wo haben Sie denn ein gemeinsames Projekt mit Hamburg?)

- Die Frage ist beantwortet, sie wurde sowohl auf der Konferenz am letzten Sonntag als auch in Berlin bei einem Parlamentarischen Abend erörtert. Dort haben alle Fachleute erklärt, dass wir beide Häfen brauchen.

Wir waren uns in der Hafenpolitik in den vergangenen Jahren sicherlich einig. Wir haben Ihrer Hafenpolitik auch deshalb immer zustimmen können, weil Sie die erfolgreiche Politik der SPD-Regierung im Grundsatz weitergeführt haben, ob das den JadeWeserPort betrifft oder andere Häfen.

Ich möchte aber auf eines hinweisen: Es hat ein Jahr gedauert, bis wir von der NPorts den Investitionsplan bekommen haben. Seine Vorlage ist uns von dem Geschäftsführer immer wieder verweigert worden. Herr Ontijd hat uns hier nicht unterstützt, obwohl er im Aufsichtsrat von NPorts sitzt; weshalb, weiß ich nicht. Erst als ein Abteilungsleiter

des Ministeriums sagte, dass überhaupt kein Grund besteht, den Abgeordneten den Investitionsplan nicht vorzulegen, haben wir ihn bekommen - nach einem Jahr.

Wie wichtig das war, sehen wir an den Planungen in den Häfen Emden, Brake, Wilhelmshaven, Cuxhaven und Stade. In Stade könnte uns vielleicht ein Kunde abspringen, weil die Planungen nicht frühzeitig in Gang gesetzt worden sind und weil er 2011 ans Netz gehen muss. Das wissen Sie, das bringt Probleme. Ich glaube, Herr Minister, man muss noch sehr viel nacharbeiten, damit Stade-Bützfleth wirklich läuft. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Hagenah das Wort.

## Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur die Spitze des einseitigen Straßenverkehrsaktionismus dieser Landesregierung sind die im Haushalt enthaltenen 5 Millionen Euro Planungsmittel für die politische Anscheinserweckung A 22, die Küstenautobahn, für die in Deutschland niemand Geld hat, in die das arme Niedersachsen auf Geheiß dieser Landesregierung aber zwanghaft seine Zukunftsfähigkeit projiziert. Minister Hirche hat in der Region versprochen, dass mit diesem Projekt eine Art wirtschaftspolitische Wunderheilung des Küstenraums einhergehen würde.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Internationalität!)

Er hat dabei aber vergessen, zu erwähnen, dass den Hauptnutzen einer neuen Ost-West-Piste überregional die niederländischen Häfen in Konkurrenz zum JadeWeserPort und regional die Nachbarbundesländer Bremen und Hamburg hätten und dass dem strukturschwachen niedersächsischen Norden angesichts dieser Konkurrenz ein weiterer Abfluss von Kaufkraft und Arbeitskräften drohen würde,

(Beifall bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU]: Wodurch? - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: In welcher Welt leben Sie eigentlich?)

- durch die A 22, Herr Kollege Althusmann -, wenn sich die Landesregierung gegen alle finanzpolitischen Wahrscheinlichkeiten mit dem Projekt am Ende durchsetzen würde.

(Bernd Althusmann [CDU]: Werden wir!)

Das Hauptproblem im schwarz-gelben Verkehrshaushalt ist aber die Schieflage bei der Finanzausstattung von Schiene und Straße, von ÖPNV und übrigen Verkehrsträgern. Niedersachsens Koalition will - anders als die meisten anderen Bundesländer - die vom Bund im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung durchgedrückte Reduzierung der Regionalisierungsmittel trotz der um das Zehnfache höheren zusätzlichen Einnahmen durch die Mehrwertsteuer nicht ausgleichen. Hier wäre mit dem Nachtragshaushalt die Chance für CDU und FDP gewesen, Problembewusstsein zu zeigen. Sie haben dabei nicht nur versagt, sondern stattdessen beim Straßenbauetat sogar noch draufgesattelt.

(Bernd Althusmann [CDU]: Oje, oje!)

Deutlicher kann man seine Schwerpunkte nun wirklich nicht zu erkennen geben, Herr Althusmann. Die scheinheiligen 3 Millionen Euro für den Fahrradwegebau, die Sie auch nicht - wie von den Fachverbänden ausdrücklich als Priorität genannt in die Bauerhaltung, sondern in den Neubau stecken wollen, machen Ihr falsches, straßenlastiges Vorgehen auch nicht verträglicher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kürzungen im ÖPNV werden nicht nur in der Region Braunschweig, in der schon zum Fahrplanwechsel am 10. Dezember mehr als 9 % der Betriebsleistungen auf der Schiene wegfallen werden, dramatische Löcher in das Verkehrsangebot reißen. Betroffen sein werden gerade strukturschwächere Gebiete des Landes. Das, was durch Ihre Schuld in diesem Jahr und in den kommenden Jahren an Leistungen wegfällt, wird auf Dauer verloren sein. Schwarz-Gelb hängt damit viele Menschen in ganz Niedersachsen über kurz oder lang vom ÖPNV an, treibt andere durch die schlechteren Verbindungen wieder zurück in das Auto und verursacht damit sozialpolitische, wirtschaftspolitische und umweltpolitische Flurschäden, die nicht verantwortbar sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Bevor Minister Hirche das Wort für die Landesregierung erhält, gibt es, wenn Minister Hirche einverstanden ist, eine Kurzintervention des Abgeordneten Thümler.

## Björn Thümler (CDU):

Herr Hagenah, ich muss schon sagen: Sie haben gerade einen infrastrukturpolitischen Offenbarungseid erster Klasse geleistet.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Sich allen Ernstes hier hinzustellen und zu behaupten, die A 22 diene nur dazu, die ARA-Häfen besser an Skandinavien und anderswo anzubinden, ohne zu erkennen, dass es auch Vorteile für die niedersächsischen Häfen geben wird, ist wirklich mehr als abenteuerlich. Wenn Sie sich einmal eine Karte vornehmen - dazu würde ich dringend raten - und sich einmal anschauen würden, wie die Streckenverbindungen in Deutschland und anderswo funktionieren, dann müsste Ihnen sehr schnell auffallen, dass genau in dem Bereich, in dem die A 22 verlaufen soll, etwas fehlt, nämlich eine leistungsfähige Autobahn, die dazu beiträgt, Hafenstandorte zu verknüpfen.

(Zustimmung bei der CDU)

Der Kollege Janßen hat in seiner Rede gerade darauf hingewiesen, dass man eine Hafenpolitik länderübergreifend gestalten sollte.

(Bernd Althusmann [CDU]: Und die A 39!)

- Die A 39 ist in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen, weil sie die Verkehre von Hamburg weiter nach Süden ableiten kann.

(Bernd Althusmann [CDU]: Genau!)

Es macht also insgesamt Sinn, auch den Autobahnbau voranzutreiben, wobei kombinierte Verkehre - das will ich nicht verhehlen -, wenn man sie richtig macht, natürlich wesentlich effektiver sind; auch das ist klar.

Das wollte ich Ihnen noch einmal sagen. Es ist ein Ammenmärchen, wenn Sie hier erzählen, das würde nur den Niederländern und nicht auch unserer Wirtschaft dienen. Das muss hier korrigiert werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Hagenah, einen Augenblick! - Auch von der SPD-Fraktion, nämlich vom Abgeordneten Wolfkühler, kommt eine Kurzintervention auf Ihre Rede.

## Erhard Wolfkühler (SPD):

Ich hatte nicht gesehen, dass sich der Kollege Thümler schon gemeldet hatte. Aber das bringt mich denn doch vom Stuhl hoch, obwohl ich mir Ruhe geschworen habe. An dem Punkt werden wir mit euch nie übereinstimmen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Wir reden über die Elbquerung. Wir reden über den Elbtunnel. Um das - ich sage einmal - lukrativ zu machen, damit dort Investitionen getätigt werden, die sich rechnen, brauchen wir die Anbindung; denn kein Privater wird dort Geld hineinstecken - daran, dass der Staat Geld für den Tunnel bereitstellt, glaube ich nicht mehr -, wenn wir die A 20 über die A 22 nicht weiterführen, sozusagen als Hafenhinterlandanbindung.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: So können Sie jeden Staatshaushalt versenken!)

Wir brauchen auch die Anbindung durch die A 26; das will ich gleich hinzufügen. Dazu steht die SPD.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP - Bernd Althusmann [CDU]: Und die A 39!)

- Ich habe jetzt nur für meine Region gesprochen. - Vielen Dank.

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Hagenah, Sie können jetzt antworten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

## Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Wolfkühler und Herr Thümler, Sie haben für Ihre Fraktionen gerade eine hafenpolitische Rede gehalten. Sie erkennen auf der Landkarte offenbar nicht, dass die norddeutsche Küste die Lastenautobahn ist, die unsere Zukunft darstellt und dass die Hauptverbindung in Ost-West-Richtung die ist, die die Feederschiffe nehmen, wenn sie zum JadeWeserPort und von dort wieder

wegfahren. Deswegen ist bei den Verkehrsgutachten im Zusammenhang mit dem JadeWeserPort, die diese Landesregierung in Auftrag gegeben hat, herausgekommen, dass es durch den
Bau des JadeWeserPorts ein zusätzliches Verkehrsaufkommen von nur einem Lkw pro Stunde in
Ost-West-Richtung geben wird. Dass Sie sagen,
dafür bräuchte man eine neue Autobahn, und das
mit dem JadeWeserPort begründen, ist wirklich ein
Witz der Geschichte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie erkennen auch nicht, dass die ARA-Häfen durch eine solche Autobahn einen enormen Vorteil hätten; denn dann kann von dort aus mit den Containern über diese Autobahn nach Skandinavien und auch nach Osteuropa gefahren werden, übrigens dann mit den von Ihrem Wirtschaftsminister eingeführten neuen Gigalinern, die 50 % mehr Last aufnehmen können und damit - so die Berechnungen der Bundesbahn - den Transport auf der Schiene wegen Unwirtschaftlichkeit um 50 % reduzieren würden. Das ist ein Konzept, das wir allerdings ablehnen und das hinter jeder wirtschaftlichen Vernunft zurücksteht. Wenn Sie dabei bleiben - Herr Wolfkühler, dabei nehme ich Sie beim Wort - -

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Hagenah, Sie haben im Augenblick nichts mehr zu sagen, weil die Zeit abgelaufen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das ist aber sehr schade, Herr Biel!)

Herr Minister Hirche für die Landesregierung!

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Da würde Herr Hagenah jetzt aber eine bessere Rede halten!)

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

**Walter Hirche**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle erfreut fest, dass die drei größeren Fraktionen in diesem Hause beim Thema Infrastruktur übereinstimmen. Das ist beruhigend für die Zukunft.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich sage ganz deutlich, dass ich es für falsch halte, eine Art von Infrastruktur gegen die andere auszuspielen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir brauchen die verschiedenen Häfen nach dem Motto: jedem Schiff nach seiner Größe seinen Hafen. - Wir brauchen auch Anbindungen auf der Schiene, und wir brauchen Anbindungen auf der Straße. Wir brauchen in Norddeutschland eine Vernetzung, damit hier eine Wirtschaftsentwicklung stattfindet, wie wir sie in Bayern und Baden-Württemberg auch wegen der anderen Verkehrsbedingungen ganz selbstverständlich vorfinden.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Die haben in Hochschulen, Wissenschaft und Forschung investiert!)

Meine Damen und Herren, der Mittellandkanal, nach dessen Bau sich 30 km nördlich und südlich 50 % des Bruttoinlandsprodukts entwickelt haben, ist das beste Beispiel dafür, dass große Infrastrukturprojekte zur wirtschaftlichen Entwicklung dazugehören.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vielleicht müssen wir sogar Folgendes zur Kenntnis nehmen: Der Münchner Flughafen hat zwar zehn Jahre rote Zahlen geschrieben. Aber die Bayern haben mit ihm eine richtige Infrastrukturentscheidung getroffen, weil er ab sofort einen zusätzlichen Boom in diese Region gebracht hat. Daran müssen wir uns ein Beispiel nehmen und dürfen uns nicht an so kurzfristigen Überlegungen orientieren, wie sie hier manchmal vorgebracht werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Realität in unserem Lande ist: Im November dieses Jahres gab es 57 000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr. Die Jugendarbeitslosigkeit ist um 24,3 % zurückgegangen. Bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben wir ein Plus, das über dem Bundesdurchschnitt liegt, meine Damen und Herren. Am Ende der SPD-Regierungszeit lag Niedersachsen bei den Arbeitslosenzahlen in der unteren Tabellenhälfte der Bundesländer. Mit Platz 7 sind wir inzwischen in der oberen Hälfte der Tabelle der Bundesländer.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ein wichtiges Rahmendatum für die Erholung der Wirtschaft im Lande ist auch, dass das Land seine jährliche Neuverschuldung seit 2003 bis zum Ende der Legislaturperiode um zwei Drittel herunterfährt. Der geringere "Kredithunger" des Staates stabilisiert die Zinskonditionen, schafft neue Arbeitsplätze und verhindert damit gleichzeitig, dass Kinder und Enkel weiter ungehemmt Lasten auf ihre Schultern bekommen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist selbstverständlich, dass auch der Etat des Wirtschaftsministeriums seinen Beitrag zur notwendigen Konsolidierung der Landesfinanzen leisten muss. Dennoch erhöhen sich die Investitionssumme und die Investitionsquote im Wirtschaftsetat. Aber natürlich bleiben - anders als es die Grünen hier darstellen - Wünsche im Straßenbau offen. Wir müssten dort in der Tat zusätzliche Mittel haben.

Da Herr Lenz das wieder angeführt hat, möchte ich noch Folgendes sagen: Es ist ein Irrtum zu glauben, dass der Staat mit seinen Investitionen das Wachstum maßgeblich bestimmt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ursula Körtner [CDU]: Richtig!)

Das Statistische Bundesamt hat für 2005 festgestellt - ich vermute, das ist in diesem Jahr nicht anders -: Die Bauinvestitionen in Deutschland erfolgen zu 89 % von Privaten, von Firmen und von Bürgern und nur zu 11 % vom Bund, den Ländern und den Kommunen, meine Damen und Herren. Wachsende Steuereinnahmen und mehr Arbeitsplätze gibt es nur dann, wenn die Politik unter Verzicht auf eigene Allmachtsphantasien wieder Raum für Eigenverantwortung, Investitionswilligkeit und unternehmerische Initiativen eröffnet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deswegen bleibe ich dabei - auch wenn ich alle diese Auffassungen kenne -, dass Steuererhöhungen in einer solchen Situation kontraproduktiv sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: So ist es!)

Herr Kollege Lenz, man könnte fast meinen, Sie hätten die Pressemitteilungen des Wirtschaftsministeriums sehr aufmerksam gelesen; denn darin steht in der Tat: Neue Arbeitsplätze wird es in Zukunft nur mit neuen Produkten und neuen Dienstleistungen geben.

Wir sind uns völlig einig: Wir werden keinen Lohnkonkurrenzkampf mit Asien gewinnen und in diesem Zusammenhang auch nicht gewinnen wollen. Wir können uns zwar über das Thema Lohnzusatzkosten unterhalten. Aber eigentlich ist das eine Bundesverantwortung, die wir hier nicht zu erörtern brauchen. Wir müssen vielmehr unserer Wirtschaft helfen und sie unterstützen, um mit neuen Produkten und neuen Dienstleistungen im internationalen Wettbewerb nach vorne zu kommen. Meine Damen und Herren, deswegen werden dem Wirtschaftsförderfonds mehr als 50 Millionen Euro zugeführt und zinsverbilligte Kredite aus EFRE-Mitteln bereitgestellt. Zudem haben wir die Absicht - das müssen wir im nächsten Jahr realisieren -, aus Erlösen des Landes bei Privatisierungen einen Zukunfts- und Innovationsfonds aufzulegen, meine Damen und Herren.

Seit Beginn der Legislaturperiode ist die Innovationspolitik - im Übrigen erstmals ressortübergreifend, nämlich zwischen Wirtschaftsministerium, Umweltministerium, Wissenschaftsministerium und Landwirtschaftsministerium - im Innovationszentrum Niedersachsen organisiert - hoch effektiv mit dem Ziel, Niedersachsen als Innovationsland aufzubauen. Ich komme auf die Themen gleich noch zurück oder kann es auch jetzt sagen: Natürlich gibt es bei Landesinitiativen Schwerpunkte. Ich fand es gerade merkwürdig, dass von der SPD die Initiative Brennstoffzelle eingefordert wurde. Das hat das Wirtschaftsministerium zusammen mit dem Umweltministerium und Wirtschaftsunternehmen vor einigen Jahren auf den Weg gebracht. Das läuft im Lande Niedersachsen wirklich. Es gibt noch andere Dinge im Bereich Biotechnologie, Medizintechnik, neue Materialien, Telematik und Ähnliches. Ich will das hier nicht alles aufzählen, meine Damen und Herren.

Ich sage aber auch: Neben mehr Innovation sind auch mehr Internationalität und die Unterstützung unserer Firmen bei der strategischen Orientierung auf ein Weltmarktniveau nötig. Es gibt zweierlei Entwicklungen, die sich ergänzen: Wir haben einerseits die Globalisierung und andererseits in Firmen eine Spezialisierung auf ihre Kernkompetenzen zu verzeichnen. Spezialisierung bedeutet, dass der Radius für das Absetzen der Produkte immer größer werden muss, weil man im eigenen Bereich keinen ausreichenden Absatz für seine

Spezialprodukte mehr findet. Deswegen helfen wir den Unternehmen beim Öffnen von Märkten, beim internationalen Eintritt und mit Messen. Es gibt Programme, z. B. das Training von Belegschaften in Unternehmen im Mittelstand - das betrifft natürlich nicht die großen börsennotierten Unternehmen -, um sie bei dieser internationale Aufgabe zu unterstützen. Denn nur dann können wir die Arbeitsplätze zu Hause sichern.

Neben Innovation und Internationalität ist Mobilität aus meiner Sicht ein wesentlicher Punkt. Ich freue mich, dass drei Fraktionen hierin übereinstimmen. Mehrere Redner haben gesagt: Gewinner der Globalisierung sind weltweit die Küstenregionen. Die Entscheidung dieser Landesregierung, trotz Haushaltskonsolidierung alle notwendigen Mittel für den Bau des neuen Tiefwasserhafens bereitzustellen, setzt die richtigen Maßstäbe.

Meine Damen und Herren, die Entscheidung der EU über eine Förderung in Höhe von 50 Millionen Euro für Wilhelmshaven - nachdem sich die Umwelt- und die Wirtschaftsleute in der EU abgestimmt haben - bedeutet, dass man auch dort die Dinge - genau wie die drei Fraktionen in diesem Hause - anders beurteilt als die Grünen. Hier ist die Notwendigkeit insgesamt erkannt worden. Wir brauchen in Europa zusätzliche Hafenkapazitäten. Wilhelmshaven ist ein hervorragender Standort dafür. Das ist keine Frage.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Grundentscheidungen sind in der letzten Legislaturperiode getroffen worden. Ich unterschlage das nirgendwo. Das finde ich gut. Auch damals hat es zwischen den großen Parteien eine Übereinstimmung in diesem Hause gegeben. Jetzt gibt es eine Übereinstimmung zwischen drei Fraktionen. Die Zustimmung ist also insgesamt gewachsen.

Die Anbindung an das Hinterland ist ein wesentliches Thema. Deswegen nur einen Satz dazu. Meine Damen und Herren, die A 31 mit ihrer vorzeitigen Feststellung und den wirtschaftlich positiven Effekten für das Emsland und für Ostfriesland verdeutlicht, dass es Sinn macht, in Infrastruktur zu investieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und dass es Sinn macht, das frühzeitig zu tun, meine Damen und Herren. Das ist ein wichtiger Punkt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang als letzten Punkt noch Folgendes sagen: Was wir gerade angesichts des internationalen Wettbewerbs auch brauchen, ist mehr Flexibilität. Die Landesregierung leistet ihren Beitrag dazu durch Entbürokratisierung. Auch die Umwandlung der alten Hafenverwaltung in eine privatrechtliche Rechtsform,

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

die ja kritisiert wurde, hat sich als Erfolgsmodell erwiesen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Liebe Haushälter, wir haben in der Hafenverwaltung im ersten Jahr 5 Millionen Euro zugunsten von Investitionen eingespart. Das ist in der Landesgeschichte schon etwas, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir machen etwas im Wirtschaftsministerium. Wir warten nicht darauf, dass andere immer zustimmen. Das hat sich beim begleitenden Fahren, dem Führerschein mit 17, gezeigt, bei dem der Bund und viele Länder zunächst gesagt haben: Das wird nichts. - Wir sind vorangegangen, und nun laufen alle hinterher, meine Damen und Herren. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben gesagt: Diese ganzen Theoriedebatten über den Euroliner oder Gigaliner sind Papier. Wir machen es jetzt einmal. Drei Unternehmen haben eine Genehmigung erhalten. Das Projekt wird ein Jahr lang durchgeführt. Es ist ergebnisoffen. Wenn es sich nicht bewährt, dann wird es wieder eingestellt, meine Damen und Herren. Es gibt - wie bei der Schifffahrt, bei der es große und kleine Schiffe gibt - unterschiedliche Transportgefäße. Dafür gibt es unterschiedliche Strecken. Das, meine Damen und Herren, wird sich auch hier im Interesse der Arbeitsplätze zeigen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Einen wichtigen Punkt darf ich am Ende nicht unerwähnt lassen. Das ist das Thema Einsatz von EU-Fördermitteln. Sie dienen der Umsetzung der Leitlinien der Lissabon-Strategie, nämlich Innovation und Infrastruktur für die Zukunft zu entwickeln, meine Damen und Herren. Dazu gehört auch, dass wir - Herr Lenz, in dem, was Sie gesagt haben,

stimmen wir völlig überein, auch in dem, was die Kollegen der CDU und der FDP gesagt haben - dafür Sorge tragen müssen, dass die Qualifizierung von Arbeitnehmern - nicht nur von Arbeitslosen, aber auch von Arbeitslosen - durch entsprechende Angebote und Rahmenbedingungen insgesamt verbessert wird.

Wenn es stimmt, dass Innovationen einen Wettbewerbsvorteil darstellen - ich bin davon überzeugt, dass es stimmt -, dann gehört dazu auch eine höhere Qualifikation unserer Beschäftigten. Deswegen ist dies ein wesentlicher Punkt, an dem im Übrigen Wirtschaftsministerium, Sozialministerium und Kultusministerium zusammenarbeiten. Dies halte ich für völlig selbstverständlich; Sie brauchen es nicht extra anzumahnen.

Meine Damen und Herren, wir sind insgesamt auf dem richtigen Wege, weil wir versuchen, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir versuchen nicht, mit den Krakenfingern des Staates überall hineinzulangen, neue Regelungen und neue Eingriffe zu produzieren, von denen ich hier vorhin etwas gehört habe. Lassen Sie doch die Leute machen! Dann machen sie es in ihrem Interesse und zu unser aller Nutzen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Zu diesem Themenkomplex liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Nun kommen wir zu dem Bereich

# Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Zu Wort gemeldet hat sich von der SPD-Fraktion Frau Kollegin Stief-Kreihe. Bitte schön!

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Mache es kurz, Karin!)

## Karin Stief-Kreihe (SPD):

Ihr habt die Chance verpasst. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit einem Haushaltsvolumen von 1,9 % des Gesamthaushalts gehört der Agrarhaushalt zu den kleinsten Einzelhaushalten. Ein Großteil der Mittel ist fest gebunden.

Darum beschränke ich mich auf zwei Punkte, um Ihnen und mir die Debatte über viele kleine Einzelpositionen zu ersparen.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Herzlichen Dank!)

Niedersachsen ist in der ausgesprochen guten Situation, mehr EU-Fördermittel zur Entwicklung des ländlichen Raumes für die Förderperiode 2007 bis 2013 als in der jetzt ablaufenden Förderperiode zur Verfügung zu haben. Alle anderen Bundesländer müssen zum Teil sehr starke Einbußen hinnehmen. Diese Fördermittel sind die Gestaltungsmasse der nächsten Jahre für die Entwicklung der ländlichen Räume. Im Haushalt 2007 sind für Ziel 1 29,2 Millionen Euro und für Ziel 2 71,2 Millionen Euro angesetzt. Die einzelnen Maßnahmen wurden im Haushalt noch nicht festgelegt, da sich der Entwurf des Maßnahmenkatalogs noch in der Abstimmung befindet bzw. noch in Brüssel notifiziert werden muss.

Meine Damen und Herren, genau hier setzt unsere erste Kritik an. Die Prioritäten in dem Maßnahmenkatalog werden falsch gesetzt und entsprechen nicht der Zielsetzung der EU.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Sie dienen nicht in erster Linie einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes, sondern bevorzugen eindeutig den konventionellen landwirtschaftlichen Bereich. Die Zukunft des ländlichen Raumes kann aber eben nicht nur in der Stärkung der Landwirtschaft liegen. Ganz im Gegenteil: Wir brauchen verstärkt Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft. Wir müssen die Lebensfähigkeit unserer Dörfer durch Sicherung der Infrastruktur der Grundversorgung und durch Sicherung der Daseinsvorsorge erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die neue ELER-Verordnung setzt drei Schwerpunkte: Achse 1 - Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit -, Achse 2 - Agrarumweltmaßnahmen - und Achse 3 - Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft. Die Landesregierung steckt den größten Teil der Mittel in die Achse 1, in die Agrarinvestitionsförderung und die Flurbereinigung. Sie kürzt die Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen und für den Bereich Vermarktung. Die Landesregierung steckt die Mittel in

Stallbauten und nicht in Beschäftigung und ignoriert den PROLAND-Halbzeitbericht der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, der zur AFP-Förderung folgende Bewertung enthält - ich zitiere -:

"Die Investitionen sind mit erheblichen Mitnahmeeffekten verbunden und ohne strukturelle Wirkungen. Die Nettobeschäftigung ist negativ."

Unserem Antrag entsprechend sollen anstatt der 45 % nur 35 % der Mittel in die Achse 1 fließen. Wir fordern die restlichen 65 % der Mittel für Agrarumweltmaßnahmen und für die Entwicklung ländlicher Räume.

Zu den Agrarumweltmaßnahmen gehört u. a. die Umstellungsprämie für den ökologischen Landbau, die Herr Ehlen gekürzt hat, obwohl die Biobranche zu den Wachstumsbranchen gehört. Andere Bundesländer, z. B. Sachsen-Anhalt, haben dies erkannt und die Ökoförderung aufgestockt. Dieser Wirtschaftszweig, der gute Entwicklungschancen hat, Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten schafft und verstärkt vom Handel nachgefragt wird, wird allerdings von Herrn Ehlen und seinem Staatssekretär nicht so gut gelitten. Die Ökoprämien sind für die Wettbewerbsfähigkeit der Biobauern gegenüber den europäischen Mitbewerben entscheidend, da sich unsere Nachbarländer durch nationale Aktionspläne und Fördermaßnahmen gezielt für den Export ihrer Bioprodukte nach Deutschland stark machen. So zahlen bereits heute Länder wie Slowenien, Litauen, Belgien, Österreich und Italien wesentlich höhere Flächenprämien für Biobetriebe als Niedersachsen. Niedersachsen als Agrarland Nummer eins ist Schlusslicht im Ökolandbau.

Um beliebten Vorurteilen bei CDU und FDP vorzubeugen: Eine Studie der Universität Hohenheim, die im Auftrag der EU erstellt wurde, hat gezeigt, dass der Ökolandbau durch die Agrarpolitik nicht bevorzugt, sondern benachteiligt wird. Aber auch solche Untersuchungen, meine Damen und Herren von der CDU, ignorieren Sie; Sie behaupten einfach das Gegenteil.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Auch die Mittel für die Achse 3 einschließlich LEA-DER zur Entwicklung ländlicher Räume müssen aufgestockt werden. Im Bereich der Diversifizierung liegt laut FAL das höchste Beschäftigungspotenzial. Was nutzen integrierte ländliche Entwicklungskonzepte, die wir für erforderlich halten, wenn kein Geld für die Umsetzung vorhanden ist?

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Hans-Dieter Haase [SPD])

Mittel für die Dorferneuerung dürfen daher nur auf der Grundlage von ILEKs ausgebracht werden. Die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen müssen bei den Entwicklungskonzepten oberste Priorität haben, um den bereits bestehenden regionalen Disparitäten entgegenwirken zu können. Tut man dies nicht, wird die Schere immer weiter auseinandergehen. Hinsichtlich der angekündigten Regionalisierungsfonds scheinen Sie nicht zu Potte zu kommen. Die Kommunen warten bis heute noch auf konkrete Aussagen.

Meine Damen und Herren, unser zweiter Schwerpunkt des Agrarhaushalts 2007 ist die Lebensmittelsicherheit. 3 Millionen Euro haben wir angesetzt, um beim Landesamt für Verbraucherschutz Lebensmittelkontrolleure einzustellen, die bei risikobehafteten Betrieben Schwerpunktkontrollen durchführen sollen und somit gleichzeitig eine Entlastung für die direkte Lebensmittelüberwachung der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Region Hannover beinhalten.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Wollen Sie den Kommunen die Aufgabe entziehen?)

- Einen kleinen Moment noch! - Dazu muss das LAVES die notwendigen eigenen rechtlichen Kompetenzen erhalten; es darf nicht nur Befehlsempfänger des Landwirtschaftsministeriums bis hin zum Maulkorberlass sein, den wir auch schon einmal hatten.

(Ursula Körtner [CDU]: Na, na, na!)

Gemäß einer EU-Verordnung können die Mitgliedstaaten Gebühren und Kostenbeiträge zur Deckung der Kosten erheben, die durch die amtlichen Kontrollen entstehen. Generell sollte das Thema Gebührenpflicht unter dem Gesichtspunkt verstärkter Kontrollen im Bereich der Lebensmittelsicherheit durch Mehreinnahmen neu beraten werden. Dies ist im Übrigen auch eine Forderung des Landesrechnungshofs.

Aber dieser Landwirtschaftsminister kündigt immer nur Maßnahmen an und suggeriert, dass alles schon umgesetzt wird. Fragt man dann aber in den Landkreisen nach, stellt man fest, dass noch nichts angekommen ist. Selbst eine solche einfache Regelung wie das Rotieren der Lebensmittelkontrolleure wird bis heute nicht überall angewandt.

(Ingrid Klopp [CDU]: Das liegt aber an den Kommunen!)

Dafür erleben wir ständig medienwirksame Auftritte im Zusammenhang mit Fleischskandalen. Allmählich kann man schon der Meinung sein, dass ein Gewöhnungsprozess einsetzt.

Herr Minister Ehlen, Sie haben gestern meinen Kollegen Klaus Johannßen als Schnacker bezeichnet.

(Ingrid Klopp [CDU]: Das ist doch nett!
- Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist ein Skandal!)

Herr Minister Ehlen, wenn das ein Lob war, dann sind Sie in diesem Punkt ein Oberschnacker,

(Beifall bei der SPD)

der zwar immer alle Dinge richten will, was aber nicht klappt, weil er nicht immer weiß, über welche Dinge er gerade redet.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Sie wissen das, weil Sie es aufgeschrieben haben!)

Im Übrigen war mir bis zu dem Zeitpunkt, als ich das Protokoll von gestern las, nicht klar, dass Protokolle nicht die Originalreden wiedergeben, sondern leicht geschönt werden.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Stimmt das?)

Meine Damen und Herren, zurück zum Haushalt. Der Minister und die Fraktionen von CDU und FDP setzen bei dem Einsatz der EU-Fördermittel falsche Schwerpunkte. Sie haben sich den veränderten Rahmenbedingungen nicht gestellt. Ihre Devise lautet: Weiter so! - Das ist zum Nachteil der ländlichen Räume, die bedingt durch den demografischen Wandel, bedingt durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft vor großen Veränderungen stehen und dringend Hilfe und Unterstützung des Landes benötigen. Sie belassen in der Lebensmittelüberwachung und bei den Lebensmittelkontrollen alles beim Alten. Der beste Schutz der Verbraucher ist eine Verstärkung der Lebensmittelüberwachung und der Lebensmittelkontrollen.

Das geht nicht nur mit einem Computerprogramm, sondern dafür braucht man mehr Personal, mehr Kontrolleure.

(Beifall bei der SPD)

Der Einzelplan 09 nimmt diese beiden wichtigen Punkte nicht auf.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Das war es?)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Frau Stief-Kreihe. - Als Nächster spricht von der CDU-Fraktion Herr Große Macke. Bitte schön!

## Clemens Große Macke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Oberschnackerin! Der Kurs stimmt.

(Beifall bei der CDU)

Das sagt zumindest Marco Seng in seinem Kommentar in der *Nordwest-Zeitung* vom 15. November 2006. In der Tat: Der Kurs stimmt - auch im Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Um im Bild zu bleiben: Dort pflügen sie eine gerade Furche. Im Gegensatz zu den Wirtschaftsleuten machen wir das schon mit dem Trecker.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in Vechta - es ist bekannt, dass das ländlicher Raum ist - betrug das Wirtschaftswachstum in den vergangenen zehn Jahren 66 %, in Cloppenburg betrug es 50 % und im Emsland 48 %.

Frau Kollegin, Sie haben gesagt, dass Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Allein in der Gemeinde Essen wurden bei einer Gesamteinwohnerzahl von 8 125 - das ist der Stand von letzter Woche Donnerstag -

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Einen davon kenne ich!)

in den vergangenen fünf Jahren 700 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Landwirtschaft und Wirtschaft bedingen im ländlichen Raum einander.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die netzwerkorientierte Bildung von innovativen Clustern in den Regionen scheint erste Erfolge nach sich zu ziehen und schafft die geforderten Synergieeffekte, wie auch die Pferdeakademie in Vechta gerade eindrucksvoll zeigte.

Sie mögen nun vielleicht fragen, liebe Kollegin, in welchen Bereichen das der Fall ist. Wenn Sie sich im ländlichen Raum auskennen, dürfte Ihnen die Gemeinde Essen nicht unbekannt sein. Dort gibt es eine ganze Menge an Unternehmen. Ich nenne hier nur einmal die Firma Vogelsang, die Firma Greten, die Firma Wernsing, die Firmen RICK und MIAVIT. Ich nenne das Unternehmen Hormes und den Schlachthof D & S. Wesentlicher Motor dieser Wirtschaftskraft ist die Land- und Ernährungswirtschaft, die in den besagten Landkreisen bis zu 35 % der Bruttowertschöpfung erwirtschaftet. Die Land- und Ernährungswirtschaft ist in Niedersachsen mit 18 % der Bruttowertschöpfung die zweitwichtigste Branche, in der Erwerbstätige einen Job finden.

Meine Damen und Herren, Erfolg ist - so heißt es - zumindest zu 50 % Psychologie. Wichtig sind Verlässlichkeit, Vertrauen und Planungssicherheit - also Wertmaßstäbe, denen die Politik gerecht werden sollte. Dafür haben wir im Haushalt den privaten Waldbauern in der forstfachlichen Betreuung eine zusätzliche Unterstützung in Höhe von 350 000 Euro zugestanden, um die verloren gegangene EU-Förderung in Höhe von 700 000 Euro zumindest teilweise kompensieren zu können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das gilt gerade auch für den Bereich Gifhorn mit seinen ausgedehnten Wäldern. Auf dem Hof der Kollegin Frau Klopp konnten wir uns selbst davon überzeugen, wie wichtig das ist. Ich bin dankbar, dass sie meinen Ausführungen jetzt so aufmerksam folgt.

Verlässlichkeit gilt im Gegensatz zu dem, was Sie behauptet haben, Frau Kollegin, auch für die ökologisch produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

die auch in Zukunft von uns und gerade auch von diesem Minister unterstützt werden. Allein die Zu-

schüsse im Rahmen der Natur- und Umweltprogramme - hier die Zuschüsse zur Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen - werden im Haushaltsjahr 2007 mit 9 Millionen Euro veranschlagt. Das sind 1,6 Millionen Euro oder 22 % mehr als im vergangenen Jahr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

An dieser Stelle noch eine Anmerkung zu dem Wunsch von Herrn Klein, diesen Haushaltstitel auf 18 Millionen Euro zu verdoppeln. Landwirten die Fesseln nach finanziellen Abhängigkeiten anzulegen und Marktgesetze völlig zu ignorieren, ist fehl am Platze. Gerade Sie haben doch in den vergangenen Jahren jegliche Subventionierung der Landwirtschaft abgelehnt und gesagt, die Subventionen müssten abgebaut werden. Ich meine, gestern noch haben Sie einen entsprechenden Zwischenruf gemacht.

Der Agrarbericht der Bundesregierung ist in diesem Zusammenhang hoch interessant. Für den Vergleich konventionell wirtschaftender Betriebe mit Ökobetrieben gibt es 162 Vergleichsparameter. Ich nehme nicht die Zahl der geborenen Ferkel pro Sau und Jahr, sondern den Gewinn. In meinen Augen ist es interessant, dass der Gewinn bei den ökologisch wirtschaftenden Ackerbaubetrieben im Schnitt 48 000 Euro und bei den konventionell wirtschaftenden Betrieben nur 47 000 Euro beträgt. Noch größer ist die Differenz bei den Futterbaubetrieben. Der Gewinn liegt hier bei den Ökobetrieben bei 34 000 Euro und damit um fast 7 000 Euro höher als bei den konventionell wirtschaftenden Betrieben. Wer muss denn hier subventioniert werden?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Liebe Anwesende auch in Raum 501 bei Frau Schablewski,

(Bernd Althusmann [CDU]: Die zucken jetzt zusammen!)

bei den 122 Parametern, die ausgewertet wurden, um bei den Haupterwerbsbetrieben des ökologischen Landbaus die Gewinnstreuung zu beurteilen, fällt auf, dass die erfolgreichen Betriebe 36 Euro pro Hektar weniger an Prämie beziehen als die weniger erfolgreichen und der Gewinn bei den weniger guten 8 498 Euro beträgt. Herr Klein, das sind wahrscheinlich die 33 %. Bei den Guten beträgt der Gewinn 81 000 Euro. Das heißt, der ökologisch wirtschaftende Unternehmer agiert

längst am Markt und hat momentan gerade in diesem Bereich hervorragende Möglichkeiten, die auch Sie immer wieder skizzieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie, lieber Herr Klein und liebe Freunde von den Grünen, können die staatlichen Transferleistungen meinetwegen auch verdreifachen. Aber die Existenz der Betriebe, die momentan in Schwierigkeiten stecken, die im unteren Drittel agieren, werden Sie auch damit nicht sichern können. Wenn Sie suggerieren, es sei machbar, damit Existenzen zu sichern, dann ist das reine Klientelpolitik.

Nach hartem Ringen wurde die Legehennenhaltungsverordnung im Jahre 2006 verabschiedet. Das war ein schmerzhafter Kompromiss - das gebe ich gerne zu - für fast alle Beteiligten. Aber die Unternehmer haben sich jetzt entschlossen, die Ställe umzubauen. Das löst nach Angaben des Bauernverbandes, des Geflügelwirtschaftsverbandes und der Kammer in den nächsten zwei bis drei Jahren allein in Niedersachsen Investitionen mit einem Volumen von 250 bis 300 Millionen Euro aus. Wenn jetzt Herr Beck, der Bundesvorsitzende der SPD, diesen Kompromiss wieder in Zweifel zieht, nimmt er billigend in Kauf, dass diese Investitionen, die für Arbeitsplätze im ländlichen Raum wichtig sind, auf Eis gelegt werden.

Meine Damen und Herren, Zufriedenheit mit Politik und vor allem der Glaube an die Zukunft zeigen sich am Investitionsklima. Mich stimmt insofern froh, dass bis Mitte November 850 Anträge für das Agrarinvestitionsförderprogramm mit einem Volumen von 33,6 Millionen Euro bewilligt werden konnten, die Investitionen von 120 Millionen Euro auslösen. Sie wissen, dass leider nicht alle Anträge bewilligt und bedient werden konnten. Für mich ist dabei interessant, dass etwa 50 % dieser Summe in den Milchsektor fließen. Dazu passt, dass der Gewinn der Milchbetriebe im abgelaufenen Wirtschaftsjahr um 12,6 % gesteigert werden konnte. Endlich gibt es also auch für diesen Betriebszweig wieder ein wenig Hoffnung. Nicht mehr lange, so denke ich, und die Milch wird wieder teurer als Mineralwasser sein.

Meine Damen und Herren, ein Aufschwung geht immer mit Innovationsfähigkeit einher. Der Bereich Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe ist ein Beispiel dafür, dass man mit guten Rahmenbedingungen Märkte treiben oder mit schlechten Rahmenbedingungen wie beim Biokraftstoffguotenge-

setz einen funktionierenden Markt dem Scheitern preisgibt, wie uns Herr Niebuhr, Geschäftsführer des Landvolks in Gifhorn, sehr deutlich gesagt hat.

Ich denke, dass es uns das Wissen in der Koalition um den ländlichen Raum ermöglicht, gute und innovative Ansätze zu entwickeln. Im Rahmen des Projekts "Heimatgenüsse aus Niedersachsen" will der BUND, Landesverband Niedersachsen, die niedersächsische Kulturlandschaft bewerben und Verbraucherinnen und Verbraucher für hochwertige niedersächsische Produkte gewinnen.

Wenn, wie durch die Lebensmittelkontrolle geschehen, grobes Fehlverhalten oder gar kriminelle Machenschaften aufgedeckt werden, kann man mehr Personal für 3 Millionen Euro fordern oder aber den Mut haben, einen Systemwechsel zu wagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der vom niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum entworfene Aktionsplan "Sichere Lebensmittel in Niedersachsen" ist ein solcher Systemwechsel. Basierend auf gutem Datenmaterial und vernetztem Arbeiten wird Verbraucherschutz so vorangetrieben wohl wissend, dass es eine absolute Sicherheit in diesem Bereich niemals geben wird. Ausführliche Informationen zu diesem Aktionsplan können Sie den neuesten *NST-Nachrichten* entnehmen.

An dieser Stelle möchte ich unserem Herrn Minister ausdrücklich zu seiner Wahl zum verbraucherschutzpolitischen Sprecher der sogenannten B-Länder gratulieren. Das ist sicherlich, lieber Herr Minister, auch ein Zeichen der Anerkennung für vorhandene Kompetenz und gute Arbeit in Ihrem Hause.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

"Tue Gutes und rede darüber", sagt der Volksmund, und Niedersachsen als Agrarland Nummer eins in Deutschland tut gut daran, sich weiterhin auf internationalen Messen wie der Grünen Woche in Berlin oder der BioFach in Nürnberg zu präsentieren. Agritechnika und BioenergyEurope mit 250 Ausstellern sind weltweit beachtete Messen.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Darum kürzt ihr die Mittel!)

Unsere SPD-Kolleginnen und Kollegen glänzen hierbei jedoch mit Unkenntnis. Im *Vorwärts* wird im November behauptet, dass Herr Jüttner fachlich

kompetent sei. Das wird durchaus bewiesen, indem er beklagt, dass wir wieder bei Huhn und Schwein angelangt sind.

(Lachen bei der CDU - Bernd Althusmann [CDU] hält ein rotes Licht hoch - Karin Stief-Kreihe [SPD]: Du musst da hingucken!)

- Ich habe es gesehen. Aber ich muss es loswerden, Bernd.

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Große Macke, wir sind im Landtag per Sie.

## Clemens Große Macke (CDU):

Entschuldigung, Frau Vizepräsidentin. - Ach, hättest Du geschwiegen - - -

(Heiterkeit)

Damit meine ich aber nicht Sie!

(Zurufe)

Ach, hättest Du geschwiegen. Huhn und Schwein, lieber Herr Jüttner, gibt es seit 1991 nicht mehr; sie wurde von der EuroTier abgelöst. Da muss einer von der SPD 15 Jahre lang gewaltig gepennt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das Jahr 2007 wird ein interessantes Jahr, nämlich das erste Jahr der neuen Förderperiode. 815 Millionen Euro stehen zur Verfügung. Das Agrarressort leistet in diesem Jahr wieder seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, bindet EU- und Bundesmittel. ELER und ZILE ermöglichen in vielfältiger Weise die Weiterentwicklung ländlicher Räume.

Raumordnungsgesetz und Landes-Raumordnungsprogramm werden aktualisiert. Die kommunale Selbstverwaltung werden wir stärken, weil wir der Überzeugung sind, dass vor Ort Situationen am besten beurteilt und Entscheidungen am besten getroffen werden können.

CDU-Politik machen, meine Damen und Herren, bedeutet, mit den Menschen und für die Menschen tätig zu werden. Das regt an, das fordert heraus, das ist Motivation pur für unsere Arbeit und vor allen Dingen etwas ganz anderes als the same procedure as last year. - Jetzt habe auch ich die Lampe gesehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Klein das Wort.

## Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unsere Änderungsanträge zum Einzelplan 09 haben vor allen Dingen zwei Hauptbotschaften. Die erste Hauptbotschaft lautet: Wir brauchen endlich eine Verbesserung des Verbraucherschutzes in Niedersachsen. Die zweite Hauptbotschaft lautet: Die künftige Förderung des ländlichen Raumes muss wirksamer und zielgenauer werden und darf nicht so verschwenderisch mit dem Geld umgehen wie jetzt.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Wir beginnen mit dem Verbraucherschutz. Ich glaube, dass man zu dem Bedarf nicht mehr viel sagen muss. Denken Sie an die Fleischskandale des letzten Jahres. Denken Sie an die aktuellen Fälle mit vergammeltem Fleisch und Fisch. Ich erinnere an die festgestellten Belastungen bei Fisch und Meeresfrüchten aus Aquakulturen mit Giften wie Malachitgrün und Antibiotika. Ich erinnere an die verbreiteten Pestizidbelastungen bei Obst und Gemüse. Denken Sie an den von Greenpeace aufgedeckten Skandal mit den verbotenen Agrargiften, der deutlich macht, dass es nicht nur um importierte Probleme geht, sondern dass auch die inländischen Erzeuger ihren guten Teil dazu beitragen. Ferner möchte ich an die offensichtliche Strategie von Monsanto, Bayer und Co. erinnern, unsere Lebensmittel planmäßig und flächendeckend mit ihren gentechnisch veränderten Konstrukten zu vergiften, die niemand haben will und braucht.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, all das macht deutlich, wie verlockend und offenbar einfach es ist, auf Kosten der Verbraucher und ihrer Gesundheit Kasse zu machen. All das macht auch deutlich, dass es mit ein paar kleinen Korrekturen bei den Kommunen und den Verwaltungsverfahren nicht getan ist. Wir wollen zusätzliche Mittel für eine deutliche Personalverstärkung in diesem Bereich.

Wir wollen eine Taskforce - das haben wir immer wieder gefordert -, möglichst am LAVES angedockt, die eigenständige Kontrollen unabhängig von den Kommunen in allen Bereichen vornehmen kann, die verdachts- und risikoorientiert arbeitet, die eine weisungsbefugte Koordinationsfunktion in diesem Bereich hat, die Informationen für die Öffentlichkeit zeitnah bereithält und auch tatsächlich informiert. Wir brauchen sie als Beratungsinstitution und möglicherweise auch für eine telefonische Hotline, um Hinweise aus Fleisch verarbeitenden Betrieben entgegennehmen zu können. Wir brauchen sozusagen eine Spezialtruppe zur Unterstützung, aber eben auch zur Kontrolle der Kommunen. Wir brauchen aber auch eine Spezialtruppe zur Unterstützung der Staatsanwaltschaft. Denn es kann doch nicht sein, dass z. B. Ermittlungen wie im Fall der Nikotineier schon deshalb ins Stocken kommen, weil der einzige Polizist, der etwas von der Sache versteht, auch einmal Urlaub machen muss.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen natürlich, dass nach langem Widerstand - das Motto hieß ja lange Zeit "Alles ist gut in Niedersachsen" - nun auch im Ministerium die Einsicht in die Notwendigkeit personeller Verstärkung und struktureller Verbesserung gereift ist. Wir verstehen unseren Antrag auch als Unterstützung dieser Bemühungen und als Aufforderung, noch mehr zu tun. Wir haben natürlich auch politisches Verständnis dafür, dass diese neue Truppe nicht Taskforce heißen kann.

Ein Wort zur Ernährungsberatung. Neben der Ertüchtigung des staatlichen Kontrollapparates, über die ich eben gesprochen habe, dürfen wir die direkte Unterstützung des Verbrauchers selbstverständlich nicht vernachlässigen. Deshalb wollen wir den Ansatz für die Ernährungsberatung deutlich aufstocken. Hintergrund ist natürlich die Vorsorge gegen ernährungsbedingte Krankheiten und das zunehmende Problem übergewichtiger Kinder. Aber es geht eben auch um die Vermittlung von Kenntnissen über Lebensmittelsicherheit, um sich besser vor Fleischfälschern und anderen Betrügern schützen zu können.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen auch das Thema "Verbraucherzentrale Niedersachsen" nicht ersparen, auch wenn die jährliche Kürzung der institutionellen Förderung für diese Landesregierung inzwischen offensichtlich Routine geworden ist. Wir werden uns an dieses Kaputtsparen der wichtigsten unabhängigen Verbraucherschutz-

organisation in Niedersachsen nicht gewöhnen und werden das auch nicht akzeptieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, gerade den Verbrauchern im ländlichen Raum, die Ihnen angeblich so am Herzen liegen, ist diese Schwächung ihrer Position nicht zuzumuten.

Ich komme noch einmal zum Bereich der Förderung des ländlichen Raumes; dazu hat die Kollegin Stief-Kreihe ja schon vieles gesagt. Wir haben Ihnen dazu einen inhaltlichen Antrag bezüglich einer Neuausrichtung der Mittelverteilung, der Prioritätensetzung und des Instrumentariums vorgelegt. Diesen haben wir auch haushaltstechnisch umgesetzt. Die Vorstellungen der Landesregierung ignorieren die Zielvorgaben für den Einsatz der EU-Gelder, die auf Arbeitsplätze und Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet sind. Sie ignorieren die Ergebnisse der Evaluation, die deutlich gemacht hat, wie wenig das alte PROLAND-Programm gebracht hat. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass mit der Umsetzung der EU-Agrarreform eine neue Diskussionsgrundlage vorhanden ist. Wir haben die Mittel in diesem Topf ein klein wenig verschoben. Aus dem relativ erfolglosen Topf "Bau und Beton" haben wir Mittel hin zu Wissen und Kreativität verschoben. Von der Förderung der arbeitsplatzzerstörenden Agrogentechnik haben wir Mittel hin zum arbeitsplatzschaffenden Biolandbau verschoben.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, statt "Unser Dorf soll schöner werden" sagen wir "Unser Dorf soll klüger werden". Statt Mitnahmeeffekten produzieren wir innovative Projekte. Statt in Wachse-und-weiche-Projekte, die jetzt vor allen Dingen angedacht sind, investieren wir in neue Arbeitsplätze im außerlandwirtschaftlichen Bereich. Last, but not least, investieren wir in den Schutz von Umwelt und Landschaft statt in neue Massentierhaltungssysteme.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein Wort zur Förderung des Privatwaldes sagen, der der CDU und der FDP zusätzliche Mittel in Höhe von 340 000 Euro für die Übernahme von Unterhaltungsbeiträgen wert war. Das Anliegen ist richtig. Wir unterstützen es voll. Der Wald muss von diesen Kosten entlastet wer-

den. Das Instrumentarium - dies sage ich vor allen Dingen in Richtung der FDP - ist aber grundfalsch. In einer Zeit, in der alle Subventionen abbauen wollen, ist es hoch problematisch, einen nagelneuen Subventionstopf einzurichten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

besonders in einer Zeit, in der sich die wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten für den Wald durch den Trend zu erneuerbaren Energien deutlich verbessern. Vor allem aber müssen wir deutlich sehen, dass die Entlastung des Waldes von den Wasserverbandsbeiträgen in das Beitragssystem selbst gehört. Sie haben es nicht im Kreuz, mit einer entsprechenden Bonusregelung im Wassergesetz einen nutzungsgerechten Ausgleich zwischen allen Beitragszahlern durchzusetzen. Diese Feigheit ist mit 340 000 Euro teuer bezahlt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ein letztes Wort noch zum Thema Landesraumordnung. Wir haben für den vorliegenden Haushaltsentwurf keinen konkreten Änderungsansatz vorgeschlagen. Ein solcher wäre einfach zu abstrakt gewesen. Ich will aber durchaus darauf hinweisen, dass aus der Änderung der landesraumordnungsrechtlichen Vorschriften und dem damit geplanten Rückzug des Landes aus der Landesraumordnung ein haushaltspolitischer Bumerang werden kann. Wenn Sie landesbedeutsame Entscheidungen auf die kommunale Ebene schieben, weil man vor Ort alles so viel besser weiß und besser beurteilen kann, riskieren Sie eine Latte von Fehlplanungen, deren Folgekosten tiefe Haushaltslöcher hinterlassen werden. Meine Damen und Herren, vielleicht gehen Sie aber davon aus, dass Sie dann ja eh keine Verantwortung mehr tragen. - Schönen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Klein. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Oetjen das Wort.

#### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kontinuität und Verlässlichkeit in der Landwirtschaft und gleichzeitig neue Schwer-

punkte im Bereich des Verbraucherschutzes - das ist die Marschrichtung dieses Agrarhaushaltes, des Einzelplans 09. Diese Marschrichtung hat die volle Unterstützung der FDP-Fraktion in diesem Hause.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Kollegin Stief-Kreihe, ich möchte mein Augenmerk zunächst auf den Verbraucherschutz lenken. Mit den Empfehlungen von CDU und FDP bringen wir eine personelle Verstärkung im Bereich der Lebensmittelsicherheit auf den Weg. Die Einsatzgruppe soll bei den kommunalen Trägern der Lebensmittelüberwachung als Prüfinstanz fungieren, um Skandale, wie sie im Verlaufe des vergangenen Jahres aufgetreten sind, gar nicht erst entstehen zu lassen. Außerdem soll hierdurch ein Abgleich zwischen den strategischen Zielsetzungen des Landes und der Leistungsfähigkeit der Behörden vor Ort erreicht werden.

(Zustimmung bei der FDP)

Ferner wollen wir das Qualitätsmanagementsystem stärken.

Gerade weil Niedersachsen das Agrarland Nummer eins ist, ist es wichtig, dass wir den Verbraucherschutz stärken und in der Lebensmittelsicherheit nicht nachlässig sind. Das gewährleisten wir mit diesem Haushalt und mit den Maßnahmen, die das Landwirtschaftsministerium ergriffen hat. Ich stelle daher fest: Niedersachsen spielt im Verbraucherschutz eine Vorreiterrolle, und das ist gut so.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Kollegin Stief-Kreihe, Sie machen in Ihrem Haushaltsantrag den Vorschlag, 50 neue Lebensmittelkontrolleure einzustellen. Ich würde gerne wissen - ich möchte Sie auch bitten, das den kommunalen Spitzenverbänden zu erklären -, ob Sie den übertragenen Wirkungskreis aufheben wollen und dies wieder in die Hoheit des Landes ziehen wollen oder ob Sie diese Aufgabe bei den Kommunen belassen wollen. Diese Antwort bleiben Sie schuldig. Das ist unehrlich, Frau Kollegin.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ein wichtiger Schwerpunkt in der aktuellen Debatte ist die neue EU-Förderperiode. Es stellt einen großen Kraftakt dar, die Kofinanzierung für die kompletten Mittel im Haushalt bei der insgesamt schwierigen Lage des Haushalts abzubilden. Ich bin sehr froh, dass uns dieser Kraftakt gelungen ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen für unsere Landwirtschaft unterstütze ich die Zielsetzungen des Landes für die neue Förderperiode nachdrücklich. Es ist der richtige Weg, in Zeiten zunehmenden Wettbewerbs, den wir alle wollen, unsere Landwirte auf diesen Wettbewerb vorzubereiten und sie entsprechend zu unterstützen, Herr Kollege Klein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deswegen ist es auch die erste Säule der EU-Förderung, die Säule der Wettbewerbsfähigkeit, in die wir das Geld stecken müssen. Wir sind das Agrarland Nummer eins, weil unsere Landwirte unternehmerisch denken und handeln. Das müssen wir unterstützen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Stief-Kreihe, Sie haben gesagt, wir vernachlässigten die anderen Achsen. Ich sagen Ihnen ganz deutlich: Mit 32 % der Mittel, die wir für die dritte Achse aufwenden, setzen wir einen wichtigen Schwerpunkt im Bereich der Diversifizierung im ländlichen Raum und stärken damit unsere ländlichen Räume.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir vernachlässigen sie also nicht. Vielmehr ist ein Schwerpunkt unserer Politik auf sie ausgerichtet.

Meine Damen und Herren, uns liegt ein guter und ausgewogener Einzelplan 09 vor, der den Anforderungen einer unternehmerisch orientierten Agrarpolitik und einer modernen Verbraucherschutzpolitik in allen Punkten gerecht wird. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Oetjen. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Ehlen das Wort. Bitte schön!

Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Aufstellung des Planentwurfs für den Haushalt

2007 hatte für uns vorrangig zwei Ziele. Erstens wollten wir die in Aussicht gestellten EU- und Bundesmittel mit entsprechenden Landesmitteln binden, und zweitens wollten wir selbstverständlich auch im Agrarressort die vorgegebenen Einsparungen für die Haushaltskonsolidierung leisten. Ich bin sehr zufrieden, dass uns dies gelungen ist. Wir stehen unmittelbar vor der neuen Förderperiode zur Entwicklung des ländlichen Raumes von 2007 bis 2013. Das Konzept für das neue Förderprogramm steht. Die öffentliche Anhörung dazu hat bereits stattgefunden. Niedersachsen will mit dem neuen Programm Akzente setzen und die Ideen sowie das große Engagement in der ländlichen Region nachhaltig fördern. Dadurch werden wir in den ländlichen Regionen mehr Kontur und auch mehr Profil gewinnen. Für die neue Förderperiode steht Niedersachsen die erfreuliche Summe von ca. 815 Millionen Euro an EU-Fördergeldern zur Verfügung. Deshalb ist bei uns auch ohne zusätzliche Kürzung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen, der fakultativen Modulation, eine ambitionierte Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes möglich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen ist in der neuen Planungsperiode nicht von Mittelkürzungen betroffen, weil der ehemalige Regierungsbezirk Lüneburg künftig als Konvergenzgebiet ausgewiesen ist und wir mit rund 200 Millionen Euro zu den Direktzahlungen im Rahmen der obligatorischen Modulation einen wesentlichen Mittelbeitrag für die ländliche Entwicklung beisteuern. Diese Mittel werden wir effektiv nutzen und damit auch nachhaltig zur Entwicklung der ländlichen Räume beitragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die neue Förderperiode wurde von Brüssel nicht nur finanziell neu organisiert, sondern auch inhaltlich. Die ELER-Verordnung gibt drei Schwerpunktachsen vor. Die erste Achse betrifft die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft; darin sind auch AFP und Flurbereinigung enthalten. Die zweite Achse umfasst Landmanagement und Umwelt, wie z.B. unser NAU-Programm mit den Agrar-Umweltmaßnahmen. Die dritte Achse betrifft die ländliche Entwicklung, im weiteren Sinne z.B. Maßnahmen zur Förderung und Verbesserung der Lebensqualität, Diversifizierung und Dorferneuerung.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Erarbeitung und der Einarbeitung der aktuellen Zahlen über die technische Liste stehen nun sogar insgesamt 100 Millionen Euro mehr zur Verfügung als in der vergangenen Förderperiode. Ich meine, das sollten wir honorieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Karin Stief-Kreihe [SPD]: Das sollten wir nutzen, nicht honorieren!)

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag zur Umschichtung von Mitteln innerhalb der drei Schwerpunktachsen gestellt. Sie wünschen eine Verlagerung von Mitteln aus dem Schwerpunkt eins auf die Schwerpunkte zwei und drei. Die finanzielle Gewichtung der Schwerpunktachsen im neuen Förderprogramm basiert im Wesentlichen auf einer Stärken-/Schwächenanalyse. Die daraus hervorgegangenen Evaluierungen ergaben neue Erkenntnisse und bestimmten unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten die Handlungsnotwendigkeiten für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des ländlichen Raumes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Karin Stief-Kreihe [SPD]: Das sieht die EU aber anders!)

Angesichts der Herausforderungen der Agrarreform und der Liberalisierung der Agrarmärkte ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Schwerpunkt eins zugunsten des ländlichen Raumes in Niedersachsen und Bremen das zentrale Ziel unserer Bemühungen.

(Beifall bei der CDU)

Hinzu kommt, dass im Gegensatz zur Förderperiode 2002 bis 2006 die ländliche Entwicklung - ich nenne z.B. die Flurbereinigung, den ländlichen Wegebau, den Hochwasser- und Küstenschutzdem Schwerpunkt eins zugeordnet ist. Das war vorher anders. Aus diesem Grund ist der Schwerpunkt eins mit EU-Mitteln in Höhe von 338 Millionen Euro budgetiert. Das entspricht etwa 41 % der Gesamtmittel.

In Bezug auf die Mittelausstattung des Schwerpunkts zwei ist zu berücksichtigen, dass Umweltund Naturschutz Querschnittsziele haben, für die auch im Schwerpunkt drei Maßnahmen wie etwa die Entwicklung von Natur und Landschaft sowie begleitende Maßnahmen zur Entwicklung von Fließgewässern und zum Schutz von Gewässern vorgesehen sind.

Im Übrigen bestehen auch quer durch alle Schwerpunkte Bezüge zu Natura 2000 und zur Wasserrahmenrichtlinie. Der Anteil der Mittel im gesamten Programm, die im Bereich Umwelt Wirkung erzielen, ist somit in der Summe deutlich höher als die 26 % bzw. die 204 Millionen Euro. die für den Schwerpunkt zwei vorgesehen sind. Zu dieser Summe kommen nämlich noch 55 Millionen Euro für umwelt- und naturschutzrelevante Maßnahmen aus dem Schwerpunkt drei hinzu. Das heißt, dass sehr viele Maßnahmen, die wir in der zweiten Säule nicht direkt ausgewiesen haben, in der ersten und in der dritten Säule mitfinanziert werden. Beispielhaft erwähne ich die Flurbereinigungssegmente, die die Umsetzung der ersten Maßnahmen im Bereich des Schwerpunkts zwei zum Nutzen und zum Schutz der Natur überhaupt erst ermöglichen.

Meine Damen und Herren, die Beschlussfassung des Haushaltsausschusses zeigt auch die Verstärkungen im Bereich der Lebensmittelüberwachung. Ich meine, dass meine Vorredner von CDU und FDP klar aufgezeigt haben,

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Das war gar nicht so klar!)

dass wir uns letztlich mit rund 566 000 Euro personell verstärken können, um unseren Aktionsplan "Sichere Lebensmittel aus Niedersachsen" durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die von der SPD vorgeschlagenen Lebensmittelkontrolleure werden, wie der Kollege Große Macke gerade dargestellt hat, im LAVES selbst nicht benötigt. Ihr Vorschlag zeigt mir, wie wenig Sie davon verstehen.

Meine Damen und Herren, wir müssen den übertragenen Wirkungskreis ernst nehmen. Wenn wir alles auf den Kopf stellen und auch noch die letzten Aspekte, aus denen wir die Zusammenarbeit mit den Kommunen sehr hochhalten, infrage stellen wollen, dann müssen wir so agieren, wie es die SPD will: alles durcheinander bringen! - Aber das machen wir so nicht mit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nun zu den Vorgaben, die uns in Bezug auf die Einführung von Gebühren für die Durchführung von Kontrollen gemacht werden. Der Erhebung von Gebühren für die Erstkontrolle wird diese Landesregierung nicht zustimmen. Wie wäre es denn, meine Damen und Herren, wenn Sie einer Verkehrskontrolle unterzogen würden, sich dann aber herausstellen würde, dass alles in Ordnung wäre, und Sie dafür Gebühren in Höhe von 20 Euro bezahlen müssten? - Das geht doch nicht, das ist doch Quatsch.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Die muss ich bei der Kontrolle meiner Wasseruhr auch bezahlen! Beim Telefon muss ich das auch!)

Deshalb werden wir solche Gebühren auch für die zufälligen Kontrollen von Lebensmittelbetrieben nicht einführen. Sicherlich aber werden wir für anlassbezogene Nachkontrollen eine Gebühr erheben; das haben wir in der Vergangenheit auch schon gemacht. Die Erstkontrolle allerdings soll frei von Gebühren bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es gibt erfreulicherweise auch Bereiche, in denen wir uns einigen. So sind wir, Herr Kollege Klein, bei der Förderung der Heimatgenüsse, die Sie fordern, auf einer Linie. Ich hoffe, dass wir hier zueinander finden.

Noch ein paar Worte zu den niedersächsischen Landesforsten. Meine Damen und Herren, zu Beginn des vorigen Jahres ist die Anstalt Niedersächsische Landesforsten eingerichtet worden.

> (Karin Stief-Kreihe [SPD]: Die haben Sie sich von Herrn Sander aufschwatzen lassen!)

Sie soll im Produktbereich 1 letztlich eine schwarze Null erreichen. So. wie es im Moment aussieht. wird sie das schaffen. 2008 ist das Zieljahr. Wenn ich mir die Entwicklung am Markt und das, was diese Anstalt in diesen zwei Jahren ihres Bestehens geschafft hat, vor Augen führe, dann ist das meines Erachtens schon eine durchaus realistische Einschätzung. Sie basiert auf sehr belastbaren Faktoren. Neben der guten politischen Vorbereitung im Jahr 2004 machen uns aber auch die hochmotivierten Mitarbeiter im Forstbereich Mut, dass wir dieses Ziel erreichen. In diesem Sinne glaube ich, dass wir einen sauberen Haushalt aufgestellt haben. Ich bitte um Zustimmung, auch wenn es der SPD und den Grünen möglicherweise schwerfällt. - Danke schön.

(Starker Beifall bei der CDU und bei FDP)

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Zu diesem Themenkomplex liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Also kommen wir zum Bereich

## **Umwelt**

Zu Wort hat sich, an erster Stelle stehend, der Kollege von der SPD-Fraktion Herr Haase gemeldet. Bitte schön!

## Hans-Dieter Haase (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Rahmen der Debatte um den Einzelplan 15, also Umwelt, kann ich fast nahtlos an die gestrige Debatte in der Aktuellen Stunde zum Thema "Chancen vergeben - Zukunft verspielen" anschließen. Gestern und auch heute, in der wirtschaftspolitischen Debatte, ist wieder einmal die ideologische Ablehnung einer zukunftsweisenden und nachhaltigen Umweltpolitik deutlich geworden. Das Nichtanerkennen von Umweltpolitik als Innovationspolitik führt zum Verzicht auf mögliche EU-Fördergelder, statt sie dafür einzusetzen, dass in den Bereichen Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Energiemanagement und regenerative Energien neue, wichtige Zukunftsfelder für Niedersachsen bestellt werden.

Man muss es dieser Landesregierung, diesem Minister immer wieder sagen: Umweltpolitik ist Innovationspolitik. Umweltschutz und Umwelttechnologie schaffen Arbeitsplätze. Umwelttechnologie sichert unsere Exportchancen und schafft damit Perspektiven für kommende Generationen.

(Beifall bei der SPD - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das wissen wir!)

Meine Damen und Herren, ich kann ebenso nahtlos an die Haushaltsreden der letzten Jahre anschließen; denn leider hat sich nichts zum Besseren gewandelt. Dieser Minister ist weiterhin auf seinem einsamen Kreuzzug gegen eine zukunftsweisende Umweltpolitik. (Beifall bei der SPD - Karsten Behr [CDU]: Das ist der Minister der Herzen! - Heiterkeit bei der CDU)

Genau das spiegelt sich auch in dem vorliegenden Haushaltsentwurf wider: keine Impulse, keine Zukunftsorientiertheit. Stattdessen verwaltet dieser Umweltminister, verwaltet diese Landesregierung. Oder sollte ich besser sagen: Das Umweltressort wird abgewickelt,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

ohne notwendige Impulse zu setzen,

(Christian Dürr [FDP]: Herr Haase, das ist die gleiche Rede wie im letzten Jahr! Das ist doch langweilig!)

ohne zu erkennen, welche Herausforderungen, aber auch Chancen, Herr Dürr, gerade in diesem Bereich liegen.

An keiner Stelle wird im Haushalt deutlich oder benennt Minister Sander inhaltlich zukunftsbezogene Arbeitsfelder oder Schwerpunkte seiner Politik. Von einem auf die Zukunft gerichteten umweltpolitischen Handlungsprogramm keine Spur. Stattdessen auch in diesem Jahr - ich wiederhole ein bisschen - mantramäßig vorgetragene Kritik an dem seiner Meinung nach überzogenen Umweltschutz und das Verschweigen gravierender Probleme auch in unserem Land.

Sanders' Zukunftsprogramm erschöpft sich in der Forderung nach Rücknahme und Aufhebung von umweltschützenden Regelungen oder der Plattitüde: Zum wohlverstandenen Schutz unserer Umwelt bleibt schließlich, trotz aller Erfolge, noch genug zu tun. Wenn in der Vergangenheit Erfolge erzielt worden sind, dann bis 2003.

(Zustimmung bei der SPD - Anneliese Zachow [CDU]: Das sehe ich aber anders! - Christian Dürr [FDP]: Wie kann man nur so neben der Spur sein!)

Dort, wo sein Handeln geboten wäre - wie zum Beispiel aktuell bei der Strompreisregulierung -, taucht er ab und tut nichts, im Gegensatz zu anderen Länderministern. Und manchmal - leider viel zu selten - pfeift ihn die große Regierungspartei zurück, wie zum Beispiel bei der geplanten Privatisierung des Abwasserbereiches. Wir reden morgen darüber. Da ist der selbsternannte Oberprivatisierer dann schnell eingeknickt.

(Christian Dürr [FDP]: Sie haben es nicht verstanden!)

Zu Recht steht diese Politik auch in der Kritik nicht nur der Umweltverbände, sondern erst neulich auch seitens des DGB, der mit seinem Umweltappell Missstände sehr deutlich formulierte.

Diesen Minister aber ficht das alles nicht an. Mit großem Schwung hat er Unruhe an die Küste gebracht, indem er die in SPD-Zeiten in einem vorbildlichen Verfahren entwickelten Grundsätze zum Küstenschutz aufweicht, den konsensualen Dialog aufgibt. Ich zitiere aus dem Weserkurier: "Naturschutz wird als Schickimicki abgetan, und Naturschutzverbände sollen bei diesen Fragen in Zukunft nicht mehr mitreden."

Meine Damen und Herren, wie wohltuend, wie anders da die Worte der Bundeskanzlerin Merkel, die sich ausdrücklich für eine stärkere Beachtung des Naturschutzes in Deutschland ausgesprochen hat. Sie hat gesagt, Naturschutz sei kein Luxus und dürfe auch nicht als Widerspruch zur Wirtschaft verstanden werden.

(Christian Dürr [FDP]: Den Widerspruch machen Sie auch!)

Der natürliche Reichtum Deutschlands sei ein Schatz und müsse auch für zukünftige Generationen bewahrt werden.

(Zustimmung bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Der einzige Fehler von Frau Merkel ist die Koalition mit der SPD!)

Gleichermaßen pflegt Herr Sander weiterhin seinen Konflikt mit der EU. Die fortschrittliche Wasserrechtsrahmenrichtlinie wird ebenso angezweifelt wie die Vogelschutzrichtlinie oder FFH, um nur einige Beispiele zu nennen.

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

- Herr Dürr, Sie kommen doch gleich dran. - Bei solchen Gelegenheiten ist er dann wieder ganz Landwirt, und er ergreift einseitig Partei für die Landwirte, die ja ohnehin für ihn die einzigen Umweltschützer sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Bei solchen Gelegenheiten pflegt er sein Vorurteil, dass Umweltschutz die Wirtschaft behindere.

(Christian Dürr [FDP]: Das hat er nie gesagt!)

statt sich als Umweltminister für die konsensuale Lösung bestehender Zielkonflikte einzusetzen.

(Christian Dürr [FDP]: Bringen Sie mal ein Zitat! Wann hat der Minister das denn gesagt?)

Sein Dogma "Erst müssen Wirtschaft und Landwirtschaft von allen Fesseln befreit werden, damit dann Mittel für die Umwelt bereitstehen" ist falsch.

(Christian Dürr [FDP]: Lieber mit Schulden finanzieren, wie es die Sozis machen!)

Wirtschaft und Umwelt gleichermaßen zu entwickeln, die Chancen, die sich aus einer zukunftsgerichteten Umweltpolitik gerade auch für Wirtschaft und Landwirtschaft ergeben, überhaupt erst einmal zu erkennen.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist kein Widerspruch!)

sie dann gemeinsam mit allen - eben nicht nur mit den Landwirten, sondern wirklich mit den Menschen - zu gestalten und zu fördern, das wäre seine originäre Aufgabe.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, von solchen Ansprüchen findet sich im vorliegenden Haushalt nichts. Wie schon bei der Einbringung gesagt: Dieser Entwurf ist alles andere als spektakulär. Er ist die schlichte Verwaltung des Ressorts ohne erkennbare Schwerpunktbildung und ohne den Versuch, dem Umweltbereich einen notwendigen besonderen Stellenwert zu geben. Natürlich tun Sie das Notwendige, um zum Beispiel den Küstenschutz zu sichern und laufende Programme abzuarbeiten. Aber Sie tun nichts, um dem Klimawandel und seinen zusätzlichen Herausforderungen gerecht zu werden. In Ihrem Haushalt wird sehr deutlich, welchen Stellenwert der Umweltbereich bei dieser Landesregierung hat.

Dafür ist nun die Streichung bei der finanziellen Unterstützung der vier bislang geförderten Umweltverbände endgültig manifestiert, ganz anders hingegen im Übrigen das Schicksal der von ML oder von MWK geförderten Verbände wie etwa die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald oder der Heimatbund.

Bei den Schutzgebieten finden sich marginale Kürzungen. Einzige Ausnahme ist die Stärkung des Vertragsnaturschutzes. Damit man mich nicht falsch versteht, was man ja gerne macht: Natürlich ist der Vertragsnaturschutz ein ganz wichtiges Instrument im Rahmen des Naturschutzes.

(Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Aber er ist weder das einzige, noch immer das probate Mittel, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

(Christian Dürr [FDP]: Ihnen sind Verbote lieber!)

Die alleinige Fokussierung auf den Vertragsnaturschutz bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber den Naturschutzverbänden und anderen heißt unter dem Strich lediglich: Mehr Mittel für die Landwirte, weniger Mittel für alle anderen, die sich ebenfalls erfolgreich um Naturschutz und Landespflege bemühen, wie sie in der Vergangenheit nun wirklich bewiesen haben.

Auch die Nationalparkhäuser in den niedersächsischen Nationalparken leiden weiter unter den Kürzungen. Bei den grundsätzlichen Kürzungen der Mittel für die Infoeinrichtungen und Infozentren und der gleichzeitigen Maßgabe, dass Personalkosten nur noch bis zu 80 % daraus finanziert werden, muss sich die Landesregierung allerdings fragen lassen: Was sind Ihnen Umweltbildung und Umweltinformation in den schutzwürdigsten und wertvollsten Gebieten des Landes in Zukunft wert? -Gerade diese Häuser bringen trotz Personalabbaus in den letzten Jahren mit guter, qualifizierter Information zehntausenden von Menschen den Naturschutzgedanken nahe und leisten damit einen ganz wertvollen Beitrag. Es wäre an der Zeit, dass dieser Minister einmal sagt, wohin und mit welcher Ausstattung es in Zukunft bei der gesetzlich verankerten Informations- und Bildungsarbeit weitergehen soll.

Zur falschen Politik, die diese Landesregierung mit dem Verzicht auf das NLÖ, also ein Landesumweltamt, betreibt, muss ich hier nicht noch einmal etwas sagen; denn das ist schon häufig genug geschehen.

(Christian Dürr [FDP]: Sie hängen mehr an der Verwaltung als an der Umwelt!)

Hier besteht nach unserer Meinung nach wie vor Korrekturbedarf.

Ein Übriges ist, wie dieser Minister trotz Rumorens im Kabinett mit eigenen hoch qualifizierten Mitarbeitern umgeht. Die faktischen Degradierungen wirklich anerkannter, hervorragender Fachleute, die in den Augen von Herrn Sander das falsche Parteibuch haben, sprechen für sich und zeigen den Weg, den dieser Umweltminister geht.

(Zustimmung bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Sie haben die Entscheidung des Gerichts nicht gelesen, Herr Haase!)

Meine Damen und Herren, der gravierendste Mangel der derzeitigen Umweltpolitik - - -

(Christian Dürr [FDP]: Sie müssen mal Zeitung lesen, sich ein bisschen informieren!

- Seien Sie doch erst einmal ruhig, Herr Dürr.

(Glocke der Präsidentin)

--- ist allerdings die nicht vorhandene Schwerpunktsetzung unter dem Oberbegriff "Herausforderungen des Klimawandels". Kyoto und Nairobi, die Verpflichtungen der Staatengemeinschaft, die das Problem des Klimawandels erkannt hat und gegensteuern will, um so eine Klimakatastrophe zu verhindern, finden keinen Niederschlag in der niedersächsischen Umweltpolitik.

(Dr. Joachim Runkel [CDU]: Er setzt sich doch eindeutig für die Kernenergie ein! Wieso?)

Das ist bis heute die Bilanz dieser Regierung und dieses Ministers in Sachen Klimaschutz und Energie. Das ist natürlich nur eine kleine, beschränkte Auswahl, Herr Dr. Runkel.

Eine Sprüchesammlung von Herrn Sander: Streichung der Fördermittel für private Solaranlagen; Sander spricht sich öffentlich gegen das EEG aus; Sander erklärt bei einem FDP-Ortsverband, Windkraft schaffe keine neuen Arbeitsplätze, und Betriebe würden abwandern, Windkrafträder seien technische Monster. - Ich glaube es ja gar nicht! Die Kürzung der Fördermittel für regenerative oder alternative Energien ist dann die logische Konsequenz.

Dass dann kein Schwerpunkt für regenerative Energien in der nächsten EU-Strukturfonds-Periode angemeldet ist, ist klar. Stattdessen das sture Festhalten an einer Zukunft mit Atomenergie, unzugänglich für jedwedes sachliche Argument; denn schließlich ist Atomkraft ja kerngesund, Herr Dr. Runkel.

(Christian Dürr [FDP]: Das heißt Kernenergie! Ein bisschen Fachwissen wäre wichtig! - Zuruf von Frank Oesterhelweg [CDU])

- Nur die Ruhe! - Da passt es auch, dass dieser Umweltminister gern auch über neue Atomkraftwerke lamentiert

(Christian Dürr [FDP]: Kernenergie heißt das!)

und mögliche Gefahren oder die nicht geklärte Endlagerfrage bewusst ignoriert.

Seinen Niederschlag im Haushalt findet diese Politik dann beim Thema "Erneuerbare Energien" im Einzelplan 08 beim Wirtschaftsförderfonds "Ökologischer Bereich". Hier soll von aktuell 8,6 Millionen Euro auf 8,1 Million Euro, also um rund eine halbe Million, gekürzt werden, begründet mit mangelndem Abfluss.

Ist das denn ein Wunder? Wo kooperiert diese Landesregierung denn im Bereich alternativer und regenerativer Energien? Wo legt sie denn Förderprogramme auf? Fehlanzeige! Und gute Ideen, wie zum Beispiel ein solares Mittelstandsprogramm, um Umweltziele mit Beschäftigung in Mittelstand und Handwerk zu verbinden, werden in Bausch und Bogen abgelehnt. Das sind die falschen Signale, die diese Landesregierung ausstrahlt.

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Informieren Sie sich mal, bevor Sie reden, Herr Haase!)

Eine wirklich wahrnehmbare Unterstützung alternativer und regenerativer Energien gibt es in Niedersachsen leider nicht. "Klimaschutz nach Sander-Art", so die *HAZ* vom 18. November, beschränkt sich darauf, im Zweifel eine zweite Deichlinie zu bauen, statt Programme oder Maßnahmen einzuleiten, die effektiv an der Ursache etwas bewirken.

Meine Damen und Herren, natürlich haben einige der angesprochenen Themen Eingang in unseren Haushaltsantrag gefunden. Allerdings können bei dieser Grundausrichtung der Regierungspolitik nur kleine Akzente gesetzt werden. Aber selbst diese werden von Ihnen ja mit Sicherheit abgelehnt. Eine wirkliche Neuorientierung der niedersächsischen Umweltpolitik, verstanden als eine nachhaltige Politik für eine ökologische Wirtschaft und für Beschäftigung wird sich tatsächlich erst mit einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wolfgang Jüttner im Jahre 2008 durchsetzen lassen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Enno Hagenah [GRÜNE] - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen mit unseren Haushaltsansätzen den Naturschutzverbänden wieder institutionelle Förderung gewähren, darüber hinaus aber auch weitere Mittel, um Ihnen mit Kofinanzierung weitere Projekte zu ermöglichen. Das ist gut angelegtes Geld, wie in der Vergangenheit gezeigt, und ein deutliches Signal an die vielen zehntausend Ehrenamtlichen in diesem Bereich, dass ihre Arbeit geschätzt wird und notwendig ist. Das Gleiche gilt für die Naturschutzakademie in Schneverdingen. Die Nationalparkhäuser wollen wir ebenfalls stärken.

Wir wollen die Förderung der erneuerbaren Energien mit einem erhöhten Ansatz im Wirtschaftsförderfonds entscheidend stärken und nicht weiter rückbauen. Es geht uns um Innovationsförderung.

(Unruhe)

Eine besondere Chance bietet hier - das muss jedem, der sich mit Umweltpolitik befasst, klar sein - die Förderung der Energieeffizienz und von alternativen Energien, auch der Geothermie. Ich gestehe zu, Frau Zachow, dass sie sich im CDU-Änderungsantrag finden.

(Ursula Körtner [CDU]: Wie viel Redezeit hast du eigentlich? Das ist ja furchtbar!)

In Zeiten hoher Energiekosten mit weiter steigender Tendenz und einer zunehmenden Erschöpfung der Ressourcen sind zuverlässige, dauerhaft verfügbare Energien, die zu stabilen Preisen verfügbar sind, der Schlüssel zu einer zukünftigen erfolgreichen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

(Unruhe)

Beim Wind ist uns das in Niedersachsen gelungen. Wir haben bis 2003 mit großem Erfolg gefördert. Das kann uns auch bei anderen Projekten gelingen.

(Anneliese Zachow [CDU]: Doppelförderung nennt man das!)

Ich muss es Ihnen noch einmal sagen, auch wenn Sie es nicht mehr hören wollen - - -

(Unruhe)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich würde gerne zwischendurch auch einmal etwas hören wollen. Die Konzentration lässt ein bisschen nach.

## Hans-Dieter Haase (SPD):

Frau Präsidentin, ich kann nichts dafür.

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich weiß, dass es schon sehr spät ist. Ich finde es toll, wie konzentriert Sie mitarbeiten. - Der Lärmpegel ist schon wieder etwas zurückgegangen, auch dahinten bei dem Kollegen Wiese. - Herr Haase, Sie können weitermachen.

## Hans-Dieter Haase (SPD):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Es reicht aber, wie Ihnen schon Herr Lenz erklärt hat, nicht aus, nur Haushaltsmittel einzustellen und dann auf den Abfluss zu warten, wie 2005 und offensichtlich auch 2006 geschehen, mit dem Ergebnis, dass am Schluss kein Abfluss der bereitgestellten Mittel festzustellen ist. Es liegt in der Verantwortung von Ihnen, Herr Hirche, und von Ihnen, Herr Sander, dass diese Mittel abgerufen werden. Entsprechende Programme legen wir Ihnen bei Bedarf sehr gern vor.

Mittel einzustellen, vom Landtag beschließen zu lassen und dann die Hände in den Schoß zu legen, reicht nicht. "Politik der eingeschlafenen Hände" könnte man so etwas nennen. Hier wird ganz offensichtlich, wie wenig diese Minister die Chancen erkennen, die sich aus modernen Technologien ergeben.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Das war der beste Teil Ihrer Rede, Herr Haase!)

Begreifen Sie endlich, Herr Minister: Eine nachhaltige Umweltpolitik ist Zukunftspolitik und muss die

Politik der Zukunft sein. Unsere Generation muss die entscheidenden Weichen stellen. Wir sollten uns in Niedersachsen ehrgeizigere Ziele setzen, um die Klimaziele schneller zu erreichen. Denn die Klimakatastrophe findet nicht in Indien oder China statt, sondern weltweit. Wir haben unseren Beitrag zu leisten.

Die gute Botschaft des *Stern*-Berichts ist doch, dass wir alle profitieren, wenn wir etwas tun, nicht nur die Umwelt, sondern auch die Wirtschaft. Niedersachsen muss erkennen, dass es richtig und vernünftig ist, Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf seinem Weg zu einer ökologischen Industriepolitik zu folgen.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Oh Gott, nein! Der ist fast so schlimm wie Sie!)

Denn es stimmt: Wir können weder ökologische Fortschritte ohne wirtschaftlichen Erfolg noch nachhaltiges Wachstum ohne Lösungen für die dramatisch anwachsenden Umweltprobleme erreichen.

(Unruhe)

- Frau Präsidentin! - Wir brauchen einen New Deal von Wirtschafts-, Umwelt- und Beschäftigungspolitik.

(Unruhe)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich schenke Herrn Haase gleich noch zusätzliche Redezeit.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

# Hans-Dieter Haase (SPD):

Danke schön!

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Seien Sie also ein bisschen vorsichtiger!

## Hans-Dieter Haase (SPD):

Wir brauchen Innovation und Zukunftsfähigkeit.

(Unruhe - Ursula Körtner [CDU]: Ruhe!)

Denn Umweltschutz und Klimaschutz sind Zukunfts-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Dies alles findet sich bei diesem Umweltminister, bei dieser Landesregierung nicht, die von ihrem Weltbild her offensichtlich gar nicht dazu in der Lage ist, diese Potenziale zu erkennen.

Ab 2008 wird das anders. Das werden gute Zeiten für Niedersachsen. - Danke.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Zachow das Wort.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Hohe Vorschusslorbeeren!)

# Anneliese Zachow (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Herr Haase, Sie hatten schon im Ausschuss beklagt, dass dieser Haushalt keine Schwerpunkte setze und keinen Ehrgeiz zeige, unter den Bundesländern Vorreiter im Umweltschutz zu sein und zu bleiben. Wenn Sie sagen, wir sollten Vorreiter bleiben, sind wir es demnach.

Dabei haben Sie, Herr Haase, ganz besonders auf den Klimaschutz und auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß abgezielt. Folgerichtig setzt Ihr Hauptänderungsantrag beim Klimaschutz und da bei der Energieeffizienz an. Das ist allerdings nur eine von etlichen Möglichkeiten, den Klimaschutz voranzubringen. Beim Klimaschutz gibt es die unterschiedlichsten Strategien.

Dazu gehören die erneuerbaren Energien - eine pure Selbstverständlichkeit. Bei der Windenergie - wir sind das Windenergieland Nummer eins - haben wir im Binnenland sicherlich nicht mehr allzu viele Potenziale.

(Ingrid Klopp [CDU]: Das stimmt!)

Im Offshore-Bereich gibt es allerdings große Chancen. Ob jedoch der Ausbau der Windenergie im Offshore-Bereich wirklich mit der Geschwindigkeit und den Strommengen stattfinden wird, die manche sich erhoffen, kann heute wegen der großen Investitionen, die vonnöten sind, niemand mit Sicherheit vorhersagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ursula Körtner [CDU]: Auch Herrn Haase nicht!)

Bei der Biomasse verzeichnen wir hier in Niedersachsen eine rasante Entwicklung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Allerdings, meine Damen, meine Herren, finden wir, dass hier alle Anstrengungen unternommen werden müssen, das Gas so zu reinigen, dass es direkt ins Erdgasnetz eingespeist werden kann.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Denn bei der Umwandlung in elektrische Energie haben wir einfach zu große Verluste zu verzeichnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Solarenergie und die Geothermie erwähnen. Beide gehören dazu.

Energieeffizienz, Energieeinsparung - ich weiß nicht, was Sie genau meinen. Das geht manchmal ein bisschen durcheinander.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU] - Hans-Dieter Haase [SPD]: Beides!)

- Manchmal geht es ein bisschen durcheinander.

Das sind weitere wichtige Felder. Das Programm der Bundesregierung zur Energieeinsparung läuft hervorragend und ist gerade für die Bauwirtschaft ein richtiger Konjunkturmotor.

Aber der Bereich, meine Damen, meine Herren, wo wirklich noch ganz viel zu tun ist, ist das Speichern von Energie und das hier in Niedersachsen natürlich besonders im Zusammenhang mit der Windkraft. Es gibt immer wieder Spitzen, die nur abgenommen werden können, wenn gleichzeitig andere Kraftwerke ihre Leistung herunterfahren. Wir brauchen dringend eine Verstetigung. Das ist einfach schon für die Netze erforderlich.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Meine Damen, meine Herren, das ist ein Grund, weshalb sich Niedersachsen in der landesweiten Initiative Brennstoffzelle so außerordentlich stark engagiert. Dieses Programm läuft wirklich hervor-

ragend. Mein lieber Herr Haase, das ist ein Schwerpunkt, den wir setzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine weitere Möglichkeit der CO<sub>2</sub>-Einsparung - ich weiß, das wollen Sie alle gar nicht gerne hören - ist die Kernenergie, auf die wir absolut nicht verzichten können. Die EU-Kommission hat doch gerade den Weiterbetrieb der europäischen Kernkraftwerke als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz befürwortet. Unser deutscher Sonderweg ist in dieser Beziehung überhaupt nicht hilfreich.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb steht die CDU eindeutig für die Verlängerung der Laufzeiten. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Lassen Sie mich, meine Damen, meine Herren, noch einige wenige wichtige Punkte zum Haushalt nennen. Da ist zunächst einmal der Küsten- und Hochwasserschutz. Dort haben wir die Kürzungen des Bundes bei den GA-Mitteln abgefedert, sodass wir annähernd - nicht ganz - die Summe des letzten Jahres halten konnten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Hier hat uns Herr Jüttner gestern vorgeworfen - Herr Hagenah hat das Gleiche heute getan -, dass wir EFRE-Mittel einsetzen.

(Ingrid Klopp [CDU]: Jawohl!)

Wenn Sie uns schon solche Vorwürfe machen, dann hätten Sie eigentlich in Ihrem Änderungsanträgen Lösungen anbieten müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber Sie spitzen nur die Lippen und pfeifen nicht.

Herr Dehde, wenn die Mittel für den Küstenschutz ein wenig reduziert worden sind - - -

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Ich bin immer noch Herr Haase!)

- Ich weiß nicht, wie ich auf "Herr Dehde" gekommen bin; das tut mir leid.

Herr Haase, Sie kritisieren, dass der Minister etwas andere Vereinbarungen zum Küstenschutz getroffen hat, als bisher getroffen wurden. Aber das ist auch genau der richtige Weg. Hier wird vorsichtig vorangegangen. Es wird weiß Gott nicht das gesamte Vorland umgebrochen. Nur, auch wenn etwas weniger Geld zur Verfügung steht, brauchen wir eine gleich hohe Sicherheit für unsere Deiche und für die Menschen, die hinter den Deichen leben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie können sagen, was Sie wollen: Wir müssen mit dem Geld vernünftig umgehen.

Den Grünen muss ich genau wie im letzten Jahr entgegenhalten: Das Geld zur Bisambekämpfung bleibt stehen.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Das ist aber unsinnig!)

Sie wollen es offensichtlich nicht begreifen, aber das ist eine Maßnahme zur Verbesserung der Standsicherheit unserer Deiche.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was Sie hier einsparen wollen, das zahlen Sie in einigen Jahren doppelt und dreifach nach.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Dorothea Steiner [GRÜNE]: Das ist völlig wirkungslos und eine reine Subvention für die Landwirtschaft!)

- Liebe Frau Steiner - - -

### Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Frau Steiner kann sich gleich zu Wort melden, wie übrigens alle anderen Kolleginnen und Kollegen hier im Raum auch die Möglichkeit zu einer Kurzintervention haben.

#### Anneliese Zachow (CDU):

Liebe Frau Steiner, ich hatte Sie letztes Jahr schon gebeten, sich einmal in Bereichen umzuschauen, in denen die Bisamplage ganz besonders intensiv ist. Dort können Sie sehen, wie die Deiche richtiggehend durchlöchert worden sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber wenn Sie sich das nicht anschauen wollen, dann stellen Sie halt weiterhin Ihre Anträge. Aber die Mittel bleiben!

Meine Damen, meine Herren, dass die EU-Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt werden kann, dafür ist in unserem Haushalt mit einem Ansatz von knapp 3 Millionen Euro für das Jahr 2007 gesorgt worden.

Darüber hinaus haben wir - das ist neu und ausgesprochen weitsichtig - erstmals einen Betrag von 4 Millionen Euro in eine neu eingerichtete Rücklage eingestellt. Diese Mittel sollen ab 2009, wenn die Maßnahmenkataloge umgesetzt werden müssen - jeder weiß, dass das richtig Geld kosten wird -, zur Verfügung stehen. Wir legen also sozusagen ein Sparbuch von 4 Millionen Euro an. Diese Rücklage wird in 2008 noch weiter aufgestockt werden.

Lieber Herr Haase, das ist wieder ein Zeichen von Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das hat es zur Amtszeit von Herrn Jüttner - er ist jetzt nicht hier; das kann ich aber auch verstehen - nie gegeben, auch wenn er uns oft weismachen will, er wäre der bessere Umweltminister gewesen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, im Zusammenhang mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie ist auch die Sanierung der Binnenseen zu sehen, für die wir erstmals Mittel in den Haushalt aufgenommen haben.

Ganz wichtig ist für uns der Vertragsnaturschutz. Hier sind wir für die Landwirte ein verlässlicher Partner und werden es auch bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die SPD will wieder einmal vermehrt Flächen ankaufen. Wir sind der Meinung, dass der Flächenankauf auf das unumgänglich Notwendige reduziert werden muss; denn schließlich müssen die Landesflächen, die es dann ja sind, auch unterhalten werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das war schon in den 90er-Jahren ein Problem: Landesflächen verkamen, während private extensiv genutzte Flächen ihre ökologische Wertigkeit durch den Vertragsnaturschutz behalten haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen, meine Herren, dass die SPD die Mittel für "Natur erleben" halbieren will, wundert mich nicht. Es ist ein ureigenes Programm dieser Landesregierung, und es ist ein außerordentlich erfolgreiches Programm.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist moderner Naturschutz, der die Menschen an die Natur heranbringt, damit sie die Natur kennen und schätzen lernen. Nur das, was wir schätzen, werden wir auch gern schützen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich noch kurz auf drei Punkte zu sprechen kommen. 1994 hat der damalige Ministerpräsident Schröder im Zusammenhang mit dem Bau des Emssperrwerks eine Vereinbarung mit den Umweltverbänden getroffen. Sie ging über 10 Millionen DM zur Verbesserung der ökologischen Situation an der Ems. Diese Vereinbarung hat all die Jahre allerdings nie jemanden geschert. Wir beginnen im Haushalt 2007 damit, sie einzulösen

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das sind Altlasten, die wir von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, übernommen haben. Sie werden jetzt "beglichen".

(Zurufe von der SPD)

Der zweite Punkt, den ich für sehr wichtig halte, betrifft die Sanierung der Flächen von Harz-Metall. Das ist ein Problem, das ja auch nicht erst mit der neuen Landesregierung entstanden ist. Wir handeln und beteiligen uns in Oker-Harlingerode, damit die Sanierung endlich in Angriff genommen wird. Auch hier arbeiten wir Altlasten der alten Regierung ab!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

- Natürlich wissen wir, wer diese Altlasten hinterlassen hat! Aber Sie wissen doch ganz genau, dass Harz-Metall allein nicht saniert hätte. Wir warten doch schon seit Jahren darauf.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Hans-Dieter Haase [SPD])

Dritter und letzter Punkt: Wie im letzten Jahr haben die Fraktionen von CDU und FDP die Mittel für die Wasserverbände nach § 104 des Niedersächsischen Wassergesetzes aufgestockt, damit diejenigen, die besondere Belastungen zu tragen haben, auch entlastet werden.

Meine Damen, meine Herren, zusammenfassend lassen Sie mich sagen: Der Haushalt ist solide,

zukunftsfähig und setzt wichtige und vor allem die richtigen Schwerpunkte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke sehr. - Für eine Kurzintervention hat Frau Emmerich-Kopatsch das Wort: für eineinhalb Minuten.

# Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Frau Zachow, ich finde das, was Sie eben gesagt haben, unglaublich. Sie wissen es doch wirklich besser.

Diese - im Übrigen lächerlich geringen - Mittel, die die Landesregierung eingestellt hat, sind erst eingestellt worden, nachdem ich eine umfangreiche Anfrage gestellt hatte. Auf diese Anfrage hin haben Sie tatsächlich gesagt, Sie wollten sanieren. Aber was Sie in Oker machen wollen, reicht hinten und vorn nicht. Das ist eine Kurzzeitsanierung, die nicht ausreichend sein dürfte.

Im Übrigen sind es nicht "unsere" Altlasten. Sie wissen ganz genau, woher sie kommen. Warum erzählen Sie hier solche Dinge, von denen Sie selber wissen, dass sie nicht stimmen?

(Zuruf von der CDU: Von wem kommen sie denn?)

 Die kommen zum Teil noch aus dem Bergbau und zum Teil von Harz-Metall bzw. jetzt von der TUI.

(Zuruf von der CDU: Was habt ihr denn gemacht?)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Eine Antwort gibt Frau Kollegin Zachow. Bitte sehr!

### Anneliese Zachow (CDU):

Zum einen möchte ich klarstellen, dass sich Herr Eppers und ich uns schon in den 90er-Jahren mit Anfragen um dieses Thema gekümmert haben. Seinerzeit hat niemand aus der damaligen Regierung reagiert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. In diesem Jahr stehen für die Sanierung 400 000 Euro bereit. Die Gesamtsanierung ist mit

3,6 Millionen Euro veranschlagt. Für die nächsten zwei Jahre - so steht es im Haushalt; das müssen Sie einmal nachlesen, bevor Sie hier herummeckern - stehen auch je 400 000 Euro im Haushalt. Wir beteiligen uns also mit einem Drittel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Ich hätte Verständnis dafür, wenn Sie uns vorwerfen würden, dass wir uns überhaupt beteiligen. Aber nein, Sie werfen uns das völlige Gegenteil vor. Aber wie gesagt, wir haben dieses Thema schon lange entdeckt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke sehr. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Frau Kollegin Steiner zu Wort gemeldet. Frau Kollegin Steiner, Sie haben eine Redezeit von 16:52 Minuten.

## Dorothea Steiner (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Erwartungen an die Umweltpolitik dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen sind nicht nur bei uns Grünen und bei den Umweltverbänden, sondern auch bei vielen anderen Menschen in Niedersachsen, die sich nicht einmal vorrangig für Umweltpolitik engagieren, gegen Null gesunken.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP]: Was?)

Der Stellenwert, den die Umweltpolitik für diese Landesregierung hat, kann kaum noch geringer sein. Das zeigt sich an diesem Haushalt. Umwelt wird nur verwaltet, politische Gestaltung ist nicht erkennbar, es sei denn, man hält die Abwicklung des Umweltressorts durch die Regierung Wulff für das gestaltende Element.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Wulff hat für seine Umweltpolitik einen Minister sozusagen von der Straße weg engagiert, dessen Auftritte an Peinlichkeit kaum zu überbieten sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: Was? - Frank Oesterhelweg [CDU]: Unglaublich!

Nicht frech werden! Das ist eine Frechheit!)

- Darf ich jetzt weiterreden, Herr Kollege?

Wenn Herr Sander nicht zur Kettensäge greift, dann redet er viel und gerne und erntet dafür nicht immer Beifall, wie im letzten Monat, als er sich beim Emder Kaufmannsmahl, einer traditionsreichen Veranstaltung, zum Naturschutz geäußert hat. Die Ostfriesen-Zeitung berichtete über diesen Auftritt:

"Der Umweltminister erklärte die FFHund Vogelschutzrichtlinie für mehr oder weniger unsinnig. Für einen niedersächsischen Umweltminister, vorsichtig formuliert, eine durchaus überraschende Sichtweise."

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, genau diese Haltung, diese Politik spiegelt sich im Haushalt des Umweltministeriums wider. Die Umweltpolitik wird abgewickelt, das laufende Geschäft wird mehr oder minder aufrechterhalten. Politische Schwerpunkte sind nicht erkennbar - auch, wenn Frau Zachow das anders sieht. Herr Sander wird sagen: "Natürlich, wir machen Naturschutz mit den Menschen."

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

- Ja, das kennen wir. - "Wir lassen endlich die Menschen in die Schutzgebiete, die seinerzeit die bösen Grünen und die Sozialdemokraten jahrzehntelang aus den Schutzgebieten herausgehalten haben."

"Natur erleben" erhebt der Minister zum Programm und stattet es finanziell aus. Dabei verkauft er doch nur alten Wein in neuen Schläuchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, den Menschen die Natur nahezubringen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Das, worum es im Naturschutz wirklich geht, nämlich um Substanzerhaltung und um Sicherung des Naturerbes, wird vernachlässigt. Das sieht man an den geringen Ansätzen des Haushalts für diese Aufgabe.

Auch der ständig neu inszenierte Kampf gegen vermeintlich unsinnige oder überbürokratische Vorgaben der EU - ob bei der FFH- oder der Vogelschutzrichtlinie - ist nur ein durchsichtiges Manöver, das von der Tatsache ablenken soll, dass Naturschutzpolitik unter der Regierung Wulff praktisch nicht mehr stattfindet.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Die sogenannte Verwaltungsreform zeigt Wirkungnicht nur bei den demotivierten Mitarbeitern der Verwaltung. Die ersten Korrekturen der Reform werden vorgenommen. Kürzlich hat das MU einen Erlass an die Kommunen geschickt, in dem gefordert wird, dass die Kommunen Naturschutzgebiete, alle haushaltsrelevanten Maßnahmen in Naturschutzgebieten oder Änderungen der Verordnungen dem Ministerium zur Genehmigung vorzulegen haben - und das bis Ende 2006.

Erst wird den Kommunen die Zuständigkeit für Naturschutzgebiete übertragen. Dann fällt dem Umweltministerium auf, dass die Kommunen im Rahmen der neuen Naturschutzzuständigkeiten Entscheidungen treffen könnten, die mit finanziellen Folgen für den Landeshaushalt verbunden sind, und man macht einen Rückzieher. So war das wohl nicht gemeint mit den neuen Kompetenzen für die Kommunen. Dumm gelaufen, kann ich nur sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich nenne das eine verfehlte Reformpolitik. Wir haben immer gesagt: Das Land trägt die Hauptverantwortung für den Naturschutz, der in enger Kooperation mit den Menschen, mit den Verbänden und Verwaltungen vor Ort wahrgenommen werden muss. Der Weg, einfach die Zuständigkeit auf die Kommunen abzuladen und insgeheim zu hoffen, dass sie die neue Aufgabe sowieso nicht wahrnehmen und es deshalb für das Land billiger wird, ist eine Milchmädchenrechnung und zudem politisch unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Minister Sander hat im September-Plenum einen Entwurf des neuen Generalplans Küste wie ein Gebetbuch durch den Raum getragen. Allerdings hat er niemanden in dieses Papier schauen lassen. Dennoch: Er hat angekündigt, den Generalplan am Jahresende vorzulegen. Das Jahresende naht. Wo ist der Plan, Herr Sander?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir beraten heute den Haushalt, wenn auch zu vorgerückter Stunde. Dazu wären Angaben für künftig notwendige und geplante Küstenschutzmaßnahmen sehr hilfreich. Die Haushaltsansätze für 2007 und die der Mipla für die Folgejahre müssten sich dann nämlich an den Kosten für die erforderlichen Küstenschutzmaßnahmen der kommenden Jahre messen lassen. Diese Diskussion würde ich mir in der Haushaltsdebatte wünschen, sie wäre dem Parlament angemessen. Leider hatte diese Landesregierung nicht den Mut, die Küstenschutzplanung vor dieser Haushaltsdebatte offenzulegen.

Vom Küstenschutz kommen wir gleich zum Klimaschutz. Wir haben bereits gestern in der Aktuellen Stunde darüber diskutiert. Herr Wulff hat dabei zur Notwendigkeit des Klimaschutzes doziert und dieses nicht nur umwelt-, sondern gesellschaftspolitisch wichtige Themenfeld für die CDU neu erfunden. Darüber war ich doch sehr erstaunt. Denn wir Grünen haben erst im letzten Plenum einen Antrag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, den bereits erkennbaren Klimawandel zur Kenntnis zu nehmen und beim Klimaschutz endlich tätig zu werden. Wir wollten einen Sachverständigenrat für Klimafragen einsetzen.

Vor einem Monat noch hat die CDU-Fraktion den Eindruck erweckt, man wolle auf dieses scheinbar modische Thema nicht eingehen, nach dem Motto: Da gibt es schon Probleme, aber nichts Genaues weiß man nicht. Gegebenenfalls haben wir als Regierungsfraktionen sowieso alles im Griff. Einen Sachverständigenrat brauchen wir nicht.

Ich stelle fest: Zumindest der Ministerpräsident ist lernfähig. Das ist erfreulich. Ich schlage Ihnen vor: Wir gehen noch einmal auf Los und machen bei den Ausschussberatungen unseres Antrags bei diesem Thema einen Neuanfang.

Meine Damen und Herren, nach den Ergebnissen der jüngsten, erst am Dienstag veröffentlichten Studie der Universität Marburg wird Umweltschutz von den Deutschen als zweitwichtigstes Thema gesehen - nach der Sorge um den Arbeitsplatz. 70 % der Bevölkerung fordern, dass die Regierung mehr für den Umweltschutz tun sollte. Zwei Drittel der Bevölkerung wollen, dass Deutschland eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnimmt. 70 %

sehen eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine konsequente Umweltpolitik.

Meine Damen und Herren, wir Grünen sehen uns durch diese Ergebnisse auf unserem politischen Weg bestätigt. Unsere Ziele waren und sind weiterhin: Erstens. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen durch mehr Naturschutz - und nicht durch weniger Naturschutz, wie Sie das offensichtlich für möglich halten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zweitens. Ein sparsamer Umgang mit den endlichen Ressourcen des Naturhaushalts, d. h. bei Wasser und Boden. Drittens. Der Schutz der Gesundheit der Menschen, z. B. vor Feinstaub und Lärm, ist uns besonders wichtig. Denn es kann nicht Maxime des politischen Handelns sein, dass nur möglich ist, was der Wirtschaft nicht schadet so, wie Sie das betreiben.

Deswegen: Umwelt, Gesundheit und Klimaschutz sind die Themen, die wir bearbeiten müssen, die wir in unserem Haushaltsentwurf auch berücksichtigt haben. In Ihrem Haushalt finden wir das nicht wieder. Deswegen bitte ich um Verständnis dafür, dass wir diesem Haushalt nicht zustimmen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Herr Kollege Jüttner hat sich **zur Geschäftsordnung** gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort!

#### Wolfgang Jüttner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Teil der Abgeordneten nimmt die Beratung des Haushalts ernst. Der Mehrzahl der Mitglieder der Landesregierung ist das augenscheinlich egal. Ich sehe das nicht ein. Wir beantragen, dass das Kabinett in den Plenarsaal beordert wird.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Bode hat sich ebenfalls zur Geschäftsordnung gemeldet. Sie haben das Wort!

## Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Jüttner, Sie haben völlig Recht, Haushaltsberatungen sind das erste Recht des Parlaments, der Legislative. Deshalb freuen wir uns auch, dass Sie - bis auf die Stunden, in denen Sie nicht da waren - fast den ganzen Tag an den Haushaltsberatungen teilgenommen haben. Aber immer, wenn aus der Regierungskoalition Angriffe kamen, sind Sie schnell wieder in den Saal beordert worden.

Ich stelle fest, dass die Landesregierung den ganzen Tag über an den elementaren Haushaltsberatungen teilgenommen hat - - -

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN - Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist eine Lüge, Herr Bode!)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Haase, haben Sie bitte Verständnis: Herr Kollege Bode möchte, auch wenn er zur Geschäftsordnung spricht, aussprechen dürfen. Es ist ein bisschen lauter, weil einige Kollegen hereinkommen. - Herr Kollege Bode hat das Wort.

#### Jörg Bode (FDP):

- - - dass der stellvertretende Ministerpräsident bei der umweltpolitischen Debatte beispielsweise durchgängig anwesend war, dass der zuständige Ressortminister anwesend war und dass auch der Landwirtschaftsminister anwesend war. Er saß übrigens nur bei seiner Fraktion, in den Reihen der Abgeordneten. Ich stelle auch fest, dass man durch einen einfachen Blick in das Haus sehen kann, dass die Abgeordneten der Regierungsfraktionen in ausreichender Zahl an den Beratungen teilgenommen haben.

Ich muss allerdings eines sagen, Herr Jüttner.

(Unruhe)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Bode, warten Sie einen Augenblick! -Es ist eine allgemeine Unruhe vorhanden, weil der Eindruck entsteht, dass noch einige Kollegen hereinkommen und die Mehrheitsverhältnisse sich verändern. Das ändert nichts daran, dass der Kollege Bode zur Geschäftsordnung spricht. Ich möchte ihn auch hören; denn er darf ja nur zum Verfahren sprechen. Herr Kollege Bode!

# Jörg Bode (FDP):

Ich hatte bei den Redebeiträgen teilweise allerdings schon den Eindruck, dass die SPD die Haushaltsberatungen nicht ernst genommen hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir weisen die Anwürfe zurück und werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ebenfalls zur Geschäftsordnung spricht Frau Kollegin Helmhold.

(Unruhe)

Aber wir warten noch. Es ist immer noch zu laut. -Zur verfahrensmäßigen Behandlung hat Frau Kollegin Helmhold das Wort, Herr Kollege Jüttner.

## **Ursula Helmhold** (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja schön, dass der Funk so schnell funktioniert und Herr Bode nur relativ kurze Zeit reden musste, bis sich die Reihen wieder gefüllt haben, obwohl, wie ich gehört habe, parallel zu unserer Sitzung eine Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung anhängig ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist ja unerhört!)

Ich stelle fest, dass meine Fraktion zu diesem Zeitpunkt mit 13 von 14 Mitgliedern anwesend war, worüber ich speziell mich sehr freue, und dass wir jetzt mit sehr gut gefüllten Reihen die Debatte über die Umwelt, die ja auch ein sehr wichtiges Thema ist, werden zu Ende führen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Ebenfalls zur Geschäftsordnung nach § 75 - - -

(Unruhe)

- Frau Trost, wollten Sie sich zur Geschäftsordnung melden? Ich höre Ihre Stimme. - Dann Herr Kollege Althusmann!

## Bernd Althusmann (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wäre eine Plenarsitzung im Niedersächsischen Landtag

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Ohne Parlamentarier!)

der letzten Tage und Wochen, ohne dass die SPD-Landtagsfraktion sich zur Geschäftsordnung meldet, um den Versuch zu starten, die Mehrheit in irgendeiner Form zu kippen? Meine Damen und Herren, schauen Sie einmal auf die rechte Seite!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann wissen Sie, wo die Mehrheit im Parlament, wo die Mehrheit in Niedersachsen sitzt.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Dass Sie sich so darüber freuen, dass die da sind, das finde ich schon erstaunlich!)

und dann wissen Sie, wo die Minderheit in Niedersachsen sitzt.

(Minister Lutz Stratmann betritt den Plenarsaal - Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist ein guter Tag für Niedersachsen, weil der Oppositionsführer heute erstmals eine herausragende Rolle gespielt hat.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich stelle nur fest: Um diese Regierungsmehrheit in irgendeiner Form auch nur in die Nähe der Gefahr einer Abstimmungsniederlage zu bringen, müssen Sie wirklich früher aufstehen, auch zu später Stunde.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich zitiere aus der Ostfriesen-Zeitung.

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Sie denken daran, dass Sie nach § 75 zum Verfahren sprechen!

## Bernd Althusmann (CDU):

Ich begründe die Ablehnung des Antrages zur Geschäftsordnung.

Ich möchte nur kurz aus der *Ostfriesen-Zeitung* vom 2. Dezember dieses Jahres zitieren. Dort steht - im Zusammenhang mit einer Regionalkonferenz der erfolgreichen Sozialdemokratie in Niedersachsen -:

(Zuruf von der SPD: Das ist doch nicht zur Geschäftsordnung!)

"Die Abgeordnete Johanne Modder aus Bunde übergab eine Sackkarre, auf der ein großer Umzugskarton stand mit der Aufschrift "Wolfgang Jüttner, Staatskanzlei Hannover."

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, Sie werden noch viele Jahre diese Sackkarre schieben müssen, Herr Jüttner. - Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

### Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Möhrmann, habe ich es richtig gesehen, dass Sie sich zur Geschäftsordnung gemeldet haben?

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe, Herr Kollege Brockmann. Es muss zum Abschluss noch möglich sein, ganz normal nach § 75 unserer Geschäftsordnung zu reden.

Herr Kollege Möhrmann, Sie haben gleich das Wort.

Herr Kollege Althusmann, ich kann, wenn Sie etwas zitieren wollen, im Vorfeld nicht wissen, ob es sich auf die verfahrensmäßige Behandlung bezieht.

> (Bernd Althusmann [CDU]: Ich habe begründet, warum wir den Antrag ablehnen!)

- Man kann es so oder so interpretieren. Aber ich bitte darum, dass Sie sich an die Geschäftsordnung halten.

(Zustimmung bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Bei ein paar Promille gehen manchmal die Pferdchen durch! Aber bei Herrn Althusmann geht es auch so! - Unruhe)

Herr Kollege Möhrmann!

## Dieter Möhrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch um 21.30 Uhr, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der CDU, geht es noch um die Würde des Parlaments.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es geht nicht um Klamauk. Meine Damen und Herren, es geht um Ihren eigenen Anspruch. Herr Althusmann - Herr McAllister ist ja nicht da; vielleicht ist er noch unten bei Konrad Adenauer -, Sie haben sich als leuchtendes Vorbild dargestellt.

(Bernd Althusmann [CDU]: Ach, hören Sie doch auf!)

Das Zitierrecht nach der Geschäftsordnung ist ein Recht, was von Oppositionen früher einmal erkämpft werden musste. Wenn man dann feststellt, dass dieses Recht, wenn es ausgeübt wird, in einer solchen Art und Weise in einer Geschäftsordnungsdebatte benutzt wird, wie es der Kollege Althusmann getan hat, und Sie das dann noch mit Klamauk begleiten, dann kann ich nur sagen: Das war keine Sternstunde. Das war eher eine Stunde, die Sie sich hätten ersparen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Sie auch!)

Sie haben uns vorgeworfen, dass Veranstaltungen am Rande des Plenums gelaufen sind. Sie beweisen heute aber, dass Sie genau das Gleiche machen, meine Damen und Herren. Wir haben Sie also erneut dabei erwischt, dass alles das, was Sie an Vorsätzen gehabt haben, die Realität nicht übersteht. Sie demaskieren sich als eine Regierungsfraktion, die im Zweifel zu Klamauk, aber nicht zu ernsthafter Arbeit fähig ist. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen mir nicht vor.

Herr Jüttner hat einen Antrag eingebracht, wonach das gesamte Kabinett herbeizitiert werden soll. Da nicht das gesamte Kabinett anwesend ist, möchte ich darüber abstimmen lassen.

Wer dafür ist, dass alle Kabinettsmitglieder jetzt anwesend sein sollen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? -Herr Kollege Jüttner, damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(Hermann Dinkla [CDU]: Herr Jüttner, Sie haben jetzt wieder frei! - Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

- Herr Kollege Dinkla, ich glaube nicht, dass Sie das zu entscheiden haben. - Wir möchten nun im Bereich Umwelt fortfahren. Ich weiß, es ist jetzt 21.31 Uhr. Aber Ihre ganze Aufmerksamkeit ist dennoch für den Herrn Kollegen Janßen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefordert.

## Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich meine Rede jetzt vor einem relativ vollen Haus halten kann. Das wird der Sache gerecht. Von daher will ich gleich anfangen.

Ich werde nun versuchen, die Energiepolitik zu beleuchten. Allerdings würde man, selbst wenn ich eine Flutlichtanlage zur Verfügung hätte, wahrscheinlich nichts sehen, weil da nichts ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass der Klimawandel in Niedersachsen und nicht nur hier ein Problem darstellt, das nicht nur die Länder des Südens betroffen sind, sondern auch wir, sollte sich mittlerweile auch in der Niedersächsischen Landesregierung herumgesprochen haben. Herr Ministerpräsident Wulff hatte gestern durchaus verbale Lernzuwächse gezeigt. Im Handeln allerdings, meine Damen und Herren, schlägt sich das nicht nieder. Ein paar Beispiele:

Das Volumen des Wirtschaftsförderfonds - ökologischer Bereich, also Energie - ist von 2003 bis

heute um mehr als 40 % gekürzt worden. Zudem sind die Förderbedingungen so unattraktiv, dass 2005 von den veranschlagten 8,6 Millionen Euro gerade einmal 23,6 % abgerufen wurden. Tatsächlich, meine Damen und Herren, ist dieser Topf die Sparkasse des Umweltministers, der damit seine globalen Einsparanforderungen erfüllt.

Ein zweiter Punkt ist die bereits gestern thematisierte Nutzung der EU-Förderprogramme. Da schafft es das MU doch tatsächlich, auf einen Förderschwerpunkt Energie und Klimaschutz zu verzichten. Stattdessen werden Aufgaben des laufenden Geschäfts gefördert. Meine Damen und Herren, das ist ein echtes Armutszeugnis für diese Regierung insgesamt und zeigt einmal mehr, dass dieser Umweltminister die Zukunft verpennt und seinen Aufgaben nicht gewachsen ist.

### (Beifall bei den GRÜNEN)

Es scheint aber auch niemand in diesem Kabinett vorhanden zu sein, der da einmal aushelfen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das stimmt!)

Ein drittes Beispiel ist Ihre Landesinitiative Energieeinsparung, Herr Minister Sander. Sie wurde im November 2003 groß angekündigt. Was ist davon geblieben? - Heute kurvt mit viel Brimborium und hohem Mitteleinsatz das Energiesparmobil durch Niedersachsen.

(Christian Dürr [FDP]: Ja und? Sind Sie dagegen?)

Gleichzeitig aber wird das qualifizierte Angebot der Verbraucherzentralen in Niedersachsen finanziell ausgehöhlt.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zinsverbilligung für KfW-Kredite ist schon längst perdu, und die Vernetzung von Best-Practice-Vorhaben hat gar nicht erst stattgefunden.

Meine Damen und Herren, Ihre Energiepolitik ist keine. Sie findet schlicht und ergreifend nicht statt. Sie findet im Haushalt nicht statt. Sie findet auch sonst nicht statt, obwohl 87 % der Bevölkerung laut der eben schon zitierten aktuellen Studie der Universität Marburg den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien befürworten. Sie sind auch hier

in der Minderheit in der Bevölkerung, Herr Minister Sander.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, statt sich um Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Förderung regenerativer Energien zu kümmern, schwadronieren Sie lieber von der Zukunft der Atomkraft. Das konnten wir heute in einem Redebeitrag der CDU-Fraktion von Frau Zachow schon hören. Sie verkennen noch immer, dass es sich dabei um eine hoch riskante und unverantwortbare Technologie handelt, dass es sich um eine Technologie handelt, die völlig unkalkulierbare militärische Gefahren birgt, und dass der Brennstoff, das Uran, eben auch endlich ist. Im Übrigen wollen zwei Drittel der Bevölkerung an dem Atomausstieg festhalten.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Hier sind Sie ebenfalls in der Minderheit.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie zudem zur Kenntnis, dass die bis 2013 abzuschaltenden sieben AKWs bei einer Zunahme von 1 % regenerativ erzeugten Stroms pro Jahr allein durch erneuerbare Energien ersetzt werden können. Anders als Herr Wulff das gestern hier formuliert hat, sind dazu keine neuen Gas- und Kohlekraftwerke und keine neuen Immissionsrechte erforderlich.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

In unserem Haushaltsentwurf schlagen wir die Einrichtung eines Klimaschutzinvestitionsfonds vor, der insbesondere innovative Klimaschutzinvestitionen in Handwerk sowie kleinen und mittelständischen Betrieben unterstützt und auf die breite Anwendbarkeit der geförderten Technologien setzt. Durch Umschichtungen stellen wir rund 150 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren bereit. Sie sehen: Auch bei angespannter Haushaltslage kann man das Thema vorantreiben. Würde man das mit EU-Mitteln ergänzen, Herr Sander, was Sie ja sträflich versäumt haben, würde man die Wirkung noch erheblich steigern können.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit der Förderung des Energiesparens und der Energieeffizienz tun Sie nicht nur etwas für den Klimaschutz. Energieeinsparung und erhöhte Energieeffizienz sind nichts anderes als der Ersatz von Importenergie durch heimische Ingenieurskunst. Der Umbau der Energieversorgung ist damit Wirtschaftsförderung im besten Sinne.

Sie schaden mit Ihrer Politik in Niedersachsen nicht nur dem Klimaschutz, sondern Niedersachsen insgesamt. Ihre Politik gehört umgehend abgelöst. Ich hoffe, wir werden das bald hinbekommen. - Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Janßen. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dürr das Wort.

## Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf jetzt zum vierten Mal zum Einzelplan des Umweltministers sprechen. Vorweg möchte ich eines ganz deutlich sagen: Umweltpolitik macht mit diesem Minister wirklich Spaß.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Karin Stief-Kreihe [SPD]: Das tut weh!)

Denn nicht das traurig-trübe, sauertöpfischpessimistische Gehabe von SPD und Grünen leitet diesen Minister, sondern es ist die Zuversicht, die er bei den Menschen hervorruft. Es hat sich gezeigt, dass man Umweltpolitik viel besser machen kann, als es alle anderen in der Vergangenheit getan haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nach fast vier Jahren Schwarz-Gelb hat es, mit Ausnahme der Oppositionsfraktionen, hier im Lande auch der Letzte verstanden: Eine Umweltpolitik, die sich gegen die Menschen richtet, wird - dafür kann man noch so viel Geld ausgeben, Herr Kollege Haase und Frau Kollegin Steiner - niemals zu dem Ziel führen, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und sie für zukünftige Generationen zu bewahren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Minister Sander, ich bin Ihnen für Ihre klare Linie dankbar. Sie ist nicht nur völlig richtig, meine Damen und Herren, sie ist in diesen Zeiten vor allen Dingen alternativlos.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Umweltministerium, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eines der Häuser mit der höchsten Selbstfinanzierungsquote. Daraus resultiert eine hohe Verantwortung für die eigenen Einnahmen. Wenn man die Haushaltsplanentwürfe mit den Haushaltsrechnungen der vergangenen Jahre vergleicht, wird deutlich, wie solide in diesem Haus gearbeitet wurde. Einnahmen wurden konservativ angesetzt, um nicht das Wunschdenken, sondern die Realität abzubilden.

Dabei sind die Umstände nicht ganz leicht. Der Bund hat die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz gekürzt. Das hätte auf diesem Gebiet eine Ausgabenkürzung von insgesamt etwa 3 Millionen Euro bedeutet. Es ist schade, dass man die Wichtigkeit dieser Aufgabe in Berlin wohl nicht erkannt hat.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen war es richtig, dass FDP und CDU im Rahmen ihrer Haushaltsklausur diese Kürzung größtenteils kompensiert haben. Ich bin den Haushaltspolitikern beider Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit ausdrücklich dankbar.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann die Kritik von Herrn Jüttner, dass wir hierfür auch europäische Gelder einsetzen, um möglichst viel zu erreichen, überhaupt nicht nachvollziehen. So etwas von Hannover aus zu sagen, Herr Jüttner, fällt immer leicht. Das sollten Sie einmal den Menschen an der Küste erzählen; dann würden Sie hier ganz anders reden. Vielleicht findet sich ja im kommenden Landtagswahlkampf ein wenig Zeit, um auch einmal an die Küste zu fahren.

(Beifall bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Da ist er sehr häufig! -Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Um das vorhandene Geld möglichst effektiv einsetzen zu können, war es richtig, dass der Umweltminister den Mut gehabt hat und die "Zehn Grundsätze für einen effektiveren Küstenschutz" überarbeitet hat. Auch wenn Sie es nicht hören wollen: Wir müssen das Geld so ausgeben, dass wir mit einem Euro möglichst viel Küstenschutz erreichen. Wenn ich mir so manche Wiese im Deichvorland ansehe, dann darf man seinen berechtigten Zweifel haben, ob die bisherige Strategie, möglichst viel Klei im Binnenland und nur wenig im Deichvorland zu entnehmen, richtig war. Es

kommt immer auf die jeweilige Situation an, gar kein Zweifel. So manche heilige rot-grüne Ökokuh, die viel mit Symbolik und wenig mit Realität zu tun hat, können sich die Menschen in Zukunft nicht mehr leisten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Rahmen einer echten finanziellen Nachhaltigkeit war es außerdem eine richtige Entscheidung, für zukünftig zu erwartende Ausgaben im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie bereits heute eine Rücklage von immerhin 4 Millionen Euro zu bilden. So etwas hätte es zu SPD-Zeiten ganz sicher nicht gegeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Eine andere Entscheidung zum Anfang dieser Legislaturperiode macht sich bereits jetzt finanziell bemerkbar: die Verwaltungsreform. Der Umweltminister hat sie in den letzten drei Jahren vorbildlich umgesetzt. Während SPD und Grüne noch an einer Behörde gehangen haben, nämlich dem Niedersächsischen Landesamt für Ökologie, dessen Abschaffung wirklich niemand außer ihnen nachtrauert, hat der Umweltminister gehandelt. 10 Millionen Euro stehen jetzt für andere Dinge zur Verfügung. Meine Damen und Herren, das ist bereits für das Jahr 2007 der Einspareffekt dieser Reform. Diese Leistung kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich habe mir die Vorschläge von SPD und Grünen zum Landeshaushalt 2007 natürlich auch einmal angesehen.

Zunächst zur SPD: Die SPD will mit 150 000 Euro die Verbändeförderung wieder aufnehmen, sie will die Nationalparkhäuser stärken, und für Pflegemaßnahmen in FFH-Gebieten sollen insgesamt 1 Million Euro mehr ausgegeben werden.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch richtig!)

Das alles hört sich ja ganz gut an. Ich sage sehr deutlich: Im Gegensatz zu den Haushaltsvorschlägen der vergangen Jahre hat man diesmal zumindest die richtigen Titel gefunden. Eine Tatsache, meine Damen und Herren, lässt sich aber nicht verdecken: Jeder einzelne Euro, der hier mehr ausgegeben werden soll, müsste über neue Schulden finanziert werden. Auch wenn Herr

Möhrmann gestern sehr wortreich diese Tatsache zu kaschieren versucht hat: Ausgabenvorschläge machen Sie viele, Kürzungsvorschläge keine. Seriös kann man das nicht nennen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zu den Grünen: Frau Kollegin Zachow hat vorhin schon gesagt, dass die Änderungsvorschläge der Grünen nicht viele Überraschungen beinhalten. Ausdrücklich dankbar bin ich dafür, dass die Grünen zwei unserer Änderungsanträge übernommen haben, nämlich die Erstellung von Maßnahmenplänen für das Elbästuar und die Erhöhung der Zuweisungen an Unterhaltungsverbände, die besondere Lasten haben. Das muss man auch einmal anerkennen. Dies zeugt von Einsicht bei den Grünen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Am Ende bleibt mir eines zu sagen: Dieser Haushalt zeigt den Weg in die Zukunft. Er ist solide finanziert. Das Geld wird effektiv eingesetzt. So, meine Damen und Herren, kann Umweltpolitik Spaß machen.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Sander. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

### Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelplan Umwelt für das nächste Jahr steht in der Kontinuität der vergangenen Haushaltsjahre. Mit einem Gesamtvolumen von 345,5 Millionen Euro bleibt er im Vergleich zu 2006 konstant. Er steht übrigens auch in der Kontinuität der alten Landesregierung, weil auch wir davon überzeugt sind, dass auch der Umweltbereich, der bei uns nachhaltig behandelt wird, seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten hat. Uns ist es wichtig, dass wir das Geld der Steuerzahler effektiv verwenden. Dadurch machen wir mehr für den Umweltschutz.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir machen eben nicht irgendwelche Projekte, die Showeffekte bewirken, sondern Projekte, die solide

finanziert sind und von denen die Menschen etwas haben.

(Dieter Möhrmann [SPD]: "Natur erleben"!)

- Ich komme zu "Natur erleben".

Meine Damen und Herren, die Änderungsanträge der Opposition - meine Vorredner sind schon darauf eingegangen - zeigen im Grunde, wie wenig sie an dieser Umweltpolitik zu kritisieren haben. In den vergangenen Jahren haben Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, wenigstens noch zweiundzwanzig Anträge gestellt; jetzt haben Sie die Zahl auf zwei neue reduziert. Das, was Herr Kollege Janßen eben so vollmundig zum Klimaschutz angekündigt hat, ist zwar in dem Gesamtantrag enthalten. Aber in Ihrem Änderungsantrag ist das gar nicht mehr wiederzufinden. Es wäre sehr ehrlich gewesen, Herr Kollege Janßen, wenn Sie dies fein aufgearbeitet hätten. Ihre beiden Änderungsanträge - das hat Herr Kollege Dürr eben gesagt - haben Sie sogar noch von den Fraktionen von CDU und FDP übernommen.

Meine Damen und Herren, nun lassen Sie mich einige Ausführungen zu Aussagen von Kollegen machen.

Als Erstes zur Vogelschutz- und zur FFH-Richtlinie: Frau Kollegin Steiner, Sie sind manchmal gutwillig, aber manchmal auch böswillig.

(Jörg Bode [FDP]: Meistens böswillig!)

Ich habe in Emden klar und deutlich gesagt, dass die 27 Jahre alte Vogelschutzrichtlinie nicht mehr praktikabel ist. Es ist doch wohl wichtig, dass wir im Hinblick auf Gesetze und Verordnungen, die nicht mehr handhabbar sind und die Menschen nicht mehr aufnehmen, darüber nachdenken, wie diese Vorschriften weiterzuentwickeln sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich nenne noch keinen Namen, aber ich kenne ja die Abgeordneten der SPD, die auf der einen Seite kritisieren, dass ich etwas mache, was ich gar nicht machen wollte, weil es ihre Aufgabe war. Allerdings haben sie es versäumt. Das ist doch das Problem. Diese Landesregierung arbeitet etwas ab, Herr Kollege Jüttner, das von der SPD hätte gemacht werden müssen. Das war ja kein Vorwurf gegen uns, gegen diese Regierung, sondern gegen Ihre Regierung, die es eben nicht ordentlich gemacht hat. Jetzt machen wir es so gründlich

- mit den Kommunen, mit den Menschen, in den Regionen -, dass diese Vogelschutzrichtlinie dazu führt, dass in den Regionen noch Menschen sowohl im Tourismus und im Fremdenverkehr als auch in der Landwirtschaft und anderen Bereichen wirtschaften können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ist unsere Aufgabe, das ist nachhaltige Politik: darüber nachzudenken, dass die nächsten Generationen überhaupt noch in der Lage sind, in diesem schönen Land Geld zu verdienen.

Nun, meine Damen und Herren, zu "Natur erleben": Das ist nun ein Erfolgsrezept. Ich habe noch nicht erlebt, dass ein privater Stifter früher zu Ihnen gekommen wäre und gesagt hätte: Diese Umweltpolitik ist so toll, dass ich noch Geld dazu gebe. - Die Rut- und Klaus-Bahlsen-Stiftung ist weiterhin bereit, uns Geld zu geben. Ist das nicht ein besserer Weg, wenn wir immer wieder sagen, wir müssten mehr privates Stifterkapital einwerben? - Hier ist dies geschehen, und zwar deswegen, weil wir die richtige und keine ideologische Umweltpolitik machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Kollegin Steiner, Folgendes ist bei Ihnen immer sehr bemerkenswert: Wir trauen den Menschen etwas zu, wir trauen auch den unteren Naturschutzbehörden etwas zu, weil auch dort Sachverstand ist. Aber wenn wir das machen, dann fangen Sie wieder zu kritisieren an. Daran kann man erkennen, wie weit Sie von der Realität entfernt sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich kann Sie beruhigen - ich lade Sie heute schon ein -: Wir werden noch vor Weihnachten den Generalplan Küste vorstellen. Sie können sich auf diese Landesregierung immer verlassen. Am 21. Dezember werden wir den Generalplan Küste vorstellen. Genau das habe ich gesagt. Wir halten uns an das, was wir sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, den Klimaschutz habe ich gestern schon kurz angesprochen. Ich habe Ihnen die Daten und die Summen dargestellt. Der Ministerpräsident hat die politische Absicht, den Willen der Landesregierung vorgetragen. Was wollen Sie eigentlich noch mehr? - In allen Bereichen der erneuerbaren Energien - ob Brennstoff-

zelleninitiative oder SunFuel - tun wir etwas. In diesem Jahr werden rund 220 Biogasanlagen genehmigt werden - an jedem Arbeitstag eine neue Biogasanlage! Damit sind wir führend in Deutschland.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund wollen Sie den Menschen weismachen, wir täten nichts für erneuerbare Energien? - Das, was Sie erzählen, kann doch nicht wahr sein!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von Dorothea Steiner [GRÜNE])

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister Sander, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Janßen?

#### Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Ja, gerne.

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Janßen!

#### Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Sander, ich frage Sie: Wenn Ihnen das Thema "Energieeinsparung und Klimaschutz" so außerordentlich wichtig ist, wie erklären Sie dann, dass dies kein Förderschwerpunkt in den EFRE-Programmteilen ist, die Sie vorgelegt haben?

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister!

## Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Herr Kollege Janßen, das lässt sich recht einfach erklären. Von Ihrer Partei gehört zwar niemand mehr der Bundesregierung an - das ist auch nicht schlimm -,

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Von Ihrer Partei aber auch niemand! Und das ist auch nicht schlimm!)

aber die neue Bundesregierung hat die Energieeinsparung zu einem Förderschwerpunkt gemacht. Wenn eine Bundesinitiative von uns noch einmal zusätzlich gepuscht würde, wäre dies kontraproduktiv. Das hätte die negativen Folgen, die wir bei anderen Förderprogrammen häufig gehabt haben - ob beim 1 000-Dächer-Programm oder was es sonst noch als Spielchen gab.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass wir voller Tatkraft sind, auch die Umweltpolitik vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen. Das können Sie auch daran sehen, dass wir nicht in Legislaturperioden denken. Vielmehr schaffen wir jetzt Rücklagen, um in der nächsten Legislaturperiode die Wasserrahmenrichtlinie richtig umzusetzen. Das ist eine Kraftanstrengung, die Geld kostet. Wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen. Das können wir nicht den Menschen draußen auferlegen, sondern das Land selbst muss dafür sorgen, dass das finanziert wird.

An diesen wenigen Beispielen können Sie sehen, dass wir unseren Kurs in der Umweltpolitik fortsetzen. Ich muss dem Kollegen Jüttner dafür danken, dass er seine eigenen Parteifreunde wieder in den Plenarsaal geholt hat. An den Beiträgen sehe ich die Bedeutung der Umweltpolitik. Dass die Koalitionsfraktionen das ebenso sehen, können Sie mit an dem Maß der Anwesenheit ablesen.

Meine Damen und Herren, wir setzen den klaren Kurs in der Umweltpolitik fort. Wir betreiben eine nachhaltige Umweltpolitik. Wir lassen uns nicht davon abbringen. Wir machen Umweltpolitik mit den Menschen und für die Menschen.

(Starker, nicht enden wollender bei der FDP und bei der CDU)

### Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Wir verlassen den Themenbereich Umwelt.

Der letzte Debattenschwerpunkt wird gebildet aus dem Bereich

# Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Tinius zu Wort gemeldet.

## Rosemarie Tinius (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren jetzt zwar den mit Abstand kleinsten Haushalt aller Einzelhaushalte des Landes, aber das ist der Haushalt der Staatskanzlei. Das heißt, es geht hier um den Haushalt, der in direkter Verantwortung des Herrn Ministerpräsidenten steht. Ich freue mich, dass der Herr Ministerpräsident mit zahlreichen Mitgliedern seines Kabinetts anwesend ist.

(Heiterkeit - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das war ihm ein tiefes Bedürfnis!)

Das haben wir bei Europathemen auch hier im Plenum sonst nicht immer. Bei dieser Bemerkung schaue ich nach allen Seiten, meine Damen und Herren.

In der Staatskanzlei ressortieren zentrale Politikbereiche, die für die Zukunft des Landes Niedersachsen entscheidend sind. Es sind dies die Europapolitik des Landes, die Politik der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, die Formulierung der Politik des Landes gegenüber dem Bund und die Medienpolitik. Ich muss diese Selbstverständlichkeit in Erinnerung rufen, weil im vergangenen Jahr, als wir an dieser Stelle den Haushalt der Staatskanzlei diskutiert haben, der Kollege Hogrefe von der CDU-Fraktion - so will ich einmal sagen - eine Bierzeltrede hielt, die zwar unfreiwillig komisch war,

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Die Textstelle hätten Sie streichen müssen! Das haben Sie wohl übersehen!)

aber im Wesentlichen nur eines dokumentierte, nämlich das ausgeprägte Desinteresse der Regierungsfraktionen und der Landesregierung an einer seriösen und durchdachten Europa-, Entwicklungshilfe- und Medienpolitik des Landes.

Meine Damen und Herren, nach einem weiteren Jahr müssen wir heute feststellen: In der Europaund Entwicklungshilfepolitik hat sich das Desinteresse zu hartnäckiger Ignoranz verfestigt, und in der Medienpolitik hat sich der Herr Ministerpräsident eine blutige Nase geholt.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, zu den wichtigsten Punkten Stellung nehmen.

Zunächst zur Europapolitik oder - besser gesagt - zur nicht vorhandenen Europapolitik des Landes: Wenige Wochen vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft müssen wir feststellen, dass es keine Vorstellungen des Landes darüber gibt, wie sich Niedersachsen im Europa der Zukunft positionieren will.

(Beifall bei der SPD)

Was wir im vergangenen Jahr an europapolitischen Erklärungen der Landesregierung und der sie tragenden Regierungsfraktionen erhalten haben, ist ein Sammelsurium an Aktivitäten ohne schlüssiges, nachhaltiges Konzept. Ausgenommen davon ist - das möchte ich hier besonders betonen - das EIZ.

(Beifall bei der SPD)

Noch Anfang dieses Jahres kündigte die Landesregierung auf SPD-Nachfrage an, bis Mitte März 2006, also bis vor ca. einem Dreivierteljahr, ein entsprechendes Programm vorzulegen. Bis heute liegt es nicht vor. Diese Ideenlosigkeit spiegelt sich auch in dem Entwurf des Haushaltsplans 2007 wider.

(Zustimmung von Heidrun Merk [SPD])

Er weicht, wie selbst der Herr Staatssekretär bei der Einbringung im Europaausschuss einräumte, nicht vom Haushaltsplan dieses Jahres ab. Selbst Umschichtungen hat es nicht gegeben. Europapolitisch stand die Welt für die Landesregierung im vergangenen Jahr offenbar still.

Meine Damen und Herren, wiederholt hat Herr Ministerpräsident Wulff angekündigt, er wolle sich künftig mehr mit Baden-Württemberg abstimmen. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Baden-Württemberg macht vor, wie gute Lobby- und Netzwerkarbeit die Landesinteressen in Brüssel voranbringen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in unserer niedersächsischen Landesvertretung hervorragend qualifiziertes und engagiertes Personal. Aber was nutzen all dieses Engagement und alle Qualifikationen, wenn es nicht den entsprechenden Rückenwind durch die Landesregierung verspürt. Wir fordern deshalb den Ausbau der Aktivitäten des Landes Niedersachsen in Brüssel, weil inzwischen die Mehrzahl aller für

Niedersachsen wichtigen Entscheidungen in Brüssel getroffen wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Das muss sich auch im Haushalt des Landes niederschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit der am 1. September in Kraft getretenen Föderalismusreform eröffnen sich für die Länder neue Möglichkeiten, eigene Schwerpunkte zu setzen. Ich will heute nicht die Diskussion wiederholen, die wir in den vergangenen Monaten über Sinn und Zweck von einzelnen Regelungen der Föderalismusreform auch hier im Plenum geführt haben. Morgen werden CDU und FDP bei der Abstimmung über das Haushaltsbegleitgesetz 2007 dokumentieren, wie sie diese Möglichkeiten zu nutzen gedenken. Die Föderalismusreform ist für Schwarz-Gelb das Instrument, das Landesjugendamt aufzulösen, den Landesjugendhilfeausschuss zu zerschlagen und sich auf Biegen und Brechen ihrer Verantwortung einer aktiven Kinder- und Jugendhilfepolitik des Landes zu entziehen.

Meine Damen und Herren, Niedersachsen hat bis September 2007 den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz. Ein wichtiges Thema in dieser Zeit wird die zweite Stufe der Föderalismusreform, d. h. die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, sein. Bislang hat Herr Ministerpräsident Wulff immer das Prinzip des Wettbewerbsföderalismus betont. Dieser Wettbewerb unter den Ländern verschäfft sich noch. Wir als Opposition werden ganz genau darauf achten, dass sich die Landesregierung in dieser zweiten Stufe endlich einmal für die Interessen Niedersachsens als eher finanzschwaches Land einsetzt.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch eine deutliche Kritik anzumelden, was die Projekte im Bereich der internationalen Beziehungen anbelangt. Bis heute war die Landesregierung nicht in der Lage, uns aufzuschlüsseln, wie und wo sie die Mittel im Jahr 2006 eingesetzt hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Das zeigt ganz deutlich: Sie haben nicht nur keinen Überblick darüber, was die Ressorts jeweils mit den Mitteln durchführen, sondern sie haben auch kein Konzept. Das kreiden wir Ihnen an.

(Beifall bei der SPD)

Dafür reist Minister Busemann aber nach Syrien,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

ohne dass nur im Ansatz deutlich wird, wieso, weshalb, warum und in welches Konzept der internationalen Beziehungen diese Reise eingebettet ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ein Schwerpunkt im Haushalt der Staatskanzlei erkennbar ist, dann der, dass die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Herrn Ministerpräsidenten aufgestockt werden sollen.

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Frau Kollegin Tinius, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Busemann?

## Rosemarie Tinius (SPD):

Nein, ich möchte gerne zu Ende ausführen. - Das ist ein durchsichtiger Versuch, um mehr Geld für den Landtagswahlkampf zur Verfügung zu haben.

(Beifall bei der SPD - Irmgard Vogelsang [CDU]: Das ist doch lächerlich!)

Aber offenbar ist es auch eine Reaktion darauf, dass es Herr Wulff in diesem Jahr nicht geschafft hat, den NDR auf schwarzen Kurs zu bringen.

(Oh! bei der CDU)

Seine Versuche, den NDR-Rundfunkrat nach seinem Gusto zu besetzen, sind gescheitert - und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, inzwischen ist es ein offenes Geheimnis: Die Staatskanzlei, die ja eigentlich steuern und führen soll, war noch nie so schwach wie unter diesem Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Eine ordnende Hand des Herrn Wulff ist nirgends zu erkennen, es sei denn, seine persönlichen Karriereinteressen stehen auf dem Spiel.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die Europa-, Entwicklungshilfe- und Medienpolitik sieht genau danach aus. Sie hangelt sich von Tag zu Tag, ist aktionistisch und ohne erkennbares Konzept. Eine abgestimmte Außenwirtschaftspolitik des Landes gibt es überhaupt nicht.

(Irmgard Vogelsang [CDU]: Es tut weh, Ihnen zuzuhören!)

Das hat Niedersachsen nicht verdient. Das schadet Niedersachsen. Das wirft Niedersachsen zurück.

Meine Damen und Herren, es wird höchste Zeit, das zu ändern, spätestens am 27. Januar 2008. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Der nächste Redner ist Herr Kollege Hogrefe von der CDU-Fraktion.

## Wilhelm Hogrefe (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Wittich Schobert wird morgen für die CDU-Fraktion eine europapolitische Grundsatzerklärung abgeben.

(Beifall bei der CDU - Wittich Schobert [CDU]: Danke!)

Deshalb kann ich mich hier heute als Generalist betätigen. Das möchte ich gerne mit einigen Sätzen tun.

Meine Damen und Herren, die Staatskanzlei und unsere Landesvertretungen in Berlin und Brüssel gehen sehr sorgsam mit den Finanzen um. Der Etat für das kommende Jahr ist in der Summe aller drei Einrichtungen sogar geringer als für das laufende Jahr. Meine Damen und Herren, weil man so sorgsam mit dem Geld umgeht, ist die Arbeit auch besonders effektiv. Sie wird sich in der ersten Hälfte des nächsten Jahres noch enorm verstärken, wenn Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft innehat. In Hannover finden beispielsweise im Mai und im Juni zwei große internationale Kongresse statt, die in Berlin und hier vor Ort vorbereitet werden.

Unser EIZ wird im gesamten Land Niedersachsen 20 große Veranstaltungen durchführen, z.B. den 4. Hannoveraner Europatag unter der Überschrift "50 Jahre Römische Verträge", eine Internetrallye

mit der Initiative "n-21: Schulen in Niedersachsen online". Deshalb ist es auch besonders erfreulich, dass der Kultusminister Bernd Busemann dieser Debatte beiwohnt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und last, but not least, meine Damen und Herren, damit die Kunst nicht zu kurz kommt: Es wird einen Designwettbewerb "Niedersachsen in Europa" geben. Hinzu kommen weitere Events der vier Europabüros der Regierungsvertretungen, u. a. eine Europäische Filmwoche in Lüneburg, damit auch die Provinz nicht zu kurz kommt.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen -Bernd Althusmann [CDU] meldet sich zu einer Kurzintervention - Jörg Bode [FDP] - an Bernd Althusmann [CDU] -: Das geht nicht!)

Meine Damen und Herren, namens des gesamten Landtages möchte ich dafür der Staatskanzlei, dem Innenministerium, dem Kultusministerium und vor allem dem EIZ für diese Planung ganz herzlich danken und gutes Gelingen wünschen.

(Beifall bei der CDU - Hans-Dieter Haase [SPD]: Wer hat Sie dazu ermächtigt?)

Ich möchte auch im Namen des gesamten Hauses Herrn Ministerpräsidenten Christian Wulff für das enorm positive Bild danken, das er bei seinen Auslandsreisen vermittelt und damit für unser schönes Land Niedersachsen wirbt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Wenn ich die Gesichter einiger SPD-Abgeordneter hier sehe, dann erkenne ich ebenfalls Zeichen der Anerkennung und des Respekts; denn alle wollen im Ausland gut vertreten werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP - Zuruf von der SPD: Wir lassen uns nicht vereinnahmen!)

Meine Damen und Herren, wir danken der gesamten Landesregierung und den Mitarbeitern in den Ministerien für die vorzügliche Vorbereitung der neuen EU-Förderperiode 2007 bis 2013.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Kein anderes Bundesland hat ein so umfangreiches, anspruchsvolles und so hoch dotiertes Förderprogramm, wie es jetzt in Niedersachsen vom Kabinett am 19. Dezember beschlossen werden wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun einmal ehrlich: Wer hätte denn vor einem Jahr damit gerechnet, dass auch private Kofinanzierung möglich sein wird? - Meine Damen und Herren, es ist in erster Linie dem tollen Einsatz unseres Ministerpräsidenten in Brüssel und in Berlin zu verdanken, dass das jetzt kommt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch beim Thema Bundesangelegenheiten war der Niedersächsische Ministerpräsident als Verhandlungsführer der Bundesländer erfolgreich. Ich erwähne hier die zugunsten unserer Kommunen erkämpfte Bundesbeteiligung bei den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose. Vor einem halben Jahr hätte es auch noch niemand für möglich gehalten, dass eine so hohe Kostenbeteiligung des Bundes zugunsten unserer Kommunen erfolgen würde.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch im Medienbereich gibt es erhebliche Verbesserungen für die Menschen in Niedersachsen. Die Regionalberichterstattung des NDR ist umfangreicher, interessanter und vielfältiger geworden. "Lust auf Norden" sehen immer mehr Menschen in Niedersachsen gerne. In den nächsten Jahren wird die Regionalisierung beim NDR noch weiter ausgebaut. Wir danken dafür dem NDR, aber noch mehr unserem Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei:

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

denn schließlich gab es dort den Mut, dies zu initiieren, und auch den langen Atem, dies durchzuhalten.

Gut für unsere Landeshauptstadt Hannover und für ganz Niedersachsen ist die Ansiedlung des RTL-Shops. Die Entwicklung zum florierenden Unternehmen mit annähernd 160 Beschäftigten ist ein weiteres Indiz für die Leistungsfähigkeit des Medienstandortes Hannover.

Meine Damen und Herren, nun kommt noch einmal Lüneburg ins Spiel. Dort wird die Telenovela "Rote Rosen" gedreht. Das ist eine tolle Sache für die Region Lüneburg, ein Werbeeffekt ersten Grades.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Liebe Film- und Fernsehfreunde,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

ich weiß nicht, ob Ihnen aufgefallen ist, dass es im NDR inzwischen wirklich witzige, gut gemachte Sendungen gibt, die für Niedersachsen werben. Ich denke z. B. an die Sendung von Ina Müller, die erst am letzten Dienstag ausgestrahlt wurde. Diese Sendung bezog sich auf die Region Lüneburg und war ganz hervorragend gelungen. Ina Müller ist übrigens eine Bauerntochter, die heute Kabarettistin ist. Sie kommt aus Köhlen-Stadt aus dem Wahlkreis von David McAllister. Dann wundert man sich natürlich nicht!

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit schließt sich der Kreis.

Wir wollen noch einen Blick auf das Filmgeschehen werfen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Im Januar läuft der neue Mehrteiler "Mein Freund Fritz" von Dieter Wedel mit Veronica Ferres, einer der beliebtesten deutschen Schauspielerinnen. In einer weiteren Rolle ist unser Ministerpräsident zu sehen, der beliebteste Ministerpräsident Deutschlands.

(Große Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Herr Hogrefe, der kleine Fritz und Ihr Ministerpräsident!)

Mein Fazit: Dank Christian Wulff und David McAllister

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und vielen anderen in Niedersachsen wird unser Land immer moderner, immer ideensprühender und hat immer mehr Pep und Ausstrahlung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Problem, das Niedersachsen hat, ist eigentlich nur noch die Opposition. Wenn die jetzt einmal zuhören würde, würde ich Ihnen auch sagen, wo das Problem liegt.

> (Zahlreiche Abgeordnete der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlassen den Saal)

Herr Aller ist offenbar bereit, zuzuhören. Herr Aller, nehmen Sie doch noch einmal kurz Platz.

(Große Heiterkeit und starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie wünschen wir uns unsere Opposition? - Wir wünschen sie uns locker, witzig und im Kern konstruktiv-kritisch. Sie sollten sich einmal von Ina Müller coachen lassen; dann wäre der Landtag hier auch immer voll.

(Große Heiterkeit und starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der CDU: Zugabe!)

Vielen Dank, dass Sie meine Rede so aufmerksam verfolgt haben.

(Heiterkeit und starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der CDU: Zugabe!)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Ich habe - auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es jetzt 22.16 Uhr ist - Verständnis dafür, dass es als ganz angenehm empfunden wird, sich hier im Saal etwas emotionaler zu bewegen. Ich sage Ihnen aber ganz ehrlich, dass ich froh darüber bin, dass die Besuchertribünen momentan leer sind.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Ja, allerdings! Das ist doch peinlich!)

Ich kann ja einem Redner nicht einfach das Wort entziehen. Es war alles so weit in Ordnung.

(Bernd Althusmann [CDU]: Wer hat es denn provoziert? Herr Jüttner! Haben wir es provoziert? - Weitere Zurufe von der CDU)

- Keine Diskussion! Hier oben erfolgt keine Diskussion darüber. Ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen, dass ich mir wünschen würde, dass wir

den letzten Punkt, nämlich den Bereich Bundesund Europaangelegenheiten, entsprechend der Sache ordnungsgemäß zu Ende führen können.

(Bernd Althusmann [CDU]: Wir werden das ganz normal durchziehen!)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Langhans das Wort.

## Georgia Langhans (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für das Wort, das Sie gerade gesprochen haben. Man hat das Gefühl, meine Damen und Herren, dass Sie zu dieser späten Stunde eigentlich nur noch hier sitzen, weil Sie Spaß haben wollen. Herr Althusmann hat den Clown vorgespielt, und Sie folgen ihm kompetent nach. Es tut mir leid, sagen zu müssen, dass sich für mich der Eindruck verstärkt, dass der Alkoholspiegel auf dieser Seite reichlich angestiegen ist.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Wittich Schobert [CDU]: Das ist eine Frechheit! Unglaublich! - Unruhe)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich bitte um Ruhe! Sonst unterbreche ich jetzt die Sitzung.

### Georgia Langhans (GRÜNE):

Eine vernünftige Debatte - - -

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Frau Kollegin Langhans, ich bitte insgesamt um Ruhe - - -

(Bernd Althusmann [CDU]: Die Dame entschuldigt sich jetzt!)

- Herr Kollege Althusmann, ich bitte jetzt auch um Ruhe Ihrerseits!

Ich halte es nicht für in Ordnung, Frau Kollegin Langhans, hier eine Generalverurteilung vorzunehmen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Sie hat von einem Eindruck gesprochen!)

Deswegen erteile ich Ihnen diesbezüglich einen Ordnungsruf.

(Zustimmung bei der CDU)

# Georgia Langhans (GRÜNE):

Den nehme ich an. - Meine Damen und Herren, ich sehe, dass in dieser Situation in diesem Hohen Hause eine Debatte nicht mehr möglich ist. Ich finde, dass das Verhalten, das Sie hier abends an den Tag legen, dieses Hohen Hauses nicht würdig ist. Ich verzichte auf meinen Redebeitrag.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die FDP-Fraktion hat sich Frau Kollegin Kuhlo zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort!

## Ulrike Kuhlo (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe zum ersten Mal in diesem Haus eine Redezeit von zehn Minuten. Ich habe auch genug Stoff, um diese zehn Minuten sinnvoll auszufüllen.

(Ursula Körtner [CDU]: Wir bitten auch darum!)

- Danke schön. Das wollte ich nämlich gerade hören. Ich habe nämlich auch eine Kurzversion; dann wäre ich in einer Minute fertig.

(Bernd Althusmann [CDU]: Nein, wir wollen das bis zum Ende hören! Ich lasse mir nichts vorwerfen; nur dass das klar ist!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einzelplan 02 der Staatskanzlei umfasst eine Reihe von Themenfeldern. Das umgesetzte Haushaltsvolumen ist allerdings im Vergleich zu den Einzelplänen anderer Häuser eher gering. Es handelt sich um gerade einmal 1,3 Promille des Gesamthaushalts. So zeigen auch die Debattenbeiträge zu diesen Einzelplänen kein wirklich großes Konfliktpotenzial. Ich will daher, wie meine Vorredner auch, auf einige grundsätzliche Fragen eingehen.

In der Europapolitik steht am 1. Januar 2007 mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft eine große Herausforderung für Deutschland an. Hier wird sich zeigen, ob die Bundesregierung in der Lage ist, die Europäische Union gut zu managen, die Vielzahl der anstehenden Probleme einer Lösung zuzuführen und darüber hinaus eigene Akzente zu setzen. Bedenklich ist, wie sehr bereits im Vorfeld die Erwartungen an die Präsidentschaft heruntergeschraubt worden sind. Das Ende November vorgestellte Programm zur Ratspräsidentschaft besteht aus vielen kleinen Schritten, aus technokratischen Einzelpunkten. Es zeigt aber keinen Weg auf, wohin die Reise gehen soll. Gerade bei den zentralen Fragen, dem Verfassungsprozess, der EU-Erweiterung, der Zuwanderung oder der Energieversorgung finden sich vor allem Leerformeln. Konsultationen und Konzeptentwicklungen allein sind aber noch keine Lösung. Die Vision für das Europa von morgen bleibt so auf der Strecke.

Zu befürchten ist, dass sich die EU beim Berliner Gipfel am 25. März zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge selbst feiert und eine gemeinsame Erklärung ohne wirkliche inhaltliche Substanz verabschiedet. Wir brauchen aber keine Präsidentschaft, die allein schöne Presse- und Fernsehbilder für die Bundesregierung liefert, wir brauchen eine Präsidentschaft, die Europa voranbringt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Für die politische Beurteilung der Präsidentschaft wird vor allem die Fortsetzung des Verfassungsprozesses ein entscheidender Punkt sein. Kann diesem Prozess wieder Schwung verliehen werden, oder wird bis zu den französischen Präsidentschaftswahlen im Mai Stillstand herrschen? Institutionelle Reformen sind unabdingbar, wenn die EU demokratischer, entscheidungsfreudiger und weiterhin aufnahmefähig für neue Mitglieder sein will. Daher muss der Bericht über die Zukunft des Verfassungsvertrages eine Lösungsstrategie und einen Fahrplan enthalten. Sollen neue Verhandlungen riskiert werden? Kann der Verfassungsvertrag durch ergänzende Dokumente zustimmungsfähig werden, oder soll ein auf konsensfähige Elemente reduzierter Vertrag vorgelegt werden?

Auch der Erweiterungsprozess wird im kommenden halben Jahr weiterhin auf der Agenda stehen. Bulgarien und Rumänien - der Ausschuss hat beide Länder besucht - werden zu Jahresanfang neue Mitgliedstaaten. Bei der Türkei sind vor den dortigen Wahlen sicherlich keine Fortschritte zu erwarten. Vielmehr könnte die Beitrittsperspektive grundsätzlich infrage gestellt werden, wenn es, wie

sich gerade abzeichnet, in der Zypernproblematik keine Grundlage für umfassende Verhandlungen ergibt. Für alle Erweiterungen, gerade auch in der Balkanregion, wird aber die Aufnahmefähigkeit der EU eine entscheidende Rolle spielen.

Die Landespolitik wird diese Diskussion nur begleiten können. Als Abgeordnete können wir uns in unseren Gesprächen und Veranstaltungen vor Ort einbringen. Wir setzen uns für die Information der Menschen in Niedersachsen ein. Wir wollen das Bewusstsein für die genannten europäischen Themen stärken. Einen wichtigen Beitrag leistet das Land dazu mit dem EIZ, dem Europäischen Informationszentrum, das heute schon mehrfach gelobt worden ist.

Ein Aspekt der Europapolitik hat eine wesentliche und unmittelbare Bedeutung für Niedersachsen und für den Landeshaushalt: die Strukturpolitik für die neue Förderperiode von 2007 bis 2013. Niedersachsen wird in der neuen Periode noch einmal erheblich von Strukturmitteln profitieren. Auszugehen ist von einem Gesamtbudget von ca. 2,5 Milliarden Euro nach insgesamt 1,6 Milliarden Euro in der zu Ende gehenden Förderperiode. Dies ist eine einzigartige Chance zur Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wie soll die Förderung aus unserer Sicht gestaltet werden? - Die Fördermittel sollen vor allem für Wettbewerbsfähigkeit, dauerhafte Arbeitsplätze, Forschung und Innovation, Infrastruktur und die Entwicklung der ländlichen Räume eingesetzt werden. Wir wollen nicht nur Nachteile ausgleichen, sondern gerade auch Stärken stärken. Die EU-Förderpolitik kann sich damit zu einer regionalen Innovationspolitik entwickeln. Wichtige Vorhaben wie der JadeWeserPort oder z. B. auch Ansätze zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wären ohne EU-Förderung kaum in dem Rahmen zu realisieren, wie wir sie jetzt im Haushalt finden.

Einige Punkte möchte ich noch hinsichtlich der Förderprogramme in Niedersachsen besonders hervorheben. Dazu gehören der partnerschaftliche Ansatz, das partnerschaftliche Vorgehen zusammen mit Vertretern von Kommunen und Sozialpartnern bei der Aufstellung der Programme, transparente Bewertungsverfahren, die Bewilligung von Anträgen und die Einführung von regionalisierten Teilbudgets.

Ein weiterer entscheidender Aspekt ist, dass die Verhandlungen auf EU-Ebene zur privaten Kofinanzierung ein positives Ergebnis erbracht haben; das wurde vorhin schon genannt. Wir sind immer für eine private Kofinanzierung eingetreten, die ursprünglich nur sehr eingeschränkt vorgesehen war. Jetzt können über die EU-Anteile hinaus Aufwendungen zumindest anteilig auch von Privaten übernommen werden. Damit ist die Abhängigkeit von den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden reduziert worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Promille Alkohol im Blut ist zweifellos relativ viel. 1,3 Promille des Landeshaushalts im Einzelplan 02 der Staatskanzlei sind nicht nur relativ wenig, sondern auch absolut wenig. Wir reden gerade einmal über 30 Millionen Euro.

Was ist zu dieser Stunde und in diesem Hohen Haus zu diesem Haushaltsplan vernünftigerweise zu sagen? - Ich will mich auf drei Punkte beschränken. Erstens. Das Volumen dieses Ressorthaushalts ist für 2007 nahezu unverändert gegenüber dem laufenden Jahr geblieben. Zweitens. Zu diesem Einzelplan gibt es kein wesentliches Konfliktpotenzial. Drittens. Für 2007 gilt ebenso wie für das laufende Jahr, dass der Ministerpräsident dieses Geld nach ökonomischen Grundsätzen effektiv und politisch klug verausgabt. Dabei hat er auch für 2007 die volle Unterstützung der FDP. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Frau Kollegin Kuhlo. - Zu Wort gemeldet hat sich der Ministerpräsident Herr Wulff. Sie haben das Wort!

## Christian Wulff, Ministerpräsident:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe ein 29seitiges Redemanuskript, das ich leider nicht zu Protokoll geben kann. Die Landesregierung hat allerdings keine Redezeit mehr, und wie Sie wissen, verwende ich den Artikel 23 unserer Verfassung äußerst selten und zurückhaltend. Das will ich auch heute so handhaben. Denn ich meine, das Haushaltsbudgetrecht ist das Königsrecht des Parlaments, und es ist gut, wenn die Regierung erst einmal den Landtag einen Landtagshaushalt aufstellen lässt und der Landeshaushalt dann vom

Ministerpräsidenten und von den Ministern entsprechend ausgeschöpft wird. Von daher ist die Zurückhaltung der Regierung hier richtig.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Jüttner, finde ich, dass bei der Generalaussprache alle, und zwar auch alle Mitglieder des Kabinetts, ganz Ohr sein müssen und dass es bei der Beratung über die Einzeletats sehr wohl angemessen ist, wenn die Ressortminister hier sind und sich der Debatte stellen, aber nicht das ganze Kabinett während der Beratung aller Einzelpläne anwesend sein muss. Denn Sie können von Menschen schlechterdings nicht das erwarten, was Sie als Maßstab an sich selbst nicht anlegen.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Juristen kennen das als "venire contra factum proprium", weil man sich eben nicht gegen vorhergehendes Verhalten stellen sollte. Und wenn Sie selber bei Haushaltsdebatten hier im Plenarsaal häufig fehlen, dann finde ich es nicht ganz fair, anderen die Wahrnehmung paralleler Gespräche und Termine, die auch wir heute im Laufe des Tages miteinander hatten, vorzuwerfen. Von daher glaube ich, dass hierüber einmal gesprochen werden sollte.

Ich möchte zum Etat der Staatskanzlei sagen, dass es faktisch keine Änderungsanträge gibt. Sie sind eher marginal. Der größte Änderungsantrag, der einzige im sechsstelligen Bereich, stammt von den Grünen und basiert auf einem Missverständnis. Offenkundig waren sie im Ausschuss nicht anwesend oder haben nicht zugehört oder haben es nicht verstanden; denn bei den IT-Kosten handelt es sich um eine haushaltsneutrale Umschichtung, weil wir die IT-Leistungen zum IZN ausgegliedert haben und sie von dort zurückkaufen müssen.

Beim volumenmäßig größten Änderungsantrag der Sozialdemokraten ist es so: Die Summe, um die Sie den Etat für Öffentlichkeitsarbeit noch kürzen wollen - es ist ohnehin der niedrigste Etat, den Regierungen je hatten -, ist niedriger als der Betrag, den wir in den letzten Jahren in der Regel freiwillig zurückgegeben haben, weil wir nämlich glauben, dass die Landesregierung die Haushaltskonsolidierung überhaupt nur dann erfolgreich betreiben kann, wenn sie auch dort vorbildhaft handelt. Sie haben am Jahresende immer gefragt, wie viel denn noch im Topf ist, und dann wurde das noch vorhandene Geld für Anzeigen ausgege-

ben. Oft wurde schon Geld vom nächsten Jahr mit verausgabt - es wurde also ein Etat angeknabbert, der noch gar nicht beschlossen war -, um Anzeigen zum Jahreswechsel zu schalten. Wie Sie wissen, hat es von dieser Landesregierung bisher keine einzige Zeitungsanzeige gegeben, weil wir glauben, dass man Steuergeld nicht dafür einsetzen sollte, um - wie Sie es getan haben - schlechte Politik gut zu verkaufen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Politik sollte aus sich heraus verständlich, überzeugend und gut sein.

Ich bin froh, dass die Staatskanzlei schlank aufgestellt ist, dass sie mit hoher Effizienz arbeitet und auch Sonderaufgaben aus den laufenden Etatmitteln, die Jahr für Jahr abgesenkt wurden, bewältigt werden. Ich nenne als Beispiele den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz, die 60-Jahr-Feierlichkeiten des Landes Niedersachsen oder auch den erfolgreichen Kampf um die größte Fördersumme, die wir jemals auf europäischer Ebene bekommen haben, womit wir als bestes von allen 16 Bundesländern abgeschnitten haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden am 12. Dezember ein europapolitisches Gesamtkonzept verabschieden, in das jetzt noch die Entscheidungen zu REACH, der Dienstleistungsrichtlinie, und zu Port Package Eingang finden. Wir werden am 19. Dezember das Programm zu den EU-Strukturfonds beschließen und damit auch die Grundlagen für die parlamentarische Auseinandersetzung in den kommenden Jahren schaffen.

Wir glauben, dass wir in der Entwicklungszusammenarbeit richtig liegen, wenn wir uns auf die Partnerprovinz Eastern Cape in Südafrika konzentrieren.

Ich persönlich glaube auch, dass der Kollege Hogrefe mit seinem Grundansatz richtig liegt - ich will ihn hier ausdrücklich gegen Angriffe wegen einer gewissen humorvollen Art, die nach meiner Überzeugung im humorvollen Land Niedersachsen zulässig ist, verteidigen -,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

dass wir nämlich tatsächlich unser Licht nicht unter den Scheffel stellen müssen.

(Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

- Ja, das ist immer so. Auf einer Karnevalssitzung in Krefeld, an der ich vor einigen Monaten teilgenommen habe, war die Rede von den Niedersachsen, bei denen die Lachmuskeln angewachsen sind.

(Zuruf von Christa Elsner-Solar [SPD])

Ich glaube, das ist ein Vorurteil, mit dem wir aufräumen sollten. Deswegen sage ich: Wenn Sie schon die Leute in den Plenarsaal zwingen, sollten Sie nicht die Ersten sein, die wieder herauslaufen,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

sondern Sie sollten vielleicht auch zu ergründen versuchen, worum es dem Kollegen Hogrefe in dieser medienpolitischen Diskussion geht. Es geht nicht in Ihrem Sinne um schwarz oder rot - das zeigt Ihr gewisses medienpolitisches Verständnis, das Sie immer wieder an den Tag legen -, sondern für uns geht es mehr oder weniger um die Vertretung der Interessen unseres Landes. Wenn es eben nur gegen Sie und ohne Sie erreicht werden konnte, dass jetzt endlich eine bundesweit im Abendprogramm ausgestrahlte Talkshow aus Hannover kommt und nicht wie sonst nur aus Hamburg, München oder Frankfurt, dann ist das ein medienpolitischer Erfolg, der für unser Land mehr bringt als die Frage nach schwarz oder rot.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn wir es erreicht haben, dass jetzt an jedem Abend das Programm in der Zeit von 18.15 Uhr bis 18.45 Uhr nicht nur aus der Stadt Hamburg, sondern auch aus dem Landesfunkhaus Hannover heraus verantwortet wird, dann ist das eine Stärkung des Landesfunkhauses Hannover und eine Stärkung des Bereichs Niedersachsen in der Vier-Länder-Anstalt NDR.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Nordreportage oder Sendungen wie beispielsweise "Lust auf Norden" am Wochenende sind Werbung für Niedersachsen und von größerer Bedeutung als manches, was wir hier zum 9. Rundfunkänderungsstaatsvertrag oder zur Frage des Gebührenrechts hier über Stunden hinweg diskutieren. Wir brauchen die Wahrnehmung unseres ganzen Landes.

Ina Müller - von der wir meiner Einschätzung nach noch viel hören und sehen werden - lebt nach meiner Kenntnis im Moment in München. Wir müssen auch bei ihr darauf achten, dass nicht am Ende wie so oft in Vergessenheit gerät, woher die eigentliche Innovation kommt. Die Münchner haben schließlich die Stadtrechte durch Niedersachsen bekommen, die Münchner haben das Bierbrauen durch Einbeck gezeigt bekommen, und die Münchner bekommen jetzt mit Ina Müller einen der besten Exporte Niedersachsens im Medienbereich. Das sollten wir nicht gering schätzen. Wir haben auf diesem Feld der Medien eben eine ganze Menge zu bieten.

(Axel Plaue [SPD]: Das sind alles Phrasen!)

Deswegen müssen wir die Filmproduktion ebenso in Niedersachsen konzentrieren wie die Ansiedlung von Filmförderanstalten. Durch die Ansiedlung von drei neuen Filmproduktionsfirmen in Hannover werden Arbeitsplätze auf einem Feld geschaffen, das zu den absoluten Wachstumsmärkten der Dienstleistungsgesellschaft gehört.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wittich Schobert [CDU]: Sehr richtig!)

(Heinrich Aller [SPD] geht zum Tisch der Vizepräsidentin)

- Ich möchte keine Zwischenfragen zulassen, Herr Aller.

(Heinrich Aller [SPD]: Ich will gar keine Zwischenfrage stellen!)

Manche in Nordrhein-Westfalen werden auch deshalb unruhig, weil Talanx Gerling in Köln übernommen hat, weil RTL-Shop von Köln nach Hannover gekommen ist, weil andere Firmen nach hier verlagert werden, weil wir für diese Form von entwickelter Mediengesellschaft aufgeschlossen sind. Deswegen biete ich Ihnen den Dialog an. Herr Aller, das müssen Sie jetzt ertragen. Sie wollten das so, und jetzt bekommen Sie es so. Ich könnte auch noch weiter ausholen. Das erspare ich jetzt aber vor allem meiner Fraktion, die hier konzentriert bis zum Schluss zugehört hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei der CDU und bei der FDP für die Unterstützung der Politik dieser Regierung und auch dafür, dass sie da sind, wenn man den Oppositionsführer erwarten könnte, dass sie aber auch dann da sind, wenn man ihn nicht erwarten müsste, er aber trotzdem auftritt, um überhaupt stattgefunden zu haben. Ich finde es toll, dass man sich auf CDU und FDP hier verlassen kann, dass sie mit Mehrheit anwesend sind und den Kurs der Regierung unterstützen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit für heute die Haushaltsberatungen, die wir morgen fortsetzen werden. Wir sehen uns um 9 Uhr wieder.

Ich wünsche Ihnen noch fröhliche Stunden. Ein gesundes Wiedersehen um 9 Uhr!

Schluss der Sitzung: 22.37 Uhr.